

O'ZBEKISTON RESPUBLIKASI OLIY VA O'RTA MAXSUS TA'LIM
VAZIRLIGI

**AL-XORAZMIY NOMLI URGANCH DAVLAT
UNIVERSITETI**

“Nemis tili” kafedrası

“ Mamlakatshunoslik”
fani

Ta'lim texnologiyalari



MA'RUZA MATNLARI

Erste Vorlesung

Das Thema: „Geografischer Überblick“ (Deutschland)

Plan:

- I. Land und Leute
- II. Das Kennzeichen des Landes

Fläche:	357022 qkm.
Hauptstadt	Berlin
Nationalflagge:	Schwarz-Rot-Gold
Verfassung:	Grundgesetz für die BRD vom 23. Mai 1949
Einwohnerzahl:	82, 6 Millionen (über 7 Mio Ausländer darunter 1,8 Millionen Türken)
Bevölkerungsdichte:	231 Menschen je Quadratkm.
Nachbarländer:	Dänemark, Polen, Tschechische Republik, BR Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien, Niederlande.
Ausdehnung:	Nord-Süd: 874 km. Ost-West: 640 km.
Klima:	gemäßig, wärmster Monat: Juli, Durchschnittstemperatur +18 Grad C Kältester Monat: Januar - 9 Grad C Jahresdurchschnitt: +9 Grad C
Berge:	Zugspitze 2,962 m., Mittelgebirge, Feldberg im Schwarzwald 1,493 m.
Flüsse:	Rhein 865 km. (in Deutschland), Elbe 700 km. (in Deutschland), Main 524 km.
Seen:	Bodensee 571,5 Quadratkm (deutscher Anteil 305 Quadratkm.) Müritz 110,3 Quadratkm
Städte:	Berlin 3,471.418 Einwohner Hamburg 1.707.901 Einwohner München 1.244.676 Einwohner

Grundbegriffe:

das Staatsgebiet – Territorium, auf das sich die Gebietshoheit eines Staates erstreckt;
die Temperaturschwankung – Temperaturstieg.
Celsius – Gradeinheit auf der Celsiusskala, Zeichen
rauh – 1. auf der Oberfläche kleine Unebenheit Risse;
die Föderation – 1. Bündnis zwischen Staaten; 2. Bundesstaat; Staatenbund;
Zusammenschluss von Organisation.
die Religion – 1. durch bestimmte Merkmale gekennzeichnete räumliche Bereich; 2. die
Kunst, was ihm eine unbekannte R.
die Großstadt – große, mit pulsierendem Leben erfüllte Stadt mit vielen Einwohnern.

der Stamm – große Gruppe von Menschen, die sich best. im Hinblick auf Sprache, Kultur.
 die Tradition – das, was im Hinblick auf Verhaltensweisen, Ideen, Kultur o.ä. in der Geschichte von Generation zu Generation entwickelt
 die Konfession – Zusammenfassung von Glaubenssätzen; religiöse Gemeinschaft mit einer bestimmten Konfession
 orthodox – adj. 1. rechtgläubig, strenggläubig; 2. griechisch-orthodox: die –e Kirche; 3. der strengen Lehrmeinungsgemäß; Starr, unnachgiebig
 der Jude – Angehöriger eines semitischen Volkes, einer religions u. volksmäßig zusammengehörenden, über die ganze Erde vertretenen Gemeinschaft
 die Synagoge – Gebäude, Raum, in dem sich die jüdische Gemeinde zu Gebiet u. Belehrung versammelt; zusammen mit der Ecclesia dargestellte weibliche Figur
 der Nazi - abwertend kurz für Nationalsozialist
 das System – wissenschaftliches Schema, Lehrgebäude; Prinzip nach dem etw. gegliedert, geordnet wird

Die Bundesrepublik Deutschland liegt im Herzen Europas. Sie ist umgeben von neuen Nachbarstaaten: Dänemark im Norden, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Frankreich im Westen, der Schweiz und Österreich im Süden und von der Tschechischen Republik und Polen im Osten. . Die natürliche Grenze bilden im Norden die Ostsee und die Nordsee Diese Mitellage ist noch ausgeprägter seit der Wiedererlangung der staatlichen Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990. Mehr denn je ist die Bundesrepublik Drehscheibe zwischen Ost und West, aber auch für Skandinavien und den Mittelmeerraum. Eingebunden in die Europäische Union und die NATO, bildet Deutschland eine Brücke zu den mittel- und osteuropäischen Staaten.

Das Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland ist rund 357 000 Quadrat km. groß. Die längste Ausdehnung von Norden nach Süden beträgt in der Luftlinie 876 km, von Westen nach Osten 640 km. Die äußersten Grenzpunkte sind: List auf der Insel Sylt im Norden, das sächsische Deschka im Osten, das baye rische Oberstdorf im Süden und Selfkant (Nordrhein-Westfalen) im Westen. Die Grenzen der Bundesrepublik haben eine Länge von insgesamt 3758 km.

Das Klima. Klimatisch liegt Deutschland im Bereich der gemäßigt-kühlen Westwindzone zwischen dem Atlantischen Ozean und dem Kontinentalklima im Osten. Große Temperaturschwankungen sind selten. Niederschlag fällt zu allen Jahreszeiten. Die Westwinde bringen immer Wolken mit und wo sie auf ein Gebirge treffen gibt es Niederschläge. Daher bekommen die Westseiten der Mittelgebirge und die Nordseite der Alpen sehr viel Regen und Schnee. Je weiter die Westwinde nach Osten wehen, desto weniger Niederschläge gibt es.

Die wärmsten Gebiete Deutschlands, im Sommer wie im Winter; sind die Täler des Rheins und seiner drei größten Nebenflüsse (Mosel, Main, Neckar). Diese Täler liegen im Schutz der Mittelgebirge. Die Bayrischen Alpen, die höchsten Gebiete der deutschen Mittelgebirge (wie z.B. die Hochrhön, der Thüringer Wald, das Fichtelgebirge, das Erzgebirge) und die Alpen sind die kältesten Gebiete Deutschlands.

Im Winter schwankt die Durchschnittstemperatur zwischen 1,5 Grad Celsius im Tiefland und minus 6 Grad im Gebirge. Die Mittelwerte im Juli liegen bei 18 Grad Celsius im Tiefland und 20 Grad in den geschützten Tälern des Südens. Die Wassertemperatur in der Nordsee und Ostsee erreicht im Sommer selten über 20 Grad C. Nord- und Ostsee sind Meere mit salzhaltigem Wasser.

Eine besondere Belastung für die Gesundheit gibt es im Alpenvorland. Wenn im Frühjahr ein Wind von Süden über die Alpen weht und sich im Alpenvorland verbreitet, dann werden die Menschen nervös und bekommen Herz- und Kreislaufbeschwerden. Dieser trockene und vor allem warme Wind heißt (der)Föhn.

Ausnahmen bilden der obere Rheingraben mit seinem sehr mildem Klima. Oberbayern mit dem regelmäßigem Föhn, einem warmen alpinen Südwind und der Harz, der mit seinen rauen Winden, kühlen Sommern und schneereichen Wintern eine eigene Klimazone bildet.

Die Menschen. Deutschland zählt rund 82,0 Millionen Einwohner. Die Bundesrepublik ist nach der Russischen Föderation der bevölkerungsreichste Staat Europas, vor Großbritannien und Nordirland mit 58,7, Frankreich mit 58,3 und Italien mit 57,3 Millionen Menschen. Flächenmäßig ist Deutschland allerdings kleiner als Frankreich mit 544 000 Quadratkilometer. Und Spanien mit 505 000 Quadratkilometer.

Deutschland wird von rund 82,0 Millionen Menschen (darunter 7,3 Millionen Ausländer) bewohnt und gehört mit einer Bevölkerungsdichte von 231 Menschen pro Quadratkilometer zu den am dichtesten besiedelten Ländern Europas. Nur in Belgien, den Niederlanden, Großbritannien und Nordirland ist die Bevölkerungsdichte noch größer.

Die Bevölkerung in Deutschland ist räumlich sehr unterschiedlich verteilt. Die seit der deutschen Vereinigung schnell wachsende Region Berlin umfasst derzeit mehr als 4,3 Millionen Einwohner. Im Industriegebiet an Rhein und Ruhr, wo die Städte ohne deutliche Abgrenzung ineinander übergehen, leben mehr als elf Millionen Menschen – etwa 1100 pro Quadratkilometer.

Weitere Ballungsgebiete sind das Rhein-Main-Gebiet mit den Städten Frankfurt, Wiesbaden und Mainz, die Industrieregion im Rhein-Neckar-Raum mit Mannheim und Ludwigshafen, das Wirtschaftsgebiet um Stuttgart sowie die Einzugsbereiche von Bremen, Dresden, Hamburg, Köln, Leipzig, München und Nürnberg – führt.

Diese dicht bevölkerten Regionen stehen sehr schwach besiedelte Gebiete gegenüber, so zum Beispiel die Heide- und Moorlandschaften der Norddeutschen Tiefebene, Gebiete der Eifel, des Bayerischen Waldes, der Oberpfalz, der Mark Brandenburg und weite Teile Mecklenburg-Vorpommerns.

Der Westen Deutschlands ist wesentlich dichter besiedelt als der Osten. Dort leben auf rund 30 % der Fläche weniger als ein Fünftel (15,5 Millionen) der Einwohner Deutschlands. Von den 19 Städten mit mehr als 300 000 Einwohnern liegen zwei im östlichen Teil Deutschlands.

Fast jeder dritte Einwohner der Bundesrepublik lebt in einer der 84 Großstädte (über 100 000 Einwohner). Dies sind rund 26 Millionen Menschen. Die Mehrheit wohnt dagegen in Dörfern und Kleinstädten: Fast 6,6 Millionen sind in Ortschaften mit bis zu 2000 Einwohnern zu Hause. 49,3 Millionen leben in Gemeinden mit Einwohnerzahlen zwischen 2000 und 100 000.

Die Bevölkerungszahl in den alten und neuen Bundesländern ging seit den siebziger Jahren zurück, da die Geburtenrate rückläufig war. Mit 10,5 Geburten auf 1000 Einwohner pro Jahr (altes Bundesgebiet) zählt Deutschland trotz eines Anstiegs der Geburtenzahlen 1996 zu den Ländern mit der niedrigsten Geburtenrate der Welt. Der Anstieg der Bevölkerungszahlen nach dem Zweiten Weltkrieg war im wesentlichen durch Zuwanderung bedingt. Rund 13 Millionen deutsche Vertriebene und Flüchtlinge kamen aus den früheren deutschen Ostprovinzen und aus Osteuropa in das Gebiet des heutigen Deutschland.

Bis zum Bau der Berliner Mauer 1961 und der hermetischen Abriegelung der Grenze durch die damalige DDR hielt eine große Fluchtbewegung von Ost- nach Westdeutschland an. Seit Anfang der sechziger Jahre kam eine erhebliche Anzahl von ausländischen Arbeitnehmern in die alten Länder der Bundesrepublik, deren expandierende Wirtschaft zusätzliche Arbeitskräfte benötigte.

Regionale Unterschiede. Das deutsche Volk ist im wesentlichen aus verschiedenen deutschen Stämmen wie den Franken, Sachsen, Schwaben und Bayern zusammengewachsen. Heute sind diese alten Stämme in ihrer ursprünglichen Gestalt

längst nicht mehr vorhanden, doch leben ihre Traditionen und Dialekte in geschichtlich gewachsenen regionalen Gruppen fort.

Mit der Bevölkerung der einzelnen Bundesländer sind die alten Stämme jedenfalls kaum noch identisch. Die Länder, so wie sie heute bestehen, sind zum großen Teil erst nach dem Zweiten Weltkrieg unter Mitwirkung der Besatzungsmächte geschaffen worden, wobei die Grenzziehung auf Traditionen oft keine Rücksicht nahm. Zudem haben die Flüchtlingsströme und großen Wanderungsbewegungen der Nachkriegszeit, aber auch die Mobilität der modernen Industriegesellschaft die Grenzen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen mehr oder weniger verwischt.

Unterschiedliche charakteristische Eigenschaften werden den Volksgruppen von alters her zugeschrieben. So gelten die Mecklenburger als verschlossen, die Schwaben als sparsam, die Rheinländer als lebenslustig und die Sachsen als fleißig und pffiffig – traditionelle Erfahrungen, die heute noch immer im Sinn einer folkloristisch-heiteren Rivalität zwischen den Bevölkerungsteilen willkommen sind.

Religionen in Deutschland. In der Bundesrepublik gehören rund 57 Millionen Menschen einer christlichen Konfession an. Fast 29 Millionen sind evangelisch und fast 28 Millionen römisch-katholisch. Es gibt auch andere, viel kleinere Religionsgemeinschaften, zum Beispiel die griechisch-orthodoxe Kirche. Da in Deutschland viele Türken leben, ist der Islam ziemlich stark vertreten. (Die Zahl der Moslems beträgt 1,7 Millionen), 26 Mio Protestanten, 230 000 Buddhisten, 100 000 Juden, 90 000 Hindus. Das Grundgesetz garantiert Gedanken-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit. Es gibt keine Staatskirche.

Die Bevölkerung auf dem Gebiet Deutschlands wurde im Mittelalter christianisiert und gehörte – bis auf wenige Juden – dem römisch-katholischen Glauben an. Mit der Reformation kam es im 16. Jahrhundert zu römisch-katholischen und protestantischen Gebieten. Sie wurden angesichert durch den Augsburger Religionsfrieden (1555), in dem festgelegt wurde, dass der jeweilige Herrscher die Religion seiner Untertanen bestimme. Die recht klaren katholischen und evangelischen Gebiete bestanden bis zu Beginn der Industrialisierung. Bei den protestantischen Gebieten gab es sowohl lutherische als calvinistische und – seit 1817 in Preussen – unierte (Evangelische Kirche der Preussischen Union, d.h. einen Zusammenschluss von Calvinisten-Reformierten und Lutheranern) Gebiete. Während der Industrialisierung strömten Protestanten und Katholiken in die aufstrebenden Industrieregionen, dies führte dort zu einer Mischung der Konfessionen. Diese Mischung verstärkte sich nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Zuzug von Flüchtlingen aus den früheren deutschen Ostgebieten.

Der Süden und Westen Deutschlands haben eine stärker katholische Tradition aufgrund der Entscheidung der damaligen dortigen Landesfürsten, im Norden und Osten herrschen die Protestanten vor, obwohl es dazwischen immer wieder „Inseln“ unterschiedlichen Glaubens gibt, z.B. das Eichfeld in Thüringen, eine katholische Region, die früher dem Fürstbischof von Mainz gehörte, inmitten rein protestantischer Gebiete. 1803 wurden die kirchlichen Herrschaftsbereiche Fürstbischöfe in die Hände westlicher Herren gegeben (Säkularisierung), was auch den Einfluss der (katholischen) Kirche eindämmte. Die Abkehr von den Kirchen begann bei vielen Deutschen im 19. Jahrhundert. Eine Anzahl von Deutschen gehört noch einer Kirche an, übt den Glauben aber nicht aus. Von Zeit zu Zeit gibt es „Wellen“ von Kirchenaustritten, z.B. bei Steuererhöhungen, um Kirchensteuern zu sparen. In der DDR sorgte eine deutlich antichristliche Politik dafür, dass die Zeit der Abgehörigen christlicher Kirchen erheblich zurückging. So ist die deutsche Bevölkerung zwar christlicher Kultur, den evangelischen Kirche nur 27,465 Millionen Menschen an d.h. über 25% der Bevölkerung gehört keiner christlichen Kirche (mehr) an.

Auch durch die Einwanderung von Arbeitsmigranten nach Deutschland und durch Flüchtlinge ist Deutschland kein rein christlich bestimmtes Land mehr. Die Zahl der

Muslime in Deutschland hat inzwischen die Zahl von etwa 2 Millionen erreicht, in manchen Orten gibt es Moscheen, häufig auch für muslimische Kinder Koranschulen, die wegen ihrer autoritären Struktur kritisiert werden. Zu Konflikten kommt es weniger wegen unterschiedlicher Riten bei der Glaubensausübung – z.B. Beschneidung. Konflikte gibt es bei öffentlicher Ausübung des Glaubens, z.B. bei lauten Gebetsrufen von Minaretten; Glockengeläut der christlichen Kirchen wird dagegen am Tag geduldet.

Judische Gemeinden gab es bis 1933 für etwa eine halbe Million deutscher Juden in vielen Orten. Sie waren zum Teil recht groß. 1938 wurden fast alle Synagogen niedergebrannt. Danach war eine öffentliche Ausübung des jüdischen Glaubens unmöglich.

Gegen deutsche Juden propagierte die NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Kap.3) und deren Organisationen sehr bald erste Boykottmaßnahmen. „Deutsche kaufen nicht bei Juden“. 1935 wurde in den Nürnberger Gesetzen festgelegt, dass Juden keine öffentlichen Ämter bekleiden durften, ihnen wurden die staatsbürgerlichen Rechte und die Gleichstellung, die sie im 19. Jahrhundert erworben hatten, genommen. Sogar enge Kontakte zu sogenannten „arischen“ Deutschen wurden als „Rassenschande“ unter Strafe gestellt. Jude wurde als Rasse definiert, nicht als Glaube und Kultur. Juden und Gegner des NS-Regimes wurden diskriminiert und wanderten – soweit möglich – aus, um Verfolgung und Inhaftierung zu entgehen. Andere, Künstler und Wissenschaftler, die nicht bereit waren, von ihren demokratischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Ideen Abstand zu nehmen, verließen Deutschland ebenfalls. Einige Namen von Emigranten: Albert Einstein, Sigmund Freud, Thomas Mann, Bertholt Brecht...

Von der Bevölkerung wurden diese Maßnahmen weitgehend toletiert. 1938 nahm die NSDAP die Ermordung eines deutschen Botschaftsangehörigen durch einen jüdischen NS-Gegner in Paris zum Anlass, in einer nächtlichen Aktion am 9. November jüdische Geschäfte zu demolieren und die Synagogen anzuzünden. 91 Juden wurden getötet, 30 000 verhaftet. Die den jüdischen Deutschen zugefügten Schäden wurden nicht ersetzt, vielmehr mussten die Geschädigten noch 1 Milliarde Mark zahlen. Die Existenzgrundlage wurde so den meisten deutschen Juden entzogen. Im Krieg wurden alle Juden gezwungen, deutlich sichtbar gelben Judenstern zu tragen. Danach erfolgte die Deportation in Konzentrations- oder Arbeitslager. In den im 2. Weltkrieg von Deutschland eroberten Ländern gerieten viele nichtdeutsche Juden in den Herrschaftsbereich der Nazis. Juden wurden systematisch getötet. Die Zahl der Ermordeten wird auf über 6 Millionen geschätzt – es können aber auch mehr sein. Die Deportation haben viele Deutsche erlebt und sich nicht dagegen gewandt. Nur wenige Menschen versuchten, die Tötung von Juden zu verhindern oder haben Juden geschützt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrten überlebende Juden nach Deutschland zurück, kleine jüdische Gemeinden bildeten sich, die Zahl der deutschen Juden blieb jedoch weitgehend konstant. Inzwischen sind viele jüdische Gemeinden durch Zuzug von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion größer geworden. Dem jüdischen Glauben gehörten 1995 53 797 Menschen in Deutschland an. Einige Synagogen wurden neu errichtet bzw. wieder errichtet, z.B. in Berlin und Dresden. Es gibt jüdische Schulen. Juden spielen in der deutschen Öffentlichkeit eine zunehmende Rolle, was vor allem auf den Vorsitzenden des Zentralrates der Juden, Ignatz Bubis, zurückzuführen ist, der eine Autorität in Deutschland darstellt.

Seit 1919 besteht eine Trennung von Staat und Kirche bzw. Kirchen, die vorher sehr eng miteinander verbunden waren, z.B. dadurch, dass die Herrscher gleichzeitig oberste Bischöfe der jeweiligen evangelischen Kirche waren. Das Verhältnis von Staat und Kirche in der Weimarer Zeit und auch heute wird von vielen als freundliche, von anderen als hinkende Trennung bezeichnet, d.h. weiterhin sind – ob im Grundgesetz oder in anderen Gesetzen – mehr oder weniger stark christliche Züge und Denkweisen

vorhanden. Dazu gibt es rechtliche und finanzielle Verflechtungen zwischen Staat und Kirche, z.B. Zuschüsse für kirchliche Schulen, Unterhalt von Kirchengebäuden durch den Staat. Auch der konfessionelle Religionsunterricht ist in den meisten Ländern ordentliches – vom Staat finanziertes – Schulfach. Die Kirchen beteiligen sich aktiv am öffentlichen Leben. Wichtig ist das gemeinsame Handeln der evangelischen und katholischen Kirchen, das das zwanzigste Jahrhundert kennzeichnete. So haben evangelische und katholische Christen in den Jahren 1933.1945 und davor gegen den Nationalsozialismus gekämpft. An der friedlichen Wende in der DDR hatten die Kirchen einen wichtigen Anteil.

Soweit Kirchen *Körperschaften öffentlichen Rechts* sind (ihnen hervorgehobenen Status haben), können sie Kirchensteuern durch die staatlichen Finanzämter einziehen lassen. Der Satz beträgt 8-10 % der Lohn- bzw. Einkommensteuer. Daneben gibt es andere Finanzierungen z.B. durch Kirchgeld und Spenden.

Umstritten ist der Status der „Church of Scientology“. Sie wird in Deutschland von den meisten Behörden und Gerichten und von einigen Ländern als – z.T. gefährliche, weil Menschenrechte missachtende – Wirtschaftsvereinigung mit politischen Ansprüchen gesehen.

Die deutsche Sprache. Die Geschichte der deutschen Sprache ist ein Teil der Germanistik. Sie erforscht und beschreibt aus diachronischer Sicht das phonologische System, den grammatischen Bau, den Wortschatz und das System der Stile der deutschen Sprache. Ihr Forschungsgebiet sind einerseits die konstanten Charakteristiken des Sprachveränderung.

Jede Sprache ist ein dynamisches System. Die Sprache ist ständiger Veränderung unterworfen. Die Angehörigen einer Generation werden der Sprachveränderung kaum gewahr, da diese den Charakter einer langsamen Evolution trägt; sie erfasst verschiedene Glieder des Sprachkörpers nicht auf einmal und nicht in gleichem Tempo; sie leitet nur sehr langsam, im Laufe von Jahrhunderten zu einem neuen Sprachstand hinüber. Letzteres gewährleistet die Kontinuität der Sprache von Generation zu Generation.

Die Sprachveränderung lässt sich auch bei der synchronischen Sprachbetrachtung erkennen, und zwar am leichtesten am Wortschatz. Der Wortschatz einer Sprache ist überaus empfindlich für alle Ereignisse und Wandlungen im sozialen Leben und in der Ideologie, für den Fortschritt im Wissenschaft und Technik, auch für die Mode u.a.m. Neue Wörter bereichern den Wortschatz fortwährend; andere Wörter veralten oder kommen ganz aus dem Gebrauch. Neben dem konstanten Wortgut bestehen im Wortschatz einer Sprache zu jeder Zeit auch Neologismen sowie veraltete bzw. veraltende Wörter. So ist die historische Schichtung des Wortschatzes auch aus synchronischer Sicht unverkennbar.

Deutsch gehört zur Großgruppe der indogermanischen Sprachen, innerhalb dieser zu den germanischen Sprachen und ist mit der dänischen, der norwegischen und der schwedischen Sprache, mit dem Niederländischen und Flämisches, aber auch mit dem Englischen verwandt.

Die Verwandtschaft der germanischen Sprachen beruht auf gemeinsamer Abstammung von den Stammesdialekten der alten Germanen, die um die Mitte des I. Jahrtausends v.u. Z. rund um die westliche Ostsee, zwischen der Oder und der Elbe, in Jütland und in Skandinavien lebten und in einige große Stammesverbände zusammengeschlossen waren. Mit dem Wachstum der Stämme und der dadurch bedingten Aufspaltung, die zur eigenständigen Entwicklung der germanischen Stammesdialekte und zur Herausbildung mehrerer germanischer Sprachen führte.

Zugrunde wurden ähnliche Stammdialekte von Franken, Alemannen und Bayern gelegt

Die Geschichte der deutschen Sprache wird in folgende Teile geteilt: althochdeutsch (8-11 Jh.), mittelhochdeutsch (12-13 Jh.), frühneuhochdeutsch (14-16 Jh.)

und neuhochdeutsch (seit dem 17. Jh.). Seit dem 8. Jahrhundert existiert die Schriftsprache auf Grundlage der lateinischen Schreibweise. Die Ausbildung einer gemeinsamen Hochsprache geht auf die Bibelübersetzung durch Martin Luther zurück.

Die Germanischen Sprachen der Gegenwart gliedern sich in:

nordgermanische Sprachen: Schwedisch, Dänisch, Norwegisch, Isländisch und Färöisch (ist die Sprache der Färöer, gesprochen auf den Färöern (Inselgruppe in Nordatlantik));

westgermanische Sprachen: Deutsch, Englisch, Niederländisch (ist die Staatssprache der Niederlande (Nordniederländisch) und des flämischen Teils Belgiens (Süd-niederländisch oder Flämisch)), Friesisch (in Friesland (nordniederländische Provinz), in Saterland (Niedersachsen, BRD), auf den Friesischen Inseln) und Afrikaans (ist eine der Staatssprachen der Republik Südafrika. Die zweite Sprache ist Englisch).

Deutschland ist reich an Mundarten. An Dialekt und Aussprache kann man bei den meisten Deutschen erkennen, aus welcher Gegend sie stammen. Wenn beispielsweise ein Frieser oder ein Mecklenburger und ein Bayer sich in ihrer reinen Mundart unterhielten, hätten sie große Schwierigkeiten, einander zu verstehen.

Während der deutschen Teilung hatte sich in den beiden deutschen Staaten überdies ein unterschiedlicher politischer Wortschatz entwickelt; neue Wörter kamen auf, die im jeweils anderen Staat nicht ohne weiteres verstanden wurden. Gleichwohl war die Gemeinsamkeit der Sprache eine der Klammern, welche die geteilte Nation zusammenhielten.

Außerhalb Deutschlands wird Deutsch als Muttersprache in Österreich, in Lichtenstein, im großen Teil der Schweiz, in Südtirol (Norditalien) und in kleineren Gebieten in Belgien, Frankreich (Elsaß) und Luxemburg entlang der deutschen Grenze gesprochen. Auch die deutschen Minderheiten in Polen, Rumänien und in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion haben die deutsche Sprache zum Teil bewahrt.

Deutsch ist die Muttersprache von mehr als 100 Millionen Menschen und die meistgesprochene Muttersprache in der Europäischen Union. Etwa jedes zehnte Buch, das weltweit erscheint, ist in deutscher Sprache geschrieben. Unter den Sprachen, aus denen übersetzt wird, steht Deutsch nach Englisch und Französisch an dritter Stelle, und Deutsch ist die Sprache, in die am meisten übersetzt wird.

Die Staatsflagge – drei horizontale Streifen in Schwarz, Rot, Gold.



Offiziell angenommen am: 23. Mai 1949

Deutschland zeigt die Farben Schwarz – Rot – Gold. Diese Farbe entstand 1813, während der Befreiungskriege gegen Napoleon. Ein Freikorps hatte schwarz gefärbte Uniformen mit roten Biesen und goldfarbenen Messingknöpfen. Im Oktober 1817 traf sich auf der Wartburg bei Eisenach die Burschenschaft aus ganz Deutschland, die die schwarz-rot-goldene

Fahne zu ihrem Zeichen machte. Diese Fahne wurde dann zum Symbol der nationalen Einheit, gegen die feudale Spaltung. Zur Zeit der Revolution von 1848 wurde Schwarz-Rot-Gold vom Bundestag zu den Farben des Deutschen Bundes erklärt. Der revolutionär-demokratische Dichter Ferdinand Freiligrath interpretierte die Symbolik mit den Wörtern: Pulver ist schwarz, Blut ist rot und golden flackert die Flamme. Nach der Niederschlagung der Aufstände von 1849 verschwand die schwarz-rot-goldene Flagge für rund 70 Jahre. Weimarer Verfassung von 1919 bestimmte Schwarz, Rot, Gold als die Reichsfarben, die Handelsflagge blieb jedoch schwarz-weiß-rot. Erst 1921 erklärte man

Schwarz-Rot-Gold offiziell zur Flagge des Reiches. 1933 wurde sie aber vom nationalsozialistischen Regime durch das alte Schwarz-Weiß-Rot und später durch die Hakenkreuzfahne ersetzt. Seit 1949 ist laut der Verfassung der BRD die Bundesflagge schwarz-rot-gold. Auch die DDR hatte in den ersten zehn Jahren ihrer Existenz nur die Farbstreifen Schwarz, Rot, und Gold auf ihrer Flagge, dann kam auch ihr Staatswappen darauf. Seit Oktober 1989 sind Schwarz, Rot, Gold wieder die einheitlichen deutschen Farben.

Das Staatswappen – stilisierter Adler.



Eingeführt **-20. Januar 1950**

Wappenschild - Bundesadler im goldenen Schild

Vorgänger-versionen seit dem 12. Jahrhundert Deutschland stellt den einköpfigen schwarzen Adler mit roten Klauen und rotem Schnabel auf rot umrandetem goldenen Grund dar. Der Adler ist auf dem Wappen als Symbol für Stolz, Unabhängigkeit, Macht und Stärke dargestellt.

Der Adler war das Herrschaftszeichen der römischen Kaiser. Als Karl der Große das römische Kaiserreich erneuerte, übernahm er dieses Symbol kaiserlicher Macht. Die späteren deutschen Herrscher waren zumeist gleichzeitig deutsche Könige und römische Kaiser. Als deutscher König führte der Herrscher den einköpfigen, als römischer Kaiser den doppelköpfigen Adler. Nach dem Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation 1806 ging der Doppeladler auf die österreichische Monarchie über. Der einköpfige Adler wurde zum Staatswappen des 1871 gegründeten Deutschen Reiches. 1919 – schon in der heiligen Form – auch von der Weimarer Republik übernommen, 1950 bestimmte Bundespräsident Heuss den Adler als Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland.

Die deutsche Nationalhymne. Zu den äußeren Zeichen der Verbundenheit des Bürgers mit seinem Staat gehört eine Hymne, die bei feierlichen Anlässen gemeinsam gesungen wird. Wie die Flagge der Bundesrepublik Deutschland geht auch die Nationalhymne auf die Zeit vor der Revolution von 1848 zurück: Der Text des „Liedes der Deutschen“ wurde im Jahre 1841 auf der Insel Helgoland von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben zu einer Melodie von Joseph Haydn verfasst. Er bringt angesichts der damaligen politischen Zersplitterung in Deutschland die Sehnsucht der deutschen Bevölkerung nach einem geeinten Vaterland zum Ausdruck.

Nach dem Ersten Weltkrieg erhob der erste Reichspräsident der Weimarer Republik, Friedrich Ebert, das „Lied der Deutschen“ zur deutschen Nationalhymne. Die erste Strophe des Deutschlandliedes wurde, vor allem auch im Ausland, vielfach verkannt und mißdeutet. Der als Aufruf gemeinte Einleitungssatz dieser Strophe: „Deutschland, Deutschland über alles“ konnte jedoch in der Zeit der politischen Uneinigkeit, in der Hoffmann von Fallersleben lebte, nur als ein Bekenntnis verstanden werden, für das noch nicht geschaffene eine Deutsche Reich die besten Kräfte und Gefühle einzusetzen.

Im Jahre 1952 wurde in einem Briefwechsel zwischen dem ersten Bundespräsidenten, Theodor Heuss, und Bundeskanzler Konrad Adenauer das Lied wieder als Nationalhymne anerkannt. Adenauer: „Bei staatlichen Veranstaltungen soll die dritte Strophe gesungen werden“. Gerade ihr Text – „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“ – hat den Anspruch aller Deutschen auf Verwirklichung ihrer staatlichen Einheit auch in den Jahrzehnten der Teilung wachgehalten. In ihrem Briefwechsel vom August 1991 bestätigten Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Helmut Kohl diese Tradition des „Liedes der Deutschen“

Für das vereinigte Deutschland: „Als ein Dokument deutscher Geschichte bildet es in allen seinen Strophen eine Einheit... Die 3. Strophe des Liedes der Deutschen von Hoffmann von Fellersleben mit der Melodie von Joseph Haydn ist die Nationalhymne für das deutsche Volk“.

Die Hauptstadt ist Berlin.

Aus der Geschichte der Hauptstadt Deutschlands. Berlin ist keine alte Stadt. Sie entwickelt sich Ende des 12. Jahrhunderts aus zwei Siedlungen – Berlin und Gölln – zu beiden Seiten der Spree im heutigen Bezirk Mitte. Der Bezirk Mitte war mehrere Jahrhunderte lang gleichbedeutend mit „Berlin“. Man weiß nicht genau, woher der Name „Berlin“ stammt. Manche Forscher bringen den Namen mit dem Wort „Bären“ in Verbindung. Für diese Erklärung spricht auch das Wappen der Stadt, das einen Bären darstellt.

Älter als Berlin ist der Bezirk Spandau. Spandau wurde erstmals 1197 erwähnt. Dieser Bezirk fühlt sich immer noch als eigenständige Stadt. Im Mittelalter war sie durch den Zusammenfluss von der Havel und der Spree. Handelsplatz; nach dem Bau der gut erhaltenen Zitadelle (1560.1594) war Spandau bis zum 1. Weltkrieg militärisch geprägt; der Aufbau ziviler Industrie Anfang des 20. Jahrhunderts machte Spandau zu einem bedeutenden Industrie – Standort. Die Spandauer Altstadt mit ihren verwinkelten Gassen, zahlreichen Geschäften und dem Markt ist eine der größten Fußgängerzonen der Bundesrepublik. Spandau ist mit seinem Wald, seinem Wasser und seinen Parks eine der „grünen“ Lungen Berlins.

Zum 1. Juli 2001 wurde die Zahl der Bezirke von 23 auf 12 reduziert, aber Spandau bleibt. Dieser Bezirk ist ein Symbol der Geschichte, wie auch der Berliner Reichstag. Symbolcharakter hatte das Reichstagsgebäude von Anfang an. Unter Kaiser Wilhelm II. War das Gebäude in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts für das 1871 gegründete deutsche Kaiserreich erbaut worden. 1918 wurde in ihm die Republik angerufen. Der Reichstagsbrand von 1933 hisste ein Soldat der Roten Armee auf dem Reichstag die Fahne der Sowjetunion – ein symbolischer Schlussstrich unter das „1000jährige Geschichte“, unter das „1000jährige Reich“ der Nationalsozialisten.

Erst nach der Vereinigung am 3. Oktober 1990 beschloss der Deutsche Bundestag in Bonn seinen Umzug in das Reichstagsgebäude von Berlin – als Symbol für den Neubeginn. Zu den Symbolen Berlins gehört auch das Brandenburger Tor. Es ist erneut das Wahrzeichen der deutschen Hauptstadt. Berlin selbst ist vom Symbol der europäischen Teilung zu dem Ort geworden, in dem sich Ost- und Westeuropa begegnet.

Von Anbeginn seiner Geschichte steht Berlin zwischen den Strömungen von Ost und West. Die Kurfürsten des Hauses Hohenzollern waren aus dem Südwesten des Reiches gekommen und nahmen in der nordöstlichen Provinz Preußen die Königskrone. Unter Friedrich dem Großen (1712-1786) wurde Berlin mit rund 150 000 Einwohnern zu einer europäischen Hauptstadt. Zwei große Baumeister gestalteten vor allem das Bild der Residenzstadt. Andreas Schlüter (1660-1714) baute um 1700 das barocke Königsschloss. Karl Friedrich Schinkel (1781-1841) gab der Stadt mit dem Schauspielhaus, dem Alten Museum und anderen klassizistischen Bauten nach den Befreiungskriegen ein neues Gesicht.

Schon der Große Kurfürst hatte eine breite Lindenallee angelegt, die vom Schloss aus nach Westen führte. Um 1790 entstand an ihrem westlichen Ende das Wahrzeichen von Berlin, das Brandenburger Tor, das von dem schönen Viergespann Schadows (1764-1850) gekrönt wurde. Die Prachtstrasse „Unter den Linden“ wurde weltbekannt. Immer mehr Menschen strömten in die Stadt, in Berlin entstanden viele Geschäftshäuser. Berlin wuchs zu einer Weltstadt heran.

Schon seit der Zeit des Großen Kurfürsten hat Berlin unzählige Gelehrte und Künstler angezogen. Es wurde Mittelpunkt der deutschen Wissenschaft. In der von Leibnitz im Jahre 1700 gegründeten Akademie der Wissenschaften wirkten die größten

Mathematiker des 18. Jahrhunderts, später die Historiker Ranke und Mommsen, die Philologen Jacob und Wilhelm Grimm.

1810 gründete Wilhelm von Humboldt die Universität. Ihr erster Rektor war der Philosoph Fichte. Diese Universität errang bald die Führung unter den deutschen Hochschulen. Sie wurde zur Wirkungsstätte berühmter Persönlichkeiten des deutschen Geisteslebens.

In Berlin entstanden wissenschaftliche Vereinigungen Forschungsinstitute und Bibliotheken. In der internationalen Liste der Nobelpreisträger ist kein Ortsname so häufig verzeichnet wie Berlin.

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 wurden Berlin-Ost und Berlin-West wieder vereinigt. Berlin ist die größte deutsche Stadt, eine der bedeutendsten europäischen Industriestädte und eine pulsierende, schnelllebige Metropole, in der Kunst und Kultur, Tradition und Avantgarde eine prickelnde Symbiose eingegangen sind.

Berlin wurde 1237 erstmals urkundlich erwähnt. Berlin entstand aber Anfang des 14. Jahrhunderts aus, zwei Fischerdörfern an der Spree, aus Berlin und Köln. Bis zum 17. Jahrhundert spielte Berlin stark zerstört, die Einwohner hungerten. Dann beginnt Berlins Aufstieg: in der Stadt wird viel gebaut, die Stadt wird mit einer Mauer umgeben. Die Mauer hatte 15 Tore. An sie erinnern heute solche Benennungen wie Potsdamer Tor, Hallesches Tor und andere. Die ersten größeren Manufakturen wurden in Berlin im 18. Jahrhundert angelegt, eine schnelle industrielle Entwicklung der Stadt beginnt aber erst seit Mitte des 19. Jahrhunderts. Ende des 18. und Anfang 19. Jahrhunderts wirkte in Berlin der große deutsche Bildhauer J.G.Schadow. Von Schadow wurden viele Denkmäler, unter anderem die berühmte Quadriga auf dem Brandenburger Tor, geschaffen. Das Brandenburger Tor wurde vom Baumeister C.G.Langhans als „Tor des Friedens“ erbaut. Nach dem Befreiungskrieg beginnt das geistige und kulturelle Aufblühen der Stadt. 1810 wurde von Wilhelm Humboldt die Berliner Universität gegründet. Sie heißt heute die Humboldt-Universität.

1871 wird Berlin zur Reichshauptstadt. Nun sieht Berlin ganz anders aus. Es ist viel größer geworden, in der Stadt werden neu prächtige Bauten errichtet. Auch die Bevölkerung der Stadt wächst ständig. Die Stadtmauern sind längst nicht mehr da. Auf ihrem Fundament wird die Schnellbahn (S-Bahn) gebaut.

Vieles hat sich seitdem geändert. Viele Gebäude wurden durch den Krieg zerstört, ganze Viertel neuangelegt. Es gibt aber in Berlin ein Viertel – kleine Häuser, enge Höfe. Das ist Altberlin. Die Häuser werden weder abgetragen noch umgebaut. Sie stehen so da, sie vor Jahrhunderten, als Erinnerung an das Fischerdorf Berlin.

Die Bombenangriffe und die Kämpfe der letzten Kriegestage 1945 machten aus Berlin einen Trümmerhaufen. Noch heute sind die Folgen der Zerstörungen deutlich sichtbar.

Nach dem Schrecken des Zweiten Weltkrieges wurde Berlin in 4 Sektoren aufgeteilt: den amerikanischen, englischen, französischen und russischen. Die Sektoren wurden vom Alliierten Kontrollrat verwaltet. Aber schon bald begann die Teilung in einen demokratisch regierten Westteil und einen kommunistischen Ostteil. Stalin versuchte, ganz Berlin in seine Gewalt zu bringen, und verhängte eine Blockade. Amerikanische und englische Flugzeuge versorgten die Westsektoren fast elf Monate lang über eine Luftbrücke. Nach Beendigung der Blockade begann der Wiederaufbau. West-Berlin wurde eine „Insel“, umgeben von der DDR, Berlin-Ost wurde die Hauptstadt der DDR.

Bis 1961 verließen Hunderttausende von Flüchtlingen über West-Berlin den Ostteil des Landes. Um den wirtschaftlichen Ruin zu verhindern, errichtete die DDR am 13. August die Mauer und riegelte West-Berlin von seinem Umland ab. Diese lag auch im strategischen Interesse der Sowjetunion, denn die Grenze trennte nicht nur zwei Staaten,

sondern auch zwei Bündnissysteme: die Nato im Westen und den Warschauer Pakt im Osten.

Berlin blieb über Transitaufbahnen,-wasserstrassen und – bahnverbindungen mit der Bundesrepublik verbunden; in Luftkorridoren wurde der Luftverkehr abgewickelt. Die Westmächte bestanden über Jahrzehnte hinweg auf ihren Rechten aus dem Vier-Mächte-Status.

Als am 9.November 1989 die Mauer fiel, durchlebte Berlin bewegende Tage, die Menschen beider Teile wieder zusammenführte. Das erste gemeinsame Silvester wurde ein großartiges Fest am Brandenburger Tor, das von einem Feuerwerk gekrönt war.

Die Entscheidung, Berlin wieder zum Regierungssitz zu machen, zieht gigantische städtebauliche Maßnahmen nach sich. Die weltbesten Architekten haben die einmalige Chance, eine Hauptstadt mit allen Regierungsgebäuden und den zentralen Handels- und Verwaltungsbauten errichten zu dürfen.

Die wiedervereinigte Stadt steht vor großen Herausforderungen

Zweite Vorlesung

Das Thema: „Geografischer Überblick“ (Österreich, Schweiz, Lichtenstein.)

Plan:

- I Land und Leute
- II. Das Kennzeichen des Landes

Österreich

Republik Österreich



Flagge



Wappen

Amtssprache

Regionale Amtssprachen: Kroatisch, Slowenisch, Ungarisch
Anerkannt: österreichische Gebärdensprache

Deutsch

Hauptstadt

Wien

Staatsform

parlamentarische Bundesrepublik

Regierungssystem

parlamentarische Demokratie

Staatsoberhaupt

Bundespräsident Heinz Fischer

Regierungschef

Bundeschkanzler Werner Faymann

Fläche	83.878,99
Einwohnerzahl	8.460.390
Bevölkerungsdichte	100,2 Einwohner pro km²
Bevölkerungsentwicklung	▲ +0,23 % ^[4] pro Jahr
Währung	Euro (€) 1 Euro = 100 Cent

Gründung

976:		Markgrafschaft
1156:		Herzogtum
1453:		Erzherzogtum
1804:		Kaisertum
1867:	Doppelmonarchie	Österreich-Ungarn
1918:	Erste	Republik
1934:	Bundesstaat	Österreich
1938:		Ostmark
1945:	Zweite Republik (souverän ab 1955)	

Nationalhymne *Land der Berge, Land am Strome*



Österreich ist ein demokratischer Bundesstaat in Mitteleuropa. Durch seine Verfassung aus dem Jahr 1920 und 1929 ist der Staat als semipräsidentiale (semi polovina, predsedatelstvovat) parlamentarische Republik eingerichtet.

Österreich besteht seit 1922 aus den neun Ländern

Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg und Wien, das gleichzeitig Bundeshauptstadt ist. Seit 1995 ist Österreich Mitglied der Europäischen Union.

Mit seinen 8,4 Millionen Einwohnern liegt der Staat zwischen Rhein und Bodensee im Westen sowie der pannonischen Tiefebene im Osten und zwischen böhmischer Masse und Thaya im Norden sowie Karawanken und steirischem Hügelland im Süden. Mehr als 62 Prozent des Staatsgebietes sind von den Alpen bedeckt. Als Binnenstaat grenzt Österreich im Norden an Deutschland und Tschechien, im Osten an die Slowakei und Ungarn, im Süden an Slowenien und Italien und im Westen an die Schweiz sowie Liechtenstein.

Der Begriff *Österreich* (Ostarrîchi) wurde erstmals von 996 überliefert. 1156 wurde Österreich im Heiligen Römischen Reich ein eigenständiges, von Bayern unabhängiges Herzogtum, das annähernd das Gebiet des heutigen Bundeslands Niederösterreich umfasste.

Größere als Österreich bezeichnete Gebiete waren später die Habsburgermonarchie bzw. das 1804 konstituierte Kaisertum Österreich. Infolge der österreichischen Niederlage 1866 in der Schlacht bei Königgrätz war Österreich nach der Auflösung des Deutschen Bundes nicht an der Neugestaltung Deutschlands beteiligt.

Die heutige Republik entstand ab 1918, nach dem für Österreich-Ungarn verlorenen Ersten Weltkrieg, als die Siegermächte die Vereinigung Deutschösterreichs mit der deutschen Republik verhinderten. Von 1938 bis 1945 war Österreich, von Hitler erzwungen und von österreichischen Nationalsozialisten begrüßt, Teil des Deutschen Reiches. Von den Siegern des Zweiten Weltkriegs neuerlich als eigenständiger, aber bis 1955 besetzter Staat errichtet, erklärte Österreich 1955 seine Neutralität und trat den Vereinten Nationen bei.

Bevölkerung

Die erste Volkszählung, die heutigen Kriterien entspricht, fand in Österreich-Ungarn 1869/1870 statt. Seit damals stieg die Einwohnerzahl auf dem Gebiet des heutigen Österreich bis zur letzten Zählung vor Beginn des Ersten Weltkrieges, die 1913 stattfand, stetig an. Die Bevölkerungszunahme war zu einem beträchtlichen Teil auf die Binnenwanderung aus den Kronländern zurückzuführen.

Nach dem Ersten Weltkrieg, 1919, war die Bevölkerung wegen Kriegsverlusten und Rückwanderung in die ehemaligen Kronländer um 347.000 Personen zurückgegangen. Danach stieg die Einwohnerzahl bis 1935 wieder kontinuierlich an. Bis 1939, als nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich die letzte Zählung vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges stattfand, war die Bevölkerung auf 6,65 Millionen zurückgegangen, da eine starke Auswanderung als Folge politischer und rassistischer Verfolgung stattfand. Als 1946 auf Basis der ausgegebenen Lebensmittelmarken die ersten Einwohnerzahlen nach Kriegsende ermittelt wurden, ergab sich eine Einwohnerzahl von rund 7 Millionen, was einen neuen Höchststand ausmachte. Die hohen Kriegsverluste waren durch Flüchtlingszustrom überkompensiert worden.

Bis 1953 waren Flüchtlinge und Displaced Persons großteils in ihre Heimat zurückgekehrt oder weitergewandert, weshalb die Einwohnerzahl auf 6,93 Millionen zurückging.

Danach ließen hohe Geburtenüberschüsse die Einwohnerzahl auf einen neuen Höchststand im Jahr 1974 anwachsen, als 7,6 Millionen Personen in Österreich lebten. Nach einer Phase der Stagnation begann die Einwohnerzahl Österreichs ab Ende der 1980er Jahre erneut merklich zu steigen – diesmal aufgrund verstärkter Zuwanderung, etwa wegen der Jugoslawienkriege. Zu Jahresbeginn 2012 erreichte Österreich einen Bevölkerungsstand von 8,44 Millionen.

Seit dem Beginn des starken Wirtschafts- und Wohlstandswachstums, das Österreich seit den fünfziger Jahren zu einem wohlhabenden Land machte, hat sich die Wanderungsbilanz umgedreht: Gastarbeiter wurden gezielt angeworben. So wurde mit der Türkei im Jahr 1964 ein *Anwerbeabkommen für Arbeitskräfte* abgeschlossen. Ein ähnlicher Vertrag wurde 1966 mit Jugoslawien abgeschlossen.

Später erreichten Österreich immer wieder Flüchtlingsströme, etwa während der Jugoslawienkriege nach dem Zerfall dieses Staates. Aus der Türkei kamen viele Wirtschaftsflüchtlinge nach Europa und damit auch nach Österreich. In den letzten Jahren verstärkt sich auch die Zuwanderung aus Deutschland nach Österreich, da hier die Chancen auf einen Arbeitsplatz – etwa in der Tourismusbranche – als größer empfunden wurden oder werden. Mit Beginn 2007 waren die deutschen Staatsbürger mit 109.000, nach den Serben und

Montenegrinern sowie den Türken, die drittgrößte ausländische Bevölkerungsgruppe in Österreich. Mit 1. Jänner 2008 waren bereits deutsche Staatsangehörige mit 124.710 die größte Ausländergruppe im Land. Im Jahr 2011 stammte rund die Hälfte der Zuwanderer aus den seit 2004 in die EU aufgenommenen zwölf Staaten, rund jeweils ein Viertel kamen aus den alten EU-Staaten sowie dem EU-Ausland.

Anfang 2012 lag die Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung bei 971.000 Personen, das sind 11,5% der Bevölkerung. Davon ist mit 227.000 Personen Deutschland am stärksten vertreten, gefolgt von Serbien, Montenegro und Kosovo (209.000), Türkei (186.000), Bosnien und Herzegowina (133.000), Rumänien (75.000), Kroatien (70.000), Polen (63.000), Ungarn (46.000), Tschechische Republik (44.000) und Italien (30.000).

Lebenserwartung

Die durchschnittliche Lebenserwartung in Österreich betrug 2011 bei den Frauen 83,4 Jahre und bei den Männern 78,1 Jahre (1971: Frauen 75,7 Jahre, Männer 73,3 Jahre). Im Jahr 2011 war die älteste Frau bei ihrem Ableben im 110. Lebensjahr und unverheiratet. Der älteste Mann war beim Tod im 107. Lebensjahr und verwitwet. Der älteste ledige Mann verstarb im 103. Lebensjahr. Die Säuglingssterblichkeit beträgt 0,36 %.

Die Selbstmordrate in Österreich ist hoch: Etwa 400.000 Einwohner sind generell von Depression betroffen, etwa 15.000 pro Jahr versuchen, sich das Leben zu nehmen; die Zahl der Suizidenten ist in Österreich doppelt so hoch wie die der Verkehrstoten: Alle sechs Stunden stirbt ein Österreicher durch eigene Hand. Die tatsächlichen Selbstmorde beliefen sich im Jahr 2009 auf 1273.

Sprache



Zweisprachige Ortstafel in Oberwart (ungarisch: *Felsőőr*) im Burgenland

Deutsch ist laut Artikel 8 der Bundesverfassung (Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) aus 1920) die Staatssprache der Republik Österreich. Das österreichische Deutsch – eine hochsprachliche nationale Standardvarietät der plurizentrischen deutschen Sprache – ist Muttersprache

von etwa 98 % der österreichischen Staatsbürger. Sowohl für die Behörden, als auch für den Schulunterricht ist das Österreichische Wörterbuch bindend.

Österreichisches Deutsch unterscheidet sich in Wortschatz und Aussprache, aber auch durch grammatikalische Besonderheiten vom Hochdeutschen in Deutschland. Das Österreichische Wörterbuch, in dem der Wortschatz zusammengefasst ist, wurde 1951 vom Unterrichtsministerium initiiert und steht seitdem als amtliches Regelwerk über dem Duden. Vielfach wird im täglichen Leben statt der Hochsprache einer der vielen oberdeutschen Dialekte gesprochen, die zu den Mundartfamilien des Alemannischen (gesprochen in Vorarlberg sowie dem Tiroler Außerfern) und Bairischen (gesprochen in allen Bundesländern mit Ausnahme Vorarlbergs) gehören. Sieben Millionen Österreicher sprechen einen mittel- oder südbairischen

Dialekt bzw. eine von diesen Dialekten beeinflusste Umgangssprache. Regionale Dialekte sind außerdem mit Ausdrücken aus benachbarten nicht-deutschen Sprachen durchwoben (so hatte vor allem Tschechisch aber auch andere Sprachen einen Einfluss auf den Wiener Dialekt). Auch die Verwendung französischer Begriffe am Wiener Hof hatte Einfluss auf einige, vor allem früher benutzte Begriffe (zB: "Trottoir" für Gehsteig).

Die autochthonen Volksgruppen der Kroaten im Burgenland, der Slowenen und der Ungarn in Österreich haben Anspruch auf muttersprachlichen Schulunterricht und Behördenverkehr. Burgenlandkroatisch und Slowenisch sind zusätzliche Amtssprachen in den Verwaltungs- und Gerichtsbezirken der Steiermark, des Burgenlandes und Kärntens mit kroatischer oder slowenischer bzw. gemischter Bevölkerung. Weiters ist in einigen Gemeinden des Burgenlandes Ungarisch neben Deutsch gleichberechtigte Amtssprache.

Auch Romanes, die Sprache der Volksgruppe der Roma, ist eine staatlich anerkannte Minderheitensprache. Ebenso verhält es sich mit Tschechisch und Slowakisch. Die österreichische Gebärdensprache ist verfassungsrechtlich anerkannt.

Religion



Die Basilika von Mariazell, Österreichs bedeutendster katholischer Pilgerort

Nach Ergebnissen der Volkszählung von 2001 bekannten sich 73,6 % der Bevölkerung zur römisch-katholischen und 4,7 % zu einer der evangelischen Kirchen (Protestantismus; überwiegend Augsburgischer Bekenntnis, seltener Helvetisches Bekenntnis). Etwa 180.000 Christen, das sind 2,2 % der österreichischen Bevölkerung, waren Mitglieder orthodoxer Kirchen. Zur

Altkatholischen Kirche bekannten sich etwa 15.000 Gläubige, das sind rund 0,2 % der Bevölkerung. Wie auch in Deutschland sind die Mitgliederzahlen der Volkskirchen rückläufig, Ende 2011 betrug der Anteil der Katholiken mit 5,41 Millionen von 8,430 Millionen nur mehr 64,17 % und hat damit den Zwei-Drittel-Anteil an der österreichischen Bevölkerung unterschritten. Relativ war der Rückgang bei den kleineren evangelischen Kirchen größer, nur noch 3,8 % bekannten sich im Jahre 2011 als Mitglied zu einer der evangelischen Kirchen.

Die größte nicht-christliche Glaubensgemeinschaft in Österreich ist der Islam. Bei der Volkszählung von 2001 bekannten sich rund 340.000 Personen, das sind 4,3 %, zum muslimischen Glauben – nach Angaben des Integrationsfonds waren es im Jahr 2009 515.914



Gläubige, was einem Anteil von 6,2 % an der Gesamtbevölkerung entspricht (der Islam in Österreich ist seit 1912 anerkannte Religionsgemeinschaft).

Der jüdische Stadttempel in Wien

Zum Judentum bekennen sich etwa 8.140 Menschen. Die überwiegende Mehrheit davon, rund 7.000, lebt in Wien. Nach Angaben der Israelitischen Kultusgemeinde Wien sind es österreichweit 15.000. Zum Buddhismus, der in Österreich 1983 als Religionsgemeinschaft anerkannt wurde, bekennen sich etwas über 10.000 Menschen. Zum Hinduismus, der in Österreich als „eingetragene religiöse Bekenntnisgemeinschaft“ gilt, bekennen sich laut Volkszählung 2001 3.629 Personen.

20.000 Personen sind aktive Mitglieder der Zeugen Jehovas. Ihre gesetzliche Anerkennung als Religionsgemeinschaft wurde im Mai 2009 beschlossen.

Etwa 12 % der Bevölkerung (ca. 1.002.400 Personen) gehören keiner der in Österreich gesetzlich anerkannten Religionsgemeinschaften an. Schätzungen zufolge liegt die Zahl der Atheisten und Agnostiker mit 18 % bis 26 % (ca. 1.471.500 bis 2.125.500 Personen) jedoch weitaus höher.

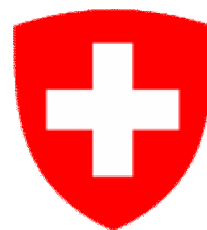
Schweiz



Schweizerische Eidgenossenschaft



Flagge



Wappen

Wahlspruch: Einer für alle, alle für einen» (dt.)

Amtssprache

Französisch (20,4 %),
Italienisch (6,5 %),
Rätoromanisch^[2] (0,5 %)

Deutsch (63,7 %),

Hauptstadt:

Regierungssitz

Bundesstadt Bern

keine

Staatsform republikanischer Bundesstaat

Staatsoberhaupt Der Bundesrat bildet das kollektive Staatsoberhaupt:

Alain	Berset	(SP)
Didier	Burkhalter	(FDP)
Doris	Leuthard	(CVP)
Ueli	Maurer	(SVP)
Johann	Schneider-Ammann	(FDP)
Simonetta	Sommaruga	(SP)
Eveline Widmer-Schlumpf	(BDP)	

Regierungschef keiner

Fläche 41'285 km²

Einwohnerzahl 7'952'600 (31. Dezember 2011), davon 1'814'800 ausländisch (23 %)

Bevölkerungsdichte 193 Einwohner pro km²

Bevölkerungsentwicklung ▲ +1,0 %^[7] pro Jahr

Währung 1 Schweizer Franken (CHF/SFr.) =
100 Rappen (Rp.)

Gründung 1. August 1291 nach Legende als «Ewiger Bund» (Rütlichschwur)
12. September 1848 als moderner Bundesstaat in der heutigen Form

Unabhängigkeit 1499 faktische Ablösung vom Heiligen Römischen Reich im Frieden zu Basel,
1648 juristische Trennung vom Heiligen Römischen Reich im Westfälischen Frieden

Nationalhymne *Schweizerpsalm*

Nationalfeiertag 1. August Bundesfeiertag

Die **Schweiz** (französisch **Suisse** [sɥis(ə)], italienisch **Svizzera** [ˈzvɪtˈsɛra], rätoromanisch **Svizra**^{2/1} [ˈʒviˈtsrɐ] oder [ˈʒviˈtsɛrɐ], lateinisch **Helvetia**, amtlich **Schweizerische Eidgenossenschaft**) ist ein föderalistischer, demokratischer Staat in Europa. Er grenzt an Deutschland im Norden, an Österreich und Liechtenstein im Osten, an Italien im Süden und an Frankreich im Westen. Die Schweiz hat laut Bundesverfassung keine Hauptstadt; der Sitz der Bundesbehörden (Regierung und Parlament) ist die *Bundesstadt* Bern.

Die Schweizerische Eidgenossenschaft ging aus den sogenannten Urkantonen Uri, Schwyz und Unterwalden hervor. Als inoffizielles und mythologisiertes Gründungsdokument gilt der Bundesbrief von 1291, die älteste noch erhaltene Bündnisurkunde. Der heutige Bundesstaat besteht seit 1848. Der Name *Schweiz* stammt vom Urkanton Schwyz.

Die Willensnation Schweiz zählt rund acht Millionen Einwohner, darunter zwei Millionen Ausländer (ca. 25 Prozent). Das Land gehört zu den dichter besiedelten Ländern Europas, wobei sich die Bevölkerung im sogenannten Mittelland im Norden des Landes konzentriert (450 Personen pro Quadratkilometer auf 30 Prozent des Staatsgebiets). Im Kanton Graubünden, im Alpengebiet gelegen, sinkt der entsprechende Wert auf einen Bruchteil (27 Personen pro Quadratkilometer). Die grössten Städte sind die Wirtschaftszentren Zürich, Genf, Basel, Lausanne und Bern. Das Land gliedert sich in 26 teilsouveräne Kantone. Die vier offiziellen Amtssprachen sind Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch. Das Landeskennzeichen lautet «CH», die lateinische Abkürzung für *Confoederatio Helvetica*, um keine der vier Amtssprachen zu bevorzugen.

Bevölkerung Demografie

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts hat sich die Einwohnerzahl mehr als verdoppelt: von 3,3 Millionen (1900) auf 7,8 Millionen (2009). Das Bevölkerungswachstum flachte damit gegenüber 2008 leicht ab auf 1,1 Prozent. Die Bevölkerungszunahme erreichte ihren Höhepunkt zwischen 1950 und 1970. Zu Bevölkerungsrückgängen kam es einzig 1918 als Folge der Spanischen Grippe und in den wirtschaftlichen Rezessionsjahren 1975–1977.

Das Wachstum der Bevölkerung mit Schweizer Pass ist seit 1981 langsamer und konstanter als jenes der Gesamtbevölkerung verlaufen. Die Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung erfolgte etwas rascher, aber über die Jahre unregelmässiger – mit relativ hohen jährlichen Zuwachsraten zwischen 1988 und 1993 von jeweils ungefähr 3 Prozent.

Während die allgemeine Geburtenziffer 1963 noch bei 2,67 lag, nahm sie seither stetig ab bis auf einen Wert von 1,38 im Jahre 2001. Seither gab es wieder eine moderate Zunahme auf 1,46 im Jahr 2007. Damit konnte auch erstmals seit zehn Jahren wieder ein Geburtenüberschuss von Schweizer Staatsangehörigen erzielt werden (+400). Im Jahr 2011 lag die Geburtenziffer bei 1,52 Kindern pro Frau.

Die Lebenserwartung beträgt 84,6 Jahre für Frauen und 80,2 für Männer (Bundesamt für Statistik, 2010).

Bevölkerungsbewegung

Heute ist die Schweiz – wie fast alle wohlhabenden westlichen Staaten der Welt – ein Einwanderungsland. Die Schweiz hat einen Ausländeranteil von 23 Prozent. Das heutige Bundesgebiet und insbesondere Zürich waren schon in früheren Zeiten Ziel grösserer Migrationsbewegungen. Zur Zeit der Industrialisierung gab es eine grosse Binnenwanderung vor allem aus den Alpen.

Seit dem enormen Wirtschafts- und Wohlstandswachstum, das in den 1950er Jahren begann und die Schweiz bis heute zu einem wohlhabenden Land macht, drehte sich die Wanderungsbilanz um. Gastarbeiter wurden gezielt angeworben, später erreichten die Schweiz immer wieder Flüchtlingsströme, etwa aus dem ehemaligen Jugoslawien während der Jugoslawienkriege. Aus der Türkei kamen viele Wirtschaftsflüchtlinge nach Westeuropa und damit auch in die Schweiz. In den letzten Jahren verstärkte sich auch die Zuwanderung aus Deutschland in die Schweiz, da hier die Chancen auf einen Arbeitsplatz als grösser empfunden werden. 2011 waren die italienischen Staatsbürger mit 16,3 Prozent die grösste Ausländergruppe, gefolgt von den deutschen Staatsbürgern (14,9 Prozent), portugiesischen (12,0 Prozent), serbischen (6,9 Prozent) und französischen (5,4 Prozent). Die nächstkleineren Ausländergruppen bilden die Türken, Spanier, Mazedonier, Kosovaren, Österreicher, Briten,

Bosniaken und Kroaten. Insgesamt gab es Ende 2011 in der Schweiz 1'814'800 Bewohner mit ausländischem Pass (23 Prozent).

Sprachen



Sprachgebiete der Schweiz – Mehrheitsverhältnis nach der Volkszählung 2000; Karte mit einem Gemeindebestand von 2012

- Deutsch (63,7 %)
- Französisch (20,4 %)
- Italienisch (6,5 %)
- Rätoromanisch (0,5 %)

Der Art. 4 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV) hält seit 1999 fest:

«Die Landessprachen sind Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch.»

Im Art. 70 Abs. 1 BV heisst es zudem:

«Die Amtssprachen des Bundes sind Deutsch, Französisch und Italienisch. Im Verkehr mit Personen rätoromanischer Sprache ist auch das Rätoromanische Amtssprache des Bundes.»

Jenisch und Jiddisch wurden durch die Ratifizierung der *Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen* durch die Schweiz 1997 als territorial nicht gebundene Sprachen der Schweiz anerkannt.

Die Bundesverfassung legt die Sprachgebiete der Schweiz nicht fest. Art. 70 Abs. 2 BV weist den Kantonen die Kompetenz zu, ihre Amtssprachen zu bestimmen. Dabei müssen sie jedoch sprachliche Minderheiten und die herkömmliche Zusammensetzung der Sprachgebiete beachten. Wer aus einem anderssprachigen Landesteil zuzieht, hat kein Recht darauf, in seiner angestammten Sprache mit den neuen Kantons- und Gemeindebehörden zu verkehren (Territorialitätsprinzip). Unter den mehrsprachigen Kantonen haben nur Bern und Wallis die Sprachgebiete räumlich festgelegt. Die Kantone Tessin und Jura definieren sich sogar als ganz zum italienischen bzw. französischen Sprachgebiet zugehörig, obwohl je eine Gemeinde eine deutschsprachige Mehrheit aufweist. Die verbleibenden mehrsprachigen Kantone Freiburg und Graubünden weisen die Regelung der Amtssprache den Gemeinden zu.

Als offiziell zweisprachig definiert sind beispielsweise die Gemeinden Biel/Bienne, Freiburg/Fribourg oder Murten/Morat. Im Kanton Graubünden gelten gemäss Art. 16 des Bündner Gemeindegesetzes von 2006 Gemeinden als amtlich einsprachig, wenn mindestens vierzig Prozent der Einwohner die angestammte Sprache sprechen, und als zweisprachig, wenn mindestens zwanzig Prozent die angestammte Sprache sprechen. Faktisch kann das bedeuten, dass Romanisch dort zwar die Verwaltungs- und Schulsprache, Schweizerdeutsch aber die Verkehrssprache ist.

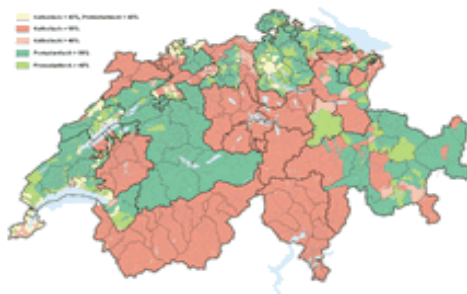
Mit einem Anteil von 63,7 Prozent an der Gesamtbevölkerung ist Deutsch (rot) die meistverbreitete Sprache. Im deutschsprachigen Teil der Schweiz werden schweizerdeutsche Dialekte gesprochen, während Geschriebenes in der Regel in Standarddeutsch verfasst wird.

Französisch wird von 20,4 Prozent (violett) der Bevölkerung gesprochen. Dieser Teil des Landes wird häufig als *Romandie*, *Suisse romande* oder *Welschland* bezeichnet. Im Kanton Tessin und vier Südtälern des Kantons Graubünden (*Grigioni Italiano*) wird Italienisch (grün, Anteil: 6,5 Prozent) gesprochen. Die vierte Landessprache, Rätoromanisch (gelb), hat einen Anteil von 0,5 Prozent und wird in Graubünden gesprochen, wobei praktisch alle Rätoromanischsprachigen die deutsche Sprache beherrschen. Das Rätoromanisch ist seit dem 19. Jahrhundert stark gefährdet und wird trotz Fördermassnahmen immer mehr vom Deutschen verdrängt. Seit 1860 haben 51 Gemeinden in Graubünden vom romanischen ins deutsche Sprachgebiet gewechselt. 1938 nahm das stimmberechtigte Volk eine Verfassungsänderung an, wonach das Rätoromanische als Amtssprache auf Bundesebene festgelegt wurde. Die Zahl der Fahrenden, unter denen die Jenischen neben einer geringeren Anzahl von Sinti und Roma die überwiegende Mehrheit bilden, wird bei Volkszählungen nicht erhoben, aber in offiziellen Schätzungen auf 20'000 bis 35'000 angesetzt. Das entspräche einem Anteil von annähernd 0,5 Prozent. Jenische leben in der ganzen Schweiz verstreut und sprechen neben ihrer internen Gruppensprache Jenisch meist eine der Landessprachen. Jiddisch (Westjiddisch) besitzt in der Schweiz eine alte Tradition in den Surbtaler Dörfern Endingen und Lengnau aufgrund der dortigen, heute nur noch marginal existierenden jüdischen Gemeinden. Eine jüngere Tradition hat Jiddisch (Ostjiddisch) in der Stadt Zürich, wo es teilweise in ultraorthodoxen Kreisen gesprochen wird.

Die Gebärdensprachen werden von rund 10'000 in der Schweiz lebenden Personen beherrscht, die verbreitetsten sind die Deutschschweizer und die französische Gebärdensprache.

Durch Zuwanderung bedingt sprechen mittlerweile 9 Prozent der Einwohner andere Sprachen als die Landessprachen. Von diesen ist das Serbisch-Bosnisch-Kroatische mit 1,5 Prozent am weitesten verbreitet.

Als Fremdsprachen lernen die Schweizer eine zweite Landessprache und Englisch. Es gibt Diskussionen darüber, ob Englisch gleichzeitig mit oder sogar vor der zweiten Landessprache unterrichtet werden soll. Wegen Protesten aus der jeweils anderen Sprachregion hat sich ein rein englischer Fremdsprachenunterricht bisher nirgendwo durchsetzen können.



Religionen

Konfessionsgebiete der Schweiz per 1. April 2012



Kloster Einsiedeln (SZ)

Von den Schweizer Bürgern sind 41 Prozent römisch-katholisch, 40 Prozent evangelisch-reformiert, 2,5 Prozent in Freikirchen, 5,5 Prozent gehören zu anderen Religionsgemeinschaften und 11 Prozent sind ohne Religionszugehörigkeit. Von den Ausländern in der Schweiz sind 44 Prozent römisch-katholisch, 5 Prozent evangelisch-reformiert, 17 Prozent orthodox, 18 Prozent islamisch und 2 Prozent ohne Bekenntnis.

Die Religionsfreiheit in der Schweiz ist als verfassungsmässiges Grundrecht verankert. Es ist den Kantonen überlassen, ob sie ausgewählten Religionsgemeinschaften einen besonderen Status als Landeskirche oder als öffentlich-rechtliche Körperschaft verleihen wollen. In den meisten Kantonen haben die römisch-katholische Kirche und die evangelisch-reformierte Kirche, in vielen Kantonen zusätzlich die christkatholische Kirche und in einigen die jüdischen Gemeinden diesen Status inne. In den Westschweizer Kantonen Genf und Neuenburg gibt es keine Landeskirchen, weil dort Kirche und Staat vollständig getrennt sind; sie sind aber dennoch als «Organisationen von öffentlichem Interesse» anerkannt. In Basel besteht die sogenannte «hinkende Trennung» von Kirche und Staat.

Die christkatholische Kirche ist nur in Teilen der Nordwestschweiz von Bedeutung. Mit 0,33 Prozent ist der Buddhismus in der Schweiz stärker vertreten als in anderen Ländern Europas. Synagogen, Moscheen und buddhistische Tempel existieren in mehreren Orten in der Schweiz.

Historisch gesehen waren die Einwohner der Kantone Zürich, Bern, Basel (ausser Bezirk Arlesheim), Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden und Waadt noch um 1850 praktisch ausschliesslich reformiert, diejenigen der Kantone Freiburg (ausser Bezirk Murten), Wallis, Jura, Solothurn (ausser Bezirk Bucheggberg), Luzern, Ob- und Nidwalden, Uri, Schwyz, Zug, Appenzell Innerrhoden und Tessin fast nur katholischen Glaubens. Konfessionell gemischt waren hingegen die Kantone Glarus, Aargau, St. Gallen, Graubünden und Genf. Die Verteilung der Konfessionen war das Resultat der Anwendung des Territorialprinzips bei der Wahl der Konfession nach den Religionskriegen des 16. Jahrhunderts; die konfessionell gemischten Kantone wiesen entweder junge Kantonsgrenzen auf (Aargau, St. Gallen, Genf) oder aber kannten eine althergebrachte gemeindeweise Festlegung (Glarus, Graubünden). Parität, das heisst gleichzeitiges Vorhandensein beider Konfessionen am selben Ort, war die Ausnahme, sie galt etwa im Toggenburg, in Teilen der vormaligen Untertanengebiete der Eidgenossenschaft (Thurgau, Echallens) und in einigen Gemeinden Graubündens und von Glarus. Eine Volksabstimmung 1919 im österreichischen Vorarlberg zu Verhandlungen mit der Schweiz über einen Beitritt zur schweizerischen Eidgenossenschaft ergab zwar eine Zustimmung von gut 80 Prozent, weitere Verhandlungen scheiterten jedoch auch an den Reformierten in der Schweiz, welche durch einen zusätzlichen Kanton mit Katholiken ihre damalige Mehrheit verloren hätten.

Städte



Blick vom Bellevue nach Norden über die Innenstadt Zürichs

Die grösste Stadt der Schweiz ist Zürich mit 389'992 Einwohnern (30. September 2011). Die Agglomeration umfasst 1'132'237 Einwohner (31. Dezember 2007). Weitere Grossstädte sind Genf mit 192'247 (31. Oktober 2012), Basel mit 171'659 (30. September 2012), Lausanne mit 129'383 (31. Dezember 2011), die Bundesstadt Bern mit 125'681 (31. Dezember 2011) sowie Winterthur mit 103'075 (31. Dezember 2011). Die grössten Städte mit weniger als 100'000 Einwohnern sind Luzern (77'491), St. Gallen (73'505), Lugano (55'151) und Biel/Bienne (51'635) (alle per 31. Dezember 2010). Die Bevölkerungsdichte ist im flachen Mittelland sehr hoch, im Alpenland und im Jura naturgemäss dünn.

Liechtenstein

Fürstentum Liechtenstein



Flagge



Wappen

Amtssprache	Deutsch
Hauptstadt	Hauptort Vaduz
Staatsform Grundlage	Konstitutionelle Erbmonarchie auf demokratisch-parlamentarischer
Staatsoberhaupt	Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein
Regierungschef	Klaus Tschütscher
Fläche	160 km ²
Einwohnerzahl	36'476 (31. Dezember 2011), davon 33 % ausländisch
Bevölkerungsdichte	225 Einwohner pro km ²
Währung	1 Schweizer Franken (CHF) = 100 Rappen (Rp.) 1 CHF = 0,83043 EUR (15. November 2012)
Unabhängigkeit	1806 vom Heiligen Römischen Reich deutscher Nation
Nationalhymne	<i>Oben am jungen Rhein</i>
Nationalfeiertag	15. August



Liechtenstein [ˈliçtənˌʃtaɪn], amtlich **Fürstentum Liechtenstein** (Mundart: *Förschtatum Liachtaschta*), ist ein Binnenstaat in Mitteleuropa und eine konstitutionelle Erbmonarchie auf demokratisch-parlamentarischer Grundlage. Die Souveränität liegt sowohl beim Volk als auch beim Fürsten. Das Alpenland Liechtenstein grenzt westlich an die Schweiz und östlich an Österreich und gliedert sich in zwei Wahlkreise und elf Gemeinden. Der Hauptort und Fürstensitz ist Vaduz, der grösste Ort ist Schaan. Der stark kultivierte Norden (Unterland) und der weniger bewirtschaftete Süden (Oberland) charakterisieren die Landschaft des Fürstentums.

Liechtenstein ist mit rund 36'000 Einwohnernder kleinste der deutschsprachigen Staaten und gleichzeitig der einzige Staat, in dem Deutsch die alleinige Amts- und Landessprache ist. Der Ausländeranteil beträgt 33 Prozent. Das Fürstentum wurde mit der Gründung des Rheinbundes im Jahr 1806 faktisch unabhängig und ist seit der Einführung eines Zollvertrags im Jahr 1923 verwaltungsmässig und wirtschaftlich eng mit der Schweiz verbunden. Die Fürstenmonarchie ist Mitglied der Vereinten Nationen (UNO) und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR), andererseits nicht der Europäischen Union (EU).

Wohnbevölkerung

Etwa zwei Drittel der Einwohner sind gebürtige Liechtensteiner (65,8 Prozent); ein Fünftel (20,1 Prozent) der Wohnbevölkerung kommt aus dem übrigen deutschen Sprachraum (10,8 Prozent aus der Schweiz, 5,9 Prozent aus Österreich und 3,4 Prozent aus Deutschland), gefolgt von jeweils 3,3 Prozent aus Italien und Einwohnern des früheren Jugoslawien, 2,6 Prozent sind Türken und 4,8 Prozent kommen aus anderen Staaten. Insgesamt umfasst Liechtensteins ständige Wohnbevölkerung Menschen aus rund 90 Nationalitäten.

Sprache

Die Liechtensteiner Bevölkerung spricht verschiedene liechtensteinische Mundarten, die in ihrer grossen Mehrheit einer mittellalemannisch-hochalemannischen Übergangsmundart angehören, so wie sie grenzüberschreitend auch im benachbarten Kanton St. Gallen (Schweiz) und im benachbarten Vorarlberg (Österreich) gesprochen wird. Die Ortsdialekte unterscheiden sich dabei von Gemeinde zu Gemeinde teilweise wesentlich voneinander.

Allerdings hebt sich die höchstalemannisch-walserdeutsche Mundart von Triesenberg bis heute deutlich von den hochalemannischen Dialekten der altansässigen Bevölkerung ab, deren Träger sind um das Jahr 1300 n. Chr. im Zuge der Walserwanderung aus dem Schweizer Kanton Wallis ins Land gekommen. Diese Bevölkerung hatte im Laufe des Mittelalters hier – wie im ganzen unterrätischen Raum – die alte rätoromanische Landessprache zugunsten des Alemannischen aufgegeben.

Schrift- und Mediensprache ist üblicherweise Schweizer Hochdeutsch. Liechtenstein ist der einzige Staat mit Deutsch als alleiniger (anerkannter) Amts- und Landessprache (in den übrigen Staaten des deutschen Sprachraumes sind auch romanische, andere germanische oder slawische Sprachen oder Ungarisch als Amts- oder Minderheitensprachen anerkannt).



Religion und Kirche

Die Kathedrale St. Florin

Bei einer von der liechtensteinischen Regierung in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage zur Religionsangehörigkeit aus dem Jahr 2008 gaben 78 Prozent der in- und ausländischen Bewohner ihre Religion mit römisch-katholisch an, elf Prozent waren evangelisch, rund drei Prozent gehörten einer islamischen

Religionsgemeinschaft an und sechs Prozent machten keine Angaben. Der Bevölkerungsanteil ohne Konfession beläuft sich in Liechtenstein auf 2,8 Prozent.¹

Bis 1997 gehörte Liechtenstein zum Bistum Chur. Am 2. Dezember 1997 wurde schliesslich das Erzbistum Vaduz von Papst Johannes Paul II. errichtet und vom Bistum Chur losgelöst. Seit der Errichtung des Erzbistums Vaduz ist Wolfgang Haas Erzbischof und die Pfarrkirche St. Florin in Vaduz wurde zur Kathedralkirche erhoben.

Die römisch-katholische Kirche ist gemäss Art. 37 II der Landesverfassung Landeskirche und geniesst als solche den vollen Schutz des Staates. Die Trennung von Kirche und Staat wird in heutiger Zeit allerdings angestrebt.

Dritte Vorlesung Naturräumliche Gliederung

- I. Landschaften und Natur
- II. Berge und Wasserstraßen

Plan :

- 1. 5 Landschaften von Deutschland.
- 2. Flüsse. Kanäle. Berge
- 3. Das „Herz Europas“- Bodensee.
- 4. Der Thüringer Wald.

Grundbegriffe:

das Wattenmeer – flaches Meer, das das Watt bei Flut bedeckt

das Tiefland – in geringer Höhe (unter 200 m) über dem Meeresspiegel gelegenes Flachland

die Ruhr – Bewegung

die Talsperre – Anlage, die aus einem absperrenden Staudamm, dem dahinter aufgesteuten See u. einem Kraftweg besteht

der Speicher – Dachboden

wellig – adj. in Wellen verlaufend, wellenförmig
das Abenteuer – mit einem außerordentlichen, erregenden Geschehen verbundene gefährvolle Situation, die man mit Wagemut zu bestehen hat;
der Kanal – künstlicher schiffbarer Wasserlauf als Verbindung zwischen Meeren, Flüssen, Seen.
die Urkunde – Schiffstück; Dokument mit Rechtskraft
feudal – den Feudalismus betreffend, auf ihn gegründet;
den höheren Ständen angehörend, aristokratisch;
inspirieren – eintauchen, zu etwas anregen

Naturräumliche Gliederung. Die deutschen Landschaften sind vielfältig und reizvoll. Das Land weist eine deutliche naturräumliche Gliederung auf: Im Norden erstreckt sich von der Nord- und Ostseeküste bis zum Mittelgebirge das Norddeutsche Tiefland. Es folgt die Zone der Mittelgebirge, die durch das Oberrheinische Tiefland im Westen unterbrochen wird. Südlich der Donau liegt das Alpenvorland; im äußersten Süden hat Deutschland noch einen kleinen Anteil am Hochgebirge der Alpen.

Der Küste von Nord- und Ostsee sind größere und kleinere Inseln vorgelagert, darunter in der Ostsee die Insel Rügen, mit 930 Quadratkilometern die größte deutsche Insel. An der Nordseeküste liegt das Wattenmeer, in dem bei Ebbe Wanderungen möglich sind.

Im Norden Deutschlands liegt **das norddeutsche Tiefland**, mit seinen Seen und kleinen Hügeln durch die letzte Eiszeit geprägt. Die Bundesländer Schleswig-Holstein, fast ganz Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Teile von Sachsen-Anhalt, Sachsen und Nordrhein-Westfalen, dazu die Stadtstaaten Hamburg und Bremen gehören zum Norddeutschen Tiefland.

Das Norddeutsche Tiefland ist landwirtschaftlich geprägt. Höhenzüge und weite Talniederungen kennzeichnen das Bild. Deiche schützen die Siedlungen und das äußerst fruchtbare Marschland vor Sturmfluten. An der Ostsee dagegen wechseln sich Steil- und Flachküsten ab. Zwei große Inseln liegen in der Ostsee: die Insel Rügen und die Insel Fehmarn, beliebte Ferientziele besonders im Sommer. Mittelalterliche Hansestädte wie Lübeck, Wismar oder Rostock mit ihren mächtigen Burgtoren, Speicherhäusern und Kirchen aus roten Ziegeln (sogenannte Backsteingotik) haben sich an Flußmündungen zu wichtigen Städten entwickelt. In der Hansestadt Hamburg (an der Nordsee) z.B. Gibt es eine Speicherstadt, die man mit einem Boot besichtigen kann.

Der hügelige und seenreiche nördliche Landrücken umsäumt den Südrand der Ostsee. Hier befinden sich bekannte Erholungsgebiete wie die Holsteinische Schweiz oder die Mecklenburgische Seenplatte. Der flachwellige südliche Landrücken ist häufig mit Kiefernwäldern zum Weiden von Schaferden (das Fleisch der hier gezüchteten Schafe-Heidschnucken – ist in Deutschland besonders begehrt) und Heideland (Lüneburger Heide, wie der Name sagt, Heideland, d.h. ein sandiger Boden) bedeckt, die landwirtschaftliche Nutzung auf den nährstoffarmen Böden ist eingeschränkt.

In den weiten feuchten Talniederungen herrscht die Gründlandwirtschaft vor. Es sind Urstromtäler der Eiszeit, in denen heute die Flüsse zur Nord- bzw. Ostsee entwässern. Hier liegen auch die beiden größten deutschen Städte: Berlin, Hauptstadt Deutschlands im Osten des Norddeutschen Tieflandes und Hamburg an der Trichtermündung der Elbe. Die größte Stadt- und Industrielandschaft hat sich zwischen der Niederrheinischen und der Westfälischen Bucht an der Ruhr entwickelt. Wo in der Vergangenheit Fördertürme der Zechen, Hüttenwerke und Kohlehalden das Bild des Ruhrgebiets bestimmten, rücken heute immer mehr zukunftsorientierte Industrien in den Vordergrund. Der Braunkohletagebau prägt im Gegensatz zum Steinkohlebergbau noch heute große Landesteile. Entlang der Elbe, im sächsischen Braunkohlerevier und in der Lausitz haben riesige Bagger ganze Landstriche umgegraben. Abraummhalden und kilometergroße Löcher haben das Gebiet einer Mondlandschaft gleichgemacht. Es wird schrittweise rekultiviert.

Im Süden des Norddeutschen Tieflandes verläuft vor dem Rand der Mittelgebirgszone der Bördengürtel mit sehr fruchtbaren Lössboden. Weizen-, Zuckerrüben- oder auch Gerstenfelder prägen die offene Landschaft. Die Börden sind die ertragreichsten Landwirtschaftsgebiete Deutschlands.

Mittelgebirge. Den Norden trennt vom Süden Deutschlands das Mittelgebirge. Das deutsche Mittelgebirge ist ein breiter Gürtel, der sich südlich von Hannover bis zur Donau erstreckt. In diesem Gebiet liegt östlich die Sächsische Schweiz. Das deutsche Mittelgebirge sieht aus wie eine Spielzeuglandschaft: Da liegen kleine Berge und Hügel mit Wäldern, dazwischen Felder und Wiesen und in den Flusstälern Städte und Fabriken. Die Berge sind hier nicht besonders hoch (der große Winterberg bringt es gerade auf 552 Meter) aber sehr schön. Die Hügel und Berge sind zwischen 400 und 700 Meter hoch; einzelne Berge erreichen eine Höhe von fast 1500 Meter, wie zum Beispiel der Feldberg im Schwarzwald. Die meisten Hügel und Berge sind dicht bewaldet und werden für die Forstwirtschaft genutzt.

Die zahlreichen Talsperren (z.B. Möhnetalsperre, Edertalsperre) dienen nicht nur der Wasserversorgung, sondern sind gleichzeitig Erholungsgebiete für die dicht besiedelten Industriezentren (z.B. das Ruhrgebiet, Rhein-Main-Gebiet u.a.). Die deutschen Gebirgszüge des deutschen Mittelgebirges heißen: der Harz, das Rothaargebirge, des Westerwald, die Eifel, der Hunsrück, der Taunus, die Rhön, der Thüringer Wald, das Fichtelgebirge, das Erzgebirge, der Bayrische Wald, die Fränkische Alb, die Schwäbische Alb und der Schwarzwald. (Viele dieser Gebirge heißen „Wald“, weil auf den Bergen und Hügeln Laubwälder, Tannenwälder und Mischwälder wachsen). Der Bayerische Wald im äußersten Südosten Deutschlands ist die größte zusammenhängende Waldfläche in Mitteleuropa.

An den Flüssen Mosel, Rhein und Main liegen viele malerische Winzerdörfer; Wein und Obst werden an den sonnigen Steilhängen der Mittelgebirge angebaut. Viele Burgen und Ruinen am sogenannten Mittelrhein sind eine Attraktion für einheimische und ausländische Touristen. Es gibt viele Sagen und Legenden über diese Burgen. Die wohl bekannteste ist die Burg Lorelei.

Oberrheinisches Tiefland. Das Oberrheinische Tiefland erstreckt sich von Basel (Schweiz) bis Mainz über eine Länge von etwa 300 km. Geschützt vor kalten Winden durch die umliegenden Mittelgebirge ist das Klima im Oberrheinischen Tiefland milder als in anderen Teilen Deutschlands: Hier gedeihen auch mediterrane Pflanzen wie Feigen, Mandeln und Pfirsiche. Im dicht besiedelten Rheintal werden Getreide, Zuckerrüben, Spargel, Gemüse und Tabak, in den Vorbergen auch Obst und Wein angebaut. Die ursprünglich weiten Auwälder entlang des Rheins sind als Folge der Rheinkorrektion bis auf kleine Reste verschwunden.

Alpenvorland. Südlich der Donau erstreckt sich bis zum Hochgebirge der Alpen das Alpenvorland. Am Alpenvorland sind zahlreiche Seen und Moore in die hügelige Moränenlandschaft eingebettet. Zwischen den grünen Wiesen liegen reizvolle Dörfer mit eindrucksvollen Kirchen und Häusern, deren Balkone im Sommer üppig mit Blumen bepflanzt sind. Der Reiz dieser Landschaft und die Nähe zu den Alpen haben diese Region zu einem der beliebtesten Urlaubsgebiete in Deutschland werden lassen. Nördlich der hügeligen Moränenlandschaft breiten sich die flachen Schotterebenen aus, die im Osten wieder in eine wellige Landschaft übergehen. Hier liegen die Hallertau, das größte Hopfenanbaugebiet der Welt, und der Dunggau, die Kornkammer des Vorlandes. Kulturelles und wirtschaftliches Zentrum des Voralpengebietes ist München. Der größte Binnensee Deutschlands ist der Bodensee mit der Insel Mainau. Er grenzt an drei Städten: Deutschland, Österreich und die Schweiz.

Die Alpen (Hochgebirge). Im äußersten Süden des Landes gehört etwa 240 km. schmaler Streifen der Alpen zu Deutschland. Die Zugspitze ist mit einer Höhe von 2963 m. Die höchste Erhebung der deutschen Alpen. Steile Gipfel, schroffe Felswände, tosende Wildbäche, kristallklare Seen und tief eingeschnittene Täler ziehen das ganze Jahr über viele

Erholungssuchende an. Die Bevölkerung lebt überwiegend vom Tourismus, daneben trägt auch die Vieh- und Forstwirtschaft zum Lebensunterhalt der Bevölkerung bei.

Kein anderes Gebirge der Erde steigt so hoch und so eisig aus so tiefen grünen Tälern auf. Dieser Gegensatz ist eine Besonderheit der Alpen. Der höchste europäische Gebirgszug trenne den Norden vom Süden des Kontinents.

Das Jodeln und das Zitherspiel sind hier zu Hause; die Zwiebeltürme und Märchenschlösser, die Lederhosen und die Dirndkleider, Alpenländische Folklore ist ein Welthit.

Die Alpen. Jahrtausendlang eine unüberschubare Mauer zwischen dem Norden und Süden Europas. Unkenntnis, Furcht, Geheimnisse und Legenden legten einen dichten Schleier über den gewaltigen Zug von Gebirgsketten.

Bis weit ins 19. Jahrhundert hinein war die Überquerung der Alpen ein höchst gefährliches Abenteuer. Den Kaisern und Königen des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, den Kaufleuten und Lastträgern folgten nun die ersten Touristen über die Pässe. Sie wollten die wilde Schönheit der Alpen erleben.

Deutsche Flüsse und Kanäle. Die deutsche Landschaft ist durch Flüsse gekennzeichnet. Fünf große Flusssysteme durchziehen Deutschland im wesentlichen in der Richtung von Süd nach Nord. Es sind **der Rhein, die Ems, die Weser, die Elbe, die Oder**. Die Oder ist Grenzfluss, der Rhein zum Teil. Daneben gibt es Flüsse, die in Ost-West- bzw. West-Ost-Richtung fließen. Der größte ist im Süden Deutschlands die Donau, die in Deutschland entspringt und durch Österreich und die Balkan-Länder zum Schwarzen Meer fließt. In der Mitte Deutschlands verläuft in Ost-West-Richtung der Main. Alle größeren Flüsse sind schiffbar oder z.T. schiffbar.

Der Rhein entspringt in der Schweiz, fließt durch ganz Deutschland und mündet in den Niederlanden in die Nordsee. An seinem Lauf liegen große Städte wie Köln, Düsseldorf, Duisburg, auch Bonn. In Bayern beginnt der Main seinen Lauf, ein Nebenfluss des Rheins. Am Main liegt die Großstadt Frankfurt. Wie auch der Main entsteht die Weser aus zwei Flüssen, fließt durch den nördlichen Teil Deutschlands und mündet in die Nordsee. An der Weser liegen Bremen und Bremerhaven. Der zweitgrößte Fluss Deutschlands ist die Elbe. Sie entspringt in Tschechien, wo sie Laba heißt, und fließt durch den östlichen Teil Deutschlands in die Nordsee. An der Elbe liegen Dresden, Magdeburg, Hamburg und andere Städte. Einer der kürzesten Flüsse ist die Spree, an der Berlin, die Hauptstadt des Landes liegt. Durch das Bundesland Nordrhein-Westfalen fließt die Ruhr, die einem wichtigen Wirtschaftsgebiet den Namen gegeben hat. Die Ruhr mündet bei Duisburg in den Rhein. An der Ruhr oder in ihrer Nähe liegen auch solche Städte wie Essen, Bochum, Mülheim und Hagen, ein Stück nördlicher auch Dortmund.

Im Osten Deutschlands fließen die Oder und die Neiße (sie bilden die natürliche Grenze zu Polen). Die Oder entspringt in der Slowakei (dort heißt sie Odra), fließt dann durch Polen und mündet in die Ostsee.

Auf dem Territorium des Landes liegen viele Seen, die sehr malerisch sind. Die größten von ihnen sind der Bodensee (zum Teil in der Schweiz), er ist bis 250 m. Tief, und die Müritz (der Müritzsee). Reizvoll sind der Chimsee, der Starnberger und der Amersee, die wie der Bodensee im Süden Deutschlands liegen.

Ab dem 17. Jahrhundert wurden Kanäle gebaut, der letzte in den 80er Jahren. Er verbindet Main und Donau miteinander und schafft so die Verbindung von der Nordsee zum Schwarzen Meer. Vier großen Flüsse in Süd-Nordrichtung durch zahlreiche Kanäle in West-Ost-Richtung miteinander verbunden. Der Kanal, der die Nordsee mit der Ostsee verbindet, heißt Nord-Ostsee-Kanal. Der Mittellandkanal verbindet den Rhein mit der Oder. Kanäle sind für die Binnenschifffahrt wichtig und ermöglichen praktisch nicht nur Nord-Süd-Verbindungen, sondern auch durchgehende Ost-West-Verbindungen. Sie waren bei Beginn der Industrialisierung zum Transport von Kohle und Erz notwendig. Ab heute der Main-

Donau-Kanal ökonomisch und ökologisch vertretbar ist, ist umstritten, weil das Aufkommen der Binnenschifffahrt rückläufig ist.

Die schiffbaren Flüsse in Deutschland sind ausgebaut, haben Stautufen und Schleusen, sind zum Teil kanalisiert mit Uferbefestigungen und Dämmen in ein Flussbett gezwungen. Nur wenige Bäche und Flüsse haben noch ihren natürlichen Zustand. Die Folge ist nach schweren Regenfällen oder bei Schneeschmelze häufig Hochwasser, weil das Wasser zu schnell abfließt und sich nur noch selten auf feuchte Wiesen und Polder ausdehnen kann. Die Mosel führt praktisch jedes Jahr einmal Hochwasser, Rhein und Donau oft. Das schwerste Hochwasser seit Jahren gab es 1997 abgewonnen worden waren, wurden überschwemmt.

Das „Herz Europas“ – Bodensee. Der Bodensee – ein Bindeglied für vier Nationen: für seine Uferstaaten **Deutschland**, die **Schweiz** und **Österreich**, und ganz in der Nähe – **Liechtenstein**. 150 Kilometer des Ufers gehören zu **Baden-Württemberg**. 18 km zu **Bayern**, 29 km zu **Österreich** und 69 km. zur **Schweiz**.

Man praktiziert hier schon lange die Vereinigung Europas. Man fährt von Konstanz aus mal kurz ins schweizerische Gottlieben zum Essen; die Österreicher können zu Fuß zum Oktoberfest nach Lindau gehen; die Schweizer kommen mit der Fähre nach Friedrichshafen zum Einkaufen. Das war schon vor 100 Jahren so. Damals haben Bodensee-Hoteliers den „Internationalen Bodensee - Verkehrsverein“ (IBV) gegründet. Und der existiert heute noch.

Der Bodensee ist 538 Quadratkilometer groß. Zwischen Bodman in Deutschland und Bregenz in Österreich ist er 63 km. Lang, zwischen Friedrichshafen und Romanshorn in der Schweiz 14 km. Breit. Am tiefsten ist er südlich von Immenstaad: 252 Meter. Durch den Bodensee fließt der Rhein. Außerdem fließen mehr als zweihundert weitere Flüsse und Bäche in den See. Der Wanderweg um den Bodensee ist 316 Kilometer lang, der Radweg ungefähr 300 km.

Es gibt zwei Autofähren (Konstanz-Meersburg und Friedrichshafen-Romanshorn), und zwischen Mai und Oktober kann man mit dem Schiff praktisch jede Stadt und jedes Dorf am Bodensee erreichen. Die Schifffahrtslinien betreiben die drei Staaten gemeinsam. Drei große Inseln gibt es im See: Reichenau, Mainau und die Stadt Lindau.

Die deutsch-schweizerische Grenze liegt zwischen Konstanz und Kreuzlingen, die österreichisch-schweizerische zwischen Bregenz und Rorschach und die deutsch-österreichische zwischen Lindau und Bregenz. Berge gibt es überall rund um den See. Südlich des Bodensees fangen die Alpen an. Am schönsten ist der Blick auf den See vom Pfänder (1064 m. hoch).

Thüringer Wald. Ein Mittelgebirgszug von über 2000 Quadratkilometer Größe. Seit der Wende ist er nicht mehr geteilt, sondern wieder in seiner ursprünglichen Länge von 168 Kilometern begehbar.

Seine Entstehung verliert sich im Dunkel der Geschichte. Vermutlich zogen schon Steinzeitmenschen auf ihm zur Jagd. Urkundlich erwähnt wird er erstmals 1330 als mittelalterlicher Handels- und Kurierweg. Am Wegesrand stehen immer noch vermittelte Grenzsteine mit den Hoheitszeichen deutscher Fürsten aus dem 17. und 18. Jahrhundert, der Zeit, in der das Land in viele feudale Kleinstaaten zerteilt war. Auch die jüngste Geschichte hat ihre Spuren hinterlassen. Mit dem Fall der deutsch-deutschen Grenze ist für viele Wanderer ein Traum wahr geworden.

Heute wandern die geeinten Deutschen wieder ebenso begeistert wie vor 160 Jahren, als der Landvermesser Julius von Pläncke die erste Wanderkarte vom Rennsteig erstellte und damit ein enthusiastisches Wanderfieber auslöste. Die Häuser dort tragen tyrische Schieferfassaden. Viele Gedichte preisen den Thüringer Wald, seine rauschenden Wipfel und seine meditative Stille. Johann Wolfgang von Goethe ließ sich von dieser Stimmung für sein tiefgründigstes Abendgedicht inspirieren.

Naturkatastrophen haben aber den Bestand des Waldes dezimiert, ebenso wie der Raubbau durch die Menschen, die bedenkenlos und großflächig Holz schlugen, um ihre wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Die Lücken wurden mit der schnell wachsenden

Fichte aufgefüllt. Solche Monokulturen sind besonders anfällig für die zerstörerischen Auswirkungen der Zivilisation. Hier ist nur noch jeder fünfte Baum gesund. Und nun werden auch noch weitere 200 Hektar geopfert für eine Trinkwassertalsperre.

Friedlich plätschert die Lichte dahin. Dieses Flüsschen soll bald eine riesige Talsperre füllen und zu brauchbarem Trinkwasser aufbereitet werden.

Vierte Vorlesung

Naturräumliche Gliederung

Plan:

1. Die fünf Großlandschaften Österreichs
2. Drei landschaftliche Grossräume der Schweiz.
3. Zwei Landschaften Lichtensteins
4. Berge und Wasserstrassen
5. Fauna und Flora
6. Das Klima

Österreich erstreckt sich in west-östlicher Richtung über maximal 575, in nord-südlicher über 294 Kilometer.

Klima

Mittlere jährliche Lufttemperatur in Österreich Das Klima in Österreich lässt sich nach der deskriptiven Klassifikation der feucht-warmgemäßigten Zone zuordnen. Im Westen und Norden Österreichs herrscht ozeanischer beeinflusstes, oft von feuchten Westwinden geprägtes Klima vor. Im Osten überwiegt hingegen pannonisch-kontinentaleres, niederschlagsarmes Klima mit heißen Sommern und kalten Wintern. Besonders in den Südalpen ist der Einfluss niederschlagsreicher Tiefdruckgebiete aus dem Mittelmeerraum spürbar.

Etwa 60 % des Staatsgebietes sind gebirgig und haben Anteil an den Ostalpen (vor allem Tiroler Zentralalpen, Hohe Tauern und Niedere Tauern, Nördliche Kalkalpen, Südliche Kalkalpen und Wienerwald), weshalb das Land umgangssprachlich gelegentlich auch *Alpenrepublik* genannt wird. Nördlich der Donau liegt in Ober- und Niederösterreich das Granit- und Gneisplateau, Teil des alten Rumpfgebirges der böhmischen Masse, dessen Ausläufer bis nach Tschechien und Bayern reichen; jenseits der Ostgrenze schließen die Kleinen Karpaten an.

Die großen Ebenen liegen im Osten entlang der Donau, vor allem das Alpenvorland und das Wiener Becken mit dem Marchfeld, sowie in der südlichen Steiermark, die wegen ihrer Landschaftsähnlichkeit zur Toskana auch oft *Steirische Toskana* genannt wird.

Das Burgenland, östlich des Alpen-Karpaten-Bogens, läuft in die Pannonische Tiefebene aus und weist sowohl landschaftlich als auch klimatisch starke Ähnlichkeit zum östlichen Nachbarn Ungarn auf, zu dem es bis 1921 gehörte.

Von der Gesamtfläche Österreichs mit 83.879 Quadratkilometern entfällt etwa ein Viertel auf Tief- und Hügelländer. Nur 32 Prozent liegen tiefer als 500 Meter, 43 Prozent der Landesfläche sind bewaldet.

Die fünf Großlandschaften Österreichs

- Ostalpen (52.600 km², 62,8 % der Staatsfläche)
- Alpen- und Karpatenvorland (9500 km², 11,3 %)
- Vorland im Osten, Randgebiet des Pannonischen Tieflands (9.500 km², 11,3 %)
- Granit- und Gneisplateau, Mittelgebirgsland der Böhmisches Masse (8.500 km², 10,2 %)
- Wiener Becken (3.700 km², 4,4 %)

Österreich wird aufgrund ähnlicher Oberflächenformen, ähnlicher Vegetation und vergleichbarem Klima in fünf Großlandschaften eingeteilt.

Zu diesen zählt man:



1. Granit- und Gneishochland,
2. Vorland im Osten und Südosten
3. Wiener Becken
4. Alpen- und Karpatenvorland
5. Die Ostalpen

Berge





Wien an der Donau

Die höchsten Berge in Österreich sind Dreitausender und befinden sich in den Ostalpen. Mit 3.798 Metern ist der Großglockner in den Hohen Tauern der höchste Berg. Es gibt mit Nebengipfeln fast 1.000 Dreitausender in Österreich.

Die Gebirgslandschaft ist von großer Bedeutung für den Tourismus, es gibt viele Wintersportgebiete, im Sommer bieten sich Möglichkeiten zum Bergwandern und Klettern.

Seen

Der größte See ist der Neusiedler See im Burgenland, der mit ca. 77 % seiner Gesamtfläche von 315 km² in Österreich liegt (der Rest gehört zu Ungarn), gefolgt vom Attersee mit 46 km² und dem Traunsee mit 24 km² in Oberösterreich. Auch der Bodensee mit seinen 536 km² am Dreiländereck mit Deutschland (Freistaat Bayern und Land Baden-Württemberg) und der Schweiz liegt zu einem kleinen Anteil auf österreichischem Staatsgebiet. Allerdings sind die Staatsgrenzen auf dem Bodensee nicht exakt bestimmt.

Für den Sommertourismus in Österreich haben die Seen neben den Bergen große Bedeutung, insbesondere die Kärntner Seen und jene des Salzkammerguts. Die bekanntesten sind der Wörthersee, der Millstätter See, der Ossiacher See und der Weißensee in Kärnten. Weitere bekannte Seen sind Mondsee und Wolfgangsee an der Grenze zwischen Salzburg und Oberösterreich.

Flüsse

Der größte Teil Österreichs, 80.566 km², wird über die Donau zum Schwarzen Meer entwässert, nur kleine Gebiete im Westen über den Rhein (2366 km²) und im Norden über die Elbe (918 km²) zur Nordsee.

Große Nebenflüsse der Donau sind (von Westen nach Osten):

- Lech, Isar und Inn, die in Bayern in die Donau münden; sie entwässern Tirol, die in den Inn mündende Salzach entwässert Salzburg (ausgenommen den Lungau und Teile des Pongaus);
- Traun, Enns, Ybbs, Erlauf, Pielach, Traisen, Wienfluss und Fischa entwässern die südlich der Donau (= rechtsufrig) gelegenen Gebiete Oberösterreichs, der Steiermark, Niederösterreichs und Wiens;
- Große und Kleine Mühl, Rodl und Aist, Kamp, Göllersbach und Rußbach sowie Thaya an der Nord- und March an der Ostgrenze entwässern die nördlich der Donau (= linksufrig) gelegenen Gebiete von Oberösterreich und Niederösterreich.

Die Mur entwässert den Salzburger Lungau und die Steiermark; sie mündet in Kroatien in die Drau, die wiederum Kärnten und Osttirol entwässert. Die Drau mündet in Kroatien an der

Grenze zu Serbien in die Donau. Der Rhein entwässert die größten Teile Vorarlbergs, durchfließt den Bodensee und mündet in die Nordsee.

Die Lainsitz ist zwar auf Grund ihrer Größe nicht von Bedeutung, ist jedoch der einzige österreichische Fluss, der von Niederösterreich über Tschechien zur Elbe entwässert.

Die Schweiz



Satellitenbild der Schweiz

Die Schweiz liegt zwischen dem 46. und 48. Breitengrad und verfügt über die Quellgebiete von Flüssen, die sich in die Nordsee, das Mittelmeer und das Schwarze Meer ergießen. Die maximale Nord-Süd-Ausdehnung beträgt 220,1 Kilometer (von Barmen nach Chiasso), die grösste West-Ost-Ausdehnung 348,4 Kilometer (von Chancy nach Val Müstair).

Der höchste Punkt in der Schweiz ist die mit 4634 m ü. M. hohe Dufourspitze, der tiefste Punkt ist das Ufer des Lago Maggiore mit 193 m ü. M. Die höchstgelegene Siedlung Juf liegt auf 2126 m ü. M.; die tiefstgelegenen Siedlungen um den Lago Maggiore auf 196 m ü. M.

Die Schweiz hat eine Grenzlänge von 1'858 Kilometern. Die längste Staatsgrenze ist mit 734 Kilometern diejenige zu Italien im Süden. Im Westen grenzt die Schweiz über 572 Kilometer an Frankreich; im Norden an Deutschland über 346 Kilometer, welche zum grössten Teil den Rhein entlang führen. Im Osten grenzt die Schweiz mit 165 Kilometern an Österreich und mit 41 Kilometern an das Fürstentum Liechtenstein.

23,9 Prozent der Fläche der Schweiz sind landwirtschaftliche Nutzfläche, 13 Prozent sind alpwirtschaftliche Flächen. Siedlungsfläche sind 6,8 Prozent und 25,5 Prozent – vorwiegend in den Bergen und im Jura – gelten als unproduktive Naturfläche. Rund 30,8 Prozent sind Wald und Gehölze.



Berggebietsregionen

Die Schweiz lässt sich in drei landschaftliche Grossräume einteilen, welche grosse Unterschiede aufweisen: den Jura, das dichtbesiedelte Mittelland sowie die Alpen mit den Voralpen. Rund 48 Prozent der Landesfläche gehören zu den Alpen sowie 12 Prozent zu den Voralpen. 30 Prozent werden zum Mittelland gerechnet.

Der Jura nimmt die restlichen zehn Prozent der Landesfläche ein.

Das *Schweizer Mittelland* wird im Nordwesten und Norden geografisch wie auch geologisch durch die langgestreckten Höhenzüge des Jura abgegrenzt. Im Süden gegen die Alpen hin wird meist der an einigen Orten relativ abrupte Anstieg zu Höhen über 1500 m ü. M. als Kriterium für die Abgrenzung verwendet. Die südwestliche Grenze des Schweizer Mittellandes bildet der Genfersee, die nordöstliche Grenze der Bodensee zusammen mit dem Rhein. Die Bevölkerungsdichte der Schweiz wird von den sämtlich im Mittelland liegenden Ballungszentren

mit den beiden in der Grösse bescheidenen und dennoch wichtigen Weltstädten Zürich und Genf bestimmt; in den typischen Mittellandkantonen Aargau und Zürich steigt die Bevölkerungsdichte auf 600 bis fast 800 Personen pro Quadratkilometer.

Mit *Voralpen* werden in der Schweiz jene Gebiete bezeichnet, die den Übergang vom leicht hügeligen Schweizer Mittelland zum Gebirgsraum der Alpen markieren und sich durch ihre Erhebungen als Naherholungszone speziell während Zeiten des Hochnebels auszeichnen. Mit den Alpen beschreiben sie einen Bogen zwischen Südwesten und Nordosten der Schweiz.

Die *Alpen* bilden im «Herzen Europas» eine wichtige Klima- und Wasserscheide mit zusätzlichen alpinen und inneralpinen Wettereffekten, durch welche in der Schweiz trotz ihrer geringen Grösse meist mehrere Wetter herrschen. Im Schweizer Alpenbogen befinden sich bekannte Feriendestinationen für Sommer- und Wintertourismus sowie der einzige Schweizer Nationalpark. Das auch in den Alpen vorhandene Netz des öffentlichen Verkehrs in der Schweiz bekam hier mit der Albulalinie ein UNESCO-Welterbe, welches die Naturerbe der Gebirgslandschaften TektonikArena Sardona und Jungfrau-Aletsch-Bietschhorn ergänzt. *Alpensüdseite* ist ein Begriff, der vor allem in Wettervorhersagen verwendet wird, da sich die Wetterlage (ebenso wie Klima und Vegetation) meist von derjenigen auf der Alpennordseite unterscheidet. Die Alpensüdseite umfasst den Kanton Tessin, die Bündner Südtäler Misoix, Calanca, Bergell, Puschlav und Val Müstair, sowie das Gebiet südlich des Simplonpasses im Kanton Wallis und gehört naturräumlich zu den Alpen.

Der Schweizer *Jura* kann grob im Osten und Südosten durch das Schweizer Mittelland, im Norden durch den Hochrhein, im Nordwesten durch die Burgundische Pforte, eingegrenzt werden. Der Jura ist ein geologisch junges Faltengebirge mit einer Längenausdehnung von etwa 300 Kilometern und beschreibt einen grossen halbmondförmigen, nach Südosten offenen Bogen. Auf der Linie Besançon-Yverdon beträgt die grösste Breite des Gebirges rund 70 Kilometer. Bei Biel/Bienne ändern die Ketten ihre Richtung immer mehr nach Osten, das Gebirgssystem wird schmaler und die Zahl der nebeneinander liegenden Ketten nimmt ab. Die östlichste Jurakette, die Lägernkette, verläuft in exakter West-Ost-Richtung und endet bei Dielsdorf, wo die gebirgsbildenden Schichten unter die Molasse des Schweizer Mittellandes abtauchen

Gebirge



Matterhorn in Zermatt (VS) an der Grenze zu Italien

In der Schweiz gibt es über 3'350 Gipfel über 2'000 Meter Höhe. Die zwölf höchsten Berge der Schweiz liegen alle in den Walliser Alpen. Der höchste Berg ist die mit 4634 m ü. M. hohe Dufourspitze im Monte-Rosa-Gebirgsmassiv. Die Dufourspitze ist damit gleichzeitig der höchste Punkt der Schweiz, allerdings steht das Monte-Rosa Massiv zum Teil auf italienischem Staatsgebiet. Der höchste vollständig auf Schweizer Territorium liegende Berg ist der Dom. Er liegt zwischen Zermatt und Saas-Fee und ist 4545 m ü. M. hoch.

Der wohl bekannteste Berg in den Schweizer Alpen ist das 4478 m ü. M. hohe Matterhorn. Im Berner Oberland bilden der Eiger (3970 m ü. M.), der Mönch (4107 m ü. M.) und die Jungfrau (4158 m ü. M.) eine bekannte und auch aus dem Mittelland sichtbare Gruppe. Die markanten Punkte der Ostalpen sind der Piz

Bernina (4049 m ü. M.), der östlichste Viertausender der Alpen und einziger Viertausender der Ostalpen, sowie der Piz Kesch, einem weiteren Berg mit mehr als 1500 Metern Prominenz.

In den Voralpen sind die Erhebungen niedriger, jedoch sind die Berge aufgrund ihrer Dominanz und Schartenhöhe mindestens so imposant. Bekannte Berge sind der Luzerner Hausberg Pilatus (2132 m ü. M.), der Mythen (1898 m ü. M.), die Rigi (1797 m ü. M.) im Kanton Schwyz oder der Säntis (2502 m ü. M.) im Alpstein in der Ostschweiz.

Der höchste Schweizer Jura-Berg ist der Mont Tendre mit 1679 m ü. M. Der bekannteste Vertreter ist der Chasseral (1607 m ü. M.). Weitere bedeutende Berge sind Dôle (1677 m ü. M.), Chasseron (1607 m ü. M.) und Suchet (1588 m ü. M.). Der östlichste Ausläufer des Jura ist der Randen im Kanton Schaffhausen.



Gewässer

Rheinfall in Neuhausen am Rheinfall (SH) und Laufen-Uhwiesen (ZH)

Palpuognasee beim Albulapass in



Bergün/Bravuogn (GR)



Genfersee bei Puidoux

(VD)

In der wasserreichen Schweiz entspringen im Gotthardmassiv mit dem Rhein und der Rhone zwei der längsten Flüsse Europas. Durch die Schweiz verlaufen mehrere europäische Hauptwasserscheiden: Sie trennen die Einzugsgebiete von Nordsee, Mittelmeer und Schwarzem Meer. So fließt der Rhein mit seinen Zuflüssen in die Nordsee, die Rhone und der Ticino ins Mittelmeer, während das Wasser des Inn über die Donau ins Schwarze Meer gelangt. Eine dreifache Hauptwasserscheide findet sich auf dem Lunghinpass.

Innerhalb der Schweiz hat der Rhein mit 375 Kilometern den längsten Lauf, gefolgt vom Rhein-Zufluss Aare mit 295 Kilometern. Die Rhone fließt 264 Kilometer innerhalb der Schweiz, während die Reuss als viertgrösster Fluss der Schweiz 158 Kilometer Länge erreicht. Weitere prägende Flüsse sind die Saane im Westen, der Ticino in Süden, die Birs und der Doubs im Nordwesten, die Linth/Limmat und die Thur im Nordosten, und der Inn im Südosten. Bei Schaffhausen bildet der Rhein den grössten Wasserfall Mitteleuropas, den Rheinfall.

Zeitweise bestand eine Idee, mittels eines transhelvetischen Kanals zwischen Rhein und Rhone die Nordsee und das Mittelmeer mit einer Wasserstrasse zu verbinden, dieses Projekt wurde aber nie vollendet.

Die Schweiz hat aufgrund ihrer topografischen Struktur und vor allem aufgrund der Vergletscherung während der Eiszeiten rund 1500 Seen, ein Grossteil davon sind kleinere Bergseen. Insgesamt sind ungefähr vier Prozent der Oberfläche der Schweiz von Seen bedeckt, diese Summe wird aber hauptsächlich von den grössten Seen der Schweiz bestimmt: Der grösste See der Schweiz ist der Genfersee (580,03 Quadratkilometer) an der französischen Grenze. Er liegt zu knapp 60 Prozent auf Schweizer Boden. Der an Deutschland und Österreich grenzende Bodensee ist mit 536,00 Quadratkilometern etwas kleiner (23,73 Prozent der Uferlänge auf Schweizer Boden). Der Lago Maggiore an der italienischen Grenze (19,28 Prozent auf Schweizer Territorium) bildet mit 193 m ü. M. den tiefsten Punkt der Schweiz. Die grössten ganz in der Schweiz liegenden Seen sind der Neuenburgersee (215,20 Quadratkilometer), der Vierwaldstättersee (113,72 Quadratkilometer) und der Zürichsee (88,17 Quadratkilometer).

Naturschutz

Ziel des Naturschutzes in der Schweiz ist es: *das heimatliche Landschafts- und Ortsbild, die geschichtlichen Stätten sowie die Natur- und Kulturdenkmäler des Landes zu schonen, zu schützen sowie ihre Erhaltung und Pflege zu fördern.* Der Naturschutz ist rechtlich im Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG) geregelt. Teilregelungen existieren zudem in der Wald- und Landwirtschafts-Gesetzgebung von Bund und Kantonen. Private Organisationen des einheimischen Naturschutz sind etwa Pro Natura oder der Schweizer Vogelschutz.

Wichtige Gegenstände des Naturschutzes sind Landschaften, Pflanzen und Tiere. Zu den wichtigsten Institutionen geschützter Gebiete und Objekte gehören derzeit unter anderem der Schweizer Nationalpark, zwei Biosphärenreservate und 165 Geschützte Landschaften. Im Zoo Zürich steht das grösste Regenwaldhaus der Welt, die Masoala-Halle.

Klima

Nördlich der Alpen herrscht gemässigt, meistens von ozeanischen Winden geprägtes, mitteleuropäisches Klima, südlich der Alpen ist es eher mediterran. Das Klima ist regional jedoch sehr unterschiedlich, bedingt durch die geographischen Elemente.

Grundsätzlich herrscht vom Jurabogen über Mittelland und Voralpen täglich ein ähnliches Wetter, während inneralpin und in der Südschweiz vollkommen anderes Wetter herrschen kann. Während in der Innerschweiz, in den Alpen und im Tessin die durchschnittliche Niederschlagsmenge bei ungefähr 2000 Millimeter/Jahr liegt, beträgt sie im trockensten Ort Ackersand im Mattertal nur 521 Millimeter im Jahr. Im Mittelland beträgt die Menge etwa 1000 bis 1500 Millimeter/Jahr. Die Niederschlagsmenge ist im Sommer allgemein ungefähr doppelt so hoch wie im Winter. Primär abhängig von der Höhenlage fällt viel Niederschlag im Winter als Schnee, sodass in den Alpen und Voralpen eine monatelang geschlossene Schneedecke vorhanden ist. Vergleichsweise selten schneit es in den Regionen um Genf und Basel sowie dem Südtessin, hier kann es auch Winter ohne Schneedecke geben.

Die Temperaturen in der Schweiz sind primär abhängig von der Höhenlage. Zudem sind sie in der Tendenz im Westen statistisch leicht höher als im Osten (ca. 1 °C). Generell liegt in den Niederungen die Durchschnittstemperatur im Januar bei rund -1 bis +1 °C. Im wärmsten Monat, dem Juli, liegt diese bei 16 bis 19 °C. Die Jahresmitteltemperaturen betragen ungefähr 7

bis 9 °C. Der durchschnittlich wärmste Ort (mit einer MeteoSchweiz-Messstation) ist Grono mit einem Jahresmittel von 11,7 °C, der kälteste auf dem Jungfrauojoch mit -7,9 °C. Absolute Rekorde wurden in Grono mit 41,5 °C am 11. August 2003 gemessen, beziehungsweise in La Brévine mit -41,8 °C (12. Januar 1987). Verglichen mit der Höhenlage von Vergleichsorten im Mittelland sind die Temperaturen im Rhonetal, im Rheintal und in der Region Basel durchschnittlich ein bis zwei Grad Celsius wärmer, in der Magadinoebene im Tessin zwei bis drei Grad Celsius wärmer. Obwohl klimatisch zur Südschweiz zählend, sind die Temperaturen im Engadin um durchschnittlich zehn Grad Celsius kälter. Dies liegt daran, dass das Engadin ein alpines Hochtal ist. Ähnliches gilt für die Seitentäler und das Goms im Wallis.

Während Hagel in den Alpen, in der Romandie wie auch im Tessin ein eher seltenes Ereignis ist, war dessen Intensität in der Periode von 1999 bis 2002 vor allem im Emmental, im Laufental wie auch im Toggenburg am höchsten. Es hagelte dort bis zu 60 Minuten im Jahresdurchschnitt. In den anderen Regionen beschränkt sich Hagel auf unter 30 Minuten.

Nebel ist im ganzen Mittelland zu beobachten, während die Alpengebiete seltener betroffen sind. Besonders häufig ist der Nebel entlang der Aare, der nördlichen Reuss wie auch im Thurgau, wo er vor allem im Herbst, aber auch im Winter und Frühfrühling, über mehrere Wochen auftreten kann. Mit Ausnahme von Hochnebel ist Nebel im Jurabogen und der Region Basel ein vergleichsweise seltenes Phänomen. Häufig auftretende Winde in der Schweiz sind der milde Föhn beidseits des Alpenkamms und die kalte Bise, vor der die Südschweiz oft verschont wird. Die höchste je gemessene Windgeschwindigkeit ist 285 Kilometer pro Stunde (Jungfrauojoch, 27. Februar 1990).

Liechtenstein ist ein am Rhein gelegener Binnenstaat in den Alpen, umgeben von den Schweizer Kantonen St. Gallen im Westen und Graubünden im Süden sowie dem österreichischen Bundesland Vorarlberg im Osten. Seine Staatsgrenze zur Schweiz im Westen entspricht dem Rheinverlauf, während die südliche sowie östliche Staatsgrenze vom Alpen-Hochgebirge, dem Rätikon geprägt ist. Die Grenze zu Österreich verläuft grösstenteils auf dem Gebirgsgrat. Das Fürstentum ist zwar der flächenkleinste Alpenstaat, aber der einzige, der vollständig in den Alpen liegt. Neben Usbekistan ist Liechtenstein der einzige Staat, der ausschliesslich von Binnenstaaten umgeben ist (wenn man das Kaspische Meer, an welches Usbekistans Nachbarstaaten angrenzen, mit der herrschenden Meinung als See auffasst).

Das Land bedeckt eine Fläche von 160,475 Quadratkilometern und ist damit der viertkleinste Staat Europas und sechstkleinste der Erde. Es misst an seiner längsten Stelle 24,77 Kilometer und an seiner breitesten 12,35 Kilometer.

Liechtenstein grenzt auf 41,1 Kilometer an die Schweiz, wovon 27,1 Kilometer auf den Kanton St. Gallen und 14 Kilometer auf den Kanton Graubünden entfallen. Die Staatsgrenze mit der Republik Österreich (Vorarlberg) beträgt 34,9 Kilometer. Grösster Ort des Fürstentums nach Einwohnern ist Schaan.



Blick nach Balzers und Triesenberg

Liechtenstein gliedert sich in **zwei Landschaften**, als Hauptsiedlungsraum das *Rheintal* im Westen und das *Saminatal* mit Nebentälern im Osten.

Letzteres wechselt im weiteren Verlauf die Grenze und mündet bei Frastanz in den unteren

Walgau Vorarlbergs. Dieser Landesteil ist durch einen 1000 bis über 2000 Meter hohen Kamm vom Rheintal getrennt und kaum besiedelt, macht aber etwa ein Drittel der Landesfläche aus.

Weiter gliedert man das Land in zwei Regionen, das *Unterland* und das *Oberland*. Das Unterland umfasst die Gemeinden nördlich von Vaduz und Schaan (etwa an der Linie der Drei Schwestern), während das Oberland den südlichen Teil des Fürstentums beinhaltet. Naturräumlich unterscheiden sich diese beiden Regionen darin, dass das Oberland stärker vom alpinen Gebirge geprägt ist, während sich Unterland vorwiegend – ausgenommen der Eschnerberg – auf die Rheintalebene erstreckt.

Von der Landesfläche sind 11 % Siedlungsraum, 33 % landwirtschaftliche Nutzfläche, 41 % Waldgebiet und 15 % unproduktive Fläche.



Gebirge

Der vordere Grauspitz (l.)

Rund die Hälfte des liechtensteinischen Staatsgebietes ist Gebirge. Liechtenstein liegt dabei vollständig im Rätikon und ist so – je nach Einteilung der Alpen – den Ostalpen (Zweiteilung der Alpen) oder den Zentralalpen (Dreiteilung der Alpen) zuzuordnen.

Der höchste Punkt Liechtensteins ist der *Vordere Grauspitz* mit einer Höhe von 2599 m ü. M., während der tiefste Punkt das *Ruggeller Riet* mit einer Höhe von 430 m ü. M.) darstellt.

Insgesamt gibt es in Liechtenstein 32 Berge mit einer Höhe von mindestens 2000 Metern. Das *Falknishorn* ist mit 2452 m ü. M. der fünfhöchste Berg in Liechtenstein und stellt den südlichsten Punkt des Landes dar. Das Dreiländereck Liechtenstein–Graubünden–Vorarlberg ist der *Naafkopf* (2570 m ü. M.).

Neben den Gipfeln der Alpenkette, die zu den Kalkalpen gehören, ragen mit den Grenzbergen *Fläscherberg* (1135 m ü. M.) im Süden und dem *Eschnerberg* (698 m ü. M.) im Norden zwei Inselberge aus dem Rheintal, die zur helvetischen Decke bzw. Flyschzone der Alpen gehören. Der Eschnerberg stellt ein wichtiges Siedlungsgebiet im Liechtensteiner Unterland dar.

Gewässer



Der Rhein als Grenzfluss zur Schweiz

Der Rhein ist das wichtigste und grösste Gewässer in Liechtenstein. Auf einer Länge von etwa 27 Kilometern stellt er die natürliche Grenze zur Schweiz dar und besitzt grosse Wichtigkeit für die

Wasserversorgung Liechtensteins. Daneben ist der Rhein ein wichtiges Naherholungsgebiet für die Bevölkerung. Die Samina ist mit 12 Kilometern der zweitlängste Fluss des Fürstentums. Der Wildwasserfluss entspringt in Triesenberg und fliesst schliesslich in Österreich mit der Ill (zum Rhein bei Feldkirch) zusammen.

Der einzige natürlich entstandene See in Liechtenstein ist das Gampriner Seele, das erst 1927 durch eine Überschwemmung des Rheins mit gewaltiger Erosion gebildet wurde. Daneben gibt es aber weitere, künstlich angelegte Seen, die vorwiegend zur Stromgewinnung dienen. Einer davon ist der Stausee Steg, der grösste See Liechtensteins.

Klima



Die Lage im Rheintal beeinflusst das Klima Liechtensteins wesentlich.

Das Klima des Landes ist trotz der Gebirgslage relativ mild. Es wird stark durch die Einwirkung des Föhns (warmer, trockener Fallwind) geprägt, wodurch die Vegetationszeit im Frühling und im Herbst verlängert wird, und auch im Winter Temperaturen um 15 °C durch starken Föhn keine Seltenheit sind. Gegen atlantische und polare Kaltluft schützen die vorgelagerten Schweizer und Vorarlberger Bergketten, womit eine typische inneralpine Schutzlage entsteht. So verfügt das Fürstentum über Obstkultur mit Streuwiesen, und auch lange Weinbautradition. Die geringe räumliche Ausdehnung Liechtensteins spielt bei den Klimaunterschieden kaum eine Rolle, von grosser Bedeutung ist dagegen die vertikale Gliederung in unterschiedliche Höhenlagen, sodass wesentliche Klimaunterschiede entstehen.

Im Winter sinkt die Temperatur selten unter minus 15 Grad, während im Sommer die mittleren Temperaturen zwischen 20 und 28 Grad schwanken. Die Messungen der jährlichen Niederschlagsmengen ergeben im Schnitt rund 900 bis 1200 Millimeter, im direkten Alpengebiet dagegen liegen die Niederschläge oft bis zu 1900 Millimeter. Die mittlere Sonnenscheindauer liegt bei etwa 1600 Stunden.

Fünfte Vorlesung

Geschichte

- I. Die Entstehung des deutschen Volkes
- II. Niedergang der DDR zur deutschen Einheit

Plan:

- 1. Karl der Große und das Frankenreich
- 2. Hochmittelalter
- 3. Spätmittelalter und frühe Neuzeit
- 4. Zeitalter der Glaubenspaltung

5. Zeitalter der Französischen Revolution
6. Aufstieg Preußens
7. Weimarer Republik 1918-1933
8. Diktatur des Nationalsozialismus 1933-1945
9. Wiedervereinigung 1990

Grundbegriffe:

feudal - das Lehnswesen betreffend; adlig, junkerlich, reaktionär
 Diktatur, die - unumschränkte Herrschaft eines einzelnen od. einer Klasse
 Alliierte, der od. die, - alliierten, sich (Akk.) sich verbünden
 Dynastie, die, - Herrscherfamilie, -haus
 Reformation, die, - Erneuerung; Umgestaltung
 These od. Thesis, die, - Behauptung, Satz, Lehrsatz
 Monarch, der, - Alleinherrscher
 Kolonialismus, der, - imperialist. Politik der Unterdrückung, Versklavung u. Ausbeutung ökonomisch schwach entwickelter Länder
 Imperialismus, der, - höchstes u. letztes Stadium des Kapitalismus
 Ära, die, - Zeitalter, Zeitabschnitt
 Koalition, die, - Vereinigung, Bündnis; Zusammenschluss von Staaten od. polit. Parteien
 Terrorismus, der, - kulturelle Bewegung im Zeitalter der Renaissance; Kampf gegen Unterdrückung des Menschen durch den Menschen in der Klassengesellschaft
 Protestant, der – Anhänger der lutherischen od. der reformierten Kirche
 Absolutismus, der, - unbeschränkte Herrschaft eines Monarchen, Willkürherrschaft
 Residenz, die – Wohnort, Wohnsitz eines weltl. Oberhauptes, Fürstensitz, Sitz der Regierung, Hauptstadt.
 Souverän – staatlich unabhängig (unumschränkt), herrschend
 Proklamieren – öffentlich bekannt machen
 Konfrontation, die, - Gegenüberstellung (von Angeklagten u. Zeugen)
 Niveau, das, - waagerechte Ebene; Höhenlage; Rang; Stufe, Grad, Gesichtskreis

Schon im VII. — VIII. Jahrhundert siedelten sich auf dem Territorium des heutigen Deutschlands germanische Stämme. Im IX.— X. Jahrhundert entstanden die ersten Städte. Da Deutschland im Zentrum Europas liegt, kreuzen sich hier die wichtigsten Handelswege von Norden nach Süden und von Osten nach Westen. Die Kaufleute brachten in die Städte ihre Waren und bezahlten der Stadt hohe Zölle.

Dadurch wurden die Städte immer reicher, und ihre Kultur und Kunst blühten auf. Im Mittelalter war Deutschland ein feudaler Staat, der aus mehr als 300 Herzogtümern bestand. Sie führten gegeneinander dauernde Kriege, was die Lage des Volkes verschlimmerte und jeden Fortschritt hemmte. Später vereinigten sich die Herzogtümer und bildeten ein Reich. Schon Ende 19.— Anfang 20. Jahrhunderts war Deutschland ein entwickelter Industriestaat, der sich nach Eroberung neuer Räume strebte.

Davon zeugte die Teilnahme Deutschlands am ersten Weltkrieg, den es verlor. Von 1933 bis 1945 herrschte im deutschen Staat faschistische Diktatur. Das war eine schwarze Seite in der Geschichte des Landes und es hatte schwere Folgen für das deutsche Volk nicht nur während des Zweiten Weltkrieges, sondern auch in den Nachkriegsjahren. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Deutschland von den Alliierten in vier Besatzungszonen geteilt.

Später, im Jahre 1949, wurden zwei Staaten gegründet — die BRD und die DDR. Das brachte dem deutschen Volk viele Unannehmlichkeiten. Zahlreiche Familien und Verwandte waren voneinander getrennt und konnten sich jahrelang nicht sehen. In ihrer wirtschaftlichen Entwicklung blieb die DDR zurück und muss heute noch in diesem Zusammenhang viele Schwierigkeiten überwinden. Erst am 3. Oktober 1990 vereinigten sich die beiden deutschen Staaten und begannen zusammen ihre Wirtschaft zu entwickeln.

- 1933 - 1939** Die Machtübernahme der NSDAP und die Errichtung der Diktatur Hitlers
- 1933 - 1939** Sonderthema: Diskriminierung und Ausgrenzung der Juden
- 1939 - 1945** Der Zweite Weltkrieg
- 1939 - 1945** Sonderthema: Vertreibung und Vernichtung der Juden
- 1945 - 1949** Der Weg in die deutsche Teilung
- 1945 - 1961** Sonderthema: Der Kalte Krieg Teil 1: Vom Kriegsende 1945 bis zum Bau der Berliner Mauer 1961
- 1949 - 1963** Die Ära Adenauer
- 1963 - 1966** Die Kanzlerschaft Ludwig Erhards
- 1962 - 1991** Sonderthema: Der Kalte Krieg Teil 2: Von der Kubakrise 1962 bis zur Auflösung der Sowjetunion 1991
- 1966 - 1969** Die Zeit der Großen Koalition
- 1969 - 1974** Die Ära Brandt
- 1974 - 1982** Die Kanzlerschaft Helmut Schmidts
- 1982 - 1987** Das erste und zweite Kabinett Helmut Kohls
- 1987 - 1991** Das dritte Kabinett Helmut Kohls
- 1970 - 1989** Der Terrorismus während der siebziger und achtziger Jahre
- 1971 - 1989** Der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands (Teil I: Die DDR von den siebziger Jahren bis zum Fall der Mauer 1989)
- 1989 - 1990** Der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands (Teil II: Vom Fall der Mauer bis zur staatlichen Einheit Deutschlands 1990)

Was war wann und wo?



Geschichte von Deutschland

In seiner frühen Geschichte wurde Deutschland von den Stämmen der Germanen im Norden und der Kelten im Süden besiedelt. Die Gebiete südlich der Donau und auf der linken Seite des Rheins gehörten von 58 v. Chr. bis 455 n. Chr. zum Römischen Imperium. Der Versuch der Römer weiter nach

Norden vorzudringen scheiterte im Jahre 9 n. Chr. durch die Schlacht im Teutoburger Wald.

Im 4. Jahrhundert begann mit dem Einfall der Hunnen die Völkerwanderung, durch die slawische Stämme nach Ostdeutschland vordrangen und die nahezu menschenleeren Gebiete im Osten besiedelten. Im Laufe der Zeit wurden die Römer verdrängt.

Im 8. Jahrhundert gehörte der Großteil Deutschlands zum Frankenreich Karls des Großen.

Karl der Große und das Frankenreich. Die Entstehung des deutschen Volkes war ein Prozeß, der sich über Jahrhunderte hinzog. Das Frankenreich mit seiner größten Machtentfaltung unter Karl dem Großen umfasste Völker, die teils germanische, teils romanische Dialekte sprachen. Nach dem Tod Karls des Großen (814) zerfiel das Frankenreich in ein Westreich, in dem vorwiegend Französisch gesprochen wurde und ein Ostreich, in dem vorwiegend Deutsch gesprochen wurde. Bei den Bewohnern des Ostreichs bildete sich erst nach und nach ein Zusammengehörigkeitsgefühl und das Wort Deutsch wurde auch für ihr Wohngebiet verwendet (Deutschland). Die deutsche Westgrenze blieb vom Anfang an stabil, während die Ostgrenze vom 10. bis 14. Jahrhundert sich ständig weiter nach Osten ausdehnte (östliche Grenze stabil von Mitte des 14. Jahrhunderts bis zum zweiten Weltkrieg).

Nach seinem Tod wurde das Reich 814 in drei Teile geteilt.

Hochmittelalter. Der erste deutsche König war Konrad I (911) und sein Reich eine Wahlmonarchie, d.h. der König wurde vom Adel gewählt. Eine Hauptstadt besaß das mittelalterliche Reich nicht. Der König regierte nicht von einer Residenz aus, sondern er zog mit seinem Hofstaat von einer Stadt in die andere (Ein Reich ohne Hauptstadt).

Als Beginn der deutschen Staatstradition gilt das Jahr 962. Nach der Regentschaft Heinrich I folgte Otto I, der sich in Rom zum Kaiser krönen ließ. In diesem Jahr wurde König Otto I. zum römisch-deutschen Kaiser gekrönt und der Begriff Heiliges Römisches Reich deutscher Nation entstand. Zum Reich gehörten für die Nachfolger Otto des Ersten auch Ober- und Mittelitalien, aber diese Herrscher kümmerten sich wenig um Deutschland. Mit Heinrich III (1039-1056) stand das deutsche Kaisertum („Römisches Reich“) auf dem Höhepunkt seiner Macht. Ab 1077 (Canossa) standen sich Kaiser und Papst als gleichrangige Mächte gegenüber. Friedrich I, Barbarossa (bedeutet roter Bart) aus dem Hause der Staufer führte das Kaisertum zu einer neuen Blüte, aber es begann auch eine territoriale Zersplitterung in dem Sinne, dass die geistlichen und weltlichen Fürsten zu halbsouveränen „Landesherrn“ wurden. Mit dem Untergang der Staufer (1268) endete das universale abendländische Kaisertum.

Im Gegensatz zum westlichen Frankenreich, dem späteren Frankreich, war das Deutsche Reich von seinen vielen Fürsten geprägt und wurde in zahllose größere und kleinere Herrschaftsgebiete unterteilt. Mehrere Versuche verschiedener Kaiser mehr Macht zu erlangen, scheiterten.

Spätmittelalter und frühe Neuzeit. Mit Rudolf I (1273-1291) kam erstmals ein Habsburger auf den Thron. Die „Goldene Bulle“ Karls IV von 1356 verlieh sieben Fürsten und Kurfürsten besondere Vorrechte und das ausschließliche Recht zur Königswahl. Seit 1438 gab es faktisch die Erbmonarchie im Hause Habsburg, obwohl das Reich formell eine Wahlmonarchie blieb. Im 15. Jahrhundert wurde zunehmend die Forderung nach einer Reichsreform erhoben. Maximilian I (1493-1519) richtete Reichstag, Reichskreise, Reichskammergerichte ein, aber er konnte trotz dieser Reformen die Zersplitterung nicht aufhalten. Die Fürsten dehnten ihre Macht immer mehr aus. Die Städte wurden zu Zentren wirtschaftlicher Macht, die vom Handel profitierten. Das Zunftwesen der Handwerker breitete sich immer weiter aus. Gleichzeitig vollzog sich ein geistiger Wandel, hervorgerufen durch Humanismus und Renaissance. Er richtete sich vor allem gegen die kirchlichen Mißstände.

Zeitalter der Glaubenspaltung. Das 16. und 17. Jahrhundert wurde in Deutschland durch die Bauernkriege und Religionskämpfe (Reformation und Gegenreformation) geprägt. Martin Luther 95 Thesen leiteten 1517 die Reformation ein und führten zur Spaltung des deutschen Christentums: in die katholische und protestantische (evangelische) Konfession. Im sogenannten Augsburger Religionsfrieden (1555) wurde festgelegt, dass die Religion des Herrscherhauses die Religion der Untertanen bestimmt. Aus diesem Grund sind noch heute Nord- und Mitteldeutschland vorwiegend protestantisch (evangelisch), West- und Süddeutschland überwiegend katholisch. Auf dem Kaiserthron saß zur Zeit der Reformation Karl V (1519-1556), der durch Erbschaft Herr des größten Weltreiches („Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation“) seit Karl dem Großen geworden war. Nach seiner Abdankung wurde das Weltreich geteilt: es entstanden die westeuropäischen Nationalstaaten und Deutschland war weiterhin zersplittert in Territorialstaaten.

1618 - 1648 Der Dreißigjährige Krieg

Die Glaubenspaltung führte zusammen mit sozialen und wirtschaftlichen Spannungen zum Dreißigjährigen Krieg (1618-1648). Von 1618-1648 wurde Deutschland zum Schauplatz des blutigen 30jährigen Krieges und dabei völlig verwüstet. Danach hatte der deutsche Kaiser, der von Österreich aus regierte, nur noch formale Macht.

Im „Westfälischen Frieden“ von 1648 mußte Deutschland Gebiete an Frankreich und Schweden abtreten, die Niederlande und die Schweiz traten aus dem Reichsverband aus und die Reichstände erlangten noch mehr Rechte. Fast ein Jahrhundert dauerte es, bis Deutschland sich von den Folgen dieses Krieges erholt hatte. Die Fürsten der nahezu souveränen Territorialstaaten hatten unumschränkte Macht (nach französischem Vorbild des Absolutismus) und viele von ihnen hatten den Ehrgeiz, ihre Residenz zu einem kulturellen Mittelpunkt zu machen (Würzberger Residenz). Im 18. Jahrhundert modernisierten sich die einzelnen Staaten nach dem Vorbild Frankreichs, behielten aber die Kleinstaatlichkeit bei. Zur aufstrebenden deutschen Macht wurde mehr und mehr Preußen unter König Friedrich II.

Ab Mitte des 18. Jahrhunderts gewann Preußen immer mehr an Einfluß und wurde unter Friedrich dem Großen (1740-1786) eine europäische Großmacht zur gleichen Zeit stieg Österreich zur Großmacht auf. Ende des 18. Jahrhunderts bestand Deutschland aus über 350 Fürstentümern und über 1000 Kleinststaaten.

1740 - 1763 Der Aufstieg Preußens zur europäischen Großmacht

Aufstieg des Preußens. Nach der Revolution von 1848 kam es zu einem wirtschaftlichen Aufschwung: Deutschland wurde zu einem Industrieland (Schwerindustrie und Maschinenbau). Preußen wurde wirtschaftliche Vormacht. Im deutschen Krieg (1866) wurde Österreich besiegt und der Deutsche Bund wurde aufgelöst. An die Stelle des Deutschen Bundes trat jetzt unter Ausschluß Österreichs, der Norddeutsche Bund (alle deutschen Staaten nördlich des Mains) mit Bismarck als Reichskanzler. Nach dem Sieg im Deutsch-Französischen Krieg (1870-1871) schlossen sich in patriotischer Begeisterung die süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bund zum Deutschen Reich zusammen.

In Versailles wurde am 18. Januar 1871 König Wilhelm I von Preußen zum Deutschen Kaiser ausgerufen. Reichkanzler blieb Otto von Bismarck, der 19 Jahre lang regierte. Die deutsche Einheit war nicht durch Volksbeschluss, sondern von „oben“ zustande gekommen.

Weimarer Republik. Diese konstitutionelle Monarchie dauerte bis zum ersten Weltkrieg (1918). Am Ende des ersten Weltkrieges wurde die Weimarer Republik ausgerufen und Kaiser Wilhelm I floh ins Exil nach Holland. Deutschland hatte den ersten Weltkrieg verloren und musste hohe Reparationen an die Siegermächte zahlen. Eine immer größer werdende Skepsis gegenüber dem ersten demokratischen Staat machte sich breit und die Folge war eine

innenpolitische Instabilität. 1923 erreichten die Wirren der Nachkriegszeit ihren Höhepunkt (Inflation, Besetzung der Ruhr, Hitlerputsch, kommunistische Umsturzversuche). Der deutsche Außenminister Gustav Stresemann gewann für Deutschland eine gewisse Gleichberechtigung gegenüber den europäischen Staaten zurück (Locarno – Vertrag, Beitritt zum Völkerbund). Während dieser Zeit erlebten Kunst und Wissenschaft eine kurze Blütezeit (Goldene zanziger Jahre). Der Niedergang der Weimarer Republik begann mit der Weltwirtschaftskrise von 1929.

1789 - 1815 Deutschland in der Zeit der Französischen Revolution und der Herrschaft Napoleons

Zeitalter der Französischen Revolution. Unter Napoleon verloren viele Kleinstaaten ihre Unabhängigkeit. Bayern und Württemberg wurden Königreiche unter Napoleon. 1806 wurde Preußen jedoch von Frankreich unter Kaiser Napoleon besiegt und das Heilige Römische Reich aufgelöst. Alle deutschen Staaten außer Preußen und Österreich wurden danach im Rheinbund zusammengefasst. Es war das Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation (1806), das im 11. Jahrhundert („Römisches Reich“) begonnen hatte. Der Wiener Kongreß 1814-1815 regelte nach dem Sieg über Napoleon die Neuordnung Europas. Nach der Niederlage Napoleons 1814/15, bildeten Preußen und Österreich den Deutschen Bund, zu dem 38 Staaten gehörten. Im Laufe der Jahre bildete sich bei vielen Deutschen ein Nationalbewusstsein und die Sehnsucht nach einem geeinten deutschen Staat wuchs.

Die Hoffnungen auf einen einheitlichen Nationalstaat wurden für Deutschland nicht erfüllt. An die Stelle des alten Reiches trat der Deutsche Bund. Es war ein lockerer Staatenbund von 39 souveränen Einzelstaaten und Reichsstädten. Handlungsfähig war der Deutsche Bund nur, wenn die beiden Großmächte Österreich und Preußen übereinstimmten. Seine Hauptaufgabe sah der Deutsche Bund in der Unterdrückung aller auf Einheit und Freiheit gerichteten Bestrebungen.

Die Revolution 1848/49

1848 kam es zu einer bürgerlichen Revolution. Die Revolution im Jahr 1848, deren Ziel die Bildung eines geeinten Deutschlands unter einer konstituellen Monarchie war, scheiterte am Widerstand von Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. und dem militärischen Vorgehen gegen die Revolutionäre. 1866 kam es zum Krieg zwischen Preußen und Österreich. Nach dem Sieg Preußens wurde der Deutsche Bund aufgelöst und Preußen zur vorherrschenden Macht innerhalb

Die liberale Mitte der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche trat für eine konstitutionelle Monarchie mit beschränkten Wahlrecht ein. Über die Frage eines Deutschen Reiches mit oder ohne Österreich konnte zunächst keine Einigung erzielt werden, es siegte aber schließlich die kleindeutsche Auffassung (ohne Österreich). Die bürgerliche Revolution von 1848 hatte keinen Erfolg.

1871 - 1890 Die Innen- und Außenpolitik Bismarcks

1890 - 1914 Das Deutsche Kaiserreich von der Entlassung Bismarcks bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs

1870/71 folgte der Krieg gegen Frankreich, in dem erstmals die deutschen Staaten geeint vorgingen und die Franzosen besiegten. Nach dem Sieg wurde in Versailles, unter der Regie von Otto von Bismarck, der erster Reichskanzler wurde, das Deutsche Reich proklamiert. Erster Kaiser wurde Preußenkönig Wilhelm I.

Im Laufe der folgenden Jahre entwickelte sich Deutschland zu einer aufstrebenden europäischen Macht. Die ausgleichende Politik Bismarcks änderte sich jedoch nach dem

Amtsantritt Kaiser Wilhelms II., der Deutschland zu einer Weltmacht aufsteigen lassen wollte. Dadurch isolierte sich das Deutsche Reich jedoch und es kam zu Konfrontationen mit Frankreich, England und Russland, die schließlich im 1. Weltkrieg ihren Höhepunkt fanden.

1918 - 1919

Der Weg vom Kriegsende 1918 zur Weimarer Republik

1918 ging der Krieg verloren und Wilhelm II. musste abdanken. Deutschland wurde zur Republik. Die harten Friedensbedingungen des Versailler Vertrages erschwerten jedoch das Bestehen der Weimarer Republik. Zwischen 1919 und 1923 kam es zu vielen Unruhen, Morden und Putschversuchen. Nach einer kurzen Ruhephase während der „Goldenen Zwanziger“, kam es 1929 zur Weltwirtschaftskrise, die auch Deutschland schwer traf und den Aufstieg der NSDAP und Adolf Hitlers beschleunigte.

1933 - 1939

Die Machtübernahme der NSDAP und die Errichtung der Diktatur

Diktatur des Nationalsozialismus. Am 30. Januar 1933 übernahmen die Nationalsozialisten die Macht und schalteten alle politischen Gegner aus. Ab 1935 kam es zu den Nürnberger Rassengesetzen und der Verfolgung der Juden. In den folgenden Jahren gliederte Hitler die 1919 abgetretenen Gebiete wieder an. Auch Österreich wurde dem Deutschen Reich einverleibt. Außerdem kam es zur Besetzung der Tschechoslowakei.

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler gewählt. Durch ein Ermächtigungsgesetz, dem alle bürgerlichen Parteien zustimmen, sicherte er sich nahezu unbeschränkte Befugnisse. Nach dem Tod des Reichspräsidenten Hindenburg (1934) vereinigte Hitler in einer Person das Kanzler- und Präsidentenamt.

Am 1. September 1939 begann Hitler den Zweiten Weltkrieg mit dem Einmarsch in Polen. Sein Ziel war es, die Herrschaft über ganz Europa zu erringen. Hitlers Vorhaben, das deutsche Volk solle aus einer reinen Rasse, nämlich der arischen bestehen, trieb ihn zu dem Wahnsinn, das semitische Volk der Juden auszurotten. In Konzentrationslagern (KZ) wurden nicht nur Juden, sondern auch politisch Andersdenkende, Künstler, Schriftsteller, Theologen auf grausame Art gefoltert und umgebracht.

Die Zeit der Hitlerdiktatur oder des Nationalsozialismus ist eines der schwärzesten Kapitel der deutschen Geschichte und es wird noch einige Zeit dauern, bis die Geschichte dieser Zeit in objektiver Form dargestellt werden kann.

1939 - 1945

Der Zweite Weltkrieg

Als die Deutschen 1939 in Polen einmarschierten, folgte die Kriegserklärung von Großbritannien und Frankreich. Es kam zum zweiten Weltkrieg, der etwa 55 Millionen Tote forderte. Nachdem das Deutsche Reich den Großteil Europas erobert hatte, kam es 1943 zur Kriegswende und dem Rückzug der Deutschen Wehrmacht, der erst in Berlin endete. Mit dem Selbstmord Adolf Hitlers und der Kapitulation Deutschlands im Jahr 1945 endete auch das Deutsche Reich.

1945 - 1949

Der Weg in die deutsche Teilung

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde Deutschland in vier Besatzungszonen geteilt. Die drei Westzonen wurden von Großbritannien, den USA und Frankreich besetzt. Aus diesen Zonen wurde am 23. Mai 1949 die Bundesrepublik Deutschland (BRD) gegründet. Aus der Sowjetischen Besatzungszone ging die Deutsche Demokratische Republik (DDR) hervor.

1945 - 1961
der

Sonderthema: Der Kalte Krieg Teil 1: Vom Kriegsende 1945 bis zum Bau Berliner Mauer 1961

Mitten durch Deutschland verlief der sogenannte „Eiserne Vorhang“. Er teilte das Land und damit auch Europa in eine östliche und eine westliche Hälfte. Der östliche Teilstaat riegelte sich immer mehr nach Westen ab: 1946 bildete die Sowjetische Verwaltung die Zonengrenze (Oder-Neiße-Linie): schließlich wurde 1961 die „Berliner Mauer“ errichtet. Möglichkeiten, legal in den Westen zu gelangen, gab es somit nicht mehr. Viele Menschen, die versucht haben, illegal in den Westen zu kommen, fanden den Tod. Es gab nur noch die Möglichkeit über andere Staaten, in die Bundesrepublik zu gelangen, wie zum Beispiel über Ungarn. Von 1949 bis 1989 standen sich die Bundesrepublik und die DDR, während des Kalten Krieges, in feindlichen Lagern gegenüber, deren Höhepunkt 1961 der Bau der Berliner Mauer bildete.

1971 - 1989 Der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands (Teil I: Die DDR von den siebziger Jahren bis zum Fall der Mauer 1989)

Es gibt in der Geschichte eines jeden Landes Ereignisse, die den weiteren Verlauf der Geschichte bestimmen. Zu so einem Ereignis wurde der 3. Oktober 1990 für Deutschland. Seit 1949 war Deutschland in zwei Teile gespalten: die BRD und die DDR. Es war eine Tragödie für die ganze Nation, für viele Familien im Einzelnen. Das Streben nach Wiedervereinigung erlosch nie und endlich erfüllte sich am 3. Oktober 1990 die Sehnsucht eines ganzen Volkes.

Wesentlichen Anteil an der Wiedervereinigung hatte der ehemalige Präsident der USSR Michail Gorbatschow. Endlich fiel die verhaßte Berliner Mauer, die so vielen Menschen, die den Weg in die Freiheit suchten, das Leben kostete. Heute noch stehen viele der Politiker vor Gericht, die für die Morde an der Grenze verantwortlich sind. Jetzt dient ein Teil der Mauer, bemalt von Künstlern aus aller Welt, nur noch als Museumsstück und Andenken an vierzig Jahre deutscher Geschichte. Deutsche aus Ost und West erkunden ihre Heimat, lernen neue Städte kennen, die für sie früher unerreichbar waren. Alle zusammen feiern seit dem 3. Oktober 1990 diesen Tag als einen Nationalfeiertag, der zu einem wichtigen Ereignis in der Geschichte Deutschlands wurde.

Als 1989 das sozialistische System in der DDR zusammenbrach, kam es zum Fall der Mauer und am 3. Oktober 1990 zur Wiedervereinigung Deutschlands. Hunderttausende DDR-Bürger demonstrierten 1989 gegen Unfreiheit und Zwang und stürzten schließlich unblutig das SED-Regime.

Am Abend des 9. November 1989 wurden die Berliner Mauer und die innerdeutsche Grenze geöffnet.

Am 18. März 1990 fanden zum ersten Mal freie Wahlen in der DDR statt. Die Volkskammer beschloss am 23. August 1990 den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland.

Seit dem 3. Oktober 1990 ist Deutschland wieder eine Nation und die DDR nicht mehr existiert. Der 3. Oktober ist seitdem Nationalfeiertag (Einige Daten zur deutschen Geschichte)

Probleme Deutschlands nach der Vereinigung

Die Wiedervereinigung hat aber leider nicht nur Freude ausgelöst, sondern auch ernste Probleme aufgeworfen. Beide Staaten hatten sich im Laufe von vierzig Jahren unterschiedlich entwickelt, wirtschaftlich wie auch kulturell. Es wird noch einige Zeit dauern, bis die großen Unterschiede abgebaut sind und das Leben in den alten und neuen Bundesländern auf gleichem Niveau verläuft. Berlin ist wieder Zentrum des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens des ganzen Deutschlands.

Am 3. Oktober 1990 erfüllte sich endlich die Sehnsucht des deutschen Volkes. Endlich fiel die Berliner Mauer. Die Wiedervereinigung aber hat nicht nur Freude ausgelöst, sondern auch ernste Probleme aufgestellt. Das Lebensniveau in der BRD war bedeutend höher als in der ehemaligen DDR.

Die Wirtschaftssysteme der BRD und der DDR waren verschieden. Viele Industriebetriebe von Ostdeutschland entsprechen ihrer Ausrüstung und der Qualität von Erzeugnissen nach dem Weltstandard nicht. Viele von ihnen müssen rekonstruiert, neue Märkte erschlossen, Zuliefersysteme neu aufgebaut, Mitarbeiter neu und weiter qualifiziert werden. Ein großes Problem ist darum Arbeitslosigkeit. Die Umwandlung der Wirtschaft führt immer zu den Entlassungen.

Es gibt auch ein Problem der Bekämpfung ausländerfeindlicher und rechtsextremistischer Gewalt von Jugendlichen, besonders in den östlichen Bundesländern. Man führt eine große Aufklärungskampagne gegen Extremismus und Fremdfeindlichkeit durch. Es wird noch einige Zeit dauern, bis die großen Unterschiede abgebaut werden und das Leben in den alten und neuen Bundesländern auf gleichem Niveau verlaufen wird.

Heute ist Deutschland ein hochentwickeltes Industrieland mit einer produktiven Landwirtschaft und nimmt ihrer Entwicklung nach einen der ersten Plätze in Europa und in der Welt ein. In einigen Wirtschaftszweigen ist Deutschland den anderen Ländern voran.

Im Jahr 2008 kam es schliesslich zu einer Steueraffäre mit Deutschland, in der zahlreiche deutsche Steuerhinterzieher aufflogen. Seitdem kam es zu einem Umbruch des liechtensteinischen Finanzplatzes und so setzt Liechtenstein nun endgültig auf einen Bankenplatz mit einer Weissgeldstrategie.

Sechste Vorlesung

Geschichte

Urgeschichte bis 15 v. Chr.



Die *Venus von Willendorf* ist aus dem Jungpaläolithikum und eine der ältesten Figuren der Welt (*Naturhistorisches Museum, Wien*)

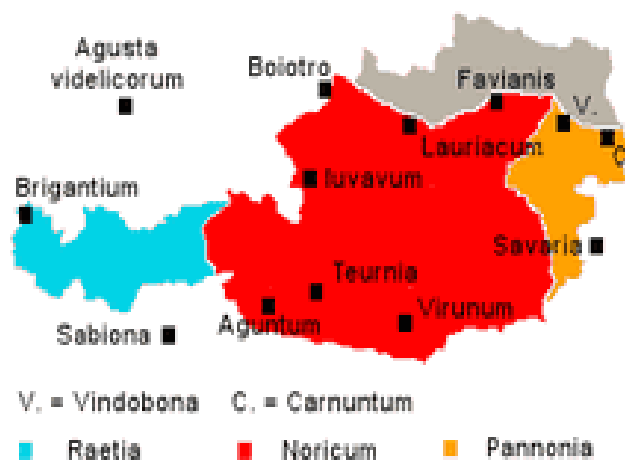
Die ältesten Spuren der Anwesenheit von Menschen in Österreich gehören dem Mittelpaläolithikum, der Zeit der Neandertaler, an. Der Fundort mit den ältesten Spuren ist die Repolusthöhle in der Steiermark. Viele weitere Fundstellen liegen in Niederösterreich, die bekanntesten befinden sich in

der Wachau – Darunter auch die Fundorte der beiden ältesten österreichischen Kunstwerke, die figürlichen Frauendarstellungen der sogenannten *Tanzenden Fanny* von Stratzing/Krems-Rehberg und der *Venus von Willendorf*.

Nach der schrittweisen Besiedelung aller Regionen Österreichs in der Jungsteinzeit steht die Kupfersteinzeit im Zeichen der Erschließung von Rohstoffvorkommen, vor allem Kupfer. Aus dieser Zeit stammt auch der Fund der berühmten Gletschermumie Ötzi im österreichisch-italienischen Grenzgebiet.

Während der Bronzezeit zwischen dem 3. und dem 1. Jahrtausend vor Christus wurden immer größere Handelszentren und auch Befestigungen, vorwiegend in Rohstoff-Abbaugebieten, errichtet. Im Umkreis von Hallstatt begann die systematische Gewinnung von Salz; nach diesem Ort ist auch die ältere Periode der Eisenzeit, die Hallstattzeit, benannt. Die jüngere Eisenzeit, auch La-Tène-Zeit genannt, steht im Zeichen der Kelten, welche im Süden und Osten des heutigen Österreich das erste Staatsgebilde errichteten – der Westen wurde zu dieser Zeit von Rättern besiedelt.

Römische Provinz und Völkerwanderung 15 v. Chr. bis 700 n. Chr.



Römische Provinzen und Orte auf dem Gebiet des heutigen Österreichs

Römisches Heidentor bei Petronell - Carnuntum.

Der größte Teil des heutigen österreichischen Staatsgebiets wurde um 15 v. Chr. vom Römischen Reich besetzt. Der römische Kaiser Claudius richtete während seiner Herrschaft (41–54 n. Chr.) die römische Provinz Regnum Noricum ein, deren Grenzen einen Großteil des heutigen Österreich umfassten. Die östlich von



Vindobona (dem heutigen Wien) gelegene Stadt Carnuntum war die größte römische Stadt, weitere wichtige Orte waren Virunum (nördlich des heutigen Klagenfurt) und Teurnia (nahe Spittal an der Drau).

Nach der Ausbreitung des Christentums im 2. Jahrhundert n. Chr. begann der langsame Niedergang des römischen Reiches im Zuge der Völkerwanderung. Nach kontinuierlicher Bedrängung der Provinz Noricum durch die Goten und andere germanische Völker begann ab dem 6. Jahrhundert die Besiedlung durch die Bajuwaren und, im heutigen Vorarlberg, durch die Alamannen, sowie im Osten und Süden durch Slawen und Awaren. Im nördlichen Alpenraum hatte sich ab Mitte des 6. Jahrhunderts das baierische Stammesherzogtum gebildet, dessen Herrscher aus dem Geschlecht der Agilolfinger stammten. Nur wenige Jahrzehnte später war das römische Reich schließlich endgültig zerfallen.

Frankenreich und Heiliges Römisches Reich 700–1806



Rudolf IV. aus dem Hause Habsburg gründete das Erzherzogtum Österreich sowie 1365 die Universität Wien

Weite Gebiete des heutigen Österreich gehörten im späten 8. Jahrhundert zum baierischen Stammesherzogtum im Fränkischen Reich Karls des Großen. Im folgenden Ostfrankenreich war in der Region des heutigen Niederösterreich seit 856 eine *Marcha orientalis* den Karolingern unterstellt. Diese Grenzmark im Südosten des Reiches wurde zur Keimzelle des späteren Österreich. Dieses Gebiet ging 907 allerdings an die Ungarn verloren. Erst nach der Schlacht auf dem Lechfeld 955 konnte das ostfränkische Reich wieder nach Osten expandieren, und es entstanden neue Herzogtümer und Markgrafschaften. Damit

begann auch eine weitere Welle bajuwarischer (baierischer) Siedlungstätigkeit.

Im Jahr 976 entstand die älteste Ländereinheit auf dem Boden der heutigen Republik Österreich in der Form des selbständigen Herzogtums Kärnten. Im selben Jahr wurde die *Marcha Orientalis*, eine östliche Grenzmark des Bayrischen Herzogtums, von Kaiser Otto II. einem Babenberger-Grafen übereignet. Die *Marcha Orientalis* wurde darin erstmals Ostarrîchi genannt; Aussprache und Schreibweise wandelten sich später zu *Österreich*. Die älteste bekannte schriftliche Nennung des Namens stammt aus einem in Bruchsal verfassten Dokument vom 1. November 996. Darin ist eine Schenkung Kaiser Ottos III. an den Bischof von Freising festgehalten, nämlich eines Gebietes „in der gewöhnlich Ostarrichi genannten Region“ („regione vulgari vocabulo Ostarrichi“), womit die Region um Neuhausen an der Ybbs gemeint war („in loco Niuuanhova dicto“). Diese Urkunde wird heute im Bayerischen Hauptstaatsarchiv in München aufbewahrt. Das Gebiet wurde auch als *Ostland* (lat. **Austria**) oder *Osterland* bekannt und am 8. September 1156 von Kaiser Friedrich I. (Barbarossa) auf dem Hoftag in Kreuzhof bei Regensburg zu einem eigenständigen, von Bayern unabhängigen Herzogtum erhoben. Damit

beginnt die eigentliche Geschichte Österreichs als selbständiges Territorium innerhalb des Heiligen Römischen Reiches.

Den Babenbergern folgten ab 1278 die Habsburger, die ihr Herzogtum Österreich durch das gefälschte Privilegium Maius (*maius* = größer, Komparativ zu *lat. magnus* = groß) zum Erzherzogtum Österreich machten, um ihren besonderen Rang zu betonen. Sie dehnten ihr Herrschaftsgebiet bis 1526 weiter aus und wurden zum Machtfaktor im Heiligen Römischen Reich. Schon die späten Babenberger hatten die Steiermark mit Österreich verbinden können, die Habsburger schufen davon ausgehend mit der Erwerbung Kärntens, Tirols, Krains und anderer Gebiete einen Länderkomplex in den Ostalpen, der *Herrschaft zu Österreich* genannt wurde. Ab 1438 besaß die Dynastie fast durchgehend die römisch-deutsche Königs- und die damit verbundene Kaiserwürde. Ein Teil des Herrschaftsgebiets waren die *Vorlande* oder auch Vorderösterreich genannt.



Zweite Wiener Türkenbelagerung von 1683, die erfolgreich abgewehrt wurde und Österreich zu einer bedeutenden Größe machte

Kaiserin Maria Theresia im Kreise ihrer Familie, bei Schloss Schönbrunn

Die Reformation der Kirche konnte sich anfangs schnell durchsetzen, wurde aber im Laufe des 17. Jahrhunderts zurückgedrängt, was von den damaligen Habsburgern als wichtigste Aufgabe gesehen wurde.

Vom späten 15. Jahrhundert bis 1690 waren die habsburgischen Länder ständigen Angriffen des Osmanischen Reichs ausgesetzt, das von Ungarn aus westwärts strebte. Nach der Abwehr der Zweiten Wiener Türkenbelagerung von 1683 wurden die kriegerischen Erfolge (unter anderem des Prinzen Eugen von Savoyen) im Kampf gegen die Türken im Frieden von Karlowitz und im Frieden von Passarowitz bestätigt, indem die bis 1908 gültige Grenze erreicht wurde; darüber hinausgehende Erwerbungen wurden im Frieden von Belgrad jedoch wieder rückgängig gemacht.



1713 wurde mit der Pragmatischen Sanktion erstmals ein für alle habsburgischen Länder gleichermaßen gültiges Grundgesetz in Kraft gesetzt. Es wurde (erstmalig) festgelegt, dass nach dem absehbaren Aussterben der Herrscherdynastie in männlicher Linie die Erbfolge über die weibliche Linie zu erfolgen habe. Daraus ergab sich, dass die Tochter Kaiser Karls VI., Maria

Theresia, ihm als Monarchin der Habsburgischen Erblande folgen konnte und damit den Töchtern seines älteren Bruders Joseph vorgezogen wurde. Nachbarstaaten, deren Monarchen die Pragmatische Sanktion anerkannt hatten, versuchten nach dem Tod des Kaisers dennoch, im Österreichischen Erbfolgekrieg Beute zu machen, doch konnte Maria Theresia, die mit Franz I. Stephan von Lothringen das neue Haus Habsburg-Lothringen begründete, die Erbländer größtenteils für sich behaupten. Als Preußen und Russland im 18. Jahrhundert Polen aufteilten, erhielt Österreich Galizien und Lodomerien zugesprochen.

Franz II. gründete 1804 das Kaisertum Österreich und nahm als Franz I. den Titel Kaiser von Österreich an, um die Gleichrangigkeit mit dem neuen französischen Kaiser zu wahren. 1806 legte er dann unter dem Druck Napoleons die Kaiserkrone des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation nieder, womit dieses zu bestehen aufhörte. (Somit war er für zwei Jahre der einzige *Doppelkaiser* der Geschichte.)

Kaisertum Österreich (1804–1867) und Doppelmonarchie Österreich-Ungarn (1867–1918)



Unter der Herrschaft von Kaiser Franz Joseph I. erlebte Österreich eine beispiellose Blütezeit der Künste und Wissenschaften

Das neue Kaisertum Österreich war ein Vielvölkerstaat, in dem außer Deutsch auch Ungarisch, Italienisch, Tschechisch, Polnisch, Ukrainisch, Rumänisch, Kroatisch, Serbisch, Slowakisch und Slowenisch gesprochen wurde. Mit seinen vormals zum Heiligen Römischen Reich gehörenden Gebieten gehörte es ab 1815 zum Deutschen Bund, in dessen Bundesversammlung der österreichische Gesandte den Vorsitz führte. Das Land Salzburg fiel im Jahr 1816 als Herzogtum an das Kaisertum Österreich, nachdem es seit 1328 ein eigenständiges

Fürsterzbistum gewesen war.

Leitender Politiker des österreichischen Biedermeiers war der Außenminister und spätere Staatskanzler Metternich. Ihm ging es darum, die Bevölkerung mit Zensur und Spitzelsystem ruhigzustellen, um mittels Restauration die *alte Ordnung* zu erhalten: die absolute Monarchie. Die gleichen Ziele hatten zu dem Zeitpunkt Preußen und Russland; gemeinsam gründeten diese drei Monarchien die Heilige Allianz. Andererseits fand in dieser Epoche auch die Industrialisierung Österreichs statt. 1837 verkehrte zwischen Floridsdorf bei Wien und Deutsch-Wagram die erste Dampfeisenbahn, erstes Teilstück der Nordbahn, der wichtigsten Bahnstrecke der Monarchie.

In der Revolution des Jahres 1848 strebten die Völker der Monarchie nach Demokratie und Unabhängigkeit; Staatskanzler Metternich wurde verjagt. Nur die k. k. Armee unter Radetzky, Jelačić und Windisch-Graetz und die Hilfe der russischen Armee sicherten der Monarchie das Überleben. Am 2. Dezember 1848 löste auf Wunsch der Dynastie der 18-jährige Franz Joseph

den kranken Kaiser Ferdinand I. auf dem Thron ab. Der unerfahrene neue Herrscher (er wurde von Kritikern als *der rothosige Leutnant* bezeichnet) hielt 1849 Gericht über die aufständischen Ungarn und ließ ein Dutzend der höchsten ungarischen Heerführer hinrichten. 1851 hob er im Silvesterpatent die von ihm selbst oktroyierte Verfassung auf. Seine Popularität war in den ersten 20 Jahren seiner Regierung ausgesprochen gering.

Im Kampf um die Vormachtstellung im Deutschen Bund (Deutscher Dualismus) erzwang Preußen unter Bismarck eine Entscheidung im Sinn der kleindeutschen Lösung ohne Österreich. Im Deutschen Krieg 1866 unterlag Österreich, das den Deutschen Bund anführte, den Preußen und ihren Verbündeten in der Schlacht bei Königgrätz. Der Deutsche Bund löste sich auf und Österreich spielte im weiteren deutschen Einigungsprozess keine Rolle mehr.

Bereits 1859 hatte Österreich nach der Schlacht von Solferino die Vorherrschaft in Norditalien verloren. Mit der Niederlage im Deutschen Krieg musste es 1866 auch noch Venetien an das mit Preußen verbündete Italien abtreten.

Der durch die Niederlagen politisch geschwächte Kaiser musste im Inneren tiefgreifende Reformen durchführen und seine (neo-)absolutistische Regierungsweise aufgeben. Gegen seinen zähen Widerstand erreichten seine Berater die Umwandlung in eine konstitutionelle Monarchie: mit dem auf das unzweckmäßige Oktoberdiplom 1860 folgenden Februarpatent 1861, mit dem der Reichsrat als Parlament geschaffen wurde.

Gründung der Republik 1918



Das Denkmal zur Gründung der Ersten Republik 1918 mit Büsten von Jakob Reumann, Victor Adler und Ferdinand Hanusch

Am 21. Oktober 1918 – Kriegsende und Zerfall der Monarchie waren bereits abzusehen, das Land hätte für einen weiteren Kriegswinter keine Ressourcen mehr gehabt – traten die Reichsratsabgeordneten der deutschsprachigen Gebiete (sie bezeichneten sich selbst als Deutsche) einschließlich jener Böhmens, Mährens und Österreichisch-Schlesiens zum ersten Mal als *Provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich* zusammen; den Vorsitz hatte der Sozialdemokrat Karl Seitz abwechselnd mit dem Christlichsozialen Johann Nepomuk Hauser und dem Großdeutschen Franz Dinghofer. Ihr Vollzugsausschuss wurde Staatsrat genannt und bestellte am 30. Oktober 1918 die erste Regierung Deutschösterreichs, deren Minister nach angelsächsischem Vorbild die Bezeichnung „Staatssekretär“ trugen; erster Staatskanzler wurde Karl Renner, der 1945 bei der Gründung der Zweiten Republik neuerlich eine wichtige Rolle spielen sollte. Erster provisorischer Außenminister war Victor Adler. Auf dem vorwiegend von Menschen mit deutscher Muttersprache bewohnten Gebiet Altösterreichs entstand so ein neuer Staat.

Die noch amtierende kaiserliche Regierung versuchte Anfang November 1918, den deutschösterreichischen Staatsrat in die Waffenstillstandsentscheidungen einzubeziehen. Der Staatsrat entschied jedoch, die Monarchie, die den Krieg begonnen habe, müsse ihn auch beenden. Der Waffenstillstand zwischen Österreich und Italien vom 3. November 1918 (die ungarischen Truppen hatten die Front bereits Ende Oktober, zum Austritt Ungarns aus der Realunion mit Österreich, verlassen) wurde somit noch von Kaiser Karl I. und seiner k. k. Regierung verantwortet. Kritik wie im Deutschen Reich, wo die zivilen Verhandler des Waffenstillstands später von rechtsgerichteten Politikern als „Novemberverbrecher“ geschmäht wurden, war daher nicht möglich.

Mitglieder der k. k. Regierung und des Staatsrates arbeiteten gemeinsam die Erklärung aus, mit der Karl I. am 11. November 1918 auf „jeden Anteil an den Staatsgeschäften“ verzichtete. Dies war zwar juristisch keine Abdankung, die Entscheidung über die Staatsform war damit aber *de facto* gefallen. Am 12. November wurde von der Provisorischen Nationalversammlung formell beschlossen, dass der Staat Deutschösterreich eine demokratische Republik und Teil der deutschen Republik sei.

Erste Republik (1918–1933)



Die neue Republik Österreich wurde Rechtsnachfolger von Österreich-Ungarn und musste erhebliche Gebiete im Vertrag von Saint-Germain abtreten



Von der Nationalversammlung beanspruchtes Staatsgebiet der Republik Deutschösterreich (1918–1919)

In der Republik waren erstmals auch alle Frauen wahlberechtigt. In den Koalitionsregierungen 1918–1920 entstanden bedeutende Sozialgesetze (z. B. Schaffung der Arbeiterkammer als gesetzliche Interessensvertretung der Arbeiter und Angestellten, Acht-Stunden-Tag, Sozialversicherung). Der Adel wurde im April 1919 abgeschafft, Mitglieder der Familie Habsburg-Lothringen durften nur in Österreich bleiben, wenn sie sich als Bürger der Republik bekannten und jeden Herrschaftsanspruch aufgaben. „Der ehemalige Träger der Krone“ (wie er im Gesetz hieß) wurde, da er die Abdankung verweigerte, auf Dauer des Landes verwiesen, war aber zuvor bereits in die Schweiz ausgewandert, um der drohenden Internierung zu entgehen. Die Habsburg-Lothringenschen „Familienfonds“, quasi Stiftungsvermögen zugunsten selbst

einkommensloser Habsburger, wurden als Staatseigentum erklärt, individuelles Privatvermögen nicht angetastet.

Im Vertrag von Saint-Germain wurde 1919 der Staatsname „Republik Österreich“ vorgeschrieben und der laut Verfassung vorgesehene Beitritt zur neuen Deutschen Republik untersagt. Einige Gebiete, in denen die Mehrheit der Bevölkerung Deutsch sprach (z. B. Egerland, Südmähren, Südtirol) durften zudem durch den entgegenstehenden Willen der Siegermächte nicht bei Österreich verbleiben. Der Kärntner Abwehrkampf gegen die Truppen des Königreichs SHS mobilisierte hingegen die internationale Öffentlichkeit und führte auf Wunsch der Siegermächte zur Volksabstimmung in Südkärnten am 10. Oktober 1920, die eindeutig für die Zugehörigkeit des Abstimmungsgebietes südlich der Drau zur Republik Österreich ausging.

Am 21. Oktober 1919 wurde der Name in „Republik Österreich“ geändert und 1920 das neue österreichische Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) beschlossen, in dem unter anderem Wien als eigenes Bundesland definiert wird. (Das B-VG gilt in der Fassung von 1929, mit der das Amt des Bundespräsidenten gestärkt wurde, im Wesentlichen bis heute). Im Jahr 1921 wurde das Burgenland, der überwiegend deutsch besiedelte Teil Westungarns, als *selbstständiges Land im Bund* in die Republik aufgenommen. Für die natürliche Hauptstadt des Gebietes, Ödenburg (*Sopron*), wurde auf ungarischen Wunsch, der von Italien unterstützt wurde, die Volksabstimmung 1921 im Burgenland durchgeführt, wobei sich die Mehrheit für Ungarn entschied. In den zeitgenössischen österreichischen und ungarischen Darstellungen dieser Volksabstimmung waren zahlreiche Divergenzen zu bemerken. Die Bundesregierung stellten seit 1920 die Christlichsozialen und ihre Koalitionspartner vom rechten Flügel. Die Sozialdemokraten, Mehrheitspartei im „Roten Wien“, waren auf Bundesebene in scharfer Opposition.

Die Hyperinflation der frühen zwanziger Jahre wurde 1925 durch die Einführung der Schillingwährung beendet. Die konservative Regierung sorgte dafür, dass der Schilling stabil blieb; er wurde als *Alpendollar* bezeichnet. Kehrseite dieser kargen Wirtschaftspolitik war, dass in der 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise kaum staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung der enorm hohen Arbeitslosigkeit vorgesehen waren.

Politische Wehrverbände (*Republikanischer Schutzbund, Freiheitsbund*) zogen Männer an, die als Sozialdemokraten einen Umsturz fürchteten oder in *Heimwehren* als Rechte die Demokratisierung ablehnten. 1927 wurde in Schattendorf im Burgenland auf waffenlos demonstrierende Schutzbündler gefeuert. Ein Invaliden und ein Kind kamen zu Tode. Die Nachricht vom Schattendorfer Urteil, in dem die Täter freigesprochen wurden, führte am Tag darauf, dem 15. Juli 1927, zur Eskalation im Wiener Justizpalastbrand. Die völlig überforderte Polizei schoss in äußerster Brutalität wahllos in die große Menschenmenge und machte dann Jagd auf flüchtende Demonstranten. Bei der so genannten Julirevolte waren 89 Tote zu beklagen, davon vier Polizisten. Bundeskanzler Prälat Ignaz Seipel („Keine Milde!“) verteidigte im Parlament das skandalöse Vorgehen der Polizei.

In den folgenden Jahren führten die schlechte Wirtschaftslage und politische Auseinandersetzungen Österreich immer tiefer in eine Krise. Der Austromarxismus sprach vom Endziel *Diktatur des Proletariats* und machte damit allen Konservativen Angst; allerdings wollte man dieses Ziel auf demokratischem Weg erreichen. Auf der rechten Seite des Parteienspektrums machte sich teilweise die Auffassung breit, die Demokratie sei zur Lösung der Probleme des Landes nicht geeignet. Benito Mussolini war dafür Vorbild.

Einer der christlichsozialen Politiker, die diese Haltung vertraten (es gab auch christlichsoziale Demokraten wie Leopold Kunschak), war Bundeskanzler Engelbert Dollfuß. Als der Nationalrat nach dem Rücktritt aller drei Präsidenten (wegen einer Streitfrage um eine Abstimmung) auseinander ging, verhinderte er im März 1933, auf Grund dieser Geschäftsordnungskrise, sein Wiederzusammentreten mit Polizeigewalt und verkündete die „Selbstausschaltung des Parlaments“. Eine von mehr als einer Million Menschen unterzeichnete Petition an Bundespräsident Miklas, für die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes zu sorgen, blieb erfolglos, obwohl Miklas die Verfassungswidrigkeit von Dollfuß' Vorgehen klar war.

Austrofaschistischer Ständestaat (1934–1938)

Dollfuß nutzte das nach wie vor gültige Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz von 1917, um fortan eigenmächtig Gesetze durch Verordnungen der Bundesregierung zu ändern oder einzuführen. Am 12. Februar 1934 fanden die bis dahin schwelenden Auseinandersetzungen zwischen den regierenden Christlichsozialen (*Vaterländische Front*) und den oppositionellen Sozialdemokraten im Österreichischen Bürgerkrieg ihren gewaltsamen Höhepunkt. Die Regierung setzte das Bundesheer und seine Kanonen ein. Es folgten einige Todesurteile gegen Schutzbündler, die Absetzung des Wiener Bürgermeisters und das Verbot der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Vorfeldorganisationen. Dollfuß proklamierte hierauf am 1. Mai 1934 in der autoritären „Maiverfassung“ den *Bundesstaat Österreich* auf ständischer Grundlage (Ständestaat).^[48] Es handelte sich um eine Diktatur, die schon damals (z. B. in einem Privatbrief von Bundespräsident Miklas, wie Friedrich Heer berichtet), mit dem Begriff Austrofaschismus bezeichnet wurde.

Wenige Wochen danach kam es zum Juliputsch von Anhängern der in Österreich seit 1933 verbotenen NSDAP. Einigen Putschisten gelang es am 25. Juli 1934, in das Bundeskanzleramt vorzudringen, wo Dollfuß so schwer verletzt wurde, dass er kurz darauf, da ihm medizinische Hilfe verweigert wurde, im Amt verstarb. Der Putschversuch wurde innerhalb weniger Stunden niedergeschlagen. Neuer Bundeskanzler wurde Kurt Schuschnigg.

Die Politik des Ständestaates zielte darauf, Österreich als den „besseren deutschen Staat“ darzustellen. In der Tat war Österreich vor dem Anschluss an das Deutsche Reich die um vieles mildere Diktatur: Zahlreiche von den Nationalsozialisten verfolgte Menschen, vor allem Schauspieler und Schriftsteller, suchten 1934–1938 in Österreich Zuflucht. Im äußeren Erscheinungsbild kopierte das Regime (dies wurde später *Konkurrenzfaschismus* genannt) Elemente aus dem faschistischen Italien und aus dem nationalsozialistischen Deutschland: Aufmärsche mit einem Fahnenmeer, die Einheitsorganisation *Vaterländische Front*, das Führerprinzip, das Verbot der Parteien.

Hatte Adolf Hitler beim Juliputsch noch den Unbeteiligten gespielt, weil Mussolini Österreich damals noch unabhängig erhalten wollte, so verstärkte sich der Druck des Deutschen Reiches auf Österreich nach 1934 von Jahr zu Jahr. Schuschnigg wurde bei Treffen von Hitler eingeschüchtert und erpresst, *nationale* (= deutschnationale) Minister in seine Regierung aufzunehmen. Als der Kanzler im März 1938 in einem Verzweiflungsakt eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Österreichs ankündigte, erzwang Göring durch telefonische Drohungen von Bundespräsident Miklas die Einsetzung einer nationalsozialistischen Regierung unter Arthur Seyß-Inquart. Parallel zu deren Amtsantritt am 12. März 1938 fand der längst vorbereitete Einmarsch der deutschen Truppen (*Unternehmen Otto*) statt. Zu diesem Zeitpunkt hatten mancherorts, z. B. in Graz, die einheimischen Nationalsozialisten bereits die Macht ergriffen. Am 13. März 1938 erließ Hitler, von der Begeisterung seiner österreichischen Anhänger motiviert, das ursprünglich von ihm nicht für diesen Zeitpunkt vorgesehene Anschlussgesetz.

Sofort begann der Terror gegen jüdische Österreicher, der auch in sogenannten „Arisierungen“, das heißt dem Raub an jüdischem Eigentum, seinen Ausdruck fand.

Teil des Deutschen Reiches (1938–1945)



Adolf Hitler verkündet vom Balkon der Hofburg den jubelnden Massen auf dem Heldenplatz den Anschluss Österreichs am 15. März 1938



KZ Mauthausen nach der Befreiung am 6. Mai 1945

Die gravierendste Folge des „Anschlusses“ war der sofort einsetzende Terror gegen jüdische Österreicher, der später im Massenmord gipfelte. Aus rassischen oder politischen Gründen unerwünschte Menschen flüchteten, sofern sie nicht sehr bald im KZ landeten, zu Zehntausenden ins Ausland.

Österreich blieb im Reich zunächst als Land erhalten, am 14. April 1939 wurden dann aber die ehemaligen Bundesländer und Wien durch das „Ostmarkgesetz“ zu nationalsozialistischen Reichsgauen umgebildet, der Name Österreich sollte verschwinden: So wurde das zunächst *Land Österreich* genannte Gebiet kurz darauf als *Ostmark* und ab 1942 schließlich als *Alpen- und Donau-Reichsgaue* bezeichnet. Dabei wurde das Burgenland zwischen den Gauen Niederdonau und Steiermark aufgeteilt, Osttirol an den Gau Kärnten angeschlossen und der steirische Teil des Salzkammerguts zum Gau Oberdonau geschlagen. Wiens Fläche wurde auf Kosten des Umlandes verdreifacht (*Groß-Wien*).

Der gebürtige Österreicher Adolf Hitler führte nach seinem beruflichen Scheitern in seinem Heimatland und seiner politischen Karriere in Deutschland Österreich in die nationalsozialistische Willkürherrschaft und ließ in der Folge alle Hinweise auf eine Eigenständigkeit des Landes tilgen. An Hitlers Politik und Verbrechen beteiligten sich zahlreiche Österreicher mit großer Intensität: Bekannte Täter wie Arthur Seyß-Inquart, Adolf Eichmann, Ernst Kaltenbrunner und Alexander Löhr waren Österreicher. Aber auch unter den KZ-Aufsehern, SS-Männern und Gestapo-Mitarbeitern waren viele Österreicher tätig: Obwohl sie nur 8 % der Bevölkerung des Großdeutschen Reiches ausmachten, waren 14 % der SS-Mitglieder, 40 % der KZ-Aufseher und 70 % von Adolf Eichmanns Stab österreichischer Abstammung.^[49]

1938 wurde das *Doppellagersystem Mauthausen/Gusen* errichtet, welches das KZ Mauthausen und KZ Gusen umfasste. Im Laufe der Jahre wurde diesem Lagersystem ein Netz von Außenstellen angeschlossen, das sich über ganz Österreich erstreckte. Aus ganz Europa wurden in diesen Konzentrationslagern Zwangsarbeiter unter unmenschlichen Bedingungen u. a. in der Rüstungsproduktion und im Straßenbau eingesetzt. Allein in Mauthausen kamen etwa 100.000 Häftlinge ums Leben.

Der Zweite Weltkrieg in Europa endete schließlich mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 (vgl. Chronologie des Zweiten Weltkrieges).

Nachkriegszeit und Zweite Republik

Mit dem Kriegsende 1945, der Niederlage des Großdeutschen Reiches, wurde Österreich als unabhängiger Staat wiederhergestellt. Dies hatten die späteren Siegermächte bereits 1943 in der Moskauer Deklaration angekündigt. Bereits am 27. April trat eine provisorische Staatsregierung mit Karl Renner als Staatskanzler zusammen und proklamierte die Wiedererrichtung der (Zweiten) Republik. Bald darauf wurde die Bundesverfassung vom 1. Oktober 1920 in der Fassung von 1929 durch das *Verfassungsüberleitungsgesetz* wieder in Geltung gesetzt. Ausnahme waren Bestimmungen, die die Umwandlung des Bundesrates in einen Länder- und Ständerat vorsahen. Österreich gewann damit den Status einer gewaltenteilenden, repräsentativen, parlamentarischen und föderalistischen Demokratie zurück.

Eines der ersten von der provisorischen Staatsregierung erlassenen Gesetze war das Verbotsgesetz, mit dem die NSDAP, ihre Wehrverbände, sowie sämtliche Organisationen, die mit ihr zusammenhängen, aufgelöst und verboten wurden.

Die Volkswahl des Bundespräsidenten wurde, wie schon 1932, sistiert und Karl Renner von der Bundesversammlung einstimmig zum Staatsoberhaupt gewählt.

Nach Renners Tod wurde Theodor Körner als Kandidat der SPÖ am 27. Mai 1951 zum Bundespräsidenten gewählt. Dies war somit die erste Volkswahl eines Staatsoberhauptes in der österreichischen Geschichte. Von 1945 bis 1947 wird Österreich nach dem Willen der Besatzungsmächte durch eine Allparteienregierung (ÖVP, SPÖ, KPÖ) regiert. Ab 19. November 1947 bildeten ÖVP und SPÖ eine große Koalition. Diese wurde bis 1966 fortgeführt.



Österreich wurde nach dem Krieg bis 1955 in vier alliierte Besatzungszonen aufgeteilt

Bis 1955 war Österreich, wie auch Nachkriegs-Deutschland, in Besatzungszonen aufgeteilt. Die größte Zone war die sowjetische, zu der Oberösterreich nördlich der Donau (Mühlviertel), Niederösterreich in den Grenzen von 1937 (d. h. vor der Errichtung Groß-Wiens), das wieder errichtete Burgenland und in Wien die Bezirke 2, 4, 10, 20, 21 und 22 gehörten. Von Seiten der Sowjetunion wurden als *Deutsches Eigentum* beschlagnahmte Betriebe in einem *USIA* genannten Konzern zusammengefasst, was, gemäß den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz, Teil der von Österreich zu leistenden Reparationen war.

Unter den Österreichern, sowohl der Bevölkerung wie auch der Politik, war nach 1945 und bis weit in die folgenden Jahrzehnte hinein die Ansicht weit verbreitet, Österreich sei (wie in der

Moskauer Deklaration 1943 formuliert) „erstes Opfer Hitlers“ gewesen, womit die Mitschuld am Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust heruntergespielt oder geleugnet werden sollte. Der überwiegende Teil rechtfertigte sich später damit, es sei ihm „*nichts anderes übrig geblieben*“.^[50] Eine Folge dieser „Opferthese“ ist die bis heute nur sehr schleppend durchgeführte Restitution geraubten Vermögens.

Mit der Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrages am 15. Mai 1955 durch die Bundesregierung und Vertreter der Siegermächte und mit dem formal davon unabhängigen (also im Staatsvertrag nicht verankerten) Bekenntnis zur Neutralität sowie der Verpflichtung, keinen erneuten Anschluss an Deutschland anzustreben, erlangte die Republik ihre volle Souveränität am 27. Juli 1955.

Am 26. Oktober 1955, nach dem Abzug der Besatzungssoldaten, erfolgte vom Nationalrat der Beschluss über die Immerwährende Neutralität Österreichs, dieser Tag ist seit 1965 österreichischer Nationalfeiertag. Die Neutralität (heute besser: Bündnisfreiheit) ist eine militärische und bedeutete von Anfang an keine Äquidistanz zu den Wertesystemen von West und Ost.^[51] Bedingt durch die Neutralität konnten aber sowohl mit den westlichen Ländern als auch mit den damaligen Ostblockländern gute kulturelle und wirtschaftliche Bande geknüpft werden, was dem Land in der Zeit des Wiederaufbaues noch lange half.

Am 14. Dezember 1955 trat Österreich der UNO bei und war 1973–74 sowie 1991–92 Mitglied des Sicherheitsrates (*siehe*: Österreich in den Vereinten Nationen). Bereits 1956/57 nahm die IAEA, die Internationale Atomenergieorganisation, ihren Sitz in Wien, 1969 kam die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) dazu, später folgten weitere UN-Agenturen. Für die Periode 2009/2010 wurde Österreich 2008 wieder als nichtständiges Mitglied in den Sicherheitsrat gewählt.^[52]

Den Konflikt mit Italien wegen des mehrheitlich deutschsprachigen Südtirol, das bis 1918 zur österreichischen Reichshälfte gehört hatte und von Italien nach dem Ersten Weltkrieg annektiert worden war, brachte Österreich in den 1960er Jahren vor die UNO. Die in der Folge (1969) für die Südtiroler Bevölkerung erreichte Autonomieregelung hat sich bewährt und wurde seither noch weiter ausgebaut.

1966–1970 gab es die erste Alleinregierung der Zweiten Republik, gestellt von der christdemokratischen ÖVP unter Josef Klaus. 1970–1983 folgten sozialistische Alleinregierungen unter Bruno Kreisky. Bedeutend für Österreich war in dieser Zeit die weit gespannte Außenpolitik Kreiskys, die unter anderem durch den Bau der Wiener UNO-City und die Internationalisierung der Palästinenserfrage, die Kreisky erstmals vor die UNO brachte, symbolisiert wurde.

1978 fand die Volksabstimmung über die von der Regierung Kreisky befürwortete Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf statt; sie ging negativ aus. Österreich produziert bis heute keine Kernenergie und lehnt dies auch für die Zukunft ab.



UNO-City in Wien, der dritte Amtssitz der Vereinten Nationen

1979 wurde Wien nach der Fertigstellung seiner UNO-City offiziell dritter Amtssitz der Vereinten Nationen neben New York und Genf. Unabhängig davon siedelte sich die OPEC in Wien an.

1983 fädelt der abtretende Bruno Kreisky eine kleine Koalition der Sozialdemokraten (SPÖ) mit der damals nationalliberalen FPÖ (Freiheitliche Partei) ein; die FPÖ hatte ihm durch Stillhalten bereits 1970 an die Macht verholfen. Bundeskanzler wurde Fred Sinowatz (SPÖ). Nach der Wahl des Rechtspolitikers Jörg Haider zum Parteiobermann der FPÖ 1986 wurde die Koalition von der SPÖ auf Betreiben Franz Vranitzkys beendet.

Der Zerfall des Ostblocks 1989/1990 ließ den Eisernen Vorhang verschwinden, der die Entwicklung Ostösterreichs 1945–1989 beeinträchtigt hatte.

1987–1999 bildeten die Sozialdemokraten (SPÖ) „große Koalitionen“ mit der christdemokratischen ÖVP (Bundeskanzler Vranitzky und Viktor Klima, beide SPÖ). In diesen Zeitraum fiel der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union (1995), für den sich insbesondere Alois Mock und Vranitzky eingesetzt hatten. Bei der Volksabstimmung 1994 stimmten zwei Drittel der Teilnehmer dafür.

Gegenwart

Seit der Öffnung der Grenzen des früheren Ostblocks 1989/1990 liegt Österreich nicht mehr an der Ostgrenze des kapitalistisch ausgerichteten Europas. Österreich wurde einer der stärksten Investoren in den Reformländern. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre wurden Menschen aus den einander bekriegenden jugoslawischen Nationalitäten verstärkt in Österreich aufgenommen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges 1991 und insbesondere nach dem EU-Beitritt 1995 wurde die Neutralitätspolitik alten Stils für Österreich obsolet. Der Begriff Neutralität ist auf Grund der unterzeichneten EU-Verträge im Wesentlichen auf eine Bündnisfreiheit reduziert und hat hauptsächlich identitätspolitische Bedeutung; de facto hat Österreich als Vollmitglied der EU, die eine gemeinsame Verteidigungspolitik anpeilt, diesem Vorhaben zugestimmt und kann daher nicht mehr neutral oder bündnisfrei sein.

Österreich hatte in der zweiten Hälfte 1998 sowie in der ersten Hälfte 2006 die Präsidentschaft des Rats der Europäischen Union inne. 1999 wurde der Euro als Buchgeld eingeführt, ab 1. Jänner 2002 ersetzte der Euro auch als Bargeld den Schilling. Österreich unterzeichnete 1995 das Schengener Abkommen und beseitigte 1997 die Grenzkontrollen zu Deutschland und Italien.

Die SPÖ-ÖVP-Koalitionsregierungen 1986–2000 wurden 2000–2006 von Regierungen der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) abgelöst. Die damals 14 anderen EU-Mitgliedstaaten reagierten auf die Regierungsbeteiligung der von ihnen als rechtsradikal eingeschätzten FPÖ mit einer vorübergehenden bilateralen Kontaktsperre auf Regierungsebene („EU-Sanktionen“). Nach der Spaltung der FPÖ 2005 wurde das neugegründete Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) Regierungspartner.

Nach der Erweiterung des Schengenraum Ende 2007 auf (Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien) bzw. Ende 2008 auf die (Schweiz) und Ende 2011 auf Liechtenstein ist Österreich völlig von Schengenstaaten umgeben.

Von der ÖVP ausgelöste vorgezogene Nationalratswahlen im September 2008 führten zu einer Neuauflage der rot-schwarzen Koalition unter den neuen Parteichefs Werner Faymann (SPÖ) und Josef Pröll (ÖVP).^[53] Nach dem Rücktritt Josef Prölls folgte ihm Michael Spindelegger als Vizekanzler.^[54]

Geschichte

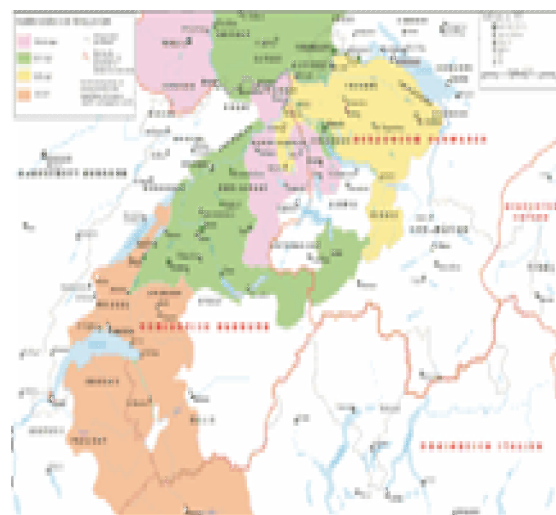
Vorgeschichte



Die Schweiz in römischer Zeit

Die Schweiz im Frühmittelalter

Das Gebiet der heutigen Schweiz ist seit Altsteinzeit besiedelt. Erst nach der Eiszeit das schweizerische Mittelland dichter besiedelt, besonders die Gebiete um die (→ Pfahlbauten). Mit dem Beginn der Eisenzeit setzte die keltische Besiedlung Mittellands ein. Funde bei La Tène im Neuenburg gaben der gesamten Periode jüngeren Eisenzeit ihren Namen (→ Latènekultur). Die Kelten pflegten Handelsbeziehungen bis in den griechischen Kulturraum. Vor der Eroberung durch die Römer lebten laut Aufzeichnungen des römischen Feldherrn und Politikers Julius Caesar in seiner Rechtfertigungsschrift für den Gallischen Krieg (→ De Bello Gallico) auf dem Gebiet der heutigen Schweiz verschiedene keltische Stämme und Völker: die Helvetier (Mittelland), die Lepontier (Tessin), die Seduner (Wallis, Genfersee) und die Raetier (Ostschweiz). Im Zuge der Ausdehnung des Römischen



der
wurde
Seen
des
Kanton
der

Reiches über die Alpen wurde das Gebiet der heutigen Schweiz bis ins 1. Jahrhundert n. Chr. ins Römische Reich integriert und die Bevölkerung romanisiert. Die wichtigsten römischen Städte der Schweiz waren *Aventicum* (Avenches), *Augusta Raurica*, *Vindonissa* (Windisch), *Colonia Iulia Equestris* (Nyon) und *Forum Claudii Vallensium* (Martigny). In der Spätantike wurde die Schweiz ausgehend von den städtischen Zentren christianisiert. Frühe Bischofssitze waren Genf, Augusta Raurica/Basel, Martigny/Sitten, Avenches/Lausanne und Chur.

Nach dem Untergang des Römischen Reiches besiedelten die germanischen Stämme der Burgunder und Alamannen von Norden her kommend das Mittelland und vermischten sich mit der romanisierten Bevölkerung. In den zur Römerzeit stärker besiedelten Gebieten der Westschweiz sowie in den Alpentälern hielten sich romanische Sprachen (später Französisch, Rätoromanisch und Italienisch) und das Christentum, während sich in der Nordschweiz germanische Idiome verbreiteten. Bis 746 unterwarfen die Franken die Burgunder und Alemannen, womit die Schweiz Teil des Fränkischen Reiches wurde. Bei der Teilung dieses Reiches kam das Gebiet der Schweiz zum Ostfrankenreich, dem späteren Heiliges Römisches Reich. Ihr Gebiet gehörte dabei grösstenteils zum Stammesherzogtum Schwaben und zum Königreich Burgund. Bis ins 9. Jahrhundert wurden auch die Alamannen ausgehend von wichtigen klösterlichen Zentren wie St. Gallen und Reichenau christianisiert.

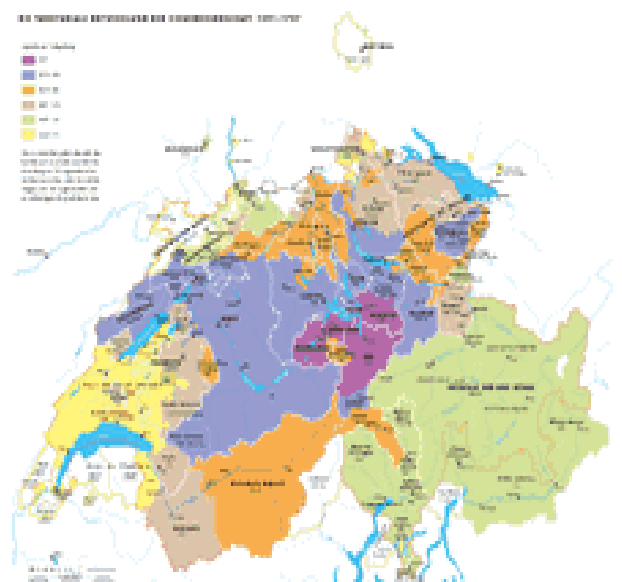
In der frühen Geschichte des römisch-deutschen Reichs spielten Adelsgeschlechter aus der Schweiz wie die Habsburger, Kyburger, Lenzburger und Rudolfinger eine wichtige Rolle. Ausserdem waren die Alpenpässe für die deutsche Herrschaft über Italien von grösster Wichtigkeit. So lässt sich erklären, weshalb die deutschen Herrscher immer ein ganz besonderes Augenmerk auf die Talschaften in den Alpen legten und sich bemühten, diese direkt zu beherrschen. Die Bewohner der Talschaften der Innerschweiz sahen diese «Reichsunmittelbarkeit» als Privileg.

Alte Eidgenossenschaft



Bundesbrief von 1291

Die territoriale Entwicklung der Alten Eidgenossenschaft bis 1797





Darstellung der Eidgenossenschaft auf dem Frontispitz der Topographia Helvetia von Matthäus Merian, 1654

Die drei Urkantone oder Waldstätte (Orte) Uri, Schwyz und (bei allerdings unsicherer Lesart) Unterwalden schlossen 1291 nach dem Tod des deutschen Königs Rudolf I. von Habsburg einen Bund zum Schutz ihrer «alten Freiheiten». Eine diesbezügliche Urkunde, der sogenannte Bundesbrief, ist datiert auf Anfang August 1291. Der Legende nach geschah die Beschwörung dieses Bundes auf dem Rütli. Ins breite Bewusstsein der Menschen drang diese Legende mit dem 1804 veröffentlichten Theaterstück «Wilhelm Tell» von Friedrich Schiller. Im 19. Jahrhundert wurde der 1. August 1291 als Datum für die «Gründung» der alten Eidgenossenschaft und damit der 1. August als schweizerischer Nationalfeiertag festgelegt. Beim Bündnis von 1291 ging es freilich – entgegen der traditionellen Geschichtswissenschaft – nicht um den Schutz vor dem

Haus Habsburg als vielmehr darum, sich für die Unsicherheiten nach der Wahl eines neuen deutschen Königs vorzusehen und die Herrschaft der lokalen Potentaten abzusichern. Tatsächlich folgte auf Rudolf eine eher unsichere Zeit mit schnell wechselnden Herrschern.

Das schlechte Verhältnis zwischen den Eidgenossen und dem Herrscherhaus der Habsburger rührt von der deutschen Königswahl vom 25. November 1314 her, als der Wittelsbacher Ludwig der Bayer und der Habsburger Friedrich der Schöne gleichzeitig zum deutschen König gewählt wurden. Die Eidgenossen hielten zu Ludwig dem Bayer. Dies und ein Überfall auf das Kloster Einsiedeln bewog Leopold I. von Österreich 1315 zu einem Kriegszug gegen die Eidgenossen, der in der Schlacht am Morgarten unglücklich für ihn endete. Um ihre Selbständigkeit gegenüber Habsburg zu wahren, schlossen sich die Reichsstädte Luzern, Zürich, Glarus, Zug und Bern im 14. Jahrhundert dem Bund der Waldstätte an. Das resultierende Gebilde wird als die Acht Alten Orte bezeichnet.

Es folgten weitere Auseinandersetzungen mit dem Haus Habsburg: 1386 bei Sempach (die Lombardei, die ihre wirtschaftlichen Interessen durch die Habsburger gefährdet sah, hatte die eidgenössische Bewaffnung finanziert) und 1388 bei Näfels gelang es den Eidgenossen, habsburgische Ritterheere zu schlagen. 1415 eroberten sie (auf Betreiben von Kaiser Sigismund) die habsburgischen Stammlande im Aargau. Zwischen der Stadt Zürich und den übrigen Eidgenossen kam es wegen der Erbschaft der Grafen von Toggenburg zum Alten Zürichkrieg (1436–1450), in dessen Verlauf sich Zürich mit Habsburg verbündete. In der Schlacht bei St. Jakob an der Birs wurden die Hilfstruppen der Armagnaken zwar nicht geschlagen, sie zogen sich jedoch angesichts der hohen Verluste wieder zurück. Zürich war schliesslich zur Rückkehr in die Eidgenossenschaft gezwungen. Ein weiterer Krieg brachte Habsburg 1460 um den Thurgau, sodass sich Herzog Sigismund von Tirol am 11. Juni 1474 in der «Ewigen Richtung» angesichts der Bedrohung durch Herzog Karl den Kühnen von Burgund gezwungen sah, die alte Eidgenossenschaft als eigenständiges Staatswesen anzuerkennen. 1474 zogen die Eidgenossen auf Wunsch Kaiser Friedrichs III. gegen Karl den Kühnen und zerstörten in den Burgunderkriegen im Verbund mit Lothringen und Habsburg dessen Reich. Bern und Freiburg expandierten in dieser Zeit ins vormals savoyisch und burgundisch kontrollierte Waadtland, das sie bis 1536 ganz eroberten.

Der militärische Sieg über die Burgunder bestärkte die Eidgenossenschaft in ihrem Willen nach Selbständigkeit. Aus diesem Grund widersetzte sie sich der Reichsreform des deutschen Königs und späteren Kaisers Maximilian I. Der Versuch Maximilians, die Eidgenossen im Schwabenkrieg gefügig zu machen, endete 1499 im Frieden zu Basel mit der faktischen Unabhängigkeit der Schweiz vom Heiligen Römischen Reich. Mit dem Beitritt von weiteren «Orten» erweiterte sich die Eidgenossenschaft bis 1513 auf Dreizehn Orte. Dazu kamen weitere Verbündete, die sogenannten zugewandten Orte, insbesondere das Wallis und die Drei Bünde, aber auch Monarchien wie die Fürstabtei St. Gallen oder die Grafschaft Neuenburg. Die Siege in den Burgunderkriegen und im Schwabenkrieg und ihre moderne Infanterietaktik begründeten den Ruf der eidgenössischen Kämpfer und gaben dem Söldnerwesen enormen Auftrieb. Bis ins 19. Jahrhundert blieb dieses in den ländlichen Regionen der Innerschweiz ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Die Expansion der Eidgenossenschaft in Richtung Oberitalien erfolgte zur Sicherung der Alpenpässe. Dadurch wurde die Eidgenossenschaft in die komplizierten italienischen Kriege zwischen Habsburg, Frankreich, Venedig, dem Papst, Spanien und den verschiedenen italienischen Potentaten verwickelt. Aus jener Zeit stammt auch die Schweizergarde, die der Papst Julius II. 1506 gründete. Bis 1513 gelang den Eidgenossen die Eroberung des heutigen Tessin und schliesslich sogar von Mailand, über das sie die Schutzherrschaft ausübten. Nach der Niederlage gegen Frankreich in der Schlacht bei Marignano 1515 endete die militärische Dominanz über Oberitalien. Der politische Mythos der Unbesiegbarkeit der Schweizer war widerlegt und es offenbarte sich die politische Zerstrittenheit der Orte untereinander. Dadurch wurde ab 1515 eine wirksame Aussenpolitik verhindert und es begann die Phase des «Stillsitzens» (heute Neutralitätspolitik). Die Dreizehn Orte schlossen 1521 ein Soldbündnis mit Frankreich ab und erhielten dafür Pensionen, Zoll- und Handelsvergünstigungen und politischen Beistand bei inneren und äusseren Konflikten.

Die von Ulrich Zwingli 1519 eingeleitete Reformation in Zürich breitete sich im Mittelland aus und führte zu grossen Spannungen zwischen den verschiedenen Kantonen. Nach dem religiös begründeten Ersten und Zweiten Kappelerkrieg kam es 1531 im Zweiten Kappeler Landfrieden zum Kompromiss: Zürich, Bern, Basel, Schaffhausen und Teile von Graubünden blieben reformiert; die *Urkantone*, Luzern, Zug, Solothurn und Freiburg blieben katholisch. 1541 setzte Johannes Calvin in Genf die Reformation durch, das durch sein Wirken zum «reformierten Rom» wurde. Trotzdem kam es noch zweimal in den Villmergerkriegen von 1656 und 1712 zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Konfessionsgruppen unter den Orten. Die Zwinglianer und Calvinisten vereinigten sich 1536 im Helvetischen Bekenntnis und begründeten damit die reformierte Kirche, die sich über England, Schottland und die Niederlande weltweit verbreitete.

Angeichts der Wirren und Verwüstungen des Dreissigjährigen Krieges beschloss die Eidgenossenschaft 1647 im Defensionale von Wil, die «immerwährende bewaffnete Neutralität» und verhielt sich in den Kriegen des 17. und 18. Jahrhunderts weitgehend neutral. Am 24. Oktober 1648 erreichten die Schweizer Kantone im Westfälischen Frieden die Anerkennung ihrer Ausgliederung aus dem Heiligen Römischen Reich. Die Formulierung des betreffenden Art. VI IPO bzw. § 61 IPM war umstritten, wurde dann jedoch überwiegend als Anerkennung der völkerrechtlichen Souveränität interpretiert. Im Inneren verhinderte die religiöse Spaltung eine Reform des anachronistischen eidgenössischen Bündnisgeflechts. Besonders die städtischen Kantone konsolidierten im 17. und 18. Jahrhundert ihre Herrschaft im Inneren im absolutistischen Sinn und entwickelten sich wirtschaftlich teilweise so stark, dass von einer Proto-Industrialisierung gesprochen werden kann. Trotzdem blieb die Eidgenossenschaft als Ganzes hinter den Entwicklungen zurück und wurde in der zeitgenössischen Literatur als rückständig, ungeordnet und überkommen wahrgenommen. Damit kontrastiert die in der

Aufklärung in Literatur und Malerei vorherrschende Darstellung der Schweiz als Alpenidyll, Arkadien oder als Ort urtümlicher Demokratie (Rousseau).

Helvetische Republik und Restauration



Bannerträger mit der Trikolore der Helvetischen Republik

Am 5. Mai 1798 wurde die Alte Eidgenossenschaft nach kurzer Gegenwehr von Frankreich besetzt und unter der Bezeichnung «Helvetische Republik» als Tochterrepublik seinem Einflussgebiet einverleibt. Die Helvetische Republik war das erste moderne Staatswesen auf schweizerischem Gebiet und im Gegensatz zur Tradition als Einheitsstaat stark zentralistisch organisiert. Die bisherigen Unterschiede zwischen Untertanenlande und herrschenden Städten und Orten wurden aufgehoben. Rechtsgleichheit, Schaffung eines einheitlichen Wirtschafts- und Währungsraumes, Glaubens- und Gewissensfreiheit waren nur einige der fortschrittlichen Neuerungen, die damit Eingang in die Schweiz fanden. Als französischer Satellitenstaat wurde die Helvetische Republik jedoch in die Kriegssereignisse der Koalitionskriege hineingezogen und mehrfach Kriegsschauplatz. Nach mehreren Staatsstreichern und der Niederschlagung eines bewaffneten Aufstands verordnete Napoleon Bonaparte 1803 in der Mediationsakte der Schweiz wieder eine föderalistische Verfassung mit autonomen Kantonen. Als Staatsname wurde die Bezeichnung «Schweizerische Eidgenossenschaft»

festgelegt. Die ehemaligen Untertanengebiete und die zugewandten Orte wurden in die neuen Kantone St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin und die Waadt umgewandelt.

1815 wurden die inneren und äusseren Grenzen der Schweiz im Wiener Kongress international anerkannt. Die Grossmächte ordneten der Schweiz «immer währende bewaffnete Neutralität», um ihr Gebiet dem Einfluss Frankreichs zu entziehen. Zu den 19 Kantonen der Mediationszeit kamen nun noch Neuenburg, Wallis und Genf hinzu, der Kanton Bern erhielt das Gebiet des Fürstbistums Basel. Die Schweiz wurde durch den «Bundesvertrag» wieder zu einem

Staatenbund, sodass während der folgenden Epoche der Restauration die Eigenständigkeit der Kantone gegenüber der napoleonischen Zeit wieder grösser war. Der Kanton Jura entstand erst 1979 durch die Abspaltung eines Teils des 1815 zum Kanton Bern geschlagenen Gebiets.

Moderner Bundesstaat



Das Bundeshaus in Bern 1902

Streitigkeiten zwischen den liberal-progressiven und den konservativ-katholischen Kantonen führten 1847 zum Sonderbundskrieg. Nach der Niederlage der konservativ-katholischen Kantone wurde die Schweiz in den modernen Bundesstaat umgewandelt und die Autonomie der Kantone durch die Bundesverfassung von 1848 eingeschränkt. Bern wurde zum Sitz der Bundesbehörden und des Parlaments. Die Bundesverfassung wurde seither zweimal, 1874 und 1999, total revidiert.

Während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die Schweiz von einer starken Welle der Industrialisierung und des Eisenbahnbaus erfasst. Gleichzeitig fand auf religiösem und kulturellem Gebiet die Konfrontation zwischen dem Liberalismus und dem Konservatismus ihre Fortsetzung im Kulturkampf. Die Integration der Katholiken in den neuen Bundesstaat erfolgte 1891 durch die Wahl des ersten Katholiken in den Bundesrat. Seither traten die bürgerlichen Parteien mehr oder weniger geschlossen gegen die Arbeiterbewegung an (seit dem Ersten Weltkrieg im «Bürgerblock»). Im Landesstreik von 1918 kam es zur bisher schärfsten Konfrontation zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum in der Schweiz. Die Arbeiterbewegung konnte sich politisch auf nationaler Ebene erst nach der Einführung des Proporzwahlverfahrens 1919 etablieren.

Auf Initiative von Henry Dunant erfolgt 1864 in Genf die Gründung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz. Während der beiden Weltkriege bewahrte die Schweiz offiziell die bewaffnete Neutralität. Während im Ersten Weltkrieg mit der «Grenzbesetzung» die Verteidigung der Landesgrenzen gegen feindliche Übergriffe im Zentrum stand, zog sich im Zweiten Weltkrieg die Schweizer Armee mit dem Aktivdienst ins Réduit zurück, um einem deutschen Angriff möglichst harten Widerstand in Gebirgsstellungen entgegenzuhalten. Der schweizerischen Bevölkerung wurde durch die behördlich geförderte Bewegung der «Geistigen Landesverteidigung» ein starker Behauptungswillen gegen den Nationalsozialismus und später gegen die kommunistische Bedrohung vermittelt. Die Armee konnte in der Schweiz bis in die 1990er-Jahre eine starke gesellschaftliche Stellung behaupten, da durch ihren Aufbau als Milizarmee eine starke Verflechtung von zivilen und militärischen Führungskadern gegeben war. Bereits in den 1970er-Jahren und verstärkt anlässlich der Armee-Abschaffungsinitiative kam es aber auch zu Spannungen zwischen Traditionalisten und Kritikern um die Rolle der Armee in der Gesellschaft. Seit dem Ende des Kalten Krieges nahm der Einfluss der Schweizer Armee auf die Zivilgesellschaft stark ab.

Die Schweiz nahm während der Herrschaft der Nationalsozialisten in Deutschland zeitweise Flüchtlinge auf, wies aber nach einiger Zeit gezielt Juden und vor allem als «politisch Verfolgte» eingestufte Flüchtende zurück. Im Rahmen dieser Flüchtlingspolitik akzeptierten Schweizer Behörden den Vorschlag der deutschen Dienststellen zur Stempelung eines «J» in den Ausweis

deutscher Juden (sogenannter Judenstempel). Damit sollten Menschen jüdischer Religion oder ehemals jüdischer Religion – als Juden bezeichnet – diskriminiert werden. Viele wehrlose Flüchtlinge wurden an den Grenzen zurückgeschickt, manche wurden sogar festgenommen und an die deutschen Behörden ausgeliefert. Die ins Land gelassenen Flüchtlinge wurden spätestens nach Kriegsbeginn in Lager interniert. Sie durften sich in keiner Weise politisch äussern. Die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg wurde in den 1990er-Jahren im Bergier-Bericht kritisch aufgearbeitet. In der Nachkriegszeit wurden weitere problematische Themen der Vergangenheit aufgegriffen wie die Verfolgung der Jenischen durch das Programm «Kinder der Landstrasse», die Verdingkinder-Problematik, die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Apartheid-Staat Südafrika oder die Rolle der schweizerischen Banken im Zusammenhang mit Fluchtgeldern von Diktatoren der Dritten Welt.

Die Volksrechte wurden seit 1848 immer stärker ausgebaut. 1919 wurde das Proporzwahlverfahren für den Nationalrat eingeführt. 1971 wurde in einer Volksabstimmung das Frauenstimmrecht nach jahrzehntelangem Kampf angenommen. Der von der Regierung angestrebte Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) scheiterte 1992. Die Schweiz trat nach einer positiv ausgefallenen Volksabstimmung am 10. September 2002 den Vereinten Nationen (UNO) bei.

Namensherkunft

In den Kriegen der alten Eidgenossen gegen die Habsburger spielten die Schwyzer Truppen eine wichtige Rolle. Die Schwyzer hatten zudem eine grosse Bedeutung für das europäische Söldnergeschäft. Nach der Schlacht bei Sempach von 1386 wurde der Name «Swiz» oder «Sweiz» legendär: Die deutschen Chronisten bezeichneten nun alle Eidgenossen so. Das erste schriftliche Zeugnis dafür stellt ein Rechtsdokument des Königs Sigismund aus dem Jahr 1415 dar, in dem von «Schweizern» die Rede ist.

Die Mitglieder der Eidgenossenschaft benutzten diesen Sammelnamen nicht, weil er ihnen missfiel. Im Schwabenkrieg von 1499 wendete sich das Blatt und die als «Schweizer» beschimpften Eidgenossen fingen in trotzigem Stolz an, sich selbst so zu bezeichnen. Offiziell benutzten sie aber weiterhin den Begriff «Eidgenossen». Erst im 18. Jahrhundert begann der Chronist Johannes von Müller damit, die Eidgenossen «Schweizerische Eidgenossen» zu bezeichnen. 1803 wurde dieser Begriff in der Mediationsverfassung erstmals amtlich gebraucht.

Der lateinische Name der Schweiz, *Confoederatio Helvetica*, nimmt Bezug auf den antiken keltischen Stamm der Helvetier, der im schweizerischen Mittelland und in Teilen Süddeutschlands siedelte. Die Erinnerung an dieses Volk, dessen Spuren sich im Frühmittelalter durch Romanisierung und Vermischung mit germanischen Einwanderern verlieren, blieb durch seine besondere Rolle im Bericht Julius Cäsars über den Gallischen Krieg im kollektiven Gedächtnis der geistigen und politischen Elite der Schweiz haften.

Nach dem Ende der Alten Eidgenossenschaft 1798 wurde gemäss der gängigen Praxis bei der Namensgebung für die französischen Tochterrepubliken für das neue schweizerische Staatswesen der Name «Helvetische Republik» gewählt. Bei der Neukonstituierung der Schweiz als Staatenbund 1803 wick man jedoch auf die Bezeichnung «Schweizerische Eidgenossenschaft» aus, um sich von der politisch instabilen und zentralistischen Helvetischen Republik abzugrenzen. Der Ausdruck «Confoederatio Helvetica» wurde 1848 anlässlich der Schaffung des Bundesstaates eingeführt. Er findet sich seit 1879 auf Münzen und seit 1948 auf dem Siegel der Eidgenossenschaft.^[26] Er liegt dem Landeskürzel «CH» zugrunde. In irischer (*an Eilvéis*), griechischer (*Ελβετία*, translit. Elvetia) und rumänischer Sprache (*Elveția*) wird der Ausdruck «Helvetia» ebenfalls verwendet.

Lichtenstein Geschichte

Vorgeschichte



Der Burghügel der Burg Gutenberg ist seit Jahrtausenden besiedelt.

Archäologische Funde haben gezeigt, dass das heutige Gebiet Liechtensteins seit der Jungsteinzeit (5. Jahrtausend v. Chr.) besiedelt ist. Während im Tal der frei fließende Rhein eine Siedlung erschwerte, bildeten sich an Talerhebungen erste Siedlungsstätten. So nachweislich am Burghügel Gutenberg in Balzers oder am

Eschnerberg. Im Jahr 15 v. Chr. eroberten die Römer unter Augustus das Gebiet der Räter und errichteten die römische Provinz Raetia. Im 1. Jahrhundert n. Chr. wurde die Heeresstrasse Mailand-Bregenz errichtet, die über die Luzisteig entlang des rechten Rheinufers verlief, und so sind auch im Gebiet des heutigen Liechtensteins Gutshöfe und Kastelle errichtet worden.

Mit dem Zerfall des römischen Weltreiches begann die Zuwanderung der Alemannen und schliesslich wurde Rätien im 8. Jahrhundert ins Fränkische Reich und im 10. Jahrhundert ins alemannische Herzogtum eingebunden. Zu dieser Zeit wurde das Gebiet des heutigen Liechtensteins durch die Grafen von Bregenz regiert. Am 3. Mai 1342 wurde das damalige Herrschaftsgebiet geteilt, sodass die Grafschaft Vaduz entstand. In den nachfolgenden Jahrzehnten und Jahrhunderten wurde die Grafschaft immer wieder Schauplatz von Kriegen und Plünderungen, so z. B. im Alten Zürichkrieg (1444–1446) oder im Schwabenkrieg (1499–1500).

Entstehung des Fürstentums und Unabhängigkeit



Hans Adam I von Liechtenstein

Im Laufe der Zeit verschuldeten sich die Herrscher von Hohenems zunehmend, so dass sie schliesslich gezwungen waren, die Grafschaft Vaduz und die Herrschaft Schellenberg zu verkaufen. Im Jahr 1699 erwarb Fürst Hans Adam von Liechtenstein die Herrschaft Schellenberg und im Jahr 1712 die Grafschaft Vaduz. Am 23. Januar 1719 vereinigt ein Diplom von Kaiser Karl VI die Grafschaft Vaduz und die Herrschaft Schellenberg und erhob es zu einem Reichsfürstentum mit dem Namen Liechtenstein.

Während der Koalitionskriege wurde Liechtenstein immer wieder von fremden Truppen besetzt, sodass eine verstärkte Verarmung der Bevölkerung einsetzte. Im ersten Koalitionskrieg (1792–1797) marschierten französische Truppen im Fürstentum ein und nach Kämpfen zwischen Österreich (mit Unterstützung Russlands) und Frankreich wurde Liechtenstein im zweiten

Koalitionskrieg (1799–1802) von napoleonischen Truppen besetzt. 1806 gründete Napoleon Bonaparte den Rheinbund und nahm das Fürstentum Liechtenstein als eines der 16 Gründungsmitglieder mit auf, sodass Liechtenstein unter dem Fürsten Johann I. faktisch unabhängig wurde. Beim Wiener Kongress wurde die Unabhängigkeit Liechtensteins bestätigt und das Land in den Deutschen Bund aufgenommen.

Zollvertrag mit Österreich

Liechtenstein entwickelte sich im Laufe der Jahre und Jahrzehnte nur langsam und blieb lange Zeit rückständig. Eine Revolution 1848 brachte kurzfristig keine Änderung. Erst der im Jahr 1852 geschlossene Zollvertrag mit Österreich ermöglichte einen Aufschwung der wirtschaftlichen Verhältnisse und die konstitutionelle Verfassung von 1862 brachte politische Veränderung, sodass der Fürst nicht mehr uneingeschränkt herrschen konnte.

Im Ersten Weltkrieg blieb Liechtenstein neutral und hätte sich im Kriegsfall nicht verteidigen können, da die Armee bereits 1868 aus Kostengründen aufgelöst wurde. Die fehlende Armee sorgte jedoch dafür, dass es keine Ausfälle an Arbeitskräften gegeben hat. So hätte die in den letzten Jahrzehnten aufgebaute Textilindustrie weiter an Bedeutung gewinnen können, doch verboten die Alliierten die Garnzufuhr über die Schweiz, sodass die Textilindustrie völlig zum Erliegen kam. Damit verbunden war auch die Verarmung der liechtensteinischen Bevölkerung. Mit dem Kriegsende löste Liechtenstein schliesslich den Zollvertrag mit dem Kriegsverlierer Österreich-Ungarn auf.



Franz Josef II

Zollvertrag mit der Schweiz

Nach der Auflösung des Zollvertrags mit Österreich 1919 näherte sich Liechtenstein zunehmend der Schweiz an und schliesslich wurde im Jahr 1923 der bis heute bestehende Zollvertrag mit der Schweiz unterzeichnet. Nachdem Österreich im März 1938 an das Deutsche Reich angeschlossen worden war, entschied sich der neu regierende Fürst Franz Josef II. als erster Fürst Liechtensteins – aufgrund der Ablehnung des Nationalsozialismus – seinen

Wohnsitz nach Liechtenstein auf Schloss Vaduz zu verlegen.

Liechtenstein blieb im Zweiten Weltkrieg – wie im Ersten Weltkrieg – neutral und wurde nie in direkte Kriegshandlungen verwickelt. Stattdessen konnte das Fürstentum seine Standortvorteile nutzen, zu denen gehörte: keine Ausfälle von Armeeingehörigen, zentrale Lage, Zollunion mit der neutralen Schweiz, steuerliche Vorteile und politische Stabilität. So wurden viele neue Industriebetriebe in Liechtenstein gegründet und ein starkes Wirtschaftswachstum setzte ein.

Spätere Entwicklungen

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges konnte sich Liechtenstein langsam aber stetig zu einem wichtigen Wirtschaftsstandort mit einer grossen politischen Stabilität entwickeln. Das Frauenstimmrecht wurde allerdings erst im Jahr 1984 eingeführt und der Beitritt zu den Vereinten Nationen (UNO) erfolgte im Jahr 1990. Wichtig für die Entwicklung der Wirtschaft

war die Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), der 1992 durch eine Volksabstimmung mit einer deutlichen Mehrheit beschlossen wurde – die Schweiz hatte wenige Wochen zuvor den Beitritt abgelehnt.

Die EWR-Mitgliedschaft brachte die vier Freiheiten (Personen, Güter, Dienstleistungen und Kapital) zwischen der Europäischen Union und Liechtenstein sowie den übrigen EWR-Mitgliedern Norwegen und Island mit sich. Am 15. August 2004 ernannte Fürst Hans-Adam II seinen Sohn und Erbprinz Alois von Liechtenstein zu seinem Stellvertreter und betraute ihn mit der Ausübung der dem Fürsten zustehenden Hoheitsrechte. Der Fürstentitel wird allerdings erst nach dem Tod Hans-Adams auf seinen Sohn übergehen.

Im Jahr 2008 kam es schliesslich zu einer Steueraffäre mit Deutschland, in der zahlreiche deutsche Steuerhinterzieher aufflogen. Seitdem kam es zu einem Umbruch des liechtensteinischen Finanzplatzes und so setzt Liechtenstein nun endgültig auf einen Bankenplatz mit einer Weissgeldstrategie.

Siebente Vorlesung

Wirtschaft

I. Industrie

II. Landwirtschaft

Plan:

1. Erwerbstätigkeit. Dienstleistungssektor.
2. Industriegebiete. Bodenschätze.
3. Handwerk.
4. Land- und Forstwirtschaft.
5. Tourismus.

Grundbegriffe:

System, das, - ein in sich geschlossenes, in gegliederten Aufbau, einheitlich geordnetes Ganzes; logischer Aufbau einer Wissenschaft

Initiative, die, - Anstoß, erster Schritt zu einer Handlung,

Unternehmungsgeist Konkurrenz, die, - Wettbewerb

Ressource, die – Hilfsmittel; Zuflucht; Erholung; Hilfsquellen; Rohstoffquellen

stabil – beständig; fest; stetig

Domäne, die, - Arbeits- od. Wissenschaftsgebiet

extensiv - der Ausdehnung nach; räumlich (ausgedehnt); nach außen wirkend intensiv – eindringlich; stark, kräftig, gründlich

Nomade, der, - Angehöriger eines Hirten-, Wanderstammes

antropoid – menschenähnlich

konventionell – vertraglich; herkömmlich; formlich

Lawine, die, - herabstürzende Schnee-; Eis-; Stein-; Staubmasse in Hochgebirge

Deutschland gehört zu den führenden Industrieländern der Welt. Mit ihren wirtschaftlichen Leistungen nimmt sie den dritten Platz und im Welthandel den

zweiten Platz ein. Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu der Gruppe dersieben großen westlichen Industrieländern. Das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik hasich zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung entwickelt. Das Grundgesetz garantiert allen Bürgern die Freiheit der privaten Initiative und das Privateigentum.

Die Voraussetzung für die erfolgreiche Entwicklung der Marktwirtschaft ist der Wettbewerb. Ohne Konkurrenz gibt es keine Marktwirtschaft. Der Wettbewerb zwingt zur Rationalisierung und zum sprachsamen Umgang mit knappen Ressourcen. Der Staat achtet aber darauf, dass der Wettbewerb nicht zu sozial untragbaren Verhältnissen führt. So sichert der Staat Mieterschutz, die Zahlung der Wohngeld an einkommensschwache Bürger, den Bau und die Modernisierung von Wohnungen. Das Hauptziel der Wirtschaft ist stabile Preise, ein hoher Beschäftigungsstand und Produktionswachstum.

Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung tragen auch Deutsche Bundesbank und die Tarifpartner. Die zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist die Verringerung der Arbeitslosigkeit. Deutschland ist ein aktiver Partner des Welthandels, der für die deutsche Wirtschaft wichtig ist. Die wichtigsten Industriezweige der BRD sind Steinkohlenbergbau, Metallurgie, Maschinenbau, (Automobilindustrie Straßenfahrzeugbau), Schiffbau, Luft- und Raumfahrtindustrie, Feinmechanik, chemische, elektronische, optische Industrie, Verbrauchsgüterindustrie und Nahrungsindustrie.

In Deutschland beträgt die Zahl der Betriebe etwa 52 000. Die Bundesrepublik hat eine leistungsfähige Landwirtschaft. Die wichtigsten Produkte sind Brot- und Futtergetreide, Kartoffeln, Zuckerrüben, Gemüse, Obst, Wein. Heute ernährt ein deutscher Landwirt 70 Personen. Die Forstwirtschaft und die Fischerei spielen auch eine große Rolle in der Struktur der Wirtschaft Deutschlands.

Deutschland zählt zu den am höchsten entwickelten Industrienationen der Welt und ist nach den USA und Japan die drittgrößte Volkswirtschaft. Deutschland ist auch der größte und wichtigste Markt in der Europäischen Union.

Dienstleistungen: Der größte Sektor. Fast 28 Millionen Menschen arbeiten im weitesten Sinne im sich dynamisch entwickelnden Dienstleistungssektor – rund 12 Millionen davon bei privaten und öffentlichen Dienstleistungsunternehmen, nahezu zehn Millionen in Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie sechs Millionen im Bereich der Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistung.

Die Umstrukturierung der Erwerbstätigkeit, die sich seit etwa 20 Jahren vollzieht, geht weiter. Im produzierenden Gewerbe (Bergbau, Land- und Forstwirtschaft) geht die Zahl der Erwerbstätigen zurück; demgegenüber steigt sie im Dienstleistungsbereich (Ärzte, Lehrer, Krankenschwestern, Masseur, Kosmetikerinnen, Kellner, Beschäftigte im Handel) und auch im Baugewerbe an.

Wie schon erwähnt, arbeiten immer weniger Erwerbstätige im Bereich der Landwirtschaft und Forstwirtschaft (primärer Sektor), bzw. der Produktion (sekundärer Sektor). Vielmehr arbeiten immer mehr Erwerbstätige im Bereich der Dienstleistung(tertiärer Sektor). Im Dienstleistungssektor werden keine Waren

produziert, sondern „Dienste geleistet“, wie z.B. in Bereichen des Handels, des Verkehrs, der Verwaltung, der Bildung. Des Tourismus, der Gastronomie und anderen Bereichen der Wirtschaft.

Mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten stand Deutschland vor einer Herausforderung. Ziel ist die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West. Da nahezu die gesamte ostdeutsche Industrie veraltet war, bedürfte es riesiger Anstrengungen, sie zu modernisieren. Seit der Wiedervereinigung wurden jährlich rund 80 Milliarden Euro transferiert. Inzwischen hat sich in den fünf neuen Bundesländern ein kleiner, aber leistungsfähiger Industriesektor in verschiedenen Hochtechnologiezentren gebildet. Angleichung Das Lebensniveau in der BRD war bedeutend höher als in der ehemaligen DDR

Industriegebiete. Die wichtigsten Wirtschaftszentren in Deutschland sind das Ruhrgebiet (Industrieregion im Wandel zum Hightech- und Dienstleistungszentrum), die Großräume München und Stuttgart (Hightech, Automobil), Frankfurt am Main (Finanzen), Köln, Hamburg (Hafen, Airbus-Flugzeugbau, Medien) und Leipzig.

Die Industrie ist das Rückgrad der deutschen Wirtschaft, aber seit der zweiten Hälfte der Neunziger Jahre ist ein Rückgang der industriellen Zweige zu verzeichnen. Die Entwicklungen in der Informations- und Kommunikationstechnik oder die Luft- und Raumfahrtindustrie konnten diesen Rückgang „alter“ Industriezweige wie Textil- und Stahlindustrie nur zum Teil aufholen.

Nur circa 1,7 Prozent der Industriebetriebe sind Großunternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten; fast drei Viertel sind Mittelständische Betriebe (weniger als 100 Beschäftigte).

Große Industriegebiete befinden sich im:

- | | |
|--------------------------|--|
| 1. Ruhrgebiet | Eisen- und Stahlindustrie |
| 2. Raum Stuttgart | Maschinenbau, Elektrotechnik, Automobilindustrie |
| 3. Rhein-Main-Gebiet | Chemische Industrie, Maschinenbau, Elektrotechnik, Automobil- und Bekleidungsindustrie |
| 4. Rhein- Neckar-Gebiet | Chemische Industrie, Maschinenbau, Elektronik, Automobilindustrie |
| 5. Raum Zwickau-Chemnitz | Textil- und Bekleidungsindustrie, |

Die Bedeutung der Industrie schwindet und der Dienstleistungssektor tritt zunehmend an ihre Stelle. Gleichwohl ist die Industrie nach wie vor die wichtigste Säule der deutschen Wirtschaft und hat eine breite Basis - acht Millionen Menschen arbeiten in Industriebetrieben. Die wichtigsten Industriezweige sind der Straßenfahrzeugbau, die Elektrotechnikbranche, der Maschinenbau und die chemische Industrie.

Zu den bedeutendsten Branchen in Deutschland gehört der Automobilbau mit den sechs Herstellern VW, Audi, BMW, DaimlerChrysler, Porsche und Opel (General Motors), rund sechs Millionen Automobile laufen jährlich in Deutschland

vom Band. Deutschland ist neben Japan und den USA der größte Autoproduzent der Welt.

Die Chemische Industrie ist ein wichtiger Lieferant von Vor-, Zwischen- und Endprodukten unter anderem für das Gesundheitswesen. Sie nimmt dank modernster Technologien, innovativer Produkte und hoher Forschungsaktivitäten weltweit eine führende Position ein. Drei Großunternehmen der Chemie Bayer, BASF und Hoechst zählen auch weltweit zu den wichtigsten Konzernen; daneben gibt es zahlreiche erfolgreiche mittelständische Unternehmen. In den ostdeutschen Ländern hat die chemische Industrie eine lange Tradition. Die Umstrukturierung und die Privatisierung sind abgeschlossen. Ziel der politischen Anstrengungen war es, die traditionellen Chemiestandorte im Kern zu erhalten.

Die Elektrotechnische und Elektronik-Industrie gehört ebenfalls zur Spitzengruppe der Industriezweige. Eine deutsche Domäne ist die Umweltschutztechnologie. Deutsche Unternehmen lagen an zweiter Stelle hinter den USA. Von erheblicher Bedeutung sind weiterhin die Ernährungsindustrie, die Textil- und Bekleidungsindustrie einschließlich der Lederindustrie, die metallerzeugende- und metallbearbeitende Industrie, die feinmechanische, optische Industrie und Bergbau.

An Bodenschätzen ist Deutschland arm. Die BRD ist an Stein-, Braunkohle, Eisenerz reich. Größere Vorkommen gibt es nur an Steinsalz, Kalisalz, an Braunkohle und Steinkohle.

Bodenschätze kommen in Deutschland nur in geringen Mengen oder gar nicht vor. Deshalb ist das Land sehr stark von der Einfuhr von Rohstoffen abhängig und gegen Störungen des Welthandels sehr anfällig.

Im Ruhrgebiet (entlang des Flusses Ruhr in Nordrhein-Westfalen) gibt es das größte Vorkommen von Steinkohle in Europa. Es wird im Untertagebau in 800 bis 1000 m. Tiefe gearbeitet. Auch im Saarland gibt es Steinkohlevorkommen. Viele Kohlebergwerke im Ruhrgebiet sind heute stillgelegt. Die stillgelegten Zechen verrosteten nicht in der Landschaft, sondern werden als Museen, Ausstellungshallen, Veranstaltungshallen genutzt und die Bergwerkshalden werden in Erholungszentren umgestaltet.

Braunkohle gibt es in der Eifel und in den ostdeutschen Ländern. Sie wird im Tagebau angebaut. Dazu werden mit Maschinen große Gruben in die Erde gegraben und direkt daneben baut man Kraftwerke, Gasfabriken und chemische Fabriken, die elektrischen Strom erzeugen. Der Braunkohle Abbau wirkt sich nicht günstig auf die Umwelt aus und deshalb wird eine Reduzierung angestrebt.

Erdöl wird zwischen Weser und Ems, nordöstlich von Hannover, in Sachsen-Anhalt, im Oberrheinischen Tiefland und im Alpenvorland gefördert. 99,5 Mio. Tonnen wurden importiert. Zu den größten Rohöllieferungen Deutschlands zählen Norwegen, Russland und Großbritannien.

Die alte Bundesrepublik gehört zu den salzreichsten Ländern der Erde. Die größten Salzvorkommen liegen im Raum Hannover/Hildesheim und bei Bad Hersfeld.

Erdgas wird im Norddeutschen Tiefland nordwestlich von Hannover, in Sachsen-Anhalt (südlich von Magdeburg), im Oberrheinischen Tiefland und im Bayerischen Alpenvorland gefördert.

Eisenvorkommen gibt es im Rheinischen Schiefergebirge, im Osten der Fränkischen Alb und im nördlichen Harzvorland. Der Eisenabbau geht weiter zurück.

Das Handwerk. Das Handwerk ist im Vergleich zur Industrie der weitaus ältere ökonomische Bereich. Im Mittelalter erlebte das deutsche Handwerk seine höchste Blüte, die noch heute an den kunstvoll verzierten Zunfthäusern erkennbar ist. Das Handwerk ist in Deutschland vielseitiger Gewerbebereich. Es umfasst insgesamt 94 Gewerbe in den unterschiedlichsten wirtschaftlichen Aktivitäten und damit es einer der wichtigsten Arbeitgeber in Deutschland ist.

Ein Handwerk darf nur derjenige ausüben, der die Meisterprüfung bestanden hat. Bei der Meisterprüfung müssen nicht nur fachliche, sondern auch betriebswirtschaftliche, rechtliche und pädagogische Kenntnisse nachgewiesen werden. Die Meisterprüfung berechtigt daher auch zur Ausbildung von Auszubildenden (Lehrlingen).

Die Bundesregierung unterstützt die Handwerksbetriebe mit Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen. Unternehmensberatung und Gewährung zinsgünstiger Kredite, z.B. bei Existenzgründungen, Fachkräften, die sich zum Meister, Techniker oder einem vergleichbaren Fortbildungsabschluss vorbereiten, wird eine staatliche Unterstützung gewährt (sogenanntes Meister-BaföG, analog zum Studenten-BaföG).

Die Handwerkswirtschaft gliedert sich in das Vollhandwerk und das handwerksähnliche Gewerbe(dieses kann ohne Meisterprüfung ausgeübt werden).

Rechtliche Grundlage bildet das Gesetz zur Ordnung des Handwerks (HwO), die ein solides Fundament bildet, auf dem sich die handwerkliche Leistungsfähigkeit und die Leistungskraft im Wettbewerb unter Bedingungen globalisierter Märkte beweisen kann. Die letzte große Änderung der Handwerksordnung stand unter der Zielsetzung, Verbrauchererwartungen nach mehr handwerklichen Leistungen aus einer Hand zu erleichtern und den Großen Befähigungsnachweis (Meisterbrief) zu stärken. Der Meisterbrief regelt den Zugang zur Ausübung eines Handwerkes und sichert sowohl die beruflich-fachliche als auch die kaufmännisch-betriebswirtschaftliche Qualifikation. Er berechtigt zur selbstständigen Unternehmensführung sowie zur Ausbildung von Lehrlingen.



\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\



36 Millionen Hektar Gesamtfläche werden in der Bundesrepublik Deutschland landwirtschaftlich genutzt. Im Westen Deutschlands ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe zurückgegangen. Aufgrund besserer Einkommensaussichten in anderen Wirtschaftsbereichen wanderten viele Landwirte in Industrie- oder Dienstleistungsunternehmen ab.

Landwirtschaft ist die zielgerichtete Herstellung pflanzlicher oder tierischer Erzeugnisse auf einer zu diesem Zweck bewirtschafteten Fläche.

Der Anbau von Pflanzen und die Nutzung und Züchtung von domestizierten Tieren (Viehzucht) dient in erster Linie der Nahrungsmittelproduktion, in zweiter Linie der Herstellung von Rohstoffen für die Herstellung von Bekleidung. Vor der Produktion von Kunstfasern schufen die Menschen ihre gesamte Bekleidung aus den tierischen Produkten Leder, Pelz und Wolle sowie aus Faserpflanzen wie Baumwolle, Leinen und Hanf. Daneben spielen auch andere Verwertungsformen eine Rolle, in besonders stark zunehmendem Maße als Energieträger oder nachwachsender Rohstoff für andere industrielle Produkte. Die Landwirtschaft ist Teilwirtschaftszweig eines größeren Gesamtsystems mit vor- und nachgelagerten Sektoren. Eine Person, die Landwirtschaft betreibt, bezeichnet man als Landwirt. Neben berufspraktischen Ausbildungen bestehen an zahlreichen Universitäten und Fachhochschulen eigene landwirtschaftliche Fachbereiche. Das dort gelehrt und erforschte Fach Agrarwissenschaft bereitet sowohl auf die Führung von landwirtschaftlichen Betrieben vor, als auch auf Tätigkeiten in verwandten Wirtschaftsbereichen.

Bereiche

Tierhaltung und Pflanzenbau

Generell kann die Landwirtschaft in zwei Produktionsrichtungen eingeteilt werden:

- Tierproduktion mit den unterschiedlichen Ausrichtungen je nach Tierarten z. B. Schweineproduktion, Rinderproduktion, Geflügelproduktion, Schafproduktion, Fischzucht usw..
- Pflanzenproduktion mit Schwerpunkt Ackerbau und den weiteren Produktionsrichtungen Gartenbau (inkl. Obstbau und Zierpflanzenbau) und Weinbau.

Welche dieser Formen lokal überwiegt, ist vom Standort abhängig: Auf leichten Standorten (schlechter Boden) ist die Viehhaltung konkurrenzkräftiger, während auf besseren Böden die Pflanzenproduktion wirtschaftlicher ist.

Extensive und intensive Landwirtschaft

Extensive Landwirtschaft zeichnet sich durch eine relativ stärkere Nutzung des Produktionsfaktors Land und eine relativ schwächere Nutzung anderer Produktionsfaktoren je produzierter Produkteinheit aus. **Intensive Landwirtschaft** ist deren Gegenteil. Entsprechend wird zwischen extensiver und intensiver Tierhaltung unterschieden. Global und regional variiert die Abgrenzung.

Typische Formen extensiver Landwirtschaft sind Fernweidewirtschaft, Wanderfeldbau und Sammelkultur – extensive Landwirtschaft und Nomadentum (auch saisonal) sind geschichtlich meist eng verbunden. Typische Beispiele, die den Übergang zur intensiven Nutzung markieren, sind Bewässerung, Trockenlegung, Rodung, Terrassenfeldbau, und zielgerichtete Düngung: Sie stellen schon deutliche Eingriffe in die natürlichen Verhältnisse da. Trotzdem können auch extensive Nutzungsformen langfristig gravierende Eingriffe in das Ökosystem darstellen: So sind typische Landschaftsformen der extensiven Landnutzung in Mitteleuropa, wie die Heidelandschaften oder die Almen der Alpen, anthropogene Landschaften.

Extensive und intensive Landwirtschaft werden auch – weniger präzise – für die Abgrenzung von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft verwendet.

Die wichtigsten Produkte der Landwirtschaft in Deutschland sind: Getreide, Fleisch, Obst, Milch, Zuckerrüben, Trauben, Kartoffeln, Gemüse und Hopfen.

In den alten Bundesländern ist ein Bauernhof ein privater Besitz, d.h. er gehört dem Landwirt und seiner Familie. Der Bauer muss jede Arbeit selbst machen, denn er hat in der heutigen Zeit meistens keine Arbeiter. Deshalb setzt er bei den landwirtschaftlichen Arbeiten Maschinen ein. Da die Maschinen sehr teuer sind, schließen sich die Landwirte zusammen und kaufen Maschinen und Geräte, die sie gemeinsam benutzen. Die Bauernhöfe sind oft sehr klein, im Durchschnitt

besitzen sie 17 Hektar Land, aber die Bauernhöfe in Süddeutschland haben weniger als 10 Hektar Land. Viele der privaten Bauernhöfe können nicht mehr existieren, weil sie teilweise ihre Produkte nicht kostendeckend verkaufen können.

Das Bild der Landwirtschaft in Westdeutschland wird noch immer vom bäuerlich wirtschaftenden Familienbetrieb geprägt. Fast 90 Prozent aller Betriebe bewirtschaften eine Fläche von weniger als 50 Hektar. Im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern hat hier auch der Nebenerwerbsbetrieb, bei dem Familien ihr Haupteinkommen aus einer Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft beziehen, eine besondere Bedeutung. Gut 55 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe fielen in diese Kategorie.

Im Osten Deutschland ist die Landwirtschaft noch anders strukturiert. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die rund 600 000 bäuerlichen Betriebe von der ehemaligen DDR-Regierung nach und nach zur Aufgabe der selbständigen Bewirtschaftung gezwungen worden. An ihre Stelle traten sogenannten Landwirtschaftliche Produktionsgemeinschaften (LPG). Eine LPG hat durchschnittlich 1350 Hektar Land. Im Allgäu (Alpenvorland) hat ein Landwirt z.B. 20 oder 30 Milchkühe, eine LPG hat durchschnittlich 1500. In einer LPG arbeiten Bauern für einen Monatslohn wie die Arbeiter in einer Fabrik. Bauernhöfe als privaten Besitz gab es in der DDR nicht. Daraus ergeben sich seit der Wiedervereinigung große Veränderungen in der Landwirtschaft.

Nach Vollendung der deutschen Einheit im Oktober 1990 wurde die Landwirtschaft in der ehemaligen DDR reprivatisiert. Bisher sind 30 200 landwirtschaftliche Betriebe verschiedener Rechtsformen entstanden. Mehr als 90 Prozent dieser Betriebe werden als Einzelunternehmen oder Personengesellschaft und knapp 10 Prozent als Genossenschaft oder Kapitalgesellschaften haben sich aus drei Vierteln der ursprünglich rund 4000 LPG gebildet. Sie bewirtschaften knapp 60 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Osten Deutschlands.

Der Anpassungsprozeß und die Integration der ostdeutschen Landwirtschaft in die EU werden von der Bundesregierung finanziell gefördert.

Forstwirtschaft. Fast ein Drittel der Fläche von Deutschland – 10,7 Millionen Hektar – ist vom Wald bedeckt. Die walddreichsten Länder sind Rheinland-Pfalz und Hessen, das walddärmste Flächenland ist Schleswig-Holstein. 60 Prozent der gesamten Waldfläche nehmen Laub- und Mischwald ein.

Zur Deckung des Bedarfes an Holz und Holzprodukten ist Deutschland auf Importe angewiesen. Der Wald ist nicht nur als Lieferant des Rohstoffs Holz von Bedeutung. Er dient als Erholungsgebiet für die Menschen in den Ballungsräumen. Außerdem hat der Wald einen günstigen Einfluss auf Boden, Luft und Klima, indem er den Wasserabfluss verzögert, den Wald abschwächt, die Luft reinigt und Schutz gegen Bodenerosion und Lawinen bietet. Oberstes Ziel der Forstpolitik in Deutschland ist es, den Wald in seiner Ausdehnung und seinen Leistungen zu erhalten, seine Fläche, wo dies erforderlich ist, zu vermehren und seine ordnungsgemäße Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern

Tourismus. Deutschland gehört mit Frankreich zu den Ländern mit dem besten Image im Ausland. Gründe für ein positives Bild gibt es genug. Als Reiseziel wird Deutschland immer beliebter. Magnete für Deutschlandtouristen

sind neben den kulturhistorischen Sehenswürdigkeiten auch die anspruchsvollen Konzerte, Kunstausstellungen und Theateraufführungen, die Strassenfeste oder stimmungsvollen Weihnachtsmärkte. Die Möglichkeiten sind riesig.

Der Tourismus als Wirtschaftszweig im Bereich der Dienstleistung weitet sich immer mehr aus.

Mehr als 15 Millionen Touristen kommen jedes Jahr nach Deutschland. Sie besuchen die berühmten deutschen Städte, aber sie verbringen auch gerne ihre Ferien in den schönen Landschaften Deutschlands. Die beliebtesten Feriengebiete Deutschlands sind: die Alpen und das Alpenvorland, der Schwarzwald und der Bodensee, das Sauerland (Rothaargebirge), das Weserbergland und der Harz, der Thüringer Wald, die Sächsische Schweiz und das Erzgebirge, sowie die Küsten der Nord- und Ostsee mit ihren Inseln.

Gute Gelegenheit zum Kontakt mit den Menschen bietet sich den Touristen bei den unzähligen regionalen oder lokalen Heimat- und Trachtenfesten, den Weinwochen oder anderen Volks- und Stadtfesten.

Viele Deutsche freuen sich nicht nur auf ihren jährlichen Urlaub, sondern sie verbringen sogenannte Kurzurlaube, meist an den Wochenenden oder Feiertagen, oft innerhalb Deutschlands. Die Ferienorte bieten für ihre Gäste Hotels, Pensionen, Gasthöfe an. Außerdem gibt es dort viele Restaurants und Cafés, aber auch Sportanlagen, Wander-, Reitwege, Skipisten, Frei- und Hallenbäder, teilweise heimatkundliche Museen und Freilichtmuseen u.a. Die Seebäder an den Küsten der Nord- und Ostsee haben nur eine kurze Sommersaison, d.h. sie haben nur in der Zeit von Juni bis August viele Feriengäste. Die Kurorte und Heilbäder haben das ganze Jahr über Gäste, sogenannte Kurgäste. In den heilklimatischen Kurorten kann man sich in einem Klima erholen, das die Gesundheit nicht belastet. In den Heilbädern gibt es Quellen mit einem heilenden Wasser, weiterhin Kurhäuser und Sanatorien, die oft auch von Ärzten überwacht werden. Eine Kur wird vom Arzt verschrieben und dauert mehrere Wochen. Es gibt viele solcher Heilbäder in den Mittelgebirgen, am Alpenrand und an den Küsten.

Achte Vorlesung

Wirtschaft

in Österreich, Schweiz und Lichtenstein

1. Industrie
2. Dienstleistungen.
3. Land- und Forstwirtschaft.
4. Bergbau.
5. Tourismus.
6. Arbeitslosigkeit.



Börse in Wien

In Österreich waren 2001 3.420.788 Personen in 396.288 Arbeitsstätten beschäftigt. Die größte Börse in Österreich ist die CEE Stock Exchange Group mit deren Tochtergesellschaft Wiener Börse, deren für Österreich bedeutendster Index ist der ATX.

Bergbau



Erzberg

Der Bergbau hat in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung verloren. So wurden der Bleibergbau (Bad Bleiberg) eingestellt, wie auch die meisten Eisenerz- und Braunkohle-Bergbaue. Von Bedeutung sind noch der Abbau von Salz (Salinen Austria AG, 1.336 Tonnen Steinsalz, 764.189 Tonnen Sudsalz, alle Angaben für 2006), Eisenerz (2.091.995 Tonnen Eisenerz und Eisenglimmer, fast ausschließlich vom Erzberg), Magnesit (769.188 Tonnen) Wolframerz (400.000 Tonnen 2006) sowie die Förderung von Erdöl (856.270 Tonnen) und Erdgas (1,76 Mrd. m³). Die Förderung von Braunkohle findet nur mehr an einem Standort statt (7.854 Tonnen 2006 im Vergleich zu 3,7 Millionen Tonnen 1970). Der Großteil der rund 5000 im Bergbau Beschäftigten arbeitet jedoch im Bereich der Stein-, Schotter- und Sandgruben.

Land- und Forstwirtschaft

Etwa 85 % der Fläche Österreichs werden land- (45 %) und forstwirtschaftlich (40 %) genutzt. (1988)

Österreich hat eine sehr kleinstrukturierte Landwirtschaft. Diese versucht sich verstärkt auf Qualitätsprodukte zu spezialisieren, da aufgrund der EU-Erweiterung der Konkurrenzdruck weiter zunimmt. Die österreichischen Bauern setzen verstärkt auf ökologische Landwirtschaft: Im Jahr 2008 bearbeiten 20.000 Biobauern ca. 15 % der landwirtschaftlichen Fläche Österreichs. Mit einem Gesamtanteil von knapp 10 % hat Österreich die höchste Dichte von biologischen landwirtschaftlichen Betrieben in der Europäischen Union. Das landwirtschaftlich wichtigste Gebiet im Anbau von Feldfrüchten ist das Marchfeld in der Nähe von Wien.

Wein ist ein wichtiges landwirtschaftliches Exportprodukt Österreichs. Der Hauptabnehmer des Weines ist, neben der Schweiz und den USA, zu zwei Dritteln Deutschland. Im Jahr 1985 wurde der Weinbau durch den Glykolwein-Skandal zwar stark in Mitleidenschaft gezogen, in der Zwischenzeit haben die Weinbauern ihre Qualitätsweine jedoch wieder so stark verbessert, dass wesentlich mehr Wein exportiert werden kann als vergleichsweise vor dem Skandal.

Durch die großen Waldflächen ist auch die Forstwirtschaft ein bedeutender Faktor, die auch die verarbeitende Holz- und Papierindustrie dementsprechend beliefert. Holz als Rohstoff wird vor allem in den südeuropäischen Raum exportiert.

Jagd und Fischerei dagegen sind eher unbedeutend und werden meist nur für den heimischen Markt oder als Hobby betrieben.

Tourismus

Der Tourismus stellt in Österreich einen wichtigen Wirtschaftszweig dar. 2004 wurde eine Wertschöpfung von 21,16 Milliarden Euro aus dem Tourismus erzielt, das entspricht 9 % des Bruttoinlandsprodukts. Der Fremdenverkehr verteilt sich gleichmäßig auf die Sommer- und Wintersaison, bedeutende Sparten sind auch Kultur-, Städte- sowie der Kur-, Wellness- und Tagungstourismus.

Industrie



Kristalle von Swarovski



EX/C 525 des bekannten österreichischen Motorradherstellers KTM

Österreich verfügt über eine moderne und leistungsfähige Industrie. Die Verstaatlichte Industrie wurde großteils privatisiert (OMV AG, Voestalpine AG, VA Technologie AG, Steyr Daimler Puch AG, Austria Metall AG). Steyr Daimler Puch wurde an den Magna-Konzern verkauft, VA Tech an die Siemens AG, die Jenbacher Werke an General Electric.

Dienstleistungen

Die Dienstleistungen machen in Österreich den größten Anteil der Wirtschaftsleistungen aus. Dieser wird vor allem durch den Tourismus, den Handel und die Banken erzielt. Die österreichischen Banken profitieren noch heute vom sehr strengen österreichischen Bankgeheimnis. Nach dem EU-Beitritt wurde die Anonymität der Sparkonten abgeschafft. Aufrecht bleibt aber, dass Konten durch Behörden nicht ohne ausdrückliche richterliche Anordnung geöffnet werden dürfen.

Arbeitslosigkeit

Per Ende November 2010 waren in Österreich 244.346 Personen arbeitslos gemeldet, was nach nationalen Berechnungskriterien einer Arbeitslosenquote von 6,7 % entspricht. Nach EU-Berechnung beläuft sich die Arbeitslosenquote auf 4,8 Prozent, das ist die zweitniedrigste Arbeitslosenrate in der Europäischen Union nach den Niederlanden.^[77]

73.101 Personen befanden sich in Schulung (und sind dadurch nicht in der Arbeitslosenquote erfasst). Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen (Personen unter 25 Jahren) lag bei 38.690 und ist damit um 8,4 % gesunken. Bei Akademikern und Personen ohne Pflichtschulabschluss ist es hingegen zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit gekommen. Nach Berufsgruppen war vor allem in den Produktions- und Hilfsberufen ein Rückgang zu verbuchen, während in den Lehr-, Kultur- und Gesundheitsberufen ein Anstieg zu verzeichnen war.

Die Erwerbsquote (für Erwerbspersonen zwischen 15 und 64 Jahren) in Österreich liegt bei 75,7 % und damit um 3,3 Prozent besser als im EU-Schnitt.

Die Schweiz gehört zu den wohlhabendsten Ländern der Welt. Entsprechend liegt das allgemeine Preisniveau relativ hoch. Gemessen am Bruttoinlandprodukt rangierte die Schweiz im Jahr 2007 mit umgerechnet 424 Milliarden US-Dollar an 20. Stelle, beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf mit 58'084 US-Dollar auf dem vierten Platz. Im *Global Competitiveness Report 2009–2010* des Weltwirtschaftsforums, das die Wettbewerbsfähigkeit von Ländern misst, rangiert die Schweiz auf dem ersten Platz vor den Vereinigten Staaten und Singapur. Die Wirtschaft der Schweiz gilt als eine der stabilsten Volkswirtschaften der Welt. Als Erfolgsfaktor gilt unter anderem die Preisstabilität. So lag 2008 die Jahresteuern

mit 2,4 Prozent zum ersten Mal seit 1994 über einem Wert von 1,8 Prozent. Die Rate der Arbeitslosigkeit lag im Mai 2012 bei 3,0 Prozent.

Die wertvollsten Marken (und Unternehmen) aus der Schweiz sind laut Interbrand: Nescafé (Nestlé), Credit Suisse, UBS, Zurich.

Landwirtschaft und Rohstoffe



Weinberge bei Montreux (VD) am Genfersee



Terrassierte
Weinhänge in der
Schweiz

Heute arbeiten noch Bevölkerung in der Landwirtschaft. Dieser Wirtschaftszweig wird vom Bund mit beträchtlichen Mitteln unterstützt (Subventionen bzw. an Auflagen gebundene Direktzahlungen).

Die kleingliedrigen Strukturen, das zum Teil ungünstige Gelände, das hohe Lohnniveau und die strengen Vorschriften (Tierhaltung, Landschaftsschutz) wirken sich negativ auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit aus. Mit zunehmender Öffnung des Agrarmarktes (Welthandelsorganisation) gerät die Schweizer Landwirtschaft unter Druck. Der Strukturwandel von vielen Kleinbetrieben in Berg- und Voralpenregionen hin zu wenigen Grossbetrieben im flachen Mittelland hält seit Jahrzehnten an. Allein zwischen 2000 und 2010 ging die Zahl der Vollzeitbeschäftigten in der Landwirtschaft um rund 7'000 zurück (−1,7 Prozent). Die Zahl der Betriebe sank ebenfalls um 1,8 Prozent, während die Nutzfläche kaum abnahm.



Staumauer am Lac des Dix (VS)

In den gebirgigen Regionen dominieren die Viehzucht und Milchwirtschaft. Im Mittelland

dagegen liegt der Schwerpunkt beim Getreide-, Kartoffel- und Rübenanbau. In der Ostschweiz wie auch im Wallis kommt Obst dazu. Vorwiegend in der Romandie wird Weinbau betrieben.

In der Schweiz dominiert in der Landwirtschaft die integrierte Produktion. Der biologische Anbau beträgt etwa 9 Prozent der Produktion und ist stark im Wachsen. Es gibt keinen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzensorten, ausser zu Forschungszwecken.

Abgebaut werden in der generell rohstoffarmen Schweiz Kies, Kalk, Ton, Granit und Salz.

Ein wichtiger Rohstoff der Schweiz ist die Wasserkraft, die über 500 grösseren und kleineren Speicherkraftwerke und Laufwasserkraftwerke decken rund zwei Drittel des Schweizer Elektrizitätsbedarfs.

Gewerbe und Industrie

Der grösste Teil des Bruttoinlandsproduktes wird im **sekundären** und **tertiären** Sektor erwirtschaftet. Der Anteil der Wertschöpfung im Industriesektor am gesamten Bruttoinlandsprodukt ging seit 1970 von rund 30 Prozent auf heute noch rund 22 Prozent zurück. Der grösste Rückgang entfiel dabei in die Jahre zwischen 1973 und 1979, in denen der Anteil um rund 6 Prozentpunkte auf unter 24 Prozent sank. Die früher dominante Textilindustrie ist weitgehend verschwunden. Nach wie vor eine wichtige Rolle spielt die Maschinen- und die Nahrungsmittelindustrie mit internationalen Grossfirmen wie ABB und Nestlé. 2008 zog die Schweiz mit ihrem Industrieanteil an der Wertschöpfung mit Deutschland gleich und überholte Japan. Dies liegt vor allem daran, dass die Industrie sehr hochwertige Güter produziert wie Medizinaltechnikprodukte, Pharmazeutika, Präzisionsinstrumente oder Luxusuhren. In absoluten Zahlen ist die Industrieproduktion der Schweiz mit rund 100 Milliarden US-Dollar deutlich grösser als diejenige Belgiens, Norwegens oder Schwedens und liegt etwa auf gleicher Höhe mit derjenigen von Taiwan und den Niederlanden. Umgerechnet auf einen Prokopfanteil liegt die Schweiz weltweit an der Spitze mit rund 12'400 US-Dollar, vor Japan mit 8600 US-Dollar und Deutschland mit 7700 US-Dollar.

Dienstleistungen

Der tertiäre Sektor zählt bei weitem die meisten Erwerbstätigen (72 Prozent). Dominant sind der Handel, das Gesundheits- und Bildungswesen sowie das Banken- und das Versicherungswesen. In den letzten Jahren siedelten sich Firmen aus dem Bereich des Rohstoffhandels an (Glencore, Xstrata, Mercuria Energy Group).

Seit etwa 150 Jahren ist auch der Fremdenverkehr ein Wirtschaftszweig in der Schweiz, begünstigt durch die Alpen, die grosse Schönheit mancher Teile des Landes und die zentrale Lage in Europa.

Aussenhandel

Der wichtigste Exportpartner der Schweiz ist Deutschland mit einem Anteil von 20,1 Prozent (2011) aller Exporte. Danach folgen die Vereinigten Staaten mit 10,1 Prozent, Italien mit 8,0 Prozent, Frankreich mit 7,3 Prozent, Grossbritannien mit 4,2 Prozent, China mit 3,7 Prozent, Japan mit 3,3 Prozent sowie Österreich mit 3,0 Prozent. Der wichtigste Importpartner ist wiederum Deutschland mit 33,6 Prozent; es folgen Italien mit 10,9 Prozent, Frankreich mit 8,9 Prozent, die Vereinigten Staaten mit 4,7 Prozent, die Niederlande mit 4,6 Prozent, Österreich mit 4,5 Prozent, China mit 4,5 Prozent und Grossbritannien mit 3,3 Prozent.

Haupthandelspartner (2011)

Ausfuhr (in Prozent) nach

 Deutschland	20,1
 Vereinigte Staaten	10,1
 Italien	8,0
 Frankreich	7,3
 Vereinigtes Königreich	4,2
 China	3,7
 Japan	3,3
 Österreich	3,0
sonstige Länder	40,3
alle EU-Länder zusammen	56,9

Einfuhr (in Prozent) von

 Deutschland
 Italien
 Frankreich
 Vereinigte Staaten
 Niederlande
 Österreich
 China
 Vereinigtes Königreich
sonstige Länder
alle EU-Länder zusammen

Die Schweiz ist Mitglied der Internationalen Kakao-Organisation (ICCO).

Die Wirtschaft in **Liechtenstein** ist vorwiegend auf den sekundären (Industrie) und den tertiären (Dienstleistung) Wirtschaftssektor konzentriert. Der Landwirtschaftssektor hat mit einem Anteil von zwei Prozenten am Bruttoinlandsprodukt einen vergleichsweise kleinen Anteil an der Gesamtwirtschaftsleistung. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Liechtensteins betrug dabei im Jahr 2009 schätzungsweise 5.2 Milliarden Schweizer Franken.

Aufgrund des grossen Anteils an Zupendlern an der Gesamtzahl der in Liechtenstein Erwerbstätigen lassen sich aber kaum Rückschlüsse vom Bruttoinlandsprodukt auf die Einkommenssituation der Bevölkerung ziehen. So waren im Jahr 2009 von den 32'877 in Liechtenstein arbeitstätigen Personen über 50 Prozent nicht in Liechtenstein wohnhaft, sondern pendelten vom Ausland zu. Die meisten Arbeitskräfte stammen dabei aus der Schweiz (Jahr 2009: 8'631

Personen) und Österreich (7'470 Personen). Weitere 603 Arbeitnehmer pendelten aus Deutschland und anderen Staaten zu.

Im Winter gilt Liechtenstein, vor allem das Bergdorf Malbun (Teilort von Triesenberg), als Wintersportziel.

Landwirtschaft



Landwirtschaft in Liechtenstein

Von den im Jahr 2009 in Liechtenstein erwerbstätigen Personen waren 261 in der Landwirtschaft tätig, was einem Anteil von 0,8 Prozent entspricht.^[41] Der grösste Teil der Betriebe hat sich dabei auf Tierhaltung spezialisiert und

so wurden in Liechtenstein im Jahr 2009 6'078 Stück Rindvieh, 3'963 Schafe und ca. 12'000 Nutzhühner gehalten. Von den 123 landwirtschaftlichen Betrieben waren 25 in der Bergzone tätig.

Industrie und Gewerbe



Produktionsstätte der Hilti AG in Schaan

41,3 Prozent der in Liechtenstein im Jahr 2009 beschäftigten Personen waren in der Industrie und im Gewerbe tätig. Im Vergleich zu den anderen mitteleuropäischen Staaten

(besonders der Schweiz, Deutschland und Österreich jeweils ca. 25 Prozent) liegt dieser Anteil sehr hoch. Die liechtensteinische Industrie ist dabei aufgrund des geringen Absatzmarktes im Inland stark exportorientiert und so wurden beispielsweise im Jahr 2008 Industrieprodukte im Wert von ca. 2'975 Millionen Schweizer Franken in Länder des Europäischen Wirtschaftsraumes ausgeführt.^[44]

Viele Unternehmen sind im Maschinenbau und im Nahrungsmittelbereich tätig und besitzen häufig weitere Standorte im Ausland. Wichtige Industrieunternehmen, die aus Liechtenstein stammen sind die Hilti AG, die ThyssenKrupp Presta AG, die Hoval AG, die Hilcona AG, die Ivoclar Vivadent AG oder die OC Oerlikon Balzers.

Dienstleistungen

Von den im Jahr 2009 in Liechtenstein erwerbstätigen Personen bestritten 57,9 Prozent ihren Lebensunterhalt mit der Erbringung von Dienstleistungen. Ein grosser Teil der Erwerbstätigen sind dabei in der öffentlichen Verwaltung, im Unterrichtswesen und Gesundheitswesen tätig.



Centrum Bank in Vaduz

Zudem sind rund 17 Prozent der liechtensteinischen Arbeitsplätze dem Finanzsektor zuzuordnen, der damit – entgegen der weit verbreiteten Meinung – nur einen kleineren Wirtschaftsbereich darstellt. Seit der

Steueraffäre mit Deutschland im Jahr 2008 – in der zahlreiche deutsche Steuerhinterzieher aufflogen – kam es zu einem Umbruch des liechtensteinischen Finanzplatzes und so setzt Liechtenstein nun endgültig auf einen Bankenplatz mit einer Weissgeldstrategie.

Neunte Vorlesung

Die deutschen Bundesländer

- I. Die wichtigsten Fakten zu jedem Bundesland
- II. Kürzer Überblick über die Besonderheiten der Region.

Plan:

1 Schleswig-Holstein

- 1. Hamburg
- 2. Niedersachsen
- 3. Bremen
- 4. Mecklenburg – Vorpommern
- 5. Brandenburg
- 6. Berlin
- 7. Sachsen – Anhalt
- 8. Nordrhein – Westfalen
- 9. Rheinland – Pfalz
- 10. Saarland
- 11. Hessen
- 12. Thüringen
- 13. Sachsen
- 14. BadenWürttemberg
- 15. Bayern

Grundbegriffe:

Marsch, die – fruchtbare Niederung zu Meer

Moräne, die – vom Glettschereis abgelagerten Geröll

mondän – im Stile der sog. Großen Welt, nach ihrer Art lebend

Milieu [mi'liø:] das, - gesellschaft, Umwelt, Umgebung, Wirkungskreis

Regatta, die, - Bootwettfahrt

intakt – unversehrt, unberührt

Dom, der, - Hauptkirche, Kuppel gewölbeartige Decke

Skulptur, die, - Bildhauerkunst

Paradies, das, - im Alten Testament Garten Gottes; Zustand ungetrübten Glücks

Provinz, die – Landesteil; das Land im Gegensatz zur Hauptstadt

Palais, das, - Palast, Schloß

Pavillon, der, -kleines Gartenhaus; Festzeit; leichter Bau

Metropole, die, - Hauptstadt, -sitz

Kathedrale, die, - Bischofskirche; Dom, Münster

Bischof, der, - kirchl. Würdenträger; „Aufseher“

Aquädukt, der – Wasserleitung, Wasserleierungsbrücke

Idylle, die, - Gattung der lyrisch-epischen Dichtung

Basalt, der, - vulkanisches Gestein

Loipe [ˈloypə] die, - Schisport mrkierte Langlaufspur

Konzentrationslager, - Internierungslager; Haft-, Zwangsarbeits- u. Vernichtungslager des Hitlerfaschismus
 Testament, das. – letzter Wille, letztwillige Verfügung
 Expressionismus, der, - Ausdruckskunst; kleinbürgerl. Kunstrichtung zu Anfang des 20. Jh.
 bizarr – seltsam, bewußt ungewöhnlich; launenhaft
 Sorben, Pl., - Wenden; slaw. Volksstamm
 Wettin – ehem. dt. Dynastie
 Inspiration, die, - Anregung; Eingebung; Beeinflussung.



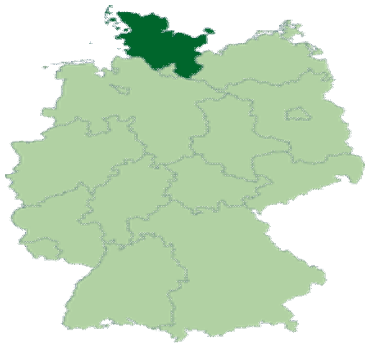
356 974 Quadratkm.
 Fläche, 81,5 Millionen
 Einwohner, 16
 Bundesländer
 sind die nackten Fakten
 Deutschland.

Sie sagen natürlich nichts darüber aus, was Land zwischen Nordsee, Ostsee und den Alpen an Sehenswürdigkeiten und Naturschönheiten zu bieten hat. Selbst zahlreichen Deutschen – nicht zuletzt wegen der deutschen Wiedervereinigung erst Jahr 1990 – noch viele Landstriche in ihrer Heimat unbekannt.

Die Beschreibung der Bundesländer gibt einen kurzen Überblick über die Besonderheiten der Region, über die wichtigsten Fakten zu jedem Bundesland.

Bundesland ist eine Bezeichnung eines Gliedstaates in einem Bundesstaat. Die Bezeichnung wird insbesondere für die Gliedstaaten von Österreich und Deutschland gebraucht. "Bundesland" ist eigentlich eine irreführende Bezeichnung da es die Zugehörigkeit der Länder zum Bund unterstreicht und damit deren Eigenstaatlichkeit nicht ausreichend betont. Die korrekte und auch vom Grundgesetz verwendete Bezeichnung für die Gliedstaaten der Bundesrepublik Deutschland ist daher "Länder".

Schleswig – Holstein



Die Lage von Schleswig-Holstein in Deutschland



Schleswig-Holsteins Flagge

Eckdaten.

Fläche: 15 738 Quadratkm.

Hauptstadt: Kiel.

Größte Städte (Einwohner):

Einwohner: 2,7 Millionen.

Einwohner pro Quadratkm.: 173

1. Kiel (247 100)

2. Lübeck (216 900)

3. Flensburg (87 700)

4. Neumünster (82 000)

Haupterwerbszweige: Produzierendes Gewerbe: 34,4%; Dienstleistungen: 26,7%; Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung: 23,2%; Landwirtschaft: 1,8%; Sonstiges: 11,9%.

Sehenswürdigkeiten: Altstadt von L+beck mit Holstentor, Altstadt von Flensburg.

Landschaften: Holsteinische Schweiz, Nordsee mit Wattenmeer, Ostseeküste.

Gäste: 3,9 Millionen, Übernachtungen: 21,6 Millionen.

Schleswig – Holstein. Das Land zwischen den Meeren. Wegen seiner Lage zwischen Nord- und Ostsee wird Schleswig – Holstein auch als das „Land zwischen den Meeren“ bezeichnet. Diese Lage ist es auch, die das nördlichste aller 16 Bundesländer zu einem der beliebtesten Urlaubsziele innerhalb Deutschlands gemacht hat. Im Westen die rauhe Nordsee mit ihren Inseln und dem Wattenmeer, im Osten die eher sanft wirkende, aber durchaus gefährliche Ostsee mit den weit in das Land hineinreichenden Meersbuchten – das sind die Gegensätze, für die Schleswig-Holstein bekannt ist.

Doch auch das Küstenhinterland hat seine Reize: Die Holsteinische Schweiz zwischen Eutin und Preetz zum Beispiel lockt mit ihren mehr als 100 Seen und ihrer lieblichen Hügellandschaft, in der die mit 168 Metern höchste Erhebung Schleswig-Holsteins, der Bungsberg, aufragt. Mit Städten von Weltruhm kann dieses Bundesland allerdings nicht aufwarten; die Landeshauptstadt Kiel ist mit ihren rund 247 300 Einwohnern vergleichsweise klein.

Landschaft geprägt durch Eis und Wasser. Die Entstehung seiner Landschaften hat Schleswig-Holstein vor allem den Eiszeiten und dem Meer zu verdanken. Die Marsch, die im Westen an Nordsee und Wattenmeer anschließt, ist Land, das dem Meer abgerungen wurde. Durch Einwirkung von Ebbe und Flut sammelte sich am Ufer nach und nach mehr Schlick an – das Meer verlandete. Das fruchtbare, flache Marschland wurde zusätzlich durch den Bau von Deichen geschützt.

Die Geestlandschaft mit ihren sandigen, kargen Böden, die Schleswig-Holstein als leichte Erhöhung in der Landesmitte von Norden nach Süden durchzieht, ist ein Überbleibsel der Eiszeiten. Die gewaltigen Gletscher schoben Erde und Geröll vor sich her. Als sie dann allmählich abschmolzen, bleiben die aufgetürmten Geröllhaufen als sogenannte Endmoränen liegen – die Geest hatte sich gebildet. Auch die östliche Hügellandschaft ist eine Hinterlassenschaft der Gletscher.

Das Marschland ist wegen der Überflutungsgefahr nur dünn besiedelt. Die meisten Dörfer wurden jedoch in unmittelbarer Nähe zur Marsch auf der Geest errichtet.

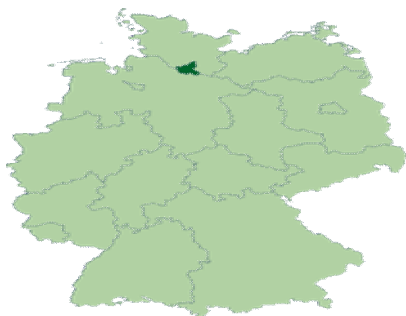
Die größten Städte Schleswig-Holstein entstanden wegen des im Vergleich zum Westen deutlich milderen Klimas und der sehr ertragreichen Böden an den V-förmigen Meeresbuchten, den Förden, des östlichen Hügellandes.

Musikfestival und Kieler Woche. Durch seine ländliche, von der Natur geprägte Struktur gilt Schleswig-Holstein im Unterscheid zu anderen deutschen Bundesländern nicht gerade als kulturelle Hochburg. Das jährliche Schleswig-Holstein-Musikfestival mit vielen hochkarätigen Künstlern ist nur eine Veranstaltung von vielen, die gegen dieses Image gesetzt wurde. Auch überall in den Ferienzentren an Nord- und Ostsee finden zur Hauptsaison Konzerte und Theateraufführungen statt. Als größtes Sportereignis der Region gilt die Kieler Woche, eine Segelregatta, die weltweiten Ruhm erlangt hat und jährlich ausgetragen wird.

Inseln und Städte – klein, aber fein. Während die Nordseeküste reich an vorgelagerten Inseln ist, liegt vor der schleswig-holsteinischen Ostseeküste nur die Insel Fehmarn. Aufgewogen wird dieses scheinbare „Mißverhältnis“ allerdings dadurch, dass Fehmarn nach Rügen die zweitgrößte deutsche Insel ist.

In der Nordsee finden sich die Nordfriesischen Inseln Amrum, Föhr und Sylt sowie die Marschinseln Nordstrand und Pellworm, die Felseninsel Helgoland, viele weitere kleine Inselchen und natürlich die berühmten Halligen. Während sich Sylt als Urlaubsziel der Reichen und Schönen gern mondän gibt, gelten Föhr und Amrum eher als Familieninseln. Allerdings finden sich natürlich auch auf Sylt ruhige Plätze für Naturliebhaber, zum Beispiel das Naturschutzgebiet Ellenbogen bei List mit seinem Wanderdünen.

Die einzigen Großstädte Schleswig-Holstein sind Lübeck und die Landeshauptstadt Kiel. Die Altstadt der Hansestadt Lübeck mit dem Holstentor, dem Wahrzeichen der Stadt, dem Buddenbrockhaus und dem gotischen Backsteinrathaus wurde 1987 von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt. Kiel hat trotz großer Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg einiges an Sehenswürdigkeiten zu bieten, darunter das Schiffahrtsmuseum und das schleswig-holsteinische Freilichtmuseum Molfsee mit seinen wiederaufgebauten alten Bauernhäusern



Hamburg

Lage Hamburgs in Deutschland



Flagge Hamburgs

Eckdaten.

Fläche: 755 Quadratkilometer.

Einwohner: 1,7 Millionen.

Hauptstadt: Hamburg.

Einwohner pro Quadratkilometer: 2262

Haupterwerbszweige: Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung: 34,3%, Dienstleistungen: 32,3%, Produzierendes Gewerbe: 24,6%, Landwirtschaft: 0,4%, Sonstiges: 8,5%.

Sehenswürdigkeiten: Alster, Börse, Fischmarkt, Hafen, Speicherstadt, Kirche St. Michaelis, Krameramtswohnungen, Planten und Bloomen (Grünanlage), Reeperbahn, St. Pauli-Landungsbrücken.

Gäste: 2,3 Millionen, Übernachtungen: 4,2 Millionen.

Hamburg. Deutschlands „Tor zur Welt“. Auch wenn allenfalls die Museumsschiffe im Hamburger Hafen noch Seefahrerromantik ausstrahlen, ist doch der größte Seehafen Deutschlands – der Grund, warum Hamburg das „Tor zur Welt“ genannt wird – eine Besichtigung wert. Die um 825 als Hammaburg erstmals erwähnte Stadt hat aber noch wesentlich mehr zu bieten. Kunst und Kultur beispielsweise werden in Hamburg groß geschrieben: Mit den 3 Staatstheatern, den vielen kleinen Theatern und Musikclubs, den Musicalspielstätten, den etwa 50 Museen und einer Reihe von Verlagen ist Hamburg ein Magnet für kulturell Interessierte. Architekturbegeisterte werden in Hamburg ebenfalls auf ihre Kosten kommen. Zwar wurden während des großen Brands 1842 und während des Zweiten Weltkriegs viele ältere Gebäude zerstört, einige Bauwerke wie die Ende des 19. Jahrhunderts errichteten Lagerhäuser der Speicherstadt mit ihren Spitzbögen und Türmen sowie die Krameramtswohnungen aus dem 17. Jahrhundert blieben jedoch erhalten. Auch moderne Gebäude & Jahr von 1990 haben durchaus ihren Reiz.

Natürlich gehört zu Hamburg auch das Vergnügungsviertel St. Pauli. Dort, wo früher Handwerker und später Seeleute wohnten, liegen heute Rotlicht-Milieu und Szene-Kneipen nah beieinander. In fast unmittelbarer Nachbarschaft der Amüsiermeile Reeperbahn, allerdings schon im Stadtteil Altona, findet jeden Sonntagmorgen der berühmte Fischmarkt statt – und das bereits seit Beginn des 18. Jahrhunderts.

Niedersachsen



Lage Niedersachsens in Deutschland



Flagge

Niedersachsens

Eckdaten

Fläche: 47609 Quadratkm.

Hauptstadt: Hannover

Große Städte (Einwohner):

Einwohner: 7,8 Millionen

Einwohner pro Quadratkm.: 163

1. Hannover (524 600)

2. Braunschweig (253 600)

3. Osnabrück (167 900)

4. Oldenburg (150 500)

Haupterwerbszweige: Produzierendes Gewerbe: 40%, Dienstleistungen: 25,9%, Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung: 22,8%, Landwirtschaft: 1,4%, Sonstiges: 9,8%.

Sehenswürdigkeiten: Burg Dankwarderode, Herrenhäuser Gärten, Osnabrücker Dom.

Landschaften: Harz, Lüneburger Heide, Wattenmeer, Weserbergland.

Gäste: 8,6 Millionen, Übernachtungen: 32,9 Millionen.

Meere, Moore, Heide und Berge.

Niedersachsen – das sind das flache Ostfriesland, das vor allem durch die Obstblüte bekannte Alte Land um Hamburg, die Lüneburger Heide, das Oldenburger und das Osnabrücker Land, das liebeliche Weser- und Leinebergland, aber auch ein Teil des Harzes. Insbesondere ist es aber die Nordseeküste mit dem Nationalpark Wattenmeer und den der Küste vorgelagerten sieben Ostfriesischen Inseln Baltrum, Borkum, Juist, Langeoog, Norderney, Spiekeroog und Wangerooge, die in Niedersachsen die Besucher anziehen.

Moore und Heide haben das Gesicht Niedersachsens ebenfalls entscheidend mitgeprägt – doch leider sind die meisten Moore zur Torfgewinnung genutzt worden, so dass es nur noch wenige intakte Moorlandschaften gibt. Zu diesen gehört das Naturschutzgebiet Ewiges Meer in Ostfriesland nordöstlich von Emden, in dem der gleichnamige Hochmoorsee liegt. Auf Pfaden, die mit Holz befestigt wurden, kann das Naturschutzgebiet mit seinen seltenen Pflanzen durchwandert werden. Die Lüneburger Heide hingegen ist keine ursprüngliche, sondern eine von Menschenhand geschaffene Landschaft. Ehemals standen dort, wo heute das violette Heidekraut wächst. Wälder, die jedoch abgeholzt wurden. Das genügsame Heidekraut siedelte sich an und diente

zahlreichen Schafen als Nahrung. Heute gibt es nicht mehr soviel Heidefläche wie in vergangenen Jahrhunderten – erneut wurden Bäume angepflanzt. Die Lüneburger Heide, die in Deutschland ihres gleichen sucht, steht deshalb unter besonderem Schutz.

Im Süden Niedersachsens liegt das malerische Weserbergland. Im manchmal recht schmalen Tal schlängelt sich die Weser zwischen bewaldeten Hügeln entlang. Die höchsten Anhöhen sind jedoch im Harz zu finden. Der Wurmberg bei Braunlage überragt mit 971 Metern alle anderen Erhebungen des Bundeslandes. Der Harz ist daher auch ein beliebtes Ziel für Wintersportler. Im touristisch etwas weniger bekannten Südharz gibt es vor allem im Sommer die Möglichkeit zu Wanderungen durch eine etwas abwechslungsreichere Landschaft als sie der Oberharz mit seinen dichten Wäldern zu bieten hat. Interessant ist zudem der Besuch eines der vielen Bergbaumuseen im Harz – das Rammelsberger Bergbaumuseum Goslar wurde von der UNESCO sogar in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen.

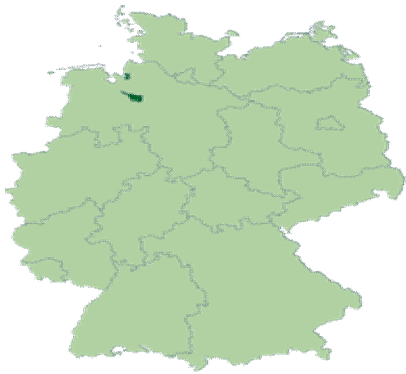
Junge Landesgeschichte, alte Städte. Das Land Niedersachsen wurde – wie einige andere Bundesländer auch – erst nach dem Zweiten Weltkrieg gebildet. Es entstand 1946 unter der britischen Militärregierung aus den Ländern Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg – Lippe und der preußischen Provinz Hannover. Drei Jahre später, 1949, wurde Niedersachsen schließlich zum Bundesland. Natürlich haben die einzelnen Landesteile Niedersachsens eine wesentlich längere Geschichte, was sich unter anderem im Erscheinungsbild zahlreicher niedersächsischer Städte widerspiegelt.

In der Landeshauptstadt Hannover ist wegen der großen Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg leider nicht mehr sehr viel von alten Zeiten zu spüren, obwohl Hannover bereits um 1100 als Marktsiedlung gegründet wurde. Einige Gebäude wie die Kreuzkirche aus dem 14. Jahrhundert und das Leineschloß, in dem der niedersächsische Landtag sitzt, blieben erhalten oder wurden wiederaufgebaut.

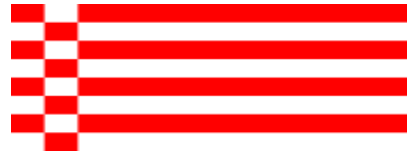
In Braunschweig, der ehemaligen Residenzstadt Heinrichs des Löwen, ist etwas mehr vom Glanz früherer Jahre übriggeblieben. Die zweitgrößte Stadt Niedersachsens wurde bereits 1031 erstmals urkundlich erwähnt. Aus der Regierungszeit Heinrichs des Löwen, des Herzogs von Sachsen (1142-1180), stammt die Burg Dankwarderode, die im 19. Jahrhundert im neuromanischen Stil erneuert wurde. Dort ist auch der Braunschweiger Löwe, das Wappentier Heinrichs, zu besichtigen, das er im Hof der Burg als Standbild aufstellen ließ. Auch die Altstadt Braunschweigs mit dem Markt und dem Altstadtrathaus aus dem 14. bis 15. Jahrhundert ist sehenswert.

Die Glanzzeit der alten Bischofsstadt Osnabrück begann wahrscheinlich bereits Ende des achten Jahrhunderts mit der Gründung des Bischofshofs. Zu den bekanntesten Baudenkmälern der Stadt, die während des Zweiten Weltkriegs ebenfalls schwer beschädigt, aber rasch wiederaufgebaut wurden, zählt der aus Sandstein errichtete Dom. Die meisten seiner Gebäudeteile wurden im 13. Jahrhundert im spätromanischen Stil erbaut oder verändert, auch in späteren Jahrhunderten war er immer wieder Veränderungen unterworfen. In der Altstadt von Osnabrück sind noch heute eine große Zahl von Bürgerhäusern aus dem 18. und 19. Jahrhundert zu sehen, Reste der Stadtbefestigung wie der Barenturm, sind ebenfalls erhalten geblieben.

Bremen.



Lage Bremens in Deutschland



Flagge Bremens

Eckdaten

Fläche: 404 Quadratkm.

Einwohner:

679 800

Hauptstadt: Bremen

Einwohner pro Quadratkm.: 1 682

Größte Städte (Einwohner):

1. Bremen (549 000)

2. Bremerhaven (130 800)

Haupterwerbszweige: Produzierendes Gewerbe: 32,9%, Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung: 31,7%, Dienstleistungen: 26,1%, Landwirtschaft: 0,3%, Sonstiges: 9,0%.

Sehenswürdigkeiten: Böttcherstraße, Bürgerpark, Dom, Hafen, Kunsthalle, Altes Rathaus, Neues Rathaus, Roland, Schnoor, Schütting (Haus am Markt), Übersee-Museum.

Gäste: 570 200, Übernachtungen: 1,1 Millionen.

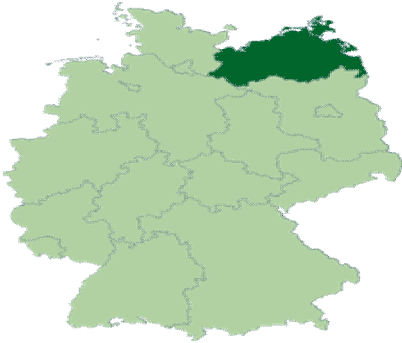
Kleines Bundesland mit Stil. Das von der Fläche kleinste Bundesland besteht aus den zwei Städten Bremen und Bremerhaven. Während die Stadt Bremen bereits 787 gegründet wurde, besteht Bremerhaven erst seit Beginn des Hafenbaus an der Wesermündung im Jahr 1827. Durch die zunehmende Versandung der Weser wurde der Fluß für größere Schiffe unpassierbar, und Anfang des 19. Jahrhunderts war es für Bremen notwendig geworden, einen zweiten Hafen an der Nordseemündung der Weser zu bauen.

Heute – nachdem das Flußbett mehrfach ausgebaggert und erweitert wurde – ist der ursprüngliche Bremer Hafen der zweitgrößte Seehafen Deutschlands (nach Hamburg).

In Bremen gibt es natürlich noch mehr zu sehen als den Hafen. Am Markt befindet sich das Rathaus. Zu Beginn des 15. Jahrhunderts im gotischen Stil erbaut, stammt seine mit zahlreichen Figuren und Bildern geschmückte Vorderfront jedoch aus der Zeit der Renaissance. Auf dem Marktplatz vor dem Rathaus steht eine riesige Figur mit einem Schild: der Bremer Roland, der die städtischen Rechte und Freiheiten repräsentiert. Ganz in der Nähe steht die Skulptur der international berühmtesten „Bürger“ Bremens, der Bremer Stadtmusikanten. Über die Grenzen der Stadt hinaus bekannt ist die Böttcherstraße, deren Gebäude Anfang des 20. Jahrhunderts zum Teil in expressionistischer Weise erneuert wurden. Das schönste alte Viertel der Stadt ist der Schnoor mit Häusern, die im 16. Jahrhundert erbaut wurden. Heute sind hier vor allem kleine, ausgefallene Geschäfte, Cafés und Restaurants zu finden.

Mecklenburg-Vorpommern.

Lage Mecklenburg-Vorpommerns in Deutschland



Flagge

Eckdaten

Fläche: 23 170 Quadratkilometer.

Hauptstadt: Schwerin

Größte Städte (Einwohner)

Einwohner: 1,8 Millionen

Einwohner pro Quadratkilometer: 79.

1. Rostock (231 300)

2. Schwerin (117 200)

3. Neubrandenburg (82 000)

4. Stralsund (67 000)

Haupterwerbszweige: Produzierendes Gewerbe: 30,1%, Dienstleistungen: 28,5%, Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung: 20,4%, Landwirtschaft: 4,2%, Sonstiges: 16,9%.

Sehenswürdigkeiten: Schweriner Schloß, Altstadt Wismar, Rostocker Innenstadt.

Landschaften: Mecklenburgische Seenplatte, Rügen, Hiddensee, Darß, Zingst.

Gäste: 2,8 Millionen, Übernachtungen: 10,8 Millionen.

Insel, Meer und 1000 Seen. Mecklenburg – Vorpommern, das im Westen an Schleswig-Holstein und im Osten an Polen grenzt, ist ein Paradies für Urlauber und Naturfreunde: Mehr als 400 Kilometer Ostseeküste, die größte deutsche Insel Rügen, die Mecklenburgische Seenplatte mit Deutschlands größtem Binnensee, der Müritz – das sind nur einige der Besonderheiten, die das dünnbesiedelte Bundesland vorzuweisen hat.

Berühmt ist vor allem Rügen mit seinen Kreidefelsen, die der Maler Caspar David Friedrich zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf seinen Bildern verewigt hat. Ein Großteil der Insel steht unter Naturschutz, denn hier finden sich so einmalige Launen der Natur wie die Feuersteinfelder auf der Schmalen Heide, einer Landzunge zwischen den Orten Binz und Saßnitz.

In unmittelbarer Nachbarschaft Rügens liegt Hiddensee, eine langgestreckte Insel, die Teil des Nationalparks Vorpommersche Boddenlandschaft ist. Auch die waldreiche Halbinsel westlich Rügens, die sich in die Gebiete Fischland, Darß und Zingst aufsplittet, gehört zu diesem Nationalpark. In den Bodden, den flachgründigen Meeresbuchten, finden eine Reihe von Küstenvögeln sowie Kraniche reichlich Nahrung, so daß sie in der Vorpommerschen Boddenlandschaft einen idealen Brutplatz haben.

Die Mecklenburgische Seenplatte zwischen Schwerin und Neustrelitz mit ihren vielen großen und kleinen Seen ist ein Souvenir der Eiszeiten. Sie haben diese Landschaft geformt. Das Gebiet um die Müritz, deren Name soviel wie „kleines Meer“

bedeutet, ist ebenfalls Nationalpark – schließlich ist dies einer der letzten Orte Deutschlands, wo die selten gewordenen See und Fischadler nisten.

Kurze Geschichte als eigenständiges Land. Als zusammenhängendes Land existierte M-Vorpommern erstmals 1945, doch kurz nach seiner Gründung wurde es 1952 von der DDR-Regierung wieder in verschiedene Bezirke unterteilt. Erst mit der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 wurde die Einheit von M-Vorpommern erneut hergestellt.

Die Region Mecklenburg hingegen hat eine lange Geschichte. Bereits im siebten Jahrhundert siedelten sich die Slawen in diesem Gebiet an. Im zwölften Jahrhundert kam es zur Christianisierung der Bevölkerung durch den Sachsenherzog Heinrich den Löwen. Erstmals im 16. Jahrhundert wurde das Territorium in zwei Herzogtümer aufgeteilt: Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz blieben bis 1934 voneinander getrennt, bis sie unter den Nationalsozialisten zum Land Mecklenburg zusammengeschlossen wurden. Nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich wurden die Regionen Mecklenburg und Vorpommern der Sowjetischen Besatzungszone angegliedert.

Mecklenburg-Vorpommerns Reichtum ist das Land: Jahrhundertlang lebte die Bevölkerung vor allem von der Landwirtschaft. Industrieunternehmen siedelten sich fast ausschließlich an der Küste und in den Städten an. Mit der deutsch-deutschen Wiedervereinigung kam es unter anderem aufgrund von Flächenstillegungen in der Landwirtschaft und dem Zusammenbruch von Industriebetrieben wie Werften zu großen wirtschaftlichen Problemen. Nun setzt das Land verstärkt auf den Tourismus – mit Erfolg: Schließlich hat M-Vorpommern nicht nur landschaftlich, sondern auch kulturell einiges zu bieten.

In der herrlich gelegenen Landeshauptstadt Schwerin lohnt die Besichtigung des Schlosses, das Sitz des Landtags auf der Schlossinsel im Schweriner See ist. Das Staatliche Museum zeigt Werke von so bekannten Künstlern wie Max Liebermann und Lucas Cranach. In Rostock, der größten Stadt des Landes, ist dort, wo ältere Bürgerhäuser erhalten sind, noch das Flair der reichen Hansestadt zu spüren; ähnlich, nur beschaulicher auch in Wismar. Stralsund ist berühmt für seine historischen Backsteinbauten im barocken und gotischen Stil – die Altstadt der am Wasser liegenden Siedlung steht unter Denkmalschutz. Die Hansestadt liegt direkt am Rügendamm, der Verbindung der Insel mit dem Festland. Auch auf Rügen gibt es einige sehenswerte Denkmäler. Das Jagdschloss Granitz, das Mitte des 19. Jahrhunderts gebaut wurde, und das Schloss Putbus aus dem Jahr 1810 mit seinem herrlichen Park lohnen zum Beispiel den Besuch. Sehr beliebt bei Urlaubern ist die Insel Usedom, deren gut restaurierte Kurhotels und Brücken von einer alten bürgerlichen Badekultur zeugen.

Brandenburg



Lage Brandenburgs in Deutschland



Flagge Brandenburgs



Brandenburg an der Havel (Dom)

Eckdaten

Fläche: 29 479 Quadratkilometer.

Einwohner: 2,5 Millionen.

Einwohner pro Quadratkilometer.: 86.

Hauptstadt: Potsdam

Größte Städte (Einwohner):

1. Potsdam (137 600)

2. Cottbus (124 600)

3. Brandenburg (87 000)

4. Frankfurt-Oder (81 700)

Haupterwerbszweige: Produzierendes Gewerbe: 34,7%, Dienstleistungen: 24,6%, Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung: 19,4%, Landwirtschaft: 4,4%, Sonstiges: 17,4%.

Sehenswürdigkeiten: Schloss Sanssouci (Potsdam), Parks in Babelsberg, Branitz, Bad Muskau.

Landschaften: Spreewald, Schorfheide-Chorin, Märkische Schweiz.

Gäste: 2,3 Millionen, Übernachtungen: 7,3 Millionen.

Land der Seen und Flüsse.

Es ist vor allem die Landschaft, die den Reiz Brandenburgs ausmacht. Die zahlreichen Flüsse und Seen des flächenmäßig fünftgrößten Bundeslandes sind ein Überbleibsel der letzten Eiszeit genau wie die großen Findlinge, die über Brandenburg verstreut sind. Im Nordosten des Bundeslandes liegt die Uckermark mit dem großen UNESCO-Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin, das etwa zur Hälfte aus Wald besteht. Kein Wunder, dass zu Zeiten der DDR die Schorfheide ein beliebtes Jagdrevier der Parteigrößen war, was sich leider nicht gerade zugunsten der Natur auswirkte. Heute hingegen wird Naturschutz großgeschrieben.

Tiefer im Süden, in der Niederlausitz, die vor allem durch die Kraterlandschaften des Braunkohletagebaus bekannt ist, befindet sich ein weiteres Biosphärenreservat: der Spreewald. Diese in Mitteleuropa einmalige Auenlandschaft ist eine bis zu 16 Kilometer breite und rund 45 Kilometer lange Senke, in der sich der Fluß Spree in viele kleine Arme gabelt. In diesem Gebiet, wo der Verkehr vor allem per Boot stattfindet, leben zahlreiche seltene Vögel, Insekten und Pflanzen.

In der Region um die Flüsse Oder, Spree und Dahme sind zahlreiche Seen, aber auch Sümpfe und Moore zu finden – ein Paradies für gefährdete Tierarten wie Fischotter und Störche. Ein wenig östlich von Berlin, das von Brandenburg umschlossen ist, liegt der Naturpark Märkische Schweiz, eine Hügellandschaft mit viel Wald und wiederum einer Reihe von Seen. Wer das Gedicht „Herr von Ribbeck auf Ribbeck im Havelland“ kennt, mit dem der in Brandenburg geborene Dichter Theodor Fontane die havelländischen Birnen rühmt, kann bereits erahnen, dass im Havelland – einem Landstrich westlich Berlins – der Obstanbau dominiert.

Von der Mark Brandenburg zum Bundesland.

Die eigentliche Geschichte Brandenburgs begann im vierten Jahrhundert, als germanische Stämme die Region verließen. Ab dem fünften Jahrhundert siedelten sich slawische Volksstämme auf dem Gebiet des späteren Brandenburg an. Kaiser Karl der Große versuchte im neunten Jahrhundert – nur zum Teil mit Erfolg –, die nun als Mark Brandenburg bezeichnete Region seinem Reich anzugliedern. Erst im 12. Jahrhundert gelang es Albrecht 1., dem Bär, Brandenburg unter seine Herrschaft zu stellen – 1157 nahm er den Titel eines Markgrafen von Brandenburg an. In den folgenden Jahrhunderten änderte die Mark Brandenburg durch Gebietsgewinne und –verluste der Herrscher immer wieder ihre Größe, bis sie 1701 Teil des preußischen Königreichs wurde.

1740 trat Friedrich II., der Große, die Herrschaft über Preußen an. Als Kunstliebhaber prägte er unter anderem mit dem Bau des Schlosses Sanssouci in Potsdam das Bild des späteren Brandenburg entscheidend mit.

1815 wurde Brandenburg eine Provinz Preußens, bis es 1945 nach dem Zweiten Weltkrieg der sowjetischen Besatzungszone angegliedert wurde; die ehemals brandenburgischen Gebiete östlich von Oder und Neiße fielen an Polen. Zu Zeiten der DDR war Brandenburg in drei Verwaltungsbezirke aufgeteilt. Nach der deutsch-deutschen Wiedervereinigung wurde Brandenburg schließlich Bundesland. 1996 lehnten die Brandenburger Bürger in einer Volksabstimmung den Zusammenschluss ihres Landes mit Berlin ab.

Sanssouci und andere Kleinode.

Das berühmteste Baudenkmal Brandenburgs ist sicherlich das Schloss Sanssouci in der Landeshauptstadt Potsdam, das 1745-1747 unter der Herrschaft des „Alten Fritz“ (Friedrich II) als dessen Sommerresidenz gebaut wurde. Dieses Hauptwerk des deutschen Rokoko wurde von der UNESCO als erhaltenswertes Weltkulturerbe ausgezeichnet. Im Park von Sanssouci befinden sich ein chinesischer Teepavillon (1754), das Neue Palais mit über 200 Räumen sowie eine Bildergalerie. Auch das Schloss Charlottenhof, 1826 von dem berühmten Architekten Karl Friedrich Schinkel geplant, ist am Rande des Parks von Sanssouci zu finden.

In Brandenburg der ältesten Stadt des Bundeslandes, findet sich zugleich das älteste Bauwerk: der Dom St. Peter und Paul aus dem Jahr 1165. Cottbus, das erstmals 1156 erwähnt wurde, hat einen Altmarkt mit Häusern aus dem 17. bis 19. Jahrhundert vorzuweisen. Wer modernere Bauten vorzieht, findet hier auch ein im Jugendstil errichtetes Theater. Über ganz Brandenburg verstreut sind alte Schlösser und wunderbare Parks, einige davon vom Altmeister der Gartenbaukunst, Fürst von Pückler-Muskau. Gestaltet (z.B. Babelsberg, Branitz).

Berlin



Eckdaten

Fläche: 889 Quadratkm.

Einwohner: 3,5 Millionen

Hauptstadt: Berlin.

Einwohner pro Quadratkm.: 3897.

Haupterwerbszweige:

Diensleistungen: 34,9%,

Produzierendes Gewerbe: 26,6%,

Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung: 22,4%, Landwirtschaft: 0,6%, Sonstiges: 15,7%.

Sehenswürdigkeiten: Alexanderplatz, Alte Nationalgalerie, Brandenburger Tor, East Side Gallery, Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, Kaufhaus des Westens, Kurfürstendamm, Museuminsel, Neue Nationalgalerie, Palais Unter den Linden, Reichstag, Rotes Rathaus, Schloss Bellevue, Schloss Charlottenburg.

Gäste: 3,2 Millionen, Übernachtungen: 7,4 Millionen.

Untrennbar miteinander verbunden – Deutschlands und Berlins Geschichte.

Berlin, das von der Fläche drittkleinste, von der Einwohnerzahl jedoch achtgrößte Bundesland Deutschlands hat eine wechselvolle Geschichte hinter sich. Ende des 12. Jahrhunderts gegründete Stadt entwickelte sich rasch zum Zentrum der Wirtschaft, von ihr gingen außerdem immer wieder neue politische wie auch intellektuelle Strömungen aus. So war Berlin 1848 beispielsweise Ausgangspunkt der Märzrevolution, mit der eine liberale Verfassung durchgesetzt werden sollte. 1871 wurde Berlin deutsche Reichshauptstadt; sechs Jahre später hatte sie bereits eine Million Einwohner. Nach der Niederlage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg 1918 wurde in Berlin die Deutsche Republik ausgerufen. In den „Roaring Twenties“, den wilden 20-er Jahren, besaß Berlin eine der lebendigsten und vielseitigsten Kulturszenen weltweit.

Im Zweiten Weltkrieg wurde der Regierungssitz der Nationalsozialisten fast völlig zerstört – nach dem Krieg teilten die Siegermächte USA, UdSSR, Frankreich und Großbritannien die Stadt in vier Sektoren auf und stellten sie unter gemeinsame Verwaltung.

Der Konflikt zwischen den drei Westmächten und der Sowjetunion über den Status von Berlin führte im Jahr 1948 zur Blockade der Westsektoren durch die UdSSR. Nur durch eine Luftbrücke (bis 1949) konnte die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sichergestellt werden. Schließlich kam es 1949 zur Teilung Deutschlands in die DDR und BRD und gleichzeitig zur Spaltung Berlins. 1961 ließ die DDR die Berliner Mauer errichten, um die Massenflucht von Menschen nach Westberlin zu stoppen. 1989 erzwang die Bevölkerung der DDR eine Öffnung

der Grenzen zu Bundesrepublik; am 9. November 1989 fiel – symbolisch gesprochen – die Mauer. Seit 1990 ist das wiedervereinigte Berlin die Hauptstadt Deutschlands.

Viel zu sehen, viel zu entdecken.

In der größten Stadt Deutschlands sind trotz der Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs zahlreiche Sehenswürdigkeiten erhalten geblieben, zum Teil wurden sie auch wiederaufgebaut. Das Wahrzeichen Berlins ist das im klassischen Stil von 1788 bis 1791 erbaute Brandenburger Tor. Erst nach dem Fall der Mauer wurde es im Dezember 1989 wieder möglich, durch das Tor hindurch zu gehen. Die Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche (Bauzeit: 1891 bis 1895), die im Zweiten Weltkrieg zerstört wurde, wurde wiederaufgebaut – allerdings ragt der zerbombte Westturm als Mahnmal gegen den Krieg noch heute in den Himmel.

Allein wegen der Gebäude ist die Museumsinsel in Berlin-Mitte einen Besuch wert. Das Alte Museum wurde im klassizistischen Stil vom berühmten Architekten Karl Friedrich Schinkel erbaut und zeigt vorrangig Sonderausstellungen. Das neue Museum wurde in seiner Bauweise dem Alten Museum angepaßt. Weiterhin beherbergt die Museumsinsel die Alte Nationalgalerie (Kunst des 18. und 19. Jahrhunderts), das Pergamonmuseum (Antikensammlung, Pergamonaltar) und das Bode-Museum (Ägyptisches Museum, Gemäldesammlung), das im neobarocken Stil errichtet wurde.

In der Nähe der Museumsinsel befindet sich der Berliner Dom, der 1893-1905 im Stil der italienischen Hochrenaissance gebaut wurde. Der Reichstag und der Sitz des Regierenden Bürgermeisters, wegen seiner Farbe Rotes Rathaus genannt, sowie Schloss Charlottenburg zählen zu den weiteren baulichen Sehenswürdigkeiten Berlins.

Pulsierende Metropole Berlin.

Berlin gilt Ende des 20. Jahrhunderts als größte Baustelle Deutschlands – nicht zuletzt, weil Regierung und Parlament von Bonn in die Hauptstadt umziehen sollen und große Konzerne neue Bürohäuser errichten. Mehr denn je zieht Berlin Künstler, Literaten, Schauspieler und Musiker aus aller Welt an. Die zahlreichen Galerien rund um den Kurfürstendamm sowie in Kreuzberg und Prenzlauer Berg zeigen die unterschiedlichsten Kunstrichtungen: von etablierter bis zu moderner Kunst, von Gemälden und Plastiken hin zu Videoinstallationen.

Die bekannteste Einkaufsmeile Berlins ist nach wie vor der etwa dreieinhalb Kilometer lange Kurfürstendamm, an dem auch das berühmte Café Kranzler liegt. In der Nähe des Ku'damms, an der Tauentzienstraße, befindet sich das bekannteste Kaufhaus Berlins, das KaDeWe oder Kaufhaus des Westens, wo die Verkäufer oft schicker sind als die Kunden und dessen Feinschmeckeretage alles bietet, was das Herz begehrt.

Sachsen – Anhalt



Lage von Sachsen-Anhalt in Deutschland



Flagge

von Sachsen-Anhalt

Eckdaten

Fläche: 20 446 Quadratkilometer

Hauptstadt: Magdeburg

Größte Städte (Einwohner)

Einwohner: 2,7 Millionen

Einwohner pro Quadratkilometer: 134

1. Halle / Saale (287 400)

2. Magdeburg (263 000)

3. Dessau (92 200)

4. Wittenberg (52 200)

Haupterwerbszweige: Produzierendes Gewerbe: 36,6%, Dienstleistungen: 22,4%, Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung: 19,6%, Landwirtschaft: 2,9%, Sonstiges: 18,5%.

Sehenswürdigkeiten: Magdeburger Dom, Bauhaus Dessau, Halle, Wernigerode.

Landschaften: Oberharz mit Brocken, Harzvorland, Unstruttal.

Gäste: 1,9 Millionen, Übernachtungen: 5,3 Millionen.

Land der Sagen und Mythen.

In der Walpurgisnacht versammeln sich auf dem sagenumwobenen Brocken, dem höchsten Berg des Harzes, die Hexen, um gemeinsam mit dem Teufel zu tanzen. Vielleicht sind es diese und ähnliche Mythen, die den 1142 Meter hohen Berg zu einem der beliebtesten Anziehungspunkte Sachsen-Anhalts gemacht haben, vielleicht ist es aber auch nur die Tatsache, dass der Brocken zu DDR-Zeiten nicht bestiegen werden konnte. Am Rand des Oberharzes finden sich zudem so bizarre Felsen wie die Teufelsmauer bei Blankenburg. Berühmt sind auch die Ilsefälle, die über schroffe Felsen hinwegrauschen. In der Nähe von Räbeland im Harz gilt es zwei Tropfsteinhöhlen zu erforschen. So ist es nicht verwunderlich, dass der Harz der meistbesuchte Landstrich des von der Fläche achtgrößten deutschen Bundeslandes ist.

Doch natürlich gibt es in Sachsen-Anhalt noch viele andere reizvolle Regionen. Im Norden des Landes liegt beispielsweise die flache, fruchtbare Altmark, die recht dünn besiedelt ist. Die Magdeburger Börde, die im Westen in das nördliche Harzvorland übergeht, ist ebenfalls flach und furchtbar.

Im Süden Sachsen-Anhalt schließlich liegt das Saale-Unstrut-Gebiet, benannt nach den beiden gleichnamigen Hauptflüssen. Das Klima im Unstruttal eignet sich sogar zum Weinanbau, mit der Folge, dass hier alljährlich zur Weinlese eine Reihe von ausgelassenen Weinfesten stattfindet.

Von Anhalt und Sachsen zu Sachsen-Anhalt.

Eine einheitliche Geschichte hat das heutige Bundesland Sachsen-Anhalt nicht, denn es wurde aus dem Freistaat Anhalt und der preußischen Provinz Sachsen gebildet. Es ist also kein historisch gewachsenes, sondern ein zusammengefügtes Land. Erstmals wurde es 1945 unter sowjetischer Herrschaft gebildet, doch nur bis 1952 blieb Sachsen-Anhalt als Land bestehen.

Die DDR-Regierung teilte Sachsen-Anhalt wieder auf: Daraufhin entstanden die zwei neuen Bezirke Magdeburg und Halle. Erst im Jahr 1990 im Zusammenhang mit der deutsch-deutschen Wiedervereinigung, schlossen sich die beiden Bezirke erneut zum Bundesland Sachsen-Anhalt zusammen. Hauptstadt wurde das etwa in der Mitte des Landes liegende Magdeburg.

Kunstschatze über Kunstschatze.

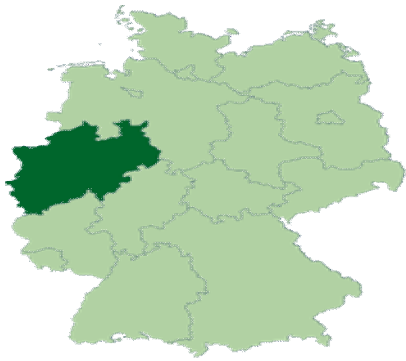
Auch wenn Sachsen-Anhalt als Bundesland noch sehr jung ist, liegt es doch auf einem äußerst geschichtsträchtigen Boden. Viele Städte wurden bereits im ersten Jahrtausend gegründet. Noch heute zeugen zahlreiche Bauten und Kunstschatze von längst vergangenen Zeiten.

Bestes Beispiel für die Baukunst früherer Jahre ist der Magdeburger Dom, mit dessen Errichtung 1209 begonnen wurde. An dem Sakralbau im Stil französischer Kathedralen wurde bis 1520 gebaut. Trotz der langen Bauzeit bilden alle Teile des Doms eine architektonische Einheit. Berühmt sind vor allem auch die vielen fein gearbeiteten figurativen Plastiken, mit denen der Dom geschmückt ist. Die Magdeburger Altstadt mit ihren barocken Bauten fiel im Zweiten Weltkrieg leider zum Großteil den Bomben zum Opfer, so dass nur noch wenige alte Häuser erhalten blieben. Die barocken Gebäude um den Domplatz wurden wieder restauriert.

Halle an der Saale, die größte Stadt Sachsen-Anhalts, wurde bereits 806 erstmals erwähnt. Im Zweiten Weltkrieg blieb sie weitgehend von der Zerstörung verschont, doch leider wurde nach 1945 nicht viel dafür getan, alte Bauten zu erhalten. Dennoch gibt es in Halles Altstadt noch einiges zu sehen: Mit dem Bau des Roten Turms auf dem Marktplatz beispielsweise wurde bereits im Jahr 1418 begonnen, die Merkt- oder Marienkirche wurde 1554 fertiggestellt. Die vier Türme der ungewöhnlichen Kirche stammten ursprünglich von zwei verschiedenen Kirchen, die abgerissen worden waren. Berühmt ist die Burg Giebichenstein auf einem Berg oberhalb der Saale. Während die Oberburg bereits um 961 errichtet und später zerstört wurde, ist die Unterburg aus dem 16. Jahrhundert noch heute erhalten.

Die drittgrößte Stadt des Bundeslandes, Dessau, gibt sich etwas moderner. Zwar finden sich hier auch noch einige alte Bauten, doch bekannt ist Dessau vor allem durch das Bauhaus, die staatliche Kunstschule, die sich 1925 hier ansiedelte. Das Gebäude, das der Leiter der Schule, Walter Gropius, entworfen hatte, zeichnet sich durch seine klaren Linien aus. Sachsen-Anhalt ist außerdem Luther-Land: In Eisleben wurde der Reformator Martin Luther geboren, an der Schlosskirche zu Wittenberg, in der sich sein Grab befindet, schlug er 1517 seine Thesen gegen die Mißstände in der katholischen Kirche an.

Nordrhein-Westfalen.



Lage Nordrhein-Westfalens in Deutschland



Nordrhein-Westfalens

Flagge

Eckdaten

Fläche: 34 078

Hauptstadt: Düsseldorf

Größte Städte (Einwohner):

Einwohner: 17,9 Millionen

Einwohner pro Quadratkm.: 525

1. Köln (964 200)

2. Essen (616 400)

3. Dortmund (600 000)

4. Düsseldorf (571 900)

Haupterwerbszweige: Produzierendes Gewerbe: 41,9%, Dienstleistungen: 24,8%, Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung: 23,7%, Landwirtschaft: 0,7%, Sonstige: 8,9%.

Sehenswürdigkeiten: Kölner Dom, Prinzipalmarkt/Münster, Archäologie-Park/Xanten.

Landschaften: Sauerland mit Rothaargebirge, Teutoburger Wald, Niederrhein.

Gäste: 12,7 Millionen, Übernachtungen: 36,0 Millionen.

Nicht nur ein Industrieland.

Wer den Namen Nordrhein-Westfalen hört, denkt zunächst an den größten zusammenhängenden Ballungsraum Deutschlands: das Ruhrgebiet. Doch selbstverständlich hat das bevölkerungsreichste Bundesland wesentlich mehr zu bieten. Schließlich gehören zu N-W das Münsterland, das Lipper Bergland, ein Teil des Wiehengebirges, der Teutoburger Wald sowie das Sauerland, der Niederrhein, ein Abschnitt der Eifel und nicht zuletzt das Bergische Land, das Siegerland und ein kleiner Teil des Westerwaldes. Landschaftlich ist N-W somit viel abwechslungsreicher, als einige dies auf den ersten Blick vermuten.

Zu den beliebten Urlaubszielen und Naherholungsgebieten in N-W zählt das Sauerland, das vom Ruhrgebiet in kurzer Zeit zu erreichen ist. Im Sauerland liegt das Rothaargebirge mit den höchsten Erhebungen des Bundeslandes, dem Kahlen Asten mit 841 und dem Langenberg mit 843 Metern. Keine Frage, dass hier im Winter auch Ski gefahren werden kann! Im Sommer locken vor allem die zahlreichen Stauseen des Sauerlandes die Gäste an.

Das Ruhrgebiet hat nach dem großen Zechensterben und dem Rückgang der Stahlindustrie einen umfassenden Strukturwandel durchgemacht. Seine Wirtschaft ist jetzt von zukunftsweisenden Branchen sowie Dienstleistungen gekennzeichnet. Wer den Ruhrgebietsstädten einen Besuch abstattet, wird feststellen, dass das alte Klischee vom „Kohlenpott“ schon lange nicht mehr zutrifft. Im Gegenteil: Die meisten Besucher

verwundert, dass es im Ruhrgebiet zahlreiche Grünflächen und Erholungsgebiete wie den Baldeney See in Essen gibt.

Klimatisch besonders begünstigt ist der Niederrhein. Hier ist es vor allem im Winter immer um einige Grad wärmer als im restlichen Nordrhein-Westfalen. Allerdings herrscht am Niederrhein auch eine hohe Luftfeuchtigkeit, durch häufige Nebelbildung bedingt. Die Böden des Niederrheins werden zum großen Teil landwirtschaftlich genutzt, größere Waldflächen sind eher selten. Dafür überwiegen grüne Weiden und von kleineren Wasserläufen durchzogene Grünflächen. Im Naturpark Maas-Schwalm-Nette, wo die Flußläufe nicht begründet wurden, haben sich noch ursprüngliche Flußwälder und Sumpfwiesen erhalten, wo seltene Tier- und Pflanzenarten wie der fleischfressende Sonnentau zu finden sind.

Spuren aus der Steinzeit.

Zwar kann das Land Nordrhein-Westfalen noch nicht auf eine lange Geschichte zurückblicken, doch auf dem Gebiet des Bundeslandes lebten bereits zwischen 300 000 v. Chr. und 40 000 v. Chr. die Vorläufer des heutigen Menschen: die Neandertaler. Dieser Altsteinzeit-Mensch wurde nach dem Neandertal in der Nähe von Düsseldorf benannt, in dem seine Knochen gefunden wurden. Auch die Römer siedelten sich in Nordrhein-Westfalen, genauer am Niederrhein, an, wovon noch heute Ausgrabungen aus der Römerzeit, zum Beispiel in Xanten, das einen Archäologie-Park besitzt, zeugen.

Das eigentliche Bundesland entstand erst viele Jahre später: 1946 schlossen sich die Provinz Westfalen und die Nordrheinprovinz zusammen und bildeten Nordrhein-Westfalen. Das Land Lippe kam 1947 noch hinzu.

Vom Kölner Dom zum Bonner Münster.

Die größte Stadt Nordrhein-Westfalen ist zugleich wahrscheinlich auch die bekannteste – der Kölner Dom, der Karneval in Köln sowie „Kölnisch Wasser“ oder „Eau de Cologne“ sind weltweit ein Begriff. Der Dom, mit dessen Bau 1248 begonnen wurde, ist ein Meisterwerk der Gotik. Mit seinen unzähligen feinen Steinfiguren, dem goldenen Schrein, der die Gebeine der Heiligen Drei Könige enthalten soll und seiner 24 Tonnen schweren Glocke stellt der Dom einen unermeßlichen Kunstschatz dar. Doch auch was die Museen betrifft, braucht Köln sich hinter keiner europäischen Großstadt zu verstecken. Im Museum Ludwig sind Werke aus dem 20. Jahrhundert zu sehen (unter anderem von Warhol und Beuys), das Wallraf-Richartz-Museum zeigt vor allem Gemälde alter Meister wie Dürer, Rembrandt und van Gogh.

Auch in der Landeshauptstadt Düsseldorf, deren mondäne Einkaufsmeile „Königsallee“ sehr bekannt ist, sind Museen von Weltrang zu finden, darunter die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen mit Werken von Paul Klee und Pablo Picasso.

Die ehemalige Bundeshauptstadt Bonn, die 1990 von Berlin abgelöst wurde, kann neben dem Regierungsviertel mit einem schönen barocken Rathaus (1737/38) einem spätromanischen Münster sowie der kurfürstlichen Residenz (heute Universität) aufwarten.

Rheinland – Pfalz

Lage von Rheinland-Pfalz in Deutschland



Flagge

von Rheinland-Pfalz

Eckdaten

Fläche: 19 853 Quadratkilometer.

Hauptstadt: Mainz

Größte Städte (Einwohner):

Einwohner: 4,0 Millionen

Einwohner pro Quadratkilometer: 200

1. Mainz (184 500)

2. Ludwigshafen (168 000)

3. Koblenz (109 300)

4. Kaiserslautern (102 000)

Haupterwerbszweige: Produzierendes Gewerbe: 42,4%, Dienstleistungen: 24,6%, Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung: 21,2%, Landwirtschaft: 1,1%, Sonstiges: 10,7%.

Sehenswürdigkeiten: Mainzer Dom, Dom/Speyer, Porta Nigra/Trier, Wormser Dom.

Landschaften: Pfälzer Wald, Eifel, Weinanbaugebiete an Rhein und Mosel.

Gäste: 5,4 Millionen, Übernachtungen: 17,3 Millionen.

Wein und Wälder.

Rheinland-Pfalz lebt im wesentlichen durch seine Flüsse: Während vor allem das Tal des Rheins, aber auch das der Mosel dicht besiedelt sind und sich am Rhein die größten Städte des Bundeslandes befinden, haben sich in der Eifel, dem Hunsrück und dem Taunus, dem Pfälzer Wald und dem Westerwald nur wenige Menschen niedergelassen. Denn schließlich sind die Flußtäler – hier befinden sich die größten Weinanbaugebiete Deutschlands – wesentlich fruchtbarer als beispielsweise die Eifel mit ihren kargen Bächen. Zugleich sind die Täler von Rhein und Mosel beliebte Ferenziele.

Wer sowohl Ruhe als auch die Natur sucht, ist natürlich in der Eifel, im Hunsrück oder im Pfälzer Wald genau am richtigen Ort. In der Eifel ist es vor allem die von Vulkanen geprägte Landschaft, die ihren ganz besonderen Reiz hat. Charakteristisch sind zum Beispiel die Maare, Wassergefüllte Schlote erloschener Vulkane.

Bewaldete Höhen finden sich am ehesten im Hunsrück sowie im Pfälzer Wald. Der Naturpark Pfälzer Wald zählt sogar zu den dichtbewaldetsten Mittelgebirgen in ganz Deutschland. Zahlreiche Wanderwege erschließen dieses landschaftlich reizvolle Gebiet.

Region mit langer Geschichte.

Schon seit dem vierten Jahrtausend v. Chr. war der Raum des heutigen Rheinhessen besiedelt. Im ersten Jahrhundert v. Chr. eroberten die Römer große Teile des Landes zwischen Rhein und Saar, wovon bis heute römische Bauten zeugen, darunter die Porta Nigra und die Kaiserthermen in Trier. Bereits zu Anfang des fünften Jahrhunderts n. Chr. verloren die Römer große Gebiete dieser Region, gegen Ende des Jahrhunderts fiel das Territorium an das Fränkische Reich. Über die folgenden Jahrhunderte wechselte dies Gebiet mehrfach die Besitzer, bis im 19. Jahrhundert die Pfalz an Bayern und das heutige Rheinhessen an Hessen fiel. Weitere Teile des heutigen Bundeslands wurden Preußen zugesprochen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde aus der Pfalz, Rheinhessen und den ehemals preußischen Regierungsbezirken Koblenz und Trier sowie vier weiteren Kreisen das Bundesland Rheinland-Pfalz gebildet.

Auf den Spuren der Römer.

Die Römer hinterließen überall in Rheinland-Pfalz ihre Spuren – auch die Gründung von Mainz, der Hauptstadt des Landes, geht auf sie zurück. Bereits 39 v. Chr. ließ die Kaiserin Agrippa auf einer Anhöhe ein befestigtes Lager für die römischen Soldaten errichten, das Mogontiacum genannt wurde 297 n. Chr. wurde die befestigte Stadt Mogontiacum gegründet. Von der Anwesenheit der Römer zeugen noch heute die Reste eines ehemaligen Aquädukts.

Wesentlich bekannter ist jedoch der Mainzer Dom, der 1036 eingeweiht wurde. Da er kurz darauf bei einem Brand zerstört wurde, sind nur wenige Gebäudeteile aus dieser Zeit erhalten geblieben. Bis 1137 wurde der Dom im romanischen Stil erneut aufgebaut. Im 13. und 14. Jahrhundert kamen noch gotische Stilelemente hinzu. Auch die Stephanskirche aus der Zeit der Gotik ist unter anderem wegen der von dem Künstler Marc Chagall gestalteten Fenster sehenswert. Die Mainzer Altstadt wurde – wie so viele andere Städte auch – im Zweiten Weltkrieg zerstört, doch eine Reihe alter Gebäude sind erhalten geblieben oder wurden wiederaufgebaut, zum Beispiel einige der ehemaligen Adelspaläste, aber auch so manches Fachwerkhaus.

Koblenz, die Stadt, wo die Mosel in den Rhein mündet, wurde ebenfalls von den Römern gegründet. Die beiden Flüsse sind es, die Koblenz ein ganz besonders Flair verleihen – die Stadt scheint umgeben vom Wasser zu sein. Aber auch mittelalterliche Bauten, wie die ehemalige Kurfürstliche Burg mit ihrem Marmoraltar tragen ihren Teil zur Schönheit der Stadt bei. Die über der Stadt thronende Festung Ehrenbreitstein, mit deren Bau im 10. Jahrhundert begonnen wurde, zählt praktisch zu den Wahrzeichen der Stadt, genau wie die Landzunge „Deutsches Eck“ mit dem bei seiner Aufstellung 1993 umstrittenen Reiterstandbild von Kaiser Wilhelm I.

In Kaiserslautern begegnet einem auf Schritt und Tritt Kaiser Barbarossa, der hier im 12. Jahrhundert eine Pfalz, also einen kaiserlichen Aufenthaltsort für die Reise, gründen ließ. Reste dieser Pfalz sind noch heute erhalten. Auch der Kaiserbrunnen zeigt ein Abbild von Kaiser Rotbart. Einen Besuch wert ist die Pfalzgalerie, in der unter anderem Werke von Spitzweg und Picasso präsentiert werden.

Saarland



Lage des Saarlandes in Deutschland



Flagge des Saarlandes

Eckdaten

Fläche: 2 570 Quadratkm.

Hauptstadt: Saarbrücken

Größte Städte (Einwohner):

Einwohner: 1,1 Millionen.

Einwohner pro Quadratkm: 422.

1. Saarbrücken (358 200)

2. Neunkirchen (51 700)

3. Homburg (45 664)

4. St. Ingbert (41 000)

Haupterwerbszweige: Produzierendes Gewerbe: 44,4%, Dienstleistungen: 24,3%, Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung: 22,1%, Landwirtschaft: 0,4%, Sonstiges: 8,9%.

Sehenswürdigkeiten: Saarbrücker Schloss, Kirche St. Wendelinus, Römervilla bei Perl.

Landschaften: Hunsrück, Pfälzer Wald, Saar-Nahe-Bergland.

Gäste: 541 700, Übernachtungen: 2,1 Millionen.

Kleiner Flächenstaat an der Saar.

Das Saarland wurde – im Gegensatz zu den anderen westdeutschen Bundesländern – erst 1957 dem deutschen Bundesgebiet angegliedert. Zunächst hatten sich Deutsche und Franzosen im Saarvertrag über den Anschluss des Saarlands an Deutschland einigen müssen. Das nach den Stadtstaaten von der Fläche kleinste Bundesland ist klimatisch sehr begünstigt und hat Anteile am Pfälzer Wald, dem Saar-Nahe-Bergland und dem Hunsrück. Die einige größere Stadt in dem idyllischen, zum Teil schon von französischer Lebensart geprägten Land ist Saarbrücken.

Die saarländische Landeshauptstadt wurde im Zweiten Weltkrieg stark zerstört, schließlich war das Saarland eines der Zentren der Steinkohleförderung und somit die Energiegewinnung Deutschlands. Aufgebaut wurde nach dem Krieg unter anderem das Saarbrücker Schloss, das bereits ab 1563 errichtet wurde, über die Jahrhunderte hinweg jedoch immer wieder zerstört worden war. Auch die barocke Ludwigskirche (1761-1775) wurde nach 1945 rekonstruiert.

Die bedeutendste Wallfahrtskirche des Saarlands befindet sich in St. Wendelinus sollen die Gebeine des heiligen Wendelin, des Beschützers von Vieh und Land ruhen. Die Portale der Kirche, mit deren Bau im 14. Jahrhundert begonnen wurde, zieren fein gearbeitete Steinfiguren. In Perl-Nennung im Landkreis Merzig-Wadern sind die Überreste einer luxuriösen römischen Villa mit herrlich gestalteten Mosaiken zu besichtigen.

Hessen

Lage Hessens in Deutschland



Hessens



Flagge

Eckdaten

Fläche: 21 115 Quadratkm.

Hauptstadt: Wiesbaden

Größte Städte (Einwohner):

Einwohner: 6,0 Millionen

Einwohner pro Quadratkm.: 285

1. Frankfurt/M. (651 200)

2. Wiesbaden (266 400)

3. Kassel (201 400)

4. Darmstadt (139 100)

Haupterwerbszweige: Produzierendes Gewerbe: 36,6%, Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung: 27,5%, Dienstleistungen: 25,7%, Landwirtschaft: 0,6%, Sonstiges: 9,5%.

Sehenswürdigkeiten: Alte Oper, Paulskirche, Römer/Frankfurt, Schloss Wilhelmshöhe.

Landschaften: Odenwald, Rhön, Spessart, Taunus, Vogelsberg, Westerwald.

Gäste: 8,3 Millionen, Übernachtungen: 25,2 Millionen.

Land der Mittelgebirge.

Hessen, das etwa in Deutschlands Mitte liegt ist ein grünes, waldreiches Land. Seine Landschaft ist geprägt durch die zahlreichen Mittelgebirge und die zwischen den Erhebungen liegenden Ebenen. Bereits im Nordosten, nahe der Grenzen zu Niedersachsen und Thüringen, befinden sich die Höhen von Knüll und Meißner. Die Rhön teilen sich die Hessen mit Bayern und Thüringen – in der Rhön liegt auch der höchste Berg Hessens: die Wasserkuppe (950 Meter). Im Süden sind der Odenwald und der Spessart zu finden, um dessen dunkle Wälder sich viele unheimliche Geschichten ranken.

Der Vogelsberg in Mittelhessen verdankt seine Entstehung der Tätigkeit von Vulkanen, was unschwer an dem Basaltgestein, aus dem das Mittelgebirge besteht, zu erkennen ist. 340 Kilometer Wanderwege erschließen dieses beliebte Ferienziel. Gespurte Loipen ermöglichen im Winter den Skilanglauf.

Im Westen Hessens finden sich schließlich noch der Westerwald und der Taunus. Der Hochtaunus mit dem 878 Meter hohen Großen Feldberg ist unter anderem Naherholungsgebiet für die Bewohner der Rhein-Main-Region- Auch wenn man es nicht vermutet: Wassersport wird in Hessen ebenfalls großgeschrieben. Die vielen Stauseen und Flüsse Hessens, zum Beispiel der Edersee südöstlich von Kassel und die Lahn, ziehen alljährlich eine große Zahl von Ruderern, Kanuwanderern und natürlich Schwimmern an.

Oft geteilt, später wiedervereint.

Schon im ersten Jahrhundert v.Chr. waren große Teile des heutigen Hessen von dem germanischen Stamm der Chatten besiedelt. Im zehnten Jahrhundert n. Chr. lief die Region an Franken. Sechs Jahrhunderte später wurde das mittlerweile zerfallene Hessen durch Philipp I., den Großmütigen, geeint. Doch nach seinem Tod 1567 wurde das Land erneut aufgeteilt – es entstanden die Gebiete Hessen-Darmstadt, Hessen-Kassel, Hessen-Marburg und Hessen-Rheinfels. Die Gebiete Hessen-Marburg und Hessen-Rheinfels blieben jedoch nicht lange bestehen: Sie fielen an Hessen-Kassel beziehungsweise an Hessen-Darmstadt.

Anfang des 19. Jahrhunderts wurde Hessen-Kassel zum Kurfürstentum ernannt und bezeichnete sich fortan als Kurhessen. Bis zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland (1933) gab es noch weitere Gebietsverschiebungen und Namensänderungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg bildeten die Amerikaner aus den unter ihrer Verwaltung stehenden Gebieten des ehemaligen Volksstaats Hessen und der früheren preißen Provinzen Kurhessen und Hessen-Nassau das Land Hessen.

Messturm und documenta.

An Städten mit historischen Stadtkernen – wie Limburg, Wetzlar, Marburg oder Alsfeld – herrscht in Hessen kein Mangel, denn viele kleinere Orte blieben während des Zweiten Weltkriegs von Zerstörungen verschont. Die meisten großen Städte wie Frankfurt am Main, Darmstadt und Kassel hatten jedoch stark unter den alliierten Bombenangriffen zu leiden. Aber zum Glück wurden zahlreiche historische Gebäude nach dem Krieg wiederaufgebaut.

In Frankfurt am Main, der größten Stadt des Bundeslandes ist der Gegensatz zwischen alten, restaurierten und modernen Gebäuden besonders auffällig. Einerseits liegt mitten in der Stadt in Mainnähe die Paulskirche, die von 1789 bis 1833 erbaut wurde, andererseits ist nur einige Kilometer davon entfernt das Bankenviertel mit den Glaspalästen der Großbanken zu finden. Übertagt werden selbst die höchsten Hochhäuser noch vom 256 Meter hohen Messturm am Messegelände, der 1991 fertiggestellt wurde.

In der hessischen Hauptstadt Wiesbaden blieben trotz des Krieges viele Bürgerhäuser – zum Teil noch aus dem 19. Jahrhundert – erhalten. Besonders sehenswert sind außerdem das Schloss, das Anfang des 19. Jahrhunderts erbaut wurde und heute Sitz des Landtags ist, sowie die Kuranlagen des Heilbads.

Darmstadts Innenstadt wurde im Zweiten Weltkrieg dem Erdboden gleichgemacht. Erhalten blieb jedoch zu einem großen Teil die Künstlerkolonie Mathildenhöhe mit ihren im Jugendstil errichteten Gebäuden.

Die nordhessische Stadt Kassel ist vor allem durch die seit 1955 alle vier bis fünf Jahre stattfindende Ausstellung zeitgenössischer Kunst, die „documenta“, international bekannt geworden. In zahlreichen Gebäuden der Innenstadt, aber auch auf größeren Plätzen werden die Kunstwerke den Besuchern präsentiert.

Thüringen.



Lage Thüringens in Deutschland



Flagge Thüringens

Eckdaten

Fläche: 16 171 Quadratkm.

Hauptstadt: Erfurt

Größte Städte (Einwohner):

Einwohner: 2,5 Millionen.

Einwohner pro Quadratkm.: 155.

1. Erfurt (212 600)

2. Gera (125 000)

3. Jena (101 800)

4. Weimar (62 300)

Haupterwerbszweige: Produzierendes Gewerbe: 37,0%, Dienstleistungen: 26,8%, Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung: 18,9%, Landwirtschaft: 3,2%, Sonstiges: 14,0%.

Sehenswürdigkeiten: Goethe- und Schillerhaus (Weimar), Kyffhäuser, Wartburg.

Landschaften: Eichsfeld, Thüringer Wald und Schiefergebirge, Teil der Rhön.

Gäste: 2,6 Millionen, Übernachtungen: 7,8 Millionen.

Das grüne Herz Deutschlands.

Ausgedehnte Wälder, farbenfrohe Wiesen und langgestreckte Mittelgebirge – das sind die herausragendsten Kennzeichen Thüringens. Kein Wunder, dass das an Naturschönheiten reiche Land oft als das grüne Herz der Bundesrepublik bezeichnet wird; schließlich liegt es auch noch ungefähr in der Mitte Deutschlands.

Vor allem der Thüringer Wald, der sich über rund 100 Kilometer im Süden des Landes erstreckt ist ein beliebtes Reiseziel. Im Sommer locken herrliche Wanderwege, im Winter besteht die Möglichkeit zum Skilaufen. Hier liegt auch der wohl bekannteste Höhenwanderweg Deutschlands, der 168 Kilometer lange Rennsteig. Aus rund 800 bis 900 Meter Höhe bietet er herrliche Ausblicke. Wer die Einsamkeit beim Wandern sucht, sollte sich nicht an den im Sommer von vielen benutzten Hauptwanderweg halten, sondern an die überall vorhandenen kleineren Wanderwege.

Auch der nördliche Teil Thüringens hat seine Reize. Hier am nordwestlichen Rand des Thüringer Beckens liegt das Eichsfeld, eine von 350 bis 500 Meter hohen Erhebungen durchzogene Landschaft, in der sich viele hübsche Dörfer mit Fachwerkhäusern befinden.

Weiter im Osten, in der Nachbarschaft des Harzes, erhebt sich das bis zu 477 Meter hohe Kyffhäusergebirge, auf dessen nordöstlichem Kamm 1896 das sogenannte

Kyffhäuserdenkmal errichtet wurde. Es zeigt unter anderem eine Plastik von Kaiser Friedrich I. Barbarossa. Laut einer alten Legende soll Kaiser „Rotbart“ im Berg schlafen, um schließlich eines Tages wiederzukehren.

Auf Goethes und Luthers Spuren.

Nicht nur landschaftlich, auch kulturell hat Thüringen einiges zu bieten. So ist der Name Weimar untrennbar mit dem berühmten deutschen Dichter Johann Wolfgang von Goethe verknüpft, der 57 Jahre lang (1775-1832) in der Stadt lebte und deren gesellschaftliches und kulturelles Leben nachhaltig prägte. Goethes Wohnhaus am Frauenplan kann heute noch besichtigt werden. Auch ein anderer großer Dichter, nämlich Friedrich Schiller, lebte eine Zeitlang in Weimar – von seiner Anwesenheit zeugt noch heute das Schillerhaus. Bereits im Jahr 1553 war der neben Albrecht Dürer größte Maler der deutschen Renaissance, Lucas Cranach der Ältere, in Weimar gestorben. In der Stadtkirche von Weimar ist noch heute ein von ihm gefertigter Altar zu sehen; zahlreiche Cranach-Werke zeigen die im Schloss untergebrachten Kunstsammlungen zu Weimar.

Leider gibt es auch einen großen schwarzen Fleck in Weimars Stadtgeschichte: Während der Zeit des Nationalsozialismus war das Konzentrationslager Buchenwald in unmittelbarer Nähe der Stadt Schauplatz unsäglich Grausamkeiten – über 56 000 Menschen fanden hier den Tod. Heute dient das ehemalige KZ-Gelände als Mahn- und Gedenkstätte für die Opfer des Nazi-Terrors.

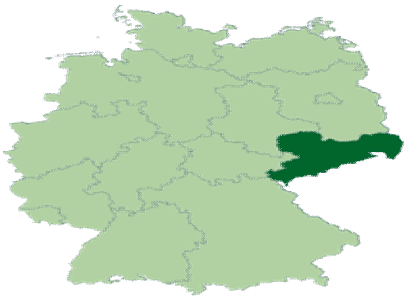
Doch Thüringen besteht natürlich nicht nur aus Weimar ein weiterer ganz besonderer Anziehungspunkt ist die Wartburg bei Eisenach. Die angeblich 1067 gegründete Burg soll Austragungsort des sogenannten Wartburgkriegs, eines Sängerkriegs, gewesen sein, und der Reformator Martin Luther fand hier 1521/22 Zuflucht und überlieferte das Neue Testament. 1817 fand auf der Burg das Wartburgfest statt, ein Zusammentreffen von Studenten, die sich für größere Liberalität in Deutschland einsetzen.

Von Erfurt bis Sonneberg.

Die 741 gegründete heutige Landeshauptstadt Erfurt war im Mittelalter besonders reich mit Kirchen und Klöstern gesegnet – noch heute zeugen die St. Severikirche (1280-1400) und der Dom (1154-1465) von der einstigen Pracht. Gotha, die ehemalige Residenz der Herzöge von Sachsen-Gotha, besitzt mit Schloss Friedenstein das erste im barocken Stil erbaute Schloss Thüringens.

Die alte Universitätsstadt Jena wurde wegen der Zeiss-Werke bekannt, die optische Präzisionsgeräte herstellen. In der Altstadt um den Markt herum finden sich trotz großer Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg noch einige schöne Bauten aus dem 16. bis 19. Jahrhundert. Die ehemalige Tuchmacherstadt Gera war zu Zeiten der DDR vor allem Industriestandort – im Raum Gera wurden Uranerze abgebaut. Hier kam aber auch der Expressionist Otto Dix zur Welt, an den heute noch ein Museum erinnert. Einen Abstecher ist auch Sonneberg wert, eine Kleinstadt, deren Spielwaren im 17. Jahrhundert bis nach Amerika exportiert wurden

Sachsen



Lage Sachsens in Deutschland

Flagge Sachsens

Eckdaten

Fläche: 18 412 Quadratkilometer.

Hauptstadt: Dresden

Größte Städte (Einwohner):

Einwohner: 4.6 Millionen.

Einwohner pro Quadratkilometer: 248.

1. Leipzig (178 200)

2. Dresden (472 900)

3. Chemnitz (271 400)

4. Zwickau (103 900)

Haupterwerbszweige: Produzierendes Gewerbe: 38,1%, Dienstleistungen: 27,2%, Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung: 19,9%, Landwirtschaft: 2,4%, Sonstiges: 12,3%.

Sehenswürdigkeiten: Dresdner Zwinger, Gemäldegalerie Alte und Neue Meister.

Landschaften: Sächsische Schweiz, Vogtland, Erzgebirge.

Gäste: 4,1 Millionen, Übernachtungen: 12,3 Millionen.

Viele Regionen, verschiedene Reize.

Die Oberlausitz, das Elbsandsteingebirge, besser bekannt als Sächsische Schweiz, das Erzgebirge und das Vogtland, das sind nur einige der landschaftlich reizvollen Regionen Sachsens, ist das bevölkerungsreichste ostdeutsche Bundesland im Norden um Leipzig herum noch recht flach, wird es zum Süden hin immer bergiger – der höchste Punkt des Landes ist schließlich mit 1214 Metern der Fichtelberg im Erzgebirge.

Zu den größten Naturschönheiten Sachsens zählt der Nationalpark Sächsische Schweiz südöstlich der Landeshauptstadt Dresden. Hier sind Sandsteintafelberge und liebliche Ebenen zu finden, aber auch bizarre Felsformationen wie die berühmte Bastei. Die Oberlausitz von Kamenz bis Görlitz ist Siedlungsgebiet der Sorben, eines slawischen Volkes, dem noch ungefähr 60 000 Menschen angehören. 40 000 davon leben in der Oberlausitz.

Das Erzgebirge verdankte seinen Ruhm zunächst seinen Bodenschätzen wie Silber und Zinn. Als diese weitgehend ausgebaut waren, wandte sich ein Großteil der Bevölkerung der Holzschnitzerei zu, wovon noch so mancher Nußknacker auf dem weihnachtlichen Gabentisch zeugt. Heute ist das Erzgebirge in erster Linie ein beliebtes Reiseziel, nicht zuletzt wegen der guten Wintersportmöglichkeiten.

Die Vogtländische Schweiz bei Plauen, der Misikwinkel um Markneukirchen und der Bäderwinkel bei Bad Elster – dies sind die reizvollsten Gegenden des Vogtlandes. Im Musikwinkel werden seit Jahrhunderten berühmte Musikinstrumente wie die Markneukirchener Geigen gebaut, der Bäderwinkel lockt mit seinen Heilquellen und einer attraktiven Umgebung.

Vom Reich der Wettiner zum heutigen Freistaat.

Zwar ließen sich im heutigen Gebiet von Sachsen bereits im sechsten Jahrhundert slawische Volksstämme nieder, doch erst mit der Gründung der Burg Meßen in Jahr 929 begann die eigentliche sächsische Geschichte. Im 11. Jahrhundert wurde erstmals ein Angehöriger des Fürstengeschlechts der Wettiner Herrscher von Meßen; bis ins 20. Jahrhundert hinein blieben die Wettiner der Name Sachsen für ihr Herrschaftsgebiet eingeführt. Im Jahr 1806 wurde Sachsen zum Königreich – das Land schloss sich dem Rheinbund Napoleons an, Kurfürst Friedrich August III wurde zum König ernannt. In der Völkerschlacht bei Leipzig (1813) unterlag Sachsen an der Seite Napoleons, so dass es 1815 drei Fünftel seines Gebiets an Preußen abtreten musste. 1871 trat Sachsen dem Deutschen Reich bei. Im November 1918 wurde schließlich die Republik Sachsen ausgerufen, 1920 der Freistaat Sachsen gegründet. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Sachsen der Sowjetischen Besatzungszone angegliedert und in der DDR in drei Bezirke aufgeteilt, bis der 1990 erneut gebildete Freistaat Sachsen zum Bundesland des wiedervereinigten Deutschlands wurde.

Kunstmetropole Dresden.

Sachsen ist reich an Kunstschatzen. Vor allem Dresden, das August der Starke in seiner Regierungszeit 1673-1733 zu einer barocken Kunststadt ausbauen ließ, hat trotz großer Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg viel Sehenswertes zu bieten. Weltberühmt ist der von dem Architekten Matthäus Daniel Pöppelmann und dem Bildhauer Balthasar Permoser entworfene barocke Zwinger, der die bedeutende Gemäldegalerie Alte Meister beherbergt. Hier ist unter anderem Raffaels „Sixtinische Madonna“ zu besichtigen. Auch die Semperoper und das Albertinum, ein Museum mit der berühmten Gemäldesammlung Neue Meister, zählen zu den Kunstschatzen Dresdens. Die im Zweiten Weltkrieg zerbombte Frauenkirche soll bis zum Jahr 2006, dem 800jährigen Bestehen Dresdens, wiederaufgebaut werden.

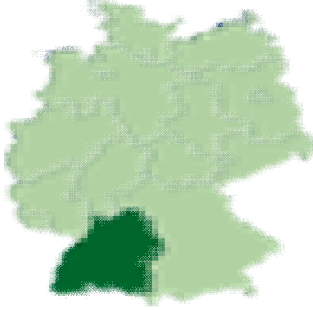
Die größte Stadt Sachsens, Leipzig ist ebenfalls sehr geschichtsträchtig. Die Nikolaikirche, die bereits etwa um 1165 gebaut wurde, war Ausgangspunkt der Bürgerrechtsbewegung in der DDR. Die Messehäuser und das Alte Rathaus deuten auf den ehemaligen Reichtum Leipzigs hin.

Meßen, die älteste Stadt Sachsens, sowie zahlreiche Burgen und Schlösser sind natürlich auch eine Reise wert. Im Erzgebirge locken die Silberstädte wie Freiberg, die älteste Bergbausiedlung Sachsens. Der spätgotische Freiburger Dom mit der Goldenen Pforte, einem Figurenportal aus dem 13. Jahrhundert, läßt noch heute den früheren Reichtum der Stadt und ihrer Bürger erkennen.

Baden – Württemberg.

Lage in Deutschland

Die Flagge



Eckdaten

Fläche: 35 751 Quadratkilometer.

Hauptstadt: Stuttgart

Größte Städte (Einwohner):

Einwohner: 10,3 Millionen

Einwohner pro Quadratkilometer: 299

1. Stuttgart (587 000)

2. Mannheim (315 100)

3. Karlsruhe (276 600)

4. Freiburg/Br. (198 300)

Haupterwerbszweige: Produzierendes Gewerbe: 47,9%, Dienstleistungen: 22,9%, Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlungen: 20,7%, Landwirtschaft: 0,7%, Sonstiges: 7,8%.

Sehenswürdigkeiten: Freiburger Münster, Heidelberger Schloss, Tübinger Altstadt.

Landschaften: Bodenseeregion, Odenwald, Schwäbische Alb, Schwarzwald.

Gäste: 11,6 Millionen, Übernachtungen: 37,8 Millionen.

Paradies für Naturfreunde.

Das Musterländle, wie Baden-Württemberg auch genannt wird, zählt nicht zuletzt wegen seiner landschaftlichen Vielfalt zu den beliebtesten Reisezielen in Deutschland. Schwarzwald, Odenwald, Schwäbische Alb, Bodenseeraum, Rheinebene und Alpenvorland – diese Regionen sind jedoch auch über die Grenzen Deutschlands hinaus ein Begriff.

Der Schwarzwald mit seinen zahlreichen Seen und dem Feldberg, dem mit 1493 Metern höchsten Berg des Bundeslandes, wird im Sommer vor allem von Wanderern, im Winter von Skiläufern besucht. Zu den bekanntesten Gewässern im Schwarzwald gehört der Mummelsee bei Seebach, der größte und mit 17 Metern tiefste Karsee – ein von Gletschern gebildeter See.

Die 220 Kilometer lange und bis zu knapp über 1000 Meter hohe Schwäbische Alb zwischen Neckar und Donau mit ihrem zahlreichen Höhlen ist ebenfalls besonders bei Wanderern beliebt. Am östlichen Rand der Alb bei Blaubeuren liegt der berühmte Blautopf, eine rund 20 Meter tiefe Quelle in deren Tiefe sich eine Höhle befindet, die in ein weitverzweigtes, vermutlich uraltes Höhlensystem übergeht.

Der Bodenseeraum im Dreiländereck Deutschland, Österreich und der Schweiz ist bekannt für sein mildes Klima. Im nordwestlichen Teil des 538 Quadratmeter großen Bodensees liegt die Blumeninsel Mainau, auf der sich unter anderem ein Park mit vielen exotischen Pflanzen befindet.

Schwaben, Badener und die Landesgründung.

Das heutige Baden-Württemberg ist das von der Fläche drittgrößte deutsche Bundesland. Kein Wunder, dass es „den“ Baden. Württemberger nicht gibt, statt

dessen unterteilt sich die Bevölkerung vorwiegend in die im Neckarraum lebenden Schwaben und die Badener, die insbesondere im Schwarzwald und Freiburger Raum zuhause sind.

Dies erschwerte auch die Landesbildung: Nach einer Volksabstimmung 1951 in den damaligen Ländern Württemberg-Hohenzollern, Württemberg-Baden und Baden kam es trotz Widerspruchs großer Teile der Bevölkerung 1952 zum Zusammenschluß dieser drei Länder zum Bundesland Baden-Württemberg.

Städte mit Tradition und Ausstrahlung.

Viele Regionen des späteren Baden-Württemberg waren unter anderem wegen des zum Teil milden Klimas schon recht früh besiedelt. So wurde die Stadt Mannheim bereits 766, die an das heutige Bayern grenzende Stadt Ulm im Jahr 854 erstmals erwähnt. Auch wenn die zahlreichen Städte des Landes über die Jahre von Zerstörungen nicht verschont blieben, finden sich in Baden-Württemberg nicht zuletzt wegen der vorbildlicher Restaurierung erhaltenswerter Bauten noch außergewöhnlich viele Städte, deren Stadtbild an frühere Zeiten erinnert.

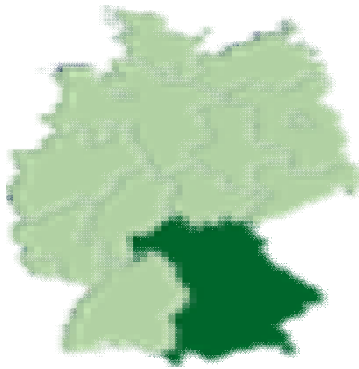
Die alte Universitätsstadt Heidelberg gilt als Inbegriff der romantischen deutschen Stadt: Dichter, Maler und Philosophen ließen sich an den Ufern des Neckars vom Geist der Romantik inspirieren, Martin Luther verteidigte auch hier seine Thesen. Heute genießen etwa drei Millionen Besucher jährlich das nostalgische Flair der Altstadt mit ihren barocken Fassaden – sie wurde von den Bombardements der Alliierten im Zweiten Weltkrieg verschont – und besuchen das Heidelberger Schloss, das zwischen dem 14. und dem 17. Jahrhundert erbaut wurde und über dem Neckar thront.

Nicht nur das milde Klima macht das Leben in Freiburg im Breisgau so angenehm, auch die zahlreichen alten Gebäude – einige stammen noch aus dem 16. Jahrhundert – tragen viel dazu bei, dass Freiburg anheimelnd, aber auch romantisch wirkt. Den Mittelpunkt der Stadt bildet das Münster, mit dessen Bau um 1200 begonnen wurde und dessen Turm alle Gebäude der Altstadt überragt.

Die Hauptstadt des Landes, Stuttgart, zählt wohl nicht zu Unrecht zu den schönsten Großstädten Deutschlands. Die Innenstadt liegt in einem Talkessel, der ringsherum von Hügeln umschlossen ist, auf die sich die äußeren Stadtteile erstrecken. In Stuttgart, das während des Zweiten Weltkriegs wie fast alle deutschen Großstädte schwere Zerstörungen hinnehmen mußte, fügen sich alte und moderne Gebäude zu einem harmonischen Ganzen. Das Alte Stuttgarter Schloss, in dem sich heute das Württembergische Landesmuseum befindet, ist in großen Stadtteile erstrecken. In Stuttgart, das während des Zweiten Weltkriegs wie fast alle deutschen Großstädte schwere Zerstörungen hinnehmen mußte, fügen sich alte und moderne Gebäude zu einem harmonischen Ganzen. Das Alte Stuttgarter Schloss, in dem sich heute das Württembergische Landesmuseum befindet, ist in großen Teilen ein Paradebeispiel für den Baustil der deutschen Renaissance. Ein Exempel für einen äußerst gelungenen modernen Bau ist dagegen die Stuttgarter Staatsgalerie, die vom britischen Stararchitekten James Stirling entworfen und 1984 ihrer Bestimmung übergeben wurde.

Bayern

Die Lage in Deutschland



Die
Flagge



Eckdaten

Fläche: 70 551 Quadratkm.

Hauptstadt: München

Größte Städte (Einwohner):

Einwohner: 12,0 Millionen

Einwohner pro Quadratkm.: 170

1. München (1,2 Millionen)

2. Nürnberg (494 100)

3. Augsburg (261 000)

4. Würzburg (127 700)

Haupterwerbszweige: Produzierendes Gewerbe: 43,2%, Dienstleistungen: 24,8%, Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung: 23,1%, Landwirtschaft: 0,8%, Sonstiges: 8,1%.

Sehenswürdigkeiten: Schloss Neuschwanstein, Schloss Linderhof, Wieskirche.

Landschaften: Bayerische Alpen, Bayerischer Wald, Rhön, Altmühltal.

Gäste: 19,4 Millionen, Übernachtungen: 71,0 Millionen.

Von der Zugspitze bis zur Rhön.

Natur wird in Bayern großgeschrieben. Im größten Bundesland liegt mit der Zugspitze (2963 Meter) nicht nur der höchste Berg Deutschlands, hier finden sich auch die Nationalparks Bayerischer Wald und Berchtesgaden sowie die felsige, wildromantische Fränkische Schweiz, das reizvolle Altmühltal und eine große Zahl von Seen.

Besucher des Bayerischen Waldes fühlen sich unweigerlich in eine andere Welt versetzt in der jederzeit Märchengestalten und Geister hinter dem nächsten Baum auftauchen könnten. Der Bayerische Wald wirkt so verwunschen, weil er als Nationalpark von den Eingriffen des Menschen weitgehend unbehelligt geblieben ist. Wer ihn erkunden möchte, erlebt auf den zahlreichen Wanderwegen Natur pur.

Bei Bergsteigern und Skifahren ist ein anderes Ziel in Bayern wesentlich beliebter: die Bayerischen Alpen. Zu den meistbesuchten Skiorten gehören Oberstdorf, Garmisch-Partenkirchen und Berchtesgaden, die nahe der österreichischen Grenze liegen und von Bayerns Hauptstadt München innerhalb kürzester Zeit zu erreichen sind. Den Bayerischen Alpen vorgelagert sind eine Reihe bekannter Seen, wie der Chiemsee und der Starnberger See, die immer wieder die Wassersportler anlocken.

Wer es lieber ein wenig flacher und weniger überlaufen mag, besucht die Rhön im Norden des Landes. Auch in diesem Mittelgebirge gibt es viel zu sehen und zu

entdecken, so zum Beispiel das Naturschutzgebiet Schwarzes Moor, eine der wenigen erhaltenen Moorlandschaften in Bayern.

Von den Bajuwaren zum Verfassungsstaat.

Bayern hat eine lange Geschichte. Bereits um 500 n.Chr. siedelten sich auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes die Bajuwaren an und gründeten kurze Zeit später ein Stammesherzogtum. Doch blieb das Land nicht lange im Besitz ein und desselben Stammes beziehungsweise Herrschergeschlechts: Unter anderem fiel Bayern an die Welfen und die Wittelsbacher und wurde mehrere Male geteilt, bis es 1505 wieder vereinigt wurde.

1806 wurde dem bayerischen Kurfürsten Maximilian I. Joseph die Königswürde verliehen, und bis 1918 war Bayern Königreich. Der bekannteste Herrscher war sicherlich der Märchenkönig Ludwig II., der Schloss Neuschwanstein bauen ließ und 1886 unter bis heute ungeklärten Umständen im Starnbergersee ertrank. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Freistaat Bayern neu gebildet. 1949 schließlich trat Bayern als Bundesland der Bundesrepublik Deutschland bei.

Schlösser, Klöster und alte Bräuche.

Bayern ist reich an Burgen, Klöstern, Schlössern und anderen Residenzen. In aller Welt berühmt ist vor allem das neuromanische Schloss Neuschwanstein im Allgäu, erbaut von 1868 bis 1886, das mit seinen vielen kleinen Türmen wie ein Märchenschloss wirkt. Schloss Linderhof in der Nähe von Neuschwanstein wurde ebenfalls unter der Herrschaft von König Ludwig II. Im Rokokostil errichtet.

Zu den bekanntesten Klöstern zählt ohne Frage das Kloster Ettal, das sowohl im barocken als auch im gotischen Stil erbaut wurde. Die Wieskirche in der Nähe des Passionsspielortes Oberammergau gehört zu den schönsten Sakralbauten in Europa aus der Zeit des Rokoko. Harmonisch in die Bergwelt eingefügt, birgt sie in ihrem Innern Gold und Fresken im Überfluß. Eine andere einzigartige Verbindung von Kultur und Natur bietet das Kloster St. Bartholoma mit seiner einmaligen Lage am Königssee.

Das Wahrzeichen der Großstadt mit Herz, der bayerischen Landeshauptstadt München, ist die spätgotische Frauenkirche, die von 1468 bis 1488 erbaut wurde. In München gibt es natürlich noch wesentlich mehr zu sehen: die Kunstsammlungen Alte und Neue Pinakothek, das Deutsche Museum, Schloss Nymphenburg und den Olympiapark. Ende September eines jeden Jahres heißt es dann auf der Theresienwiese: „Ozapft is!“ Hier findet das mit über sechs Millionen Gästen meistbesuchte Volksfest der Welt statt, das Oktoberfest.

Die zweitgrößte Stadt des Landes, Nürnberg, kann ebenfalls mit einem weltberühmten Fest aufwarten. Alljährlich in der Vorweihnachtszeit duftet es auf dem Christkindlmarkt nach gebrannten Mandeln und anderen Leckereien. In der Stadt an der Pegnitz können auch das Dürerhaus und die Burg (12.-16.Jh.) besichtigt werden. Traurige Berühmtheit erlangte die Stadt durch die 1945/46 durchgeführten Nürnberger Prozesse gegen die deutschen Kriegsverbrecher.

Die Verwaltungsgliederung

1. Österreich
2. Schweiz
3. Lichtenstein

Österreich besteht aus neun Bundesländern; Wien als Bundeshauptstadt ist eines davon. Die Länder gliedern sich in 83 Bezirke, darunter ist die Gemeindeebene. Insgesamt gibt es 2.357 Gemeinden, davon sind 15 Statutarstädte, die die Bezirksverwaltung selbst ausüben.



Karte der neun österreichischen Bundesländer

Bundesländer mit ihren Eckdaten per 1. Jänner 2012

Abk.	Bundesland	Hauptstadt	Bevölkerung	Fläche (in km ²)	Einwohner (pro km ²)	Ausländeranteil	Städte	Gemeinden (insgesamt)
B	 Burgenland	Eisenstadt	286.215	3.961,80	72	5,7 %	13	171
K	 Kärnten	Klagenfurt am Wörthersee	558.085	9.538,01	59	7,0 %	17	132

Bundesländer mit ihren Eckdaten per 1. Jänner 2012

Abk.	Bundesland	Hauptstadt	Bevölkerung	Fläche (in km ²)	Einwohner (pro km ²)	Ausländeranteil	Städte	Gemeinden (insgesamt)
NÖ	 Niederösterreich	St. Pölten	1.611.829	19.186,26	84	6,9 %	75	573
OÖ	 Oberösterreich	Linz	1.412.545	11.979,91	118	8,1 %	32	444
S	 Salzburg	Salzburg	531.586	7.156,03	74	12,8 %	11	119
St	 Steiermark	Graz	1.210.259	16.401,04	74	6,9 %	34	542
T	 Tirol	Innsbruck	709.912	12.640,17	56	11,0 %	11	279
V	 Vorarlberg	Bregenz	369.922	2.601,12	142	13,1 %	5	96
W	 Wien	—	1.714.142	414,65	4.134	21,5 %	1	1 (bzw. 23) ¹

¹ Wien gliedert sich in 23 Gemeindebezirke.

Städte und Ballungsräume



Graz ist nach Wien die zweitgrößte Stadt Österreichs



Salzburg ist kulturell, zum Beispiel wegen der Salzburger Festspiele, sehr bedeutend



Das Kleinwalsertal in Vorarlberg

Das mit Abstand größte Siedlungsgebiet in Österreich ist die Metropolregion Wien mit einer Einwohnerzahl von 2,4 Millionen. (Stand 2008). Damit konzentriert sich mehr als ein Viertel der Bevölkerung des Staates in der Hauptstadtregion.

Weitere größere Stadtregionen umgeben die Landeshauptstädte Graz (Steiermark), Linz (Oberösterreich), Salzburg (Salzburg) und Innsbruck (Tirol). Zu den wichtigeren Städten zählen weiters (von West nach Ost) Feldkirch, Dornbirn und Bregenz (Vorarlberg), Villach und Klagenfurt (Kärnten), Wels (Oberösterreich), St. Pölten und Wiener Neustadt (Niederösterreich). Insgesamt besitzen rund 200 Gemeinden sehr unterschiedlicher Größe das Recht, sich Stadt zu nennen (Stadtrecht); nur bei den 15 Statutarstädten ist dies von verwaltungsrechtlicher Bedeutung. Ein großes Problem, vor allem in wirtschaftlich schwachen Gegenden, ist die Abwanderung (Landflucht) der ländlichen Bevölkerung in die städtischen Ballungsräume.

Exklaven und Enklaven

Auf österreichischem Staatsgebiet findet sich mit dem Kleinwalsertal eine *funktionale Enklave* Deutschlands. Das Kleinwalsertal gehört zwar zu Vorarlberg und grenzt geographisch direkt an dieses, ist aber aufgrund der topografischen Lage auf Straßen nur über Deutschland zu erreichen. Eine weitere funktionale Enklave Deutschlands ist die Gemeinde Jungholz in Tirol, die von Österreich aus nicht erreichbar und nur durch den 1636 Meter hohen Sorgschrofen mit Österreich verbunden ist. Die Saalförste sind österreichisches Staatsgebiet, stehen aber privatrechtlich im Eigentum des Freistaates Bayern

Eine funktionale Enklave Österreichs bestand früher auf schweizerischem Staatsgebiet. Die Schweizer Gemeinde Samnaun war lange Zeit auf dem Straßenweg nicht aus der Schweiz, sondern nur über Österreich (Tirol) zu erreichen. Dies führte dazu, dass die rätoromanische Sprache im 19. Jahrhundert aufgegeben und stattdessen ein dem Tirolerischen ähnlicher Dialekt angenommen wurde. Mittlerweile gibt es zwar eine

Schweizer Straße nach Samnaun, doch besteht nach wie vor eine einst errichtete Zollfreizone. Einen ähnlichen Status wie Samnaun hatte bis 1980 die Gemeinde Spiss im österreichisch-schweizerischen Grenzgebiet. Sie war lange Zeit nur über Samnaun erreichbar und hatte mit starker Abwanderung zu kämpfen, weil sie im Gegensatz zu anderen Enklaven kaum wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeit bot.



Die 26 Kantone der Schweiz

Die Schweiz besteht aus 26 Kantonen (vor der Totalrevision der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft von 1999: 23 Kantone, wovon drei in je zwei Halbkantone gegliedert waren). Traditionell werden die Kantone auch als *Stände*, auf kantonaler Ebene auch als *Staat* (vgl. französisch *états*) bezeichnet. Die Schweiz weist im europäischen Vergleich einen ausgeprägten Föderalismus auf, der die politische und wirtschaftliche Kleinräumigkeit und Fragmentiertheit der Schweiz verstärkt.

Kantone mit ihren Eckdaten per 31. Dezember 2011 (offizielle Reihenfolge nach Bundesverfassung)

Ab Kanton k.	Hauptort	Fläche (km ²)	Einwohner	Einwohner pro km ²	Ausländer ^[29] (April 2012)	Amtssprache
ZH  Zürich	Zürich	1'729	1'392'026	805	24,5 %	deutsch
BE  Bern	Bern	5'959	984'726	165	13,4 %	deutsch, französisch

Kantone mit ihren Eckdaten per 31. Dezember 2011 (offizielle Reihenfolge nach Bundesverfassung)

Abk.	Kanton	Hauptort	Fläche (km ²)	Einwohner	Einwohner pro km ²	Ausländer ^[29] (April 2012)	Amtssprache
LU	 Luzern	Luzern	1'493	381'879	256	16,6 %	deutsch
UR	 Uri	Altdorf	1'077	35'381	33	9,9 %	deutsch
SZ	 Schwyz	Schwyz	908	147'881	163	18,8 %	deutsch
OW	 Obwalden	Sarnen	491	35'878	73	13,4 %	deutsch
NW	 Nidwalden	Stans	276	41'311	150	11,7 %	deutsch
GL	 Glarus	Glarus	685	39'214	57	21,4 %	deutsch
ZG	 Zug	Zug	239	115'084	482	24,8 %	deutsch
FR	 Freiburg	Freiburg	1'671	284'546	170	19,4 %	französisch, deutsch
SO	 Solothurn	Solothurn	791	256'941	325	19,5 %	deutsch
BS	 Basel-Stadt	Basel	37	186'221	5'033	33,4 %	deutsch
BL	 Basel-Landschaft	Liestal	518	275'321	532	19,5 %	deutsch
SH	 Schaffhausen	Schaffhausen	298	77'107	259	23,7 %	deutsch
AR	 Appenzell Ausserrhoden	Herisau, Trogen ¹	243	53'307	219	14,2 %	deutsch
AI	 Appenzell Innerrhoden	Appenzell	173	15'741	91	9,8 %	deutsch
SG	 St. Gallen	St. Gallen	2'026	483'101	239	22,1 %	deutsch
GR	 Graubünden	Chur	7'105	193'349	27	16,9 %	deutsch, rätoromanisch, italienisch
AG	 Aargau	Aarau	1'404	618'147	440	22,4 %	deutsch
TG	 Thurgau	Frauenfeld	991	251'939	254	22,3 %	deutsch
TI	 Tessin	Bellinzona	2'812	336'888	120	26,6 %	italienisch

Kantone mit ihren Eckdaten per 31. Dezember 2011 (offizielle Reihenfolge nach Bundesverfassung)

Abk.	Kanton	Hauptort	Fläche (km ²)	Einwohner	Einwohner pro km ²	Ausländer ^[29] (April 2012)	Amtssprache
VD	 Waadt	Lausanne	3'212	725'791	226	31,4 %	französisch
VS	 Wallis	Sitten	5'224	316'773	61	21,3 %	französisch, deutsch
NE	 Neuenburg	Neuenburg	803	173'123	216	23,6 %	französisch
GE	 Genf	Genf	282	460'348	1'632	36,2 %	französisch
JU	 Jura	Delsberg	838	70'532	84	12,6 %	französisch, deutsch (63,7 %), französisch (20,4 %), italienisch (6,5 %), rätoromanisch ^[2] (0,5 %)
CH	 Schweizerische Eidgenossenschaft	Bern (Bundesstadt)	41'285	7'952'555	193	22,6 %	

¹ Herisau ist Sitz der Regierung und des Parlaments des Kantons Appenzell Ausserrhoden, der Sitz von Justiz und Polizei des Kantons ist Trogen. Zu Zeiten der Landsgemeinde wurden diese abwechselungsweise in Trogen und Hundwil abgehalten. Appenzell Ausserrhoden hat daher keinen klar definierten Hauptort, da sich in allen anderen Kantonen die genannten Behörden und Versammlungen im Hauptort befinden.

Enklaven

Büdingen am Hochrhein wie auch Campione d'Italia sind Enklaven in der Schweiz. Die deutsche Gemeinde Büdingen ist nördlich des Rheins vom Kanton Schaffhausen umgeben, südlich davon grenzt sie an die Kantone Zürich und Thurgau. Das italienische Campione, bekannt für sein Spielcasino, liegt am Luganersee innerhalb des Kantons Tessin.

Lange Zeit *funktionale Enklave* war das italienische Livigno. Seit der Errichtung einer Passstrasse ist Livigno auch von Italien aus zu erreichen. Um das Leben in der dennoch abgeschiedenen Lage zu attraktivieren, ist die Gemeinde heute eine zollfreie Zone, nachdem sie zuvor dem schweizerischen Zollgebiet zugerechnet wurde.

Verwaltungsgliederung



Verwaltungsgliederung: **Gemeinden Liechtenstein** s

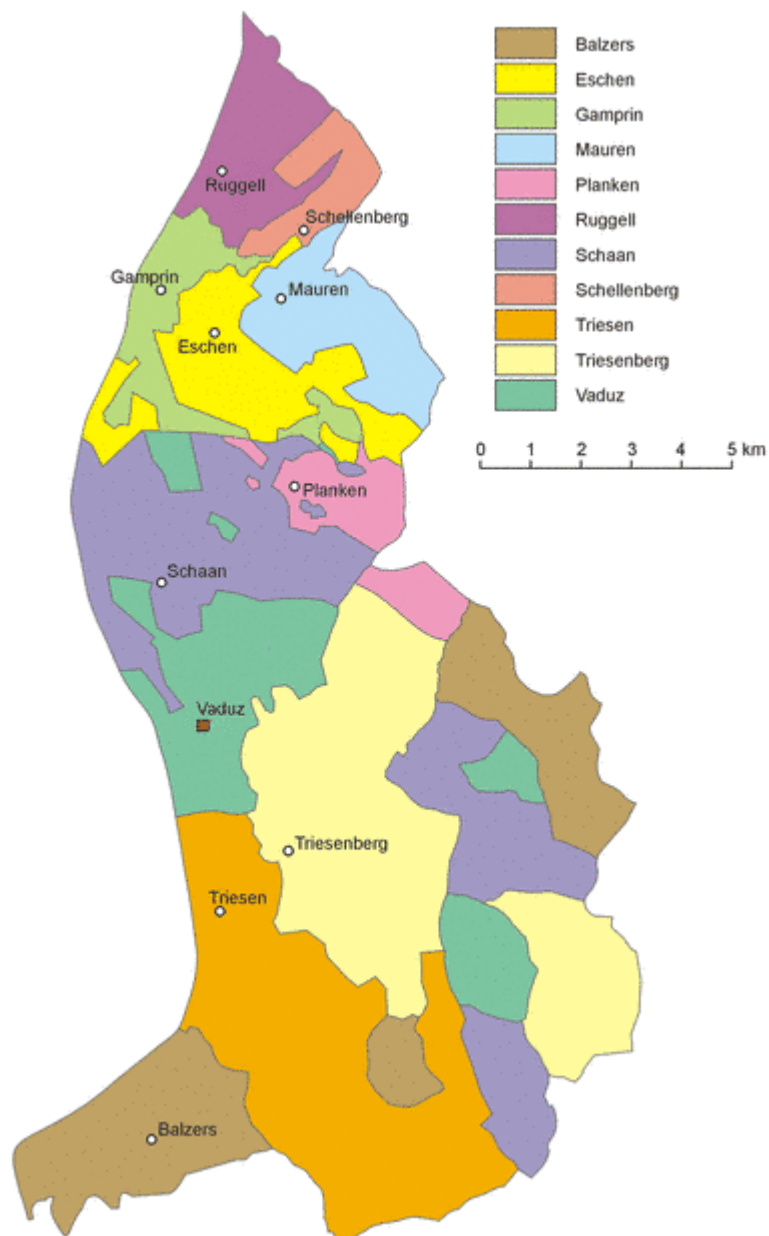
Liechtenstein gliedert sich in elf Gemeinden, die auf die beiden Wahlkreise Unterland und Oberland verteilt sind. Die Gemeinden weisen trotz ihrer geringen Grösse komplexe Formen in ihrer territorialen

Ausdehnung auf. Sieben Gemeinden umfassen neben einem Hauptteil auch eine oder mehrere Exklaven. Die politische Zweiteilung des Landes ist historisch bedingt; das Unterland geht auf die Herrschaft Schellenberg, das Oberland auf die Grafschaft Vaduz zurück.

Zum Unterland gehören die Gemeinden Eschen, Gamprin, Mauren, Ruggell und Schellenberg; zum der Fläche nach wesentlich grösseren Oberland zählen die Gemeinden Balzers, Planken, Schaan, Triesen, Triesenberg und Vaduz.

Gemeinden in Liechtenstein

Das Fürstentum Liechtenstein ist in elf Gemeinden unterteilt.



- [Staatsaufbau](#)
- [Fürstenhaus](#)
- [Landtag](#)
- [Regierung](#)
- [Internationale Mitgliedschaften](#)
- [Gemeinden in Liechtenstein](#)
- [Amtsstellen](#)

Demokratische Grundlage

I. Staatlicher Aufbau

II. Parteien und Wahlen

Plan:

1. Die Verfassungsorgane im politischen Prozess
2. Strukturmerkmale des Regierens
3. Das Parteiensystem
4. Wahlen und Wählerverhalten

Grundbegriffe:

Repräsentieren – vertreten; etw. darstellen, würdevoll auftreten

Integration, die – Vervollständigung; Vereinigung;
Zusammenschluss (von Teilen zu einem Ganzen)

Periode, die – Zeitabschnitt, -raum, -alter; Kreislauf

Präsidium, das – Vorsitz; Vorsteheramt

Plenarsitzung, die – Vollsitzung

Parlament, das - Volksvertretung, gesetzgebende Körperschaft

Demokratie, die – Prinzip der Volksherrschaft; Staatsform, deren
Charakter durch die jeweils herrschende Klasse bestimmt wird.

Kompromiss, der – Übereinkunft zu einer der Angelegenheit durch
teilweises Nachgeben und beiderseitige Zugeständnisse

Fraktion, die – Bruchteil, Gesamtheit der Abgeordneten einer Partei,
sich absondernde Gruppe von Parteiangehörigen

Plenum, das – Gesamtheit der Mitglieder einer Körperschaft;
Vollsitzung; Vollversammlung

Vizepräsident, der – Stellvertreter

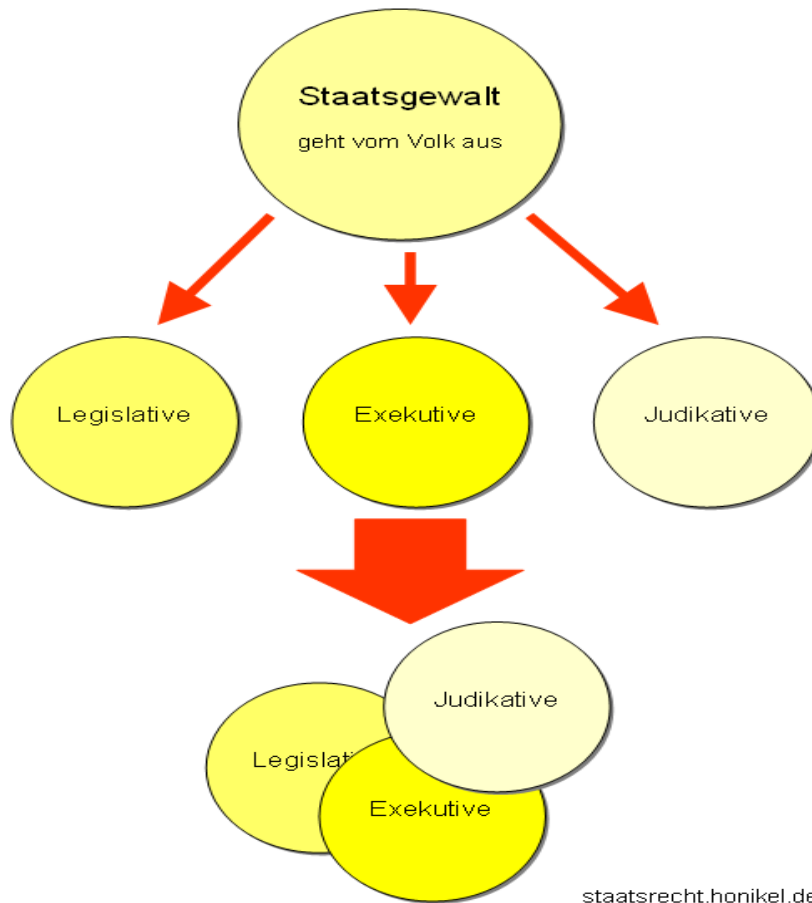
Ressort, das – Geschäftsbereich; Aufgabenkreis; Amtsbereich

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Bundesstaat, gegliedert in sechzehn Länder. Die größten Bundesländer sind Baden-Württemberg mit der Hauptstadt Stuttgart, Bayern mit der Hauptstadt München und Niedersachsen mit der Hauptstadt Hannover. Jedes Land hat seine eigene Verfassung, seinen eigenen Verwaltungsapparat. Sie geben sich ihre eigenen Gesetze im Bereich des Schul- und Hochschulwesens. Außerdem sind sie vor allem für das Kommunalrecht und das Recht der Ordnungsbehörden zuständig. Die wichtigsten politischen Organe der Bundesrepublik sind: der Bundestag, der Bundesrat, die Bundesregierung.

Jedes Land hat mindestens drei, kein Land mehr als sechs Stimmen. Das Staatsoberhaupt Deutschlands ist der für fünf Jahre gewählte Bundespräsident. Der Bundespräsident vertritt die Bundesrepublik völkerrechtlich. Zu seinen Aufgaben gehört auch die Ernennung des vom Deutschen Bundestag gewählten Bundeskanzlers und der Bundesminister.

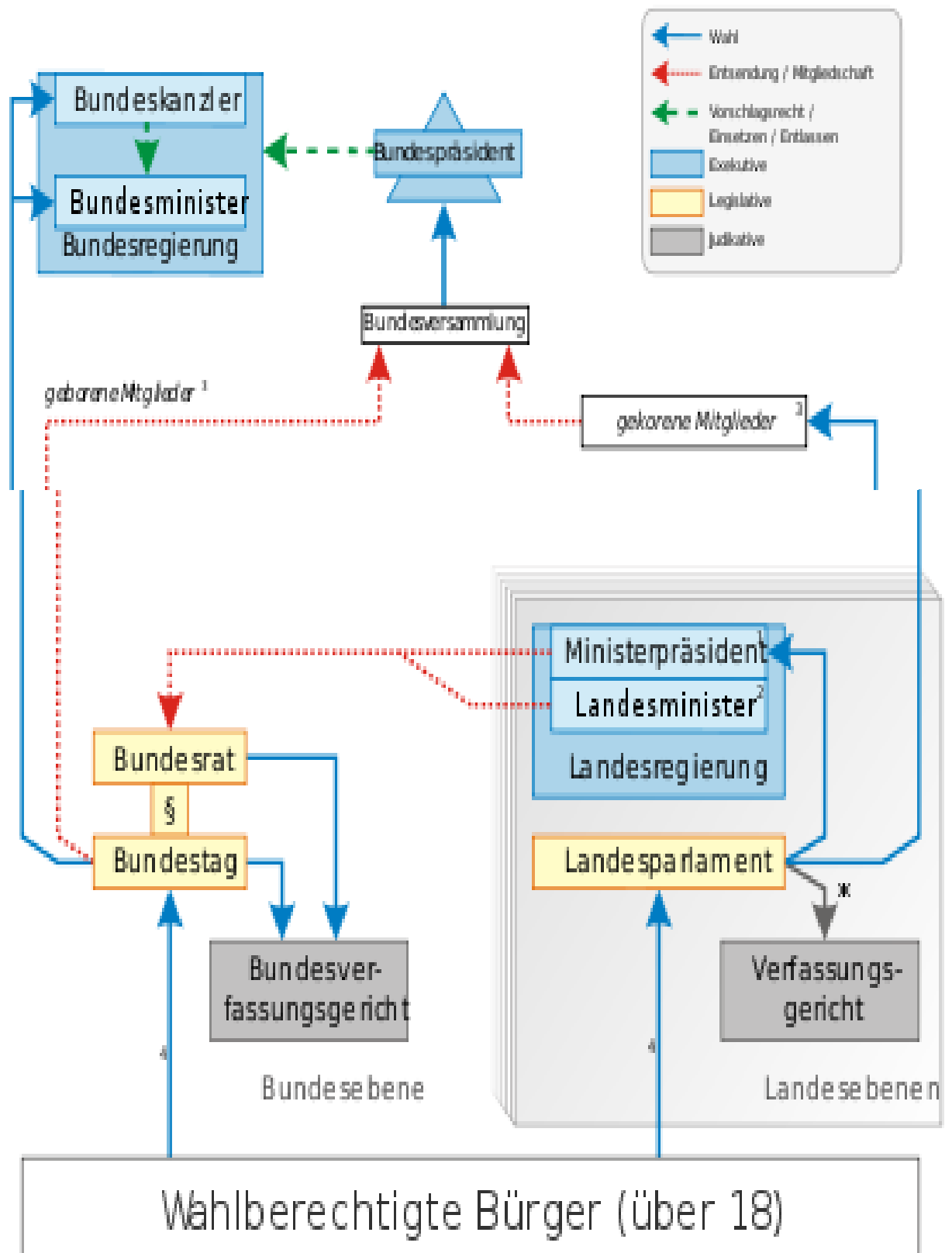
Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler und den Bundesministern. Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik.

Die Verfassungsorgane mit vorwiegend legislativen (gesetzgeberischen) Aufgaben sind der Bundestag und der Bundesrat.



Die exekutiven Aufgaben, also das staatliche Handeln, nehmen vor allem die Bundesregierung mit dem Bundeskanzler und der Bundespräsident wahr. Die Funktion der Rechtsprechung kommt auf Verfassungsebene dem Bundesverfassungsgericht zu.

staatsrecht.honikel.de



Der Regierungschef der Stadtstaaten wird in Bremen Bürgermeister, in Hamburg Erster Bürgermeister und in Berlin Regierender Bürgermeister genannt.

¹ In den Stadtstaaten werden die Landesminister Senatoren genannt, in Bayern werden sie Staatsminister genannt.

Im Landesparlament gewählte Vertreter des Volkes. Diese müssen nicht dem Landesparlament angehören. Außerdem sind alle Mitglieder des Bundestags Mitglieder der Bundesversammlung.

* Die Wahlen sind allgemein, frei, geheim, unmittelbar und gleich.

² In jedem Bundesland existieren unterschiedliche Regelungen zur Bestimmung der Mitglieder des Verfassungsorgans auf Landesebene.



Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland Amtierender Bundespräsident **Joachim Gauck**

Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland ist der Bundespräsident. Er wird von der Bundesversammlung gewählt, einem Verfassungsorgan, das nur zu diesem Zweck zusammentritt. Es besteht aus den Bundestagsabgeordneten sowie einer gleich großen Zahl von Delegierten, die von den Länderparlamenten gewählt werden. Zumeist sind es Landtagsabgeordnete, zum Teil auch Kommunalpolitiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Die Wahl erfolgt ohne Aussprache. Wählbar ist jeder Deutsche, der das 40. Lebensjahr vollendet hat. Gewählt wird der Bundespräsident mit der Mehrheit der Stimmen der Bundesversammlung für eine Amtszeit von fünf Jahren. Eine einmalige Wiederwahl ist zulässig. Diese Wahl ist die einzige Aufgabe der Bundesversammlung.

Der Bundespräsident



Der Bundespräsident der BRD hat die üblichen Funktionen eines Staatsoberhauptes. Dazu gehören:
die Repräsentation der BRD nach innen und außen: nach innen durch sein öffentliches Auftreten bei staatlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen, durch Reden bei besonderen Anlässen, durch Besuche in den Bundesländern und Gemeinden; nach außen durch Staatsbesuche und den Empfang ausländischer Staatsgäste;

die völkerrechtliche Vertretung der BRD: durch Unterzeichnung der Verträge mit anderen Staaten; durch förmliche Bestellung (Beglaubigung) der deutschen diplomatischen Vertreter und die Entgegennahme der Beglaubigungsschreiben der ausländischen Diplomaten.

Bei der Wahrnehmung weiterer Rechte kann der Bundespräsident nicht selbständig, sondern nur im Zusammenwirken mit anderen Verfassungsorganen handeln.

Der Bundespräsident schließt im Namen des Bundes Verträge mit ausländischen Staaten ab; er beglaubigt und empfängt die Botschafter. Er ernennt und entlässt die Bundesrichter, Bundesbeamten, die Offiziere und Unteroffiziere. Er prüft das verfassungsmäßige Zustandekommen von Gesetzen, anschließend werden sie im Bundesgesetzblatt verkündet. Auch hier wird der Bundespräsident den Vorschlägen der Regierung oder anderer Verfassungsorgane folgen, außer bei extremen Fehlentscheidungen.

Politisch eigenständig handeln kann der Bundespräsident in bestimmten parlamentarischen Krisensituationen:

erhält bei der Kanzlerwahl ein Kandidat auch im dritten Wahlgang nicht die absolute, sondern nur die einfache Mehrheit, kann der Bundespräsident ihn zum Kanzler einer Minderheitenregierung ernennen oder den Bundestag auflösen und Neuwahlen herbeiführen. Angesichts stabiler Mehrheiten ist dieser Fall bisher nicht eingetreten; findet der Bundeskanzler bei einer Vertrauensabstimmung keine Mehrheit, kann der Bundespräsident auf Antrag des Bundeskanzlers den Bundestag auflösen.

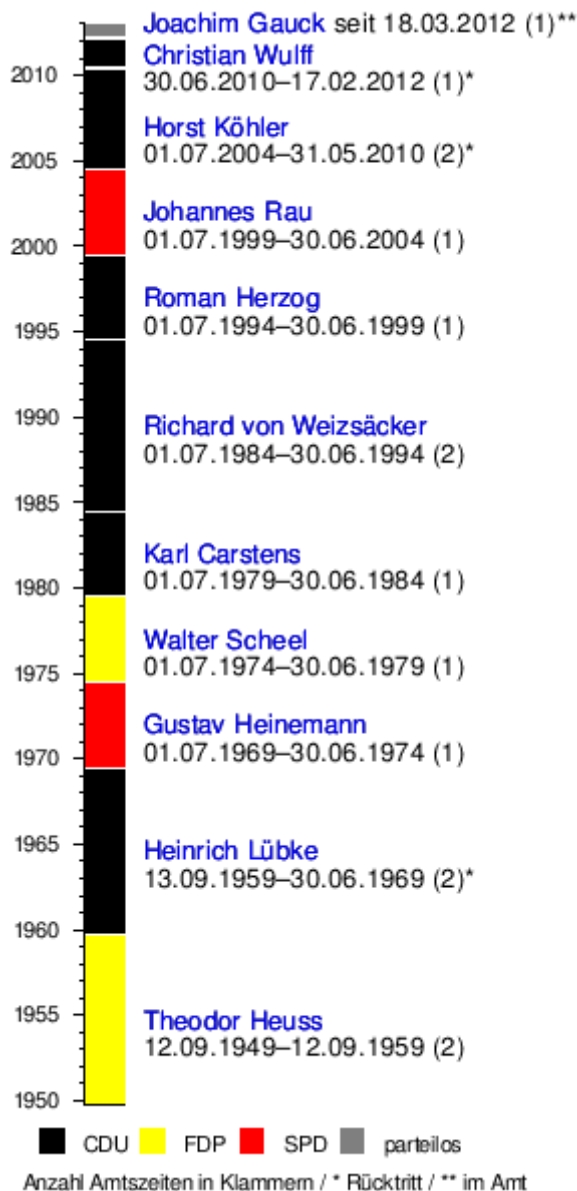
Einen Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers schlägt der Bundespräsident dem Bundestag vor. Er ernennt und entlässt auf Vorschlag des Kanzlers die Bundesminister. Findet ein Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung des Bundestages, kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Kanzlers den Bundestag auflösen.

Zu einer Auflösung des Bundestages durch den Bundespräsidenten ist es gekommen, als Willy Brandt 1972 und Helmut Kohl 1982 einen entsprechenden Antrag stellten, um Neuwahlen herbeizuführen und eine sichere Mehrheit zu bekommen.

Der Bundespräsident verkörpert die Einheit des politischen Gemeinwesens in besonderer Weise. Trotz seiner vorwiegend repräsentativen Aufgaben kann der Bundespräsident als ausgleichende, neutrale Kraft über dem politischen Tageskampf eine große persönliche Autorität gewinnen. Mit grundlegenden Stellungnahmen zu Themen der Zeit vermag er über das politische Tagesgeschäft hinaus Maßstäbe für die politische und moralische Orientierung der Bürger zu setzen.

Die Bedeutung des Präsidentenamts reicht weit über diese formalen Kompetenzen hinaus. Als eine unabhängige, über dem parteipolitischen Streit stehende Persönlichkeit repräsentiert er das Gemeinsame. Er soll Vertrauen vermitteln, moralische Maßstäbe setzen, Ratschläge erteilen, in Kontroversen ausgleichend wirken, nicht zuletzt Würde ausstrahlen. Alle bisherigen Amtsinhaber haben versucht, diese Integrationsfunktion wahrzunehmen, wenn sie dabei auch unterschiedliche Akzente gesetzt haben. In der Regel war ihr Beliebtheitsgrad höher als derjenige aller

oder der meisten anderen Politiker, und das Amt des Bundespräsidenten wurde von mehr Bürgern positiv bewertet als jedes andere politische Amt.



Der Bundestag. Das höchste gesetzgebende Organ der Bundesrepublik ist der Bundestag. Er wurde am 2. Dezember 1990 in freier, gleicher, allgemeiner, geheimer und direkter Wahl zum ersten Mal gesamtdeutsch gewählt. Die Wahlperiode beträgt vier Jahre. Eines der fünf Mitglieder des Präsidiums des Deutschen Bundestages leitet jeweils die Plenarsitzungen. Der größte Teil der parlamentarischen Arbeit wird in den Ausschüssen geleistet, die sich jeweils mit einem bestimmten Sachgebiet befassen.



Der Deutsche Bundestag ist die Volksvertretung der Bundesrepublik Deutschland. Er wird vom Volk auf vier Jahre gewählt. Eine (vorzeitige) Auflösung ist nur ausnahmsweise möglich und liegt in der Hand des Bundespräsidenten. Die wichtigsten Aufgaben des Bundestags sind die Gesetzgebung, die Wahl des Bundeskanzlers und die Kontrolle der Regierung.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

In der BRD gilt wie in allen anderen repräsentativen Demokratien der Grundsatz des freien Mandats. Die Abgeordneten gehen als Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind daher nicht an Aufträge und Weisungen ihrer Wähler und ihrer Partei gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

Das Gegenteil des freien Mandats ist das imperative Mandat. Ein imperative Mandat führt dazu, dass Abgeordnete in allen Entscheidungen von der „Basis“ abhängen. Sie müssen jedesmal darauf achten, dass ihr Stimmverhalten die Zustimmung ihrer Wähler findet. Damit werden Kompromisse erschwert oder unmöglich gemacht.

Das freie Mandat bedeutet nicht, dass Abgeordnete nach Belieben ohne Rücksicht auf ihre Wähler, ihre Partei oder Fraktion abstimmen können. Es bewahrt sie aber davor, bei einem Konflikt mit ihrer Fraktion ihr Mandat zu verlieren.

Fraktion	Sitze	Anteil
 Christliche Demokratische Union	239	38,4 %
	146	23,5 %
	93	15,0 %
	76	12,2 %
	68	10,9 %

Die Abgeordneten einer Partei im Parlament bilden eine Fraktion. Zur Bildung einer Fraktion ist eine Mindestzahl von Abgeordneten nötig. Im Bundestag sind es 5% - 34 Abgeordnete. Bleiben die Abgeordneten einer Partei unter dieser Fraktionsstärke, können sie sich zu einer Gruppe zusammenschließen. Der Status einer Gruppe berechtigt zur Einbringung von Vorlagen, sichert Redezeit entsprechend der Gruppenstärke zu, stellt den Gruppenvorsitzenden rechtlich dem Fraktionsvorsitzenden gleich und verschafft die für die parlamentarische Arbeit erforderlichen finanziellen, technischen und personellen Mittel.

Die Fraktionen organisieren und steuern die Arbeit im Parlament. Sie besetzen entsprechend ihrer Stärke das Präsidium, den Ältestenrat und die Ausschüsse. Nur Fraktionen oder so viele Abgeordnete, wie es der Mindeststärke einer Fraktion entspricht, können Anträge einbringen, beispielsweise Gesetzesvorlagen, Große und Kleine Anfragen. Diese Bestimmung verhindert, dass einzelne Abgeordnete mit einer Vielzahl von Anträgen oder Anfragen die Arbeit des Parlaments lahmlegen. Jeder Abgeordnete hat jedoch das Recht, ohne Beschränkung mündliche Anfragen zu stellen.

Die Stärke der Fraktionen und Gruppen bestimmt die zahlenmäßige Zusammensetzung der Ausschüsse. Der Präsident des Bundestags wird nach altem Deutschen Verfassungsbrauch aus den Reihen der stärksten Fraktion gewählt.

Für den Bundestag als Ganzes gilt wie für die Fraktionen das Prinzip der Arbeitsleitung. Die eigentliche parlamentarische Arbeit wird in den Ausschüssen geleistet. Die Ausschüsse entsprechen den Arbeitskreisen und Arbeitsgruppen der Fraktionen. Deren Mitglieder sind meist zugleich die Vertreter ihrer Fraktionen in entsprechenden Fachausschüssen. In den Ausschüssen werden die Gesetzentwürfe und sonstigen Initiativen diskutiert und formuliert, um dann dem Plenum zur Beschlussfassung vorgelegt zu werden.

Das Plenum des Bundestages ist das Forum der großen parlamentarischen Auseinandersetzungen, vor allem, wenn dort entscheidene Fragen der Außen- und Innenpolitik diskutiert werden. In den zumeist nichtöffentlichen Sitzungen der Parlamentsausschüsse wird die entscheidende Vorarbeit für jedes Gesetz geleistet, dort muss der politische Gestaltungswille mit der Sachkenntnis der jeweiligen Experten in Einklang gebracht werden. Nur das Bundestagsplenum kann rechtswirksame Beschlüsse fassen. Der Bundestag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Viele Beschlüsse kommen allerdings zustande, wenn weit weniger Abgeordnete anwesend sind.

Präsidium. Die Sitzungen des Bundestages werden von der Bundespräsidentin geleitet. Traditionell wird sie von der stärksten Fraktion gestellt. Als Präsidentin des obersten Verfassungsorgans nimmt sie protokollarisch nach dem Bundespräsidenten und dem Bundespräsidenten und noch vor dem Bundeskanzler den dritten Platz im Staate ein. Mit der Präsidentin werden mehrere Vizepräsidenten gewählt, gemeinsam bilden sie das Präsidium.

Die Bundestagspräsidentin repräsentiert den Bundestag nach außen und ist zugleich oberste Dienstvorgesetzte der Bundestagsverwaltung. Ihre wichtigste Aufgabe ist die Leitung der Bundestagssitzungen, in der sie sich mit den derzeit vier Vizepräsidenten ablöst.

Die wichtigste Aufgabe des Bundestags ist die Gesetzgebung. Im Grundgesetz wird als weitere Aufgabe des Bundestags die Wahl des Bundeskanzlers und anderer wichtiger Staatsorgane genannt. Der Bundestag erfüllt folgende Funktionen:

- **Wahlfunktion: Der Bundeskanzler** wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestage ohne Aussprache gewählt. Schon vor der Wahl steht fest, welcher Kandidat bei entsprechender Mehrheit Kanzler wird, zumeist auch, mit welcher Koalition er regieren wird. Der Bundestag führt mit der Wahl des Kanzlers letztlich nur den Wählerwillen aus. Der Bundestag kann den Bundeskanzler abwählen, indem er mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt. Damit wird gesichert, dass der Bundeskanzler nur dann aus dem Amt entlernt werden kann, wenn sich im Bundestag eine neue Regierungsmehrheit zusammenfindet.

- **Gesetzgebungsfunktion:**

In einem Bundesstaat wie der Bundesrepublik Deutschland gibt es Bundesgesetze, die für das gesamte Gebiet des Bundes gelten, und Landesgesetze, die nur im jeweiligen Bundesland verbindlich sind. Landesgesetze dürfen Bundesgesetzen nicht widersprechen. Damit soll gesichert werden, dass überall im Bundesgebiet die „Lebensverhältnisse gleichwertig“ sind. Das Grundgesetz regelt sehr ausführlich die Zuständigkeiten der Gesetzgebung von Bund und Ländern. Die meisten Gesetzentwürfe stammen von der Bundesregierung, der kleinere Teil wird aus der Mitte des Parlaments oder auch vom Bundesrat eingebracht. Die Gesetzentwürfe durchlaufen im Bundestag drei Lesungen und werden in der Regel einmal dem zuständigen Ausschuss zugeleitet. In der dritten Lesung wird endgültig abgestimmt. Ein Gesetz ist angenommen, wenn es die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Bei Gesetzesvorlagen, welche die Aufgaben der Bundesländer betreffen, muss allerdings noch der Bundesrat zustimmen.

- **Willensbildungsfunktion.** Das Parlament soll das „Forum der Nation“ sein. Hier sollen die wichtigen politischen Themen diskutiert und Konzepte zur Lösung von Problemen entwickelt werden. Die politische Willensbildung vollzieht sich in den Fraktionen und den Ausschüssen, dort fallen auch die politischen Entscheidungen. Diese intensive und effiziente Detailarbeit geschieht zwangsläufig unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Der Bundesrat. Der Bundesrat besteht aus den Mitgliedern der Länderregierungen.

Der Bundesrat, die Vertretung der 16 Bundesländer, wirkt bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mit.

In einem Bundesstaat besteht das Parlament aus zwei Kammern (Häusern). Die Volksvertretung, in Deutschland der Bundestag, wird immer vom Volk direkt gewählt. Die andere Kammer kann auf unterschiedliche Weise gebildet werden, beispielsweise durch direkte Wahl in den Bundesstaaten. Die zweite Kammer kann auch aus Regierungsmitgliedern der Länder bestehen, wie in Deutschland der Bundesrat.

Der Bundesrat ist eines der fünf Verfassungsorgane des Bundes. Er ist das gemeinsame Organ der Länder auf Bundesebene und soll die Interessen der Länder in der Bundesrepublik wahrnehmen.

Die 16 Bundesländer entsenden zwischen drei und sechs Mitglieder in den Bundesrat und haben ebenso viele Stimmen. Je nach Einwohnerzahl haben die Länder drei, vier, fünf, sechs Stimmen; sie können nur einheitlich abgegeben werden (Länder mit mehr als sieben Millionen Einwohnern haben vier und mit mehr als sieben Millionen sechs Stimmen). Bundesratsmitglieder sind die Regierungschefs, die Minister für Bundesangelegenheiten und weitere Fachminister.

Zum Präsidenten des Bundesrates wird für ein Jahr reihum der Regierungschef eines Bundeslandes gewählt. Der Bundespräsident ist Stellvertreter des Bundespräsidenten. Wie im Bundestag wird die eigentliche Arbeit in den Ausschüssen geleistet. Der Bundesrat hat 17 Fachausschüsse gebildet, in die jedes Land ein Mitglied entsendet. Es sind die jeweils zuständigen Fachminister, die sich in der Regel durch Ministerialbeamte vertreten lassen. Jedes Land hat eine Stimme, Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst.

Das Plenum tagt gewöhnlich alle drei Wochen. Es beschließt mit Stimmenmehrheit, von den 68 Stimmen sind mindestens 35 für einen Beschluss erforderlich.

Die wichtigste Aufgabe des Bundesrates ist die Mitwirkung an der Gesetzgebung des Bundes. Mehr als die Hälfte aller Gesetze benötigt die Zustimmung des Bundesrats, d.h. sie können nicht ohne oder gegen den Willen des Bundesrates zustande kommen. Zustimmungspflicht sind Gesetze vor allem dann, wenn wesentliche Interessen der Länder berührt werden, etwa wenn sie in die Finanzen oder in die Verwaltungshoheit der Länder eingreifen, in jedem Fall erfordern Verfassungsänderungen die Zustimmung des Bundesrats mit zwei Dritteln der Stimmen. In den übrigen Fällen hat der Bundesrat lediglich ein Recht zum Einspruch, den der Bundestag überstimmen kann. Können sich Bundestag und Bundesrat nicht einigen,

muss der aus Mitgliedern beider Häuser zusammengesetzte Vermittlungsausschuss tätig werden, der meist einen Kompromiss aushandeln kann.

Im Bundesrat tritt das Landesinteresse immer wieder vor Parteiinteressen; die Abstimmungen können dann zu anderen Ergebnissen führen, als es die Mehrheitsverhältnisse der politischen Parteien erwarten lassen. Das spricht für einen lebendigen Föderalismus. Die Bundesregierung kann sich nicht immer darauf verlassen, dass eine Landesregierung, die von derselben Partei gefragt wird, ihr in allem folgt, jedes Land vertritt dort eben auch seine besonderen Interessen und sucht bisweilen Bündnisse mit anderen Ländern, die das gleiche Ziel anstreben, unabhängig davon, welche Partei dort die Regierung stellt. Das führt zu wechselnden Mehrheiten, Kompromisse müssen immer dann gefunden werden, wenn die Parteien, die die Bundesregierung tragen, im Bundesrat keine Mehrheit haben.

Aus dem Kreis der Länder wählt der Bundesrat nach einem feststehenden Turnus für jeweils ein Jahr seinen Präsidenten. Der Präsident des Bundesrats nimmt die Befugnisse des Bundespräsidenten wahr, wenn dieser verhindert ist.

Bundesregierung. Die Bundesregierung hat die Aufgabe der politischen Führung. Sie soll den politischen Willen der parlamentarischen Mehrheit in praktische Politik umsetzen und die inneren Verhältnisse und die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland gestalten. Sie hat außerdem die Verantwortung für die Ausführung der Gesetze durch die Bundesbehörden.

Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler und den Bundesministern, die zusammen das Kabinett bilden. Der Bundeskanzler wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestag gewählt. Die Bundesminister werden auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt.

In der politischen Praxis geht die Regierungsbildung der Wahl des Bundeskanzlers voraus. Der designierte (vorgesehene) Kanzler, bisher immer Führer der stärksten Fraktion, handelt zusammen mit den an der Regierung teilnehmenden Parteien (Koalitionspartnern) das Regierungsprogramm aus und legt Anzahl und Zuständigkeitsbereiche der Bundesminister fest. Dem Bundeskanzler allein steht das Recht zur Kabinettsbildung zu: Er wählt die Minister aus und macht den für den Bundespräsidenten verbindlichen Vorschlag ihrer Ernennung oder Entlassung. Er überlässt ihnen bestimmte Kabinettsitze und deren personelle Besetzung. Ebenso muss er darauf achten, dass wichtige Gruppen und Strömungen seiner eigenen Partei, starke Landesverbände und Frauen bei der Verteilung der Ministerposten angemessen berücksichtigt werden.

Der Bundeskanzler hat in der Bundesregierung eine herausragende Stellung (Kanzlerprinzip). Sie zeigt sich darin, dass er als einziges Mitglied der Bundesregierung vom Bundestag gewählt ist und damit über eine besondere demokratische Legitimation verfügt;

allein den Antrag stellen kann, der Bundestag möge ihm das Vertrauen aussprechen; bei Ablehnung der Vertrauensverträge kann er Neuwahlen herbeiführen;

allein durch ein Mißtrauensvotum zu stürzen ist, wobei auch alle seine Minister ihr Amt verlieren;

das Recht hat, Minister zu Ernennung und zu Entlassung vorzuschlagen, während der Bundestag keinen Minister zum Rücktritt zwingen kann;

die Richtlinien der Politik bestimmt und für sie die alleinige Verantwortungen trägt.

Die Richtlinienkompetenz ist die wichtigste Befugnis des Kanzlers. Sie weist ihm die Führungsrolle im Kabinett zu. Er kann von einer Mehrheit im Kabinett nicht überstimmt werden.

Die Verfassung gibt dem Kabinett die Möglichkeit, sein Kabinett straff zu führen. Wie er sie nutzt, hängt ab von seiner Persönlichkeit, von seinem Rückhalt in seiner Partei und Fraktion sowie vom Gewicht seiner Koalitionspartner.

Der erste Bundeskanzler, Konrad Adenauer (1949-1963, er bildet eine Regierungskoalition aus CDU/CSU, FDP und Deutscher Partei), hatte eine so unangefochtene Machposition, dass für seine Regierungszeit das Schlagwort von der Kanzlerdemokratie geprägt wurde. Im Rückblick zeigt sich, dass Adenauers starke Position sich nicht so sehr aus der Richtlinienkompetenz herleitete, sondern auf seine Persönlichkeit und auf die politische Konstellation zurückzuführen war.

Die späteren Bundeskanzler waren:

Ludwig Erhard (1963-1966). Im Alter von 87 Jahren tritt Bundeskanzler Adenauer nach 14jähriger Amtszeit zurück; Kurt Georg Kiesinger (1966-1969); Willy Brandt (1969-1974); Helmut Schmidt (1974-1982); Helmut Kohl (1982-1998); Gerhard Schröder (1998-2005); Angela Merkel.(2005)

Der Bundeskanzler ist das einzige vom Parlament gewählte Kabinettsmitglied, und er allein ist ihm verantwortlich.

Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Nr.	Name (Lebensdaten)	Partei	Amtsantritt	Ende Amtszeit ¹	der Länge Amtszeit	der Kabinette	Deutsche Bundestag
1	<u>Konrad Adenauer</u> (1876–1967)	<u>CDU</u>	15. September 1949	16. Oktober 1963	14 Jahre, 1 Monat, 2 Tage	1 I, II, III, IV/V	<u>1.</u> , <u>2.</u> , <u>3.</u> , <u>4.</u>
2	<u>Ludwig Erhard</u> (1897–1977)	<u>CDU</u>	16. Oktober 1963	1. Dezember 1966	3 Jahre, 1 Monat, 16 Tage	1 I, II	<u>4.</u> , <u>5.</u>
3	<u>Kurt Georg Kiesinger</u> (1904–1988)	<u>CDU</u>	1. Dezember 1966	21. Oktober 1969	2 Jahre, 10 Monate, 21 Tage	1 I	<u>5.</u>
4	<u>Willy Brandt</u> (1913–1992)	<u>SPD</u>	21. Oktober 1969	7. Mai 1974 ²	4 Jahre, 6 Monate, 16 Tage	6 I, II	<u>6.</u> , <u>7.</u>
	<u>Walter Scheel</u> ² (* 1919)	(* <u>FDP</u>)	7. Mai 1974	16. Mai 1974	10 Tage	—	<u>7.</u>
5	<u>Helmut Schmidt</u> (* 1918)	(* <u>SPD</u>)	16. Mai 1974	1. Oktober 1982	8 Jahre, 4 Monate, 17 Tage	4 I, II, III	<u>7.</u> , <u>8.</u> , <u>9.</u>
6	<u>Helmut Kohl</u> (* 1930)	<u>CDU</u>	1. Oktober 1982	27. Oktober 1998	16 Jahre, 16 Tage	26 I, II, III, IV, V	<u>9.</u> , <u>10.</u> , <u>11.</u> , <u>13.</u>
7	<u>Gerhard Schröder</u> (* 1944)	(* <u>SPD</u>)	27. Oktober 1998	22. November 2005	7 Jahre, 7 Tage	26 I, II	<u>14.</u> , <u>15.</u>
8	<u>Angela Merkel</u> (* 1954)	(* <u>CDU</u>)	22. November 2005	im Amt		I, II	<u>16.</u> , <u>17.</u>

Konrad Adenauer (1949–1963)



Konrad Adenauers Amtszeit war wesentlich von außenpolitischen Ereignissen geprägt. Die Westbindung mit NATO-Beitritt und Gründung der EGKS, dem Grundstein der Europäischen Union, setzte er gegen den Widerstand der SPD durch. Er brachte die deutsch-französische Aussöhnung voran und unterschrieb 1963 den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag. Ebenso setzte er sich in starkem Maße für die deutsch-jüdische Versöhnung ein. Auch innenpolitisch wird ihm – neben seinem Nachfolger Ludwig Erhard – das Wirtschaftswunder, die starke wirtschaftliche Erholung der westdeutschen Gesellschaft, angerechnet. Durch sozialpolitische Beschlüsse wie die Lastenausgleichsgesetzgebung oder die dynamische Rente erreichte er die Integration von Flüchtlingen, die Entschädigung von Opfern des Zweiten Weltkrieges und die Bildung einer stabilen Gesellschaft mit breitem Mittelstand. Negativ werden seine strikte Ablehnung gegen Ludwig Erhard als Nachfolger, sein Verhalten in der Spiegel-Affäre, seine Uneindeutigkeit bei der Frage nach der Kandidatur zum Bundespräsidenten 1959 und sein unbedingtes Festhalten an der Macht 1962/63 angemerkt. Insgesamt hat Konrad Adenauer mit seiner Interpretation der Befugnisse des Bundeskanzlers wichtige Weichen für das Amtsverständnis seiner Nachfolger gelegt. Seine 14-jährige Amtszeit dauerte länger als die demokratische Phase der Weimarer Republik bis zur Machtübergabe an Hitler. Er war bei Amtsantritt bereits 73 Jahre alt und regierte bis zu seinem 88. Lebensjahr. Damit war er der älteste Bundeskanzler und wurde auch „der Alte“ genannt.

Ludwig Erhard (1963–1966)



Ludwig Erhard kam als Mann des Wirtschaftswunders an die Macht, was durch das äußere Erscheinungsbild unterstrichen wurde. Das brachte ihm auch den Beinamen „der Dicke“ ein. Seine Kanzlerschaft stand jedoch schon wegen der Angriffe Adenauers auf seinen Nachfolger und einer einsetzenden leichten wirtschaftlichen Schwächephase unter keinem guten Stern. Als wichtigste außenpolitische Tat seiner Kanzlerschaft gilt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel unter Inkaufnahme heftiger Proteste aus arabischen Staaten. Er versuchte, die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu stärken, weshalb er als „Atlantiker“ im Gegensatz zum „Gaullisten“ Adenauer bezeichnet wurde. Erhard stürzte schließlich über wirtschaftliche Probleme und die Uneinigkeit in seiner Partei. Nach dem Rückzug der FDP-Minister aus der Regierung im Oktober 1966 begannen Verhandlungen über eine Große Koalition, schließlich trat Erhard zurück.



Kurt Georg Kiesinger (1966–1969)

Der Kanzler der ersten Großen Koalition, Kurt Georg Kiesinger, stellte ein anderes Bild eines Bundeskanzlers dar. „Häuptling Silberzunge“ vermittelte zwischen den beiden großen Parteien CDU und SPD, anstatt zu bestimmen. Wichtiges Thema seiner Amtszeit war die Durchsetzung der Notstandsgesetze. Wegen seiner früheren NSDAP-Mitgliedschaft war er Angriffen der 68er-Generation ausgesetzt; mit dieser überlappte sich die außerparlamentarische Opposition. Kiesingers Union verfehlte bei der Bundestagswahl 1969 die absolute Mehrheit lediglich um sieben Mandate.



Willy Brandt (1969–1974)

Der Emigrant Willy Brandt war der erste Sozialdemokrat im Bundeskanzleramt. Er setzte sich für die Ostverträge ein und förderte damit die Aussöhnung mit Deutschlands östlichen Nachbarländern; sein Kniefall in Warschau wurde international stark beachtet. Auch stellte er die Beziehungen zur DDR auf eine neue Grundlage. Diese Haltung verschaffte ihm in konservativen Kreisen heftige Gegnerschaft, die 1972 sogar zu einem knapp scheiternden Misstrauensvotum gegen ihn führte. Andererseits erhielt er für seine außenpolitischen Anstrengungen den Friedensnobelpreis. Innenpolitisch wollte er „mehr Demokratie wagen“; er war deswegen vor allem bei den jüngeren Wählern beliebt. In seine Amtszeit fiel die Ölkrise 1973, die zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führte, welche wiederum Brandts Ansehen schadete. Nach der Enttarnung seines engen Mitarbeiters Günter Guillaume als DDR-Spion trat Brandt zurück. Er begründete das offiziell mit Unterstellungen, die ihm nachsagten, dass er aufgrund von Frauengeschichten durch Guillaumes Spionage wahrscheinlich erpressbar sei und somit ein Risiko für die Bundesrepublik darstelle. Sein Rücktritt erfolge, weil es keinen Zweifel an der Integrität des Bundeskanzlers geben dürfe. Politische Beobachter sind sich heute einig, dass die Agentenaffäre nur der Auslöser für den geplanten Rücktritt war. Als tatsächliche Ursache für den Rücktritt werden allgemein Amtsmüdigkeit und Depressionen Brandts angenommen, die auch parteiintern zu Kritik an seinem unentschlossenen Führungsstil führten.



Helmut Schmidt (1974–1982)

Helmut Schmidt kam als Nachfolger Willy Brandts ins Amt. Der Terror der Rote Armee Fraktion, besonders im „Deutschen Herbst“ 1977, prägte die ersten Jahre seiner Amtszeit: Schmidt verfolgte in dieser Frage strikt die Politik, den Staat nicht erpressen zu lassen und zugleich den Rechtsstaat zu wahren. Innenpolitisch verfolgte er einen – für eine sozialliberale Koalition – eher konservativen Kurs. Seine Unterstützung des NATO-Doppelbeschlusses, mit der viele SPD-Mitglieder nicht einverstanden waren, läutete das Ende seiner Amtszeit ein. 1982 kam es schließlich wegen wirtschaftspolitischer Differenzen zum Bruch mit dem Koalitionspartner FDP. Wegen seiner offenen und direkten Art, auch unpopuläre Dinge auszusprechen, wird er auch „Schmidt-Schnauze“ genannt.



Helmut Kohl (1982–1998)

Helmut Kohl wurde durch ein konstruktives Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt mit den Stimmen von CDU, CSU und der Mehrheit der FDP-Fraktion zum neuen Bundeskanzler gewählt. Er versprach zu Beginn seiner Amtszeit eine „geistig-moralische Wende“. In den ersten Wochen seiner Kanzlerschaft führte er mittels einer verfassungsrechtlich umstrittenen Vertrauensfrage die Auflösung des Bundestages und vorgezogene Neuwahlen herbei. Seine persönliche Vision war ein „Europa ohne Schlagbäume“, das die Schengen-Staaten mit dem Schengener Abkommen schließlich auch verwirklichten. Ebenso setzte sich Kohl stark für die Etablierung des Euro ein. Helmut Kohls Name ist eng mit der Deutschen Einheit verknüpft: 1989 ergriff er die Gunst der Stunde nach dem Fall der Berliner Mauer und sorgte in internationalen Verhandlungen für die Zustimmung der Sowjetunion zur Wiedervereinigung und der gesamtdeutschen NATO-Mitgliedschaft. Innenpolitisch entstanden durch die Wiedervereinigung große Probleme, da die Wirtschaft in Ostdeutschland entgegen Kohls Einschätzung von den kommenden „blühenden Landschaften“ zusammengebrochen war. Die Schwierigkeiten des Aufbaus Ost waren bestimmend für seine spätere Amtszeit. Schließlich wurde er 1998 auch wegen einer Rekordarbeitslosigkeit abgewählt. Nach Kohls Amtszeit wurde bekannt, dass er zugunsten der CDU unter Verstoß gegen das Parteigesetz Spenden angenommen und „schwarzen Kassen“ zugeführt hatte. Mit 16 Jahren Amtszeit

ist Kohl der Bundeskanzler, der bisher am längsten amtierte (länger als Konrad Adenauer, 14 Jahre). Er wird deshalb auch heute noch als „ewiger Kanzler“ bezeichnet.



Gerhard Schröder (1998–2005)

Gerhard Schröder begann kurz nach Antritt seiner Kanzlerschaft mit seiner rot-grünen Koalition eine Reihe von Reformprojekten, denen gegen Ende der ersten Amtszeit eine Phase der „ruhigen Hand“ folgte. Außenpolitisch führte Schröder zunächst die transatlantische Partnerschaft wie seine Vorgänger fort: 1999 und 2001 unterstützte Deutschland im Rahmen der Bündnistreue die NATO im Kosovo und in Afghanistan. 2002 jedoch verweigerte Schröder den USA offiziell seine Zustimmung zum Irak-Krieg. Das gilt – neben seinem als gut erachteten Krisenmanagement während der Jahrhundertflut in Ost- und Norddeutschland – als wichtiger Grund für seine Wiederwahl 2002. 2003 benannte er mit der Agenda 2010 sein Reformprogramm für die zweite Amtszeit, zumal er die Arbeitslosigkeit nicht – wie zu Beginn seiner Amtszeit angekündigt – hatte halbieren können. Dieses Programm ging der politischen Linken zu weit, während es wirtschaftsnahen Gruppen nicht weit genug ging. Das alles führte zu Massenaustritten aus der SPD, dem Verlust zahlreicher Landtags- und Kommunalwahlen und der Formierung einer neuen linken Strömung jenseits der SPD, die zur Gründung der Wahlalternative WASG führte. Nach einer weiteren schweren SPD-Niederlage bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2005 erreichte Gerhard Schröder mittels einer Vertrauensfrage die Auflösung des Bundestages und vorgezogene Neuwahlen im Herbst 2005, auch weil er das Vertrauen der Koalition in sich beeinträchtigt sah. Zwar verlor er diese Wahlen nach massiven Stimmverlusten knapp, jedoch gelang es ihm, die SPD in der Regierung zu behalten, da die unerwartet geringe Differenz zwischen CDU/CSU und SPD im Wahlergebnis sowie der Einzug der Linkspartei ins Parlament eine große Koalition aus Union und SPD erzwang.



Angela Merkel (seit 2005)

Angela Merkel wurde am 22. November 2005 zur Bundeskanzlerin gewählt. Die erste Frau und Naturwissenschaftlerin, die das höchste Regierungsamt Deutschlands bekleidet, stützte sich auf eine große Koalition aus CDU/CSU und SPD. Bei Amtsantritt war sie mit 51 Jahren die jüngste Amtsinhaberin, ist die erste ehemalige Bürgerin der DDR als gesamtdeutsche Kanzlerin und nach der Wende Quereinsteigerin aus der Wissenschaft in die Politik.

Sie legte ihren Ruf als „Kohls Mädel“ ab, als sie mit ihrem Förderer, Altkanzler Kohl, wegen dessen Spendenaffäre gebrochen hatte. Zu Beginn ihrer Amtszeit hatte sie sehr hohe Zustimmungsraten, die auch mit der für gut befundenen Lösung außenpolitischer Krisen zusammenhingen. Bei der Bewältigung innenpolitischer Probleme wie der Föderalismus- und der Gesundheitsreform traten Kritiker auch aus ihrer eigenen Partei, der CDU, auf und warfen Merkel Führungsschwäche vor. Als wichtigste Aufgabe der Kanzlerschaft Merkels gilt die Verringerung der Arbeitslosigkeit, als größte Herausforderung die Bewältigung der Folgen der Finanzkrise ab 2007.

In der Bundestagswahl 2009 kam es zu einer schwarz-gelben Mehrheit. Am 28. Oktober 2009 wurde sie als Bundeskanzlerin wiedergewählt. Während sich die Finanzkrise verschärfte und der Euro in Gefahr geriet, machte die Bundesregierung durch ihre teils scharf kritisierte Steuerpolitik von sich reden. Die Wehrpflicht und der Zivildienst wurden ausgesetzt und durch freiwillige Varianten ersetzt. Die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke wurde nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima rückgängig gemacht.

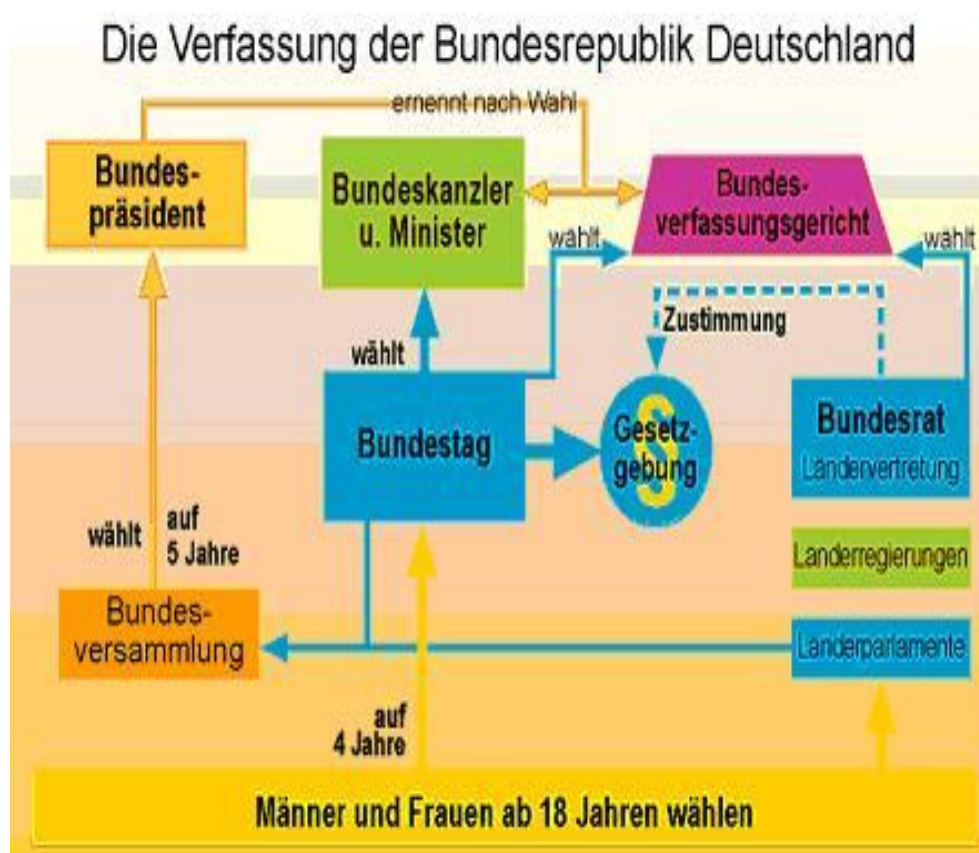
Bundesminister. Dem Kabinett gehören 17 Bundesminister an (16 Ressortminister und der Kanzleramtsminister). In der Zahl und den Zuständigkeit der

Minister spiegelt sich die ständige Ausweitung der Staatsaufgaben. Zu den wichtigsten und begehrtesten Ministerien zählen Außen-, Innen-, Verteidigungs-, Justiz- und Finanzministerium, die 1809 schon durch die Preussische Verwaltungsreform des Freiherrn vom Stein geschaffen worden waren. Der Finanzminister hat vom Grundgesetz her eine herausgehobene Stellung. Der Justizminister und der Innenminister prüfen jedes Gesetz auf seine Verfassungs- und Rechtsförmlichkeit

Die staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge erforderten die Einrichtung entsprechender Ministerien, vor allem für Wirtschaft, für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen, Jugend, für Gesundheit, Verkehr, Städtebau.

Neue Staatsaufgaben führten zur Schaffung weiterer Ministerien, etwa für Bildung, Forschung und Technologie und vor allem für Umwelt.

Das Kabinett ist ein Kollegium gleichberechtigter Minister.



Das Bundesverfassungsgericht wacht über die Einhaltung des Grundgesetzes. Als Hüter der Verfassung kann es jeden Akt der gesetzgebenden Gewalt, der Regierung und Verwaltung und jede Entscheidung der Gerichte auf ihre Verfassungsmäßigkeit prüfen. Dabei schützt es besonders die Grundrechte der

Bürger.

Außer den Schutz der Verfassung hat das Bundesverfassungsgericht die Aufgabe, das Grundgesetz rechtverbindlich zu interpretieren. Eine Verfassung enthält nur grundgesätzliche und allgemein formulierte Regeln. Sie muss ständig neu ausgelegt und – dem gesellschaftlichen Wandel entsprechend – fortentwickelt werden. Das Grundgesetz gibt so, wie das Bundesverfassungsgericht es auslegt. Es gibt kaum einen Artikel, zu dem keine interpretierende Entscheidung des Gerichts vorläge.

Das Bundesverfassungsgericht ist in allen übrigen Verfassungsorganen gegenüber selbständiger und unabhängiger Gerichtshof des Bundes. Als Gericht ist es ein Teil der rechtsprechenden Gewalt. Allen anderen Gerichten gegenüber hat es eine einzigartige Stellung. Es ist das höchste Gericht des Bundes, die letzte Instanz für die

Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit des politischen Lebens. Es kann die Entscheidungen aller anderen Gerichte aufheben, wenn sie der Prüfung auf die Verfassungsmäßigkeit nicht standhalten.

Es entscheidet beispielsweise in Streitigkeit zwischen Bund und Ländern oder zwischen einzelnen Bundesorganen. Nur dieses Gericht darf feststellen, ob eine Partei die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdet und deshalb verfassungswidrig ist; in diesem Fall ordnet es die Auflösung der Partei an. Es prüft Bundes- und Landesgesetze auf ihre Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz; erklärt es ein Gesetz für verfassungswidrig, darf dieses nicht mehr angewendet werden. In Fällen dieser Art wird das Verfassungsgericht nur tätig, wenn es von bestimmten Organen wie der Bundesregierung, Landesregierung, mindestens einem Drittel der Parlamentsmitglieder oder Gerichten angerufen wird.

Das Bundesverfassungsgericht besteht aus zwei Senaten mit je acht Richtern. Die Richter werden je zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat gewählt. Ihre Amtszeit dauert zwölf Jahre; eine Wiederwahl ist nicht zulässig. Bei der Auswahl der Richter spielt die fachliche Qualifikation die entscheidende Rolle.

Politische Parteien in Deutschland

Die Parteien haben in Deutschland eine starke Stellung, so dass teilweise der Begriff **Parteiendemokratie** zur Bezeichnung des politischen Systems gebraucht wird.

Die starke Stellung der Parteien erklärt sich durch ihre Notwendigkeit für eine parlamentarische Demokratie und das (modifizierte) Verhältniswahlrecht.

Das Parteiensystem

Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland ist seit der Wiedervereinigung Deutschlands durch starke Unterschiede in den ehemals alten bzw. ehemals neuen Bundesländern geprägt.

Im Westen dominieren mit der CDU und CSU auf der einen und der SPD auf der anderen Seite jeweils zwei Parteien in einem Bundesland (bisher üblicherweise jeweils mindestens 30 %), während die FDP und/oder Bündnis 90/Die Grünen nur einige Prozentpunkte über die Fünf-Prozent-Hürde kommen.

In den nordöstlichen Bundesländern hat sich ein Drei-Parteien-System mit SPD, CDU und Linkspartei gebildet. Die Mehrheitsverhältnisse sind seit den 1990er Jahren in den einzelnen Bundesländern stärker schwankend als bis zu dieser Zeit. Die Parteibindung der Wähler zu einer bestimmten Partei hat insgesamt abgenommen.

Ogleich die Anzahl von Parteien in Deutschland ist zu groß - gibt es überhaupt die 6 wichtigsten, sie sind:

- SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Die SPD stellte früher zusammen mit den Grünen die Bundesregierung.

- CDU - Christlich Demokratische Union. Die CDU ist neben der SPD die zweite große Partei. Es gibt sie aber nicht in Bayern, da gibt es die CSU.
- CSU - Christlich Soziale Union. Die CSU gibt es nur in Bayern. Die Partei arbeitet eng mit der CDU zusammen.
- Bündnis 90/Die Grünen - Die Grünen sind eine junge Partei (ca. 20 Jahre alt).
- FDP - Freie Demokratische Partei. Die FDP (die Liberalen) ist eine kleine Partei.
- PDS - Partei des demokratischen Sozialismus. Die PDS ist die Nachfolgepartei der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschland), welche bis 1989 in Ostdeutschland (der DDR) an der Macht war. Seit Anfang 2005 hat die PDS einen Zusatz zum Namen. Sie heißt nun **"DIE LINKE.PDS"**!

Es gibt noch mehr Parteien in Deutschland. Diese haben oft sehr extreme Ansichten, und sie sind meistens sehr klein.

Alle 4 Jahre sind Bundestagswahlen. Im Bundestag sind nur die Parteien, die bei den Bundestagswahlen mehr als 5% der Stimmen bekommen. Die Abgeordneten werden für vier Jahre gewählt. Die wichtigsten Aufgaben des Bundestages sind die Gesetzgebung, die Wahl des Bundeskanzlers und die Kontrolle der Regierung.

Die Programme von Parteien

SPD

Gründung der Partei ist am 23. Mai 1863 in Leipzig

Mitglieder: 605.800

Wir Sozialdemokraten, Frauen und Männer, kämpfen für eine friedliche Welt und eine lebensfähige Natur, für eine menschenwürdige, sozial gerechte Gesellschaft. Wir wollen Bewahrenswertes erhalten, lebensbedrohende Risiken abwenden und Mut machen, Fortschritt zu erstreiten.

Wir wollen Frieden. Wir arbeiten für eine Welt, in der alle Völker in gemeinsamer Sicherheit leben, ihre Konflikte nicht durch Krieg oder Wettrüsten, sondern in friedlichem Wettbewerb um ein menschenwürdiges Leben austragen, in der eine Politik der Partnerschaft und eine Kultur des Streits den Konflikt zwischen Ost und West überwinden, in der alle Völker Europas zusammenarbeiten in einer demokratischen und sozialen Ordnung des Friedens, von der Hoffnung und Frieden für die Völker des Südens ausgeht, in der die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas durch eine gerechte Welt wirtschaftsordnung faire Chancen zu eigenständiger Entwicklung haben.

Wir wollen eine Weltgesellschaft, die durch eine neue Form des Wirtschaftens das Leben von Mensch und Natur auf unserem Planeten dauerhaft bewahrt.

Wir wollen die gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann, eine Gesellschaft ohne Klassen, Privilegien, Diskriminierungen und Ausgrenzungen.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Frauen und Männer das Recht auf humane Erwerbsarbeit haben und alle Formen der Arbeit als gleichwertig behandelt werden.

Wir wollen durch solidarische Anstrengung Wohlstand für alle erreichen und gerecht verteilen.

Wir wollen, daß Kultur in ihren vielfältigen Erscheinungsformen das Leben aller Menschen bereichert. Wir wollen Demokratie in der ganzen Gesellschaft, auch in der Wirtschaft, im Betrieb und am Arbeitsplatz verwirklichen wirtschaftliche Macht begrenzen und demokratisch kontrollieren.

Wir wollen, daß wirtschaftliche Grundentscheidungen, vor allem darüber, was wachsen und was schrumpfen soll, demokratisch getroffen werden.

Wir wollen, daß die Bürger über die Gestaltung der Technik mitbestimmen, damit die Qualität von Arbeit und Leben verbessert wird und die Risiken der Technik gemindert werden.

Wir wollen einen modernen demokratischen Staat, getragen vom politischen Engagement der Bürgerinnen und Bürger, der zur Durchsetzung gesellschaftlicher Ziele fähig ist und sich ständig an neuen Aufgaben wandelt und bewährt.

Bloßes Fortschreiben bisheriger Entwicklungen ergibt keine Zukunft mehr. Wir wollen Fortschritt, der nicht auf Quantität, sondern auf Qualität, auf eine höhere Qualität menschlichen Lebens zielt. Er verlangt Umdenken, Umsteuern Auswählen und Gestalten, vor allem in Technik und Wirtschaft. Je gefährdeter die Welt, desto nötiger der Fortschritt. Wer Bewahrenswertes erhalten will, muß verändern: Wir brauchen einen Fortschritt, der den Frieden nach innen und außen sichert, das Leben von Mensch und Natur bewahrt, Angst überwindet und Hoffnung weckt. Wir brauchen einen Fortschritt, der unsere Gesellschaft freier, gerechter und solidarischer macht. Ohne diesen Fortschritt hätte der Rückschritt freie Bahn. Darum wollen wir Sozialdemokraten gemeinsam mit den demokratischen Sozialisten aller Länder für ihn arbeiten.

CDU

Gründung der Bundespartei iist am 20. Oktober 1950 in Goslar

Mitglieder: 579.526

Volkspartei

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist eine Volkspartei. Sie wendet sich an alle Menschen in allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Für uns ist der Mensch Geschöpf Gottes und nicht das letzte Maß aller Dinge. Wir wissen um die Fehlbarkeit des Menschen und die Grenzen politischen Handelns. Gleichwohl sind wir davon überzeugt, daß der Mensch zur ethisch verantwortlichen Gestaltung der Welt berufen und befähigt ist.

Politik aus christlicher Verantwortung

Wir wissen, daß sich aus christlichem Glauben kein bestimmtes politisches Programm ableiten läßt. Aber das christliche Verständnis vom Menschen gibt uns eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Aus der Berufung auf christliche Überzeugungen folgt für uns nicht der Anspruch, nur innerhalb der Christlich Demokratischen Union sei Politik aus christlicher Verantwortung gestaltbar. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Dies ist die Grundlage für das gemeinsame Handeln von Christen und Nichtchristen in der CDU.

Sozial, liberal, konservativ

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands wurde von Menschen gegründet, die nach dem Scheitern der Weimarer Republik, den Verbrechen des Nationalsozialismus und angesichts des kommunistischen Herrschaftsanspruchs nach 1945 die Zukunft Deutschlands mit einer christlich geprägten, überkonfessionellen Volkspartei gestalten wollten. Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, Jakob Kaiser und Helene Weber, Andreas Hermes und Gebhard Müller, Hermann Ehlers, Eugen Gerstenmaier und Karl Arnold, Elisabeth Schwarzhaupt und Heinrich von Brentano haben gemeinsam mit vielen anderen die CDU geprägt und eine christlich-demokratische Tradition in Deutschland begründet. So entstand eine neue Volkspartei, in der sich katholische und evangelische Christen, Konservative, Liberale und Christlich-Soziale, Frauen und Männer aus verschiedenen Regionen, aus allen sozialen Schichten und demokratischen Traditionen zusammenfanden. Die CDU hat damit einen neuen Anfang in der deutschen Parteiengeschichte gesetzt. Ihre geistigen und politischen Wurzeln liegen im christlich motivierten Widerstand gegen das nationalsozialistische Terrorregime, in der Sozialethik der christlichen Kirchen und in der liberalen Tradition der europäischen Aufklärung.

CSU

gegründet am 13. Oktober 1945 in Würzburg

Mitglieder: 173.000

Seit ihrer Gründung versteht sich die CSU als bayerische Partei mit bundespolitischem Anspruch und europäischer Verantwortung. Die CSU ist eine

Volkspartei, die allen Schichten unserer Bevölkerung eine politische Heimat bietet. Die CSU ist konservativ, weil sie am Bewährten und Bewahrenswerten festhält. Sie ist liberal, weil sie für die Freiheit eintritt und kollektivistische Gleichmacherei ablehnt. Sie ist sozial, weil sie sich den Schwachen und Benachteiligten verpflichtet weiß. Und sie ist fortschrittlich, weil sie offen für das Neue ist. Unser Politikverständnis gründet auf dem christlichem Menschenbild und der christlicher Werteordnung. Politik aus christlicher Verantwortung geht vom Menschen, von seinem konkreten Anliegen und Sorgen aus. Entsprechend unserem christlichen Politikverständnis und im Einklang mit der katholischen Soziallehre und der protestantischen Ethik bilden Personalität, Solidarität und Subsidiarität die Grundprinzipien unserer Gesellschaftspolitik. Wo die Selbstverantwortung des einzelnen und der Familie überfordert ist, muss die Gemeinschaft Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Wichtigste Aufgabe des Staates ist es, jene Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen der einzelne in freier Selbstverantwortung sein Leben nach eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten gestalten kann. Die CSU bekennt sich zum freiheitlichen Rechtsstaat, zu repräsentativen Demokratie, zur Sozialen Marktwirtschaft und zum föderativen Staatsaufbau als den grundlegenden Strukturelementen eines modernen Staates.

Die CSU ist die erfolgreichste Volkspartei in Europa.

- Keine andere Partei in Europa hat über Jahrzehnte hinaus Politik so erfolgreich und kontinuierlich gestaltet wie die CSU
- Keine andere Partei hat in Europa über Jahrzehnte Wahl für Wahl das Vertrauen und die Zustimmung von deutlich über 50 Prozent der Menschen gewinnen können

Diese Erfolge verdankt die CSU einer Politik, die immer wieder neue Herausforderungen erkennt, annimmt und bewältigt. Wir verdanken diese Erfolge einer Politik, die stets klar und verlässlich am festen Wertefundament des christlichen Glaubens und Menschenbilds orientiert ist. Wir verdanken diese Erfolge aber auch unserer Struktur als echte Volkspartei in Bayern, in der alle Gruppen der Gesellschaft eine politische Heimat gefunden haben: Junge und Alte, Männer und Frauen, Arbeitnehmer, Beamte und Selbständige, Bauern und Handwerker.

Die Grünen

Die						Grünen:
gegr.	am	12./13.	Januar	1980	in	Karlsruhe
Bündnis						90:
gegr.		im		September		1991
Bündnis			90/Die			Grünen
gegr.	am	14./16.	Mai	1993	in	Leipzig

Mitglieder: 44.250

Aus der Gesamteinschätzung der bestehen Probleme ergeben sich für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN deutlich hervorgehobene Politikfelder. Wir setzen uns deshalb für die nächsten Jahre folgende Aufgaben:

1. Wir werden aktiv gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit eintreten. Gegen die drohende Rechtswende im gesamten politischen Leben unseres Landes setzen wir die Kultur von Toleranz, Solidarität und Weltoffenheit. Mit Aufklärung statt Verschleierung, mit Gestaltungsangeboten statt Problemverdrängung werden wir den Wünschen und Befürchtungen der Menschen begegnen. Wir wollen der allgemeinen Politikverdrossenheit, dem Populismus und elitärem Denken eine lebendige und transparente Politik und mehr demokratische Mitwirkungsangebote entgegensetzen. Wir stehen für die Bewahrung und Erneuerung der Demokratie.

2. Wir wollen sozial gestaltete Konzepte zum ökonomischen und ökologischen Neuaufbau Ostdeutschlands entwickeln und einfordern. Die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West muß als politisches Ziel neu diskutiert werden und verlangt eine Überprüfung der im Westen erreichten Standards und der im Osten gehegten Illusionen. Die Lösung der ökonomischen Probleme muß Hand in Hand gehen mit der Vertiefung von Kooperationsbeziehungen auf allen Ebenen bis hin zur gesellschaftlichen Einheit. Sie kann nur gelingen, wenn wir uns gleichzeitig der ökologischen Frage stellen. Wir werben für einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen den armen Schichten mit materiellem Nachholbedarf und den oft postmateriell orientierten reicheren Schichten, in den auch die gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern eingehen muß. Wir stehen für einen fairen Lasten- und Interessenausgleich zwischen Ost und West.

3. Wir wollen ohne Militarismus, nationale Überheblichkeit und Großmachtphantasie die Position des vereinigten Deutschland in den Institutionen und Konflikten Europas und der Welt neu bestimmen. Unser Land muß seine Verantwortung für die Verwirklichung einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaft wahrnehmen. Wir wollen darauf hinarbeiten, daß unter Beachtung der ökologischen Belastbarkeit unserer einen Welt die Lebenschancen aller Völker auf möglichst hohem Niveau angeglichen werden. Wir wollen darauf hinwirken, daß der Interessenstreit zwischen Staaten durch die Entwicklung und Institutionalisierung einer Weltinnenpolitik abgelöst wird. Die militärische Logik der Konfliktaustragung muß durch ein demokratisch begründetes multilaterales System nichtmilitärischer Konfliktlösung ersetzt werden. Wir stehen für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung.

4. Wir werden dafür eintreten, daß alle gesellschaftlichen Bereiche eine konsequente ökologische Umgestaltung erfahren. Wir geben uns nicht damit zufrieden, daß kleinere umweltpolitische Korrekturen vorgenommen werden, die Logik von umweltzerstörerischer Verschwendungswirtschaft aber ungebrochen weiter gelten soll. Die UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio hat erneut bewiesen, dass

auf parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene eine konsequente ökologische Kraft den im alten Denken verhafteten Interessenträgern entgegen treten muss. Wir sind nicht bereit, die unumkehrbaren ökologischen Einsichten vordergründigen Interessen zu opfern. Wir verstehen uns als die Organisation, die die Interessen der nachfolgenden Generationen vertritt. Wir stehen für eine konsequente Ökologiepolitik.

5. Wir wollen eine neue Sozialpolitik. Alle Menschen mussten die Möglichkeit eines menschenwürdigen Lebens. Die Erfüllung der grundlegenden Lebensbedürfnisse muss gesichert sein. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Armut für Millionen Bürgerinnen in Deutschland sind auch im marktwirtschaftlichen Rahmen nicht zwangsläufig und unvermeidbar. Die Öffnung der Schere zwischen arm und reich muss auch durch Umverteilung der vorhandenen Mittel von oben nach unten verringert werden. Zu den unverzichtbaren Aspekten einer neuen Sozialpolitik gehört aber auch deren ökologische Dimension. Wir stehen für eine Sozialpolitik, die Leben in einer nicht vergifteten Umwelt und möglichst weitgehend selbstbestimmte Lebensgestaltungen ermöglicht.

FDP

Mitglieder: ca. 64.150

Die Partei, die liberales Denken zur politischen Größe macht.

In der deutschen Geschichte ist die F.D.P. der erste und einzige gelungene Versuch, das gesamte Spektrum des Liberalismus in einer Partei zusammenzufassen. Und noch vor der staatlichen Einheit war die F.D.P. die erste Partei, die sich mit den drei liberalen Parteien der DDR - dem Bund Freier Demokraten (früher LDPD und NDPD), der F.D.P. der DDR und der Deutschen Forumspartei (DFP) - vereinigte. Die gesamtdeutsche F.D.P. verabschiedete auf dem Vereinigungsparteitag im August 1990 in Hannover die Grundsatzerklärung "Für ein liberales Deutschland".

Die F.D.P. versteht sich als Programmpartei. Anders als die beiden Groß-Parteien, die in ihren Programmen konkrete Festlegungen tunlichst vermeiden, hat die F.D.P. ein klares, vom Wähler nachprüfbares Programm. Nicht nur ein Wahlprogramm mit präzisen Aussagen für die nächste Legislaturperiode, sondern auch ausführliche Sachprogramme zu vielen Einzelbereichen der Politik.

Als Partei der Toleranz baut die F.D.P. auf einen offenen, kreativen Stil. Einen, der die kritische Auseinandersetzung auch innerhalb der eigenen Partei als Voraussetzung des gesellschaftlichen Fortschritts begreift. Als Partei der Freiheit des einzelnen Bürgers ist die F.D.P. unabhängig von mächtigen Gruppen wie Gewerkschaften, Verbänden oder Kirchen. Und die F.D.P. steht dafür, dass die Bevormundung durch Großorganisationen klein bleibt und die individuelle Freiheit groß. In allen Lebensbereichen.

Das unterscheidet die F.D.P. von beiden Volksparteien, die sich gern mit dem Etikett "liberal" schmücken. Sowohl von der SPD, die im Wirtschaftsbereich ständig nach Staat und Gesetz ruft, als auch von der CDU, die bei innen- und rechtspolitischen Problemen immer wieder auf den Staat setzt. Nur für den Liberalismus ist Freiheit unteilbar.

PDS

Gründung der Partei ist 1989/90
(Umbenennung SED in PDS)

Mitglieder: 65.883

Wer wir sind

Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) ist die sozialistische Partei in Deutschland. Wir wollen nicht, dass nur noch das Geld die Menschen und die gesamte Gesellschaft beherrscht. Die PDS bekennt sich zu den demokratischen Prinzipien des Grundgesetzes und verteidigt sie gegen deren neoliberale Aushöhlung. Sie möchte Menschen erreichen, die Sozialismus mit Humanismus, individueller Freiheit, sozialer Gerechtigkeit, menschlicher Solidarität, ökologischer Vernunft gleichsetzen. Wir wollen für andere gesellschaftskritische politische Kräfte Partner in einem modernen linken Reformbündnis sein.

3. Die Situation nach den Wahlen 2009

Logo	Partei	Kürzel	Mitglieder	Landes-verbände	Parteienfinanzierung 2011	Letzte Wahl	Gründung
	<u>Christlich Demokratische Union Deutschlands</u>	CDU	484.397	15	44.641.547,45 €	<u>Nordrhein-Westfalen 2012</u>	1945
	<u>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</u>	SPD	484.382	16	42.407.424,88 €	<u>Nordrhein-Westfalen 2012</u>	1875
	<u>Christlich-Soziale Union in Bayern</u>	CSU	150.585	1	10.411.577,43 €	<u>Bundestag 2009</u>	1945
	<u>Die Linke</u>	DIE LINKE	69.458	16	12.130.761,23 €	<u>Nordrhein-Westfalen 2012</u>	2007
	<u>Freie Demokratische Partei</u>	FDP	63.123	16	13.588.556,74 €	<u>Nordrhein-Westfalen 2012</u>	1948
	<u>Bündnis 90/Die Grünen</u>	GRÜNE	59.210	16	13.814.822,36 €	<u>Nordrhein-Westfalen 2012</u>	

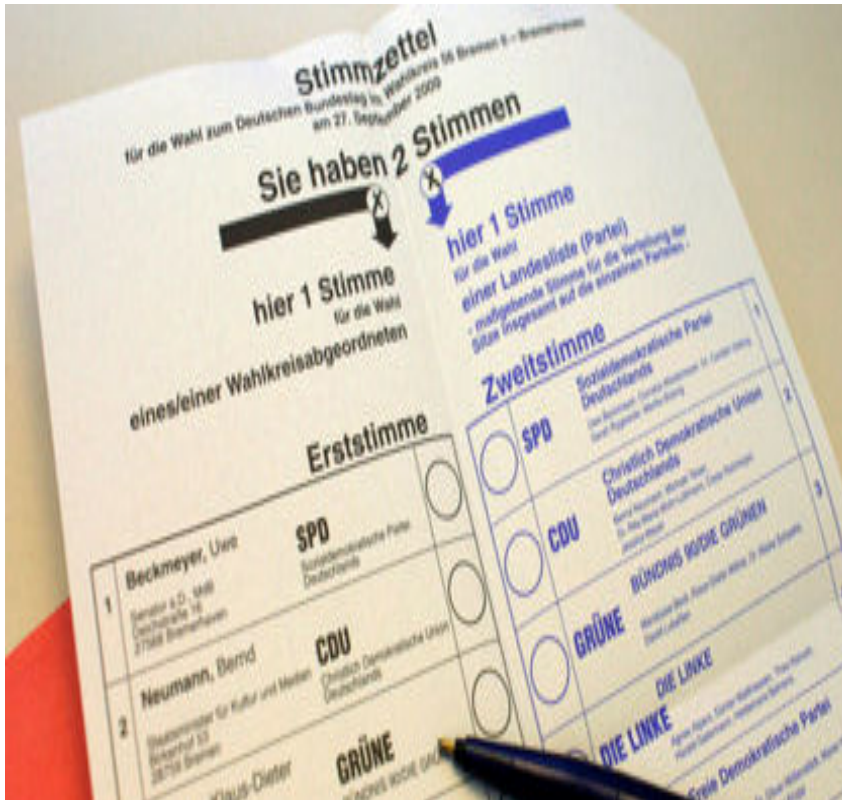
Wahlen

Ohne freie Wahlen ist Demokratie nicht denkbar.

Sie sind die wichtigste Form demokratischer Kontrolle:

Bei Wahlen überträgt das Volk die Macht für eine festgelegte Zeit an seine Vertreter.

Stimmzettel zur Bundestagswahl. Jeder Wähler hat zwei Stimmen



Die Wahlen sind:

allgemein: Alle Staatsbürger ab einem bestimmten Alter (in Deutschland 18 Jahre) können wählen und gewählt werden;

unmittelbar: Die Wähler wählen direkt einen oder mehrere Abgeordnete über eine Liste, nicht wie bei einer indirekten Wahl zunächst Wahlmänner, die dann die Abgeordneten wählen (wie bei der Wahl des Präsidenten der USA);

frei: Auf die Wähler darf keinerlei Druck ausgeübt werden, ihre Stimme für einen Kandidaten oder für eine Partei abzugeben; die Bürger sind auch frei, nicht zu wählen, es gibt keine Wahlpflicht;

gleich: Jede Stimme zählt gleich viel;

geheim: Es bleibt geheim, wie der Wähler abstimmt; Wahlkabine, Stimmzettel im Umschlag, Wahlurne oder Wahlgeräte dienen diesem Zweck.

Abgeordneten

Dem 17. Deutschen Bundestag, der nach der Wahl von 2009 zusammengetreten ist, gehören 622 Abgeordnete an.

299 sind in den Wahlkreisen direkt,
323 über Landeslisten gewählt worden.

Unter den Letzteren sind 24 Überhangmandate, drei für die CSU, 21 für die CDU.

Der Wähler kann mit der Erststimme für den Wahlkreiskandidaten einer Partei und mit der Zweitstimme für die Liste einer anderen Partei stimmen

Bei der Verteilung der Sitze werden nur Parteien berücksichtigt, die mehr als fünf Prozent der Zweitstimmen oder mindestens drei Direktmandate erlangt haben.

Mit dieser "Sperrklausel" soll verhindert werden, dass Splitterparteien in den Bundestag kommen.

Landtagswahlen

Bei den Wahlen zu den Landtagen der meisten Bundesländer gilt dasselbe Wahlsystem, zumindest mit seinen wichtigsten Merkmalen:

personalisierte Verhältniswahl mit Erst- und Zweitstimme,

Fünfprozent-Sperrklausel und Überhangmandate.

Unterschiedlich ist teilweise die Verrechnung der Stimmen (zum Beispiel:
Baden-Württemberg 70 Direktmandate, 50 Mandate, die nach dem Verhältnis der für die Parteien abgegebenen Stimmen verteilt werden;
Nordrhein-Westfalen 128 Direktmandate, 53 Listenmandate;
Sachsen je 60 Direktmandate und Listenmandate).

Zwölfte Vorlesung

Demokratische Grundlage

(Österreich, Schweiz, Lichtenstein)

1. Staatlicher Aufbau
2. Parteien und Wahlen

Politisches System



Präsidentschaftskanzlei im Leopoldinischen Trakt der Hofburg



Bundeskantleramt am Ballhausplatz



Das Parlament in Wien ist Sitz des Nationalrates und des Bundesrates

Österreich ist nach der Bundesverfassung von 1920 in der Fassung von 1929, die 1945 wieder in Kraft gesetzt wurde, eine föderale, parlamentarisch-demokratische Republik, bestehend aus neun Bundesländern. Staatsoberhaupt ist der Bundespräsident, der (laut Verfassungsnovelle 1929) für sechs Jahre direkt vom Volk gewählt wird; eine einmalige Wiederwahl ist zulässig. Da Österreich ein Bundesstaat ist, sind sowohl die Gesetzgebung als auch die Verwaltung zwischen Bund und (Bundes-) Ländern geteilt.

Bund

Die Bundesgesetzgebung üben der Nationalrat und der Bundesrat in der Regel gemeinsam aus (Zweikammersystem).

Der **Nationalrat**, mit seinen 183 Abgeordneten, ist die dominierende Kammer und wird nach dem allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrecht von allen über 16-jährigen Staatsbürgern nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Seine Gesetzgebungsperiode dauert fünf Jahre, wenn sie nicht vom Nationalrat selbst oder von Bundespräsident und Bundesregierung durch Auflösung

verkürzt wird, um frühere Neuwahlen zu ermöglichen. Eine 4-Prozent-Hürde verhindert eine zu große Zersplitterung der Parteienlandschaft im Nationalrat. Die Mitglieder des Nationalrats besitzen ein freies Mandat und genießen berufliche und außerberufliche Immunität.

Der **Bundesrat** wird von den einzelnen Landtagen (den Parlamenten der Bundesländer) nach der Bevölkerungszahl beschickt und vertritt dadurch im Sinne des bundesstaatlichen Prinzips die Interessen der Länder in der Bundesgesetzgebung. Er besitzt in den überwiegenden Fällen nur ein aufschiebendes Vetorecht, das durch einen Beharrungsbeschluss des Nationalrates überstimmt werden kann. Nur in Fällen, in denen in die Rechte der Bundesländer eingegriffen wird, besitzt der Bundesrat ein absolutes Vetorecht. Da der Bundesrat nach Parteienproporz beschickt wird, wird häufig kritisiert, dass dort nicht nach Länder-, sondern nach Parteieninteressen abgestimmt werde. Die Mitglieder des Bundesrats besitzen ein freies Mandat und genießen berufliche und außerberufliche Immunität.

„Regierungschef“ der **Bundesregierung** ist der Bundeskanzler, der vom Bundespräsidenten ernannt wird. Üblicherweise wird nach einer Nationalratswahl der Spitzenkandidat der stimmenstärksten Partei mit der Regierungsbildung beauftragt. Dies ist aber keine Verfassungsregel. In der Folge wird die Bundesregierung, das sind Bundeskanzler, Vizekanzler und alle sonstigen Bundesminister als Kollegialorgan, vom Bundespräsidenten auf Vorschlag des Bundeskanzlers ernannt (wobei der Bundespräsident Vorschläge auch ablehnen kann). Die Bundesregierung bzw. ihre Mitglieder sind vom Vertrauen des Nationalrats abhängig (politische Verantwortlichkeit), weshalb Minderheitsregierungen bisher nur in Ausnahmefällen ernannt wurden.

Land

Die Landesgesetzgebung in den Bundesländern übt der *Landtag* aus (Einkammersystem). Er wird von den über 16 jährigen Landesbürgern auf Grund des gleichen, unmittelbaren, persönlichen, freien und geheimen Wahlrechts nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Die Mitglieder des Landtages besitzen ein freies Mandat und genießen berufliche und außerberufliche Immunität. Der Landtag wählt die *Landesregierung*, die aus dem Landeshauptmann (in den Medien manchmal als „Landesfürst“ bezeichnet), der erforderlichen Zahl von Stellvertretern und weiteren Mitgliedern (Landesräten) besteht. Die Landesregierung ist dem Landtag politisch verantwortlich.

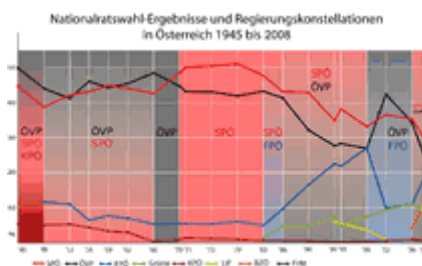
Kammern

Eine Besonderheit des politischen Systems in Österreich sind öffentlich-rechtliche Interessenvertretungen mit Pflichtmitgliedschaft, gesetzlich als Kammern bezeichnet, die oft durch privatrechtliche Vereine ergänzt werden. Als „große Kammern“ gelten die Wirtschaftskammer Österreich, die Kammer für Arbeiter und Angestellte (seit 1920) und die Landwirtschaftskammer. Dazu kommen als Vereine

Industriellenvereinigung, Österreichischer Gewerkschaftsbund und Bauernbund. Wird ein Gesetzentwurf als *Regierungsvorlage* ausgearbeitet, so erfolgt ein *Begutachtungsverfahren*, bei dem die Kammern Änderungsvorschläge usw. einbringen.

Die großen Interessenvertretungen werden als *Sozialpartner* bezeichnet, wenn sie gemeinsam nach Kompromissen in Streitfragen suchen; dadurch sind Streiks in Österreich sehr selten geworden. Gelegentlich werden sie nicht gewählte *Nebenregierung* bezeichnet, Österreich wird als *Kammerstaat* kritisiert. SPÖ und ÖVP haben die Kammern 2007 in Verfassungsrang gehoben, um Änderungen zu erschweren.

Politische Parteien



Wahl-Ergebnisse in Österreich seit 1945, als Hintergrundfarben die Regierungskoalitionen

Seit der Gründung der Republik Österreich wird die Politik von zwei großen Parteien, der christlich-konservativen Volkspartei ÖVP (bis 1934 Christlichsoziale Partei, 1934–1938 *Vaterländische Front*) sowie der sozialdemokratischen SPÖ (seit 1991, vorher seit 1945 *Sozialistische Partei Österreichs* bzw. bis 1934 *Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs*), geprägt. Beide entstanden schon während der Monarchie und wurden nach der Befreiung Wiens am Ende des Zweiten Weltkrieges im April 1945 neu beziehungsweise wieder gegründet. 1945–1966 und 1986–1999 regierten diese beiden Parteien trotz ihrer weltanschaulichen Gegensätze in einer Großen Koalition. Die positiven Auswirkungen dieser Kooperation wurden unter dem Begriff der Sozialpartnerschaft, die negativen als parteipolitischer Proporz thematisiert.

Drittes, bis in die 1990er Jahre wesentlich kleineres parteipolitisches Kontinuum ist das deutschnationale Lager, welches sich in der ersten Republik vor allem in der Großdeutschen Volkspartei, in der zweiten Republik im VdU (Verband der Unabhängigen), danach in der FPÖ, der Freiheitlichen Partei Österreichs, sammelte. In den ersten Jahren der Zweiten Republik spielte auch die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) eine Rolle in der Politik des Landes, seit den 60er Jahren ist sie jedoch als Kleinstpartei auf Bundesebene bedeutungslos. Bei regionalen Wahlen, beispielsweise in Graz, erreicht sie aber auch heute noch nennenswerte Stimmanteile.

In den 1980er Jahren brach das starre, manchmal auch als *hyperstabil* bezeichnete Parteiensystem (mit einer der höchsten Dichten an Parteimitgliedern weltweit) auf: einerseits durch den Auftritt der Grünen auf der linken Seite des Parteienspektrums, andererseits durch die Neupositionierung der FPÖ als rechtspopulistische Partei. Von ihr spaltete sich 1993 das Liberale Forum ab, das allerdings bald wieder von der politischen Bühne verschwinden sollte. Im Jahr 2005 erlebte die FPÖ mit der

Gründung des Bündnisses Zukunft Österreich (BZÖ) ihre zweite Spaltung. Bei der Nationalratswahl in Österreich 2008 erreichten FPÖ und BZÖ in Summe etwa die Stärke der SPÖ, kamen aber weder für SPÖ noch ÖVP als Koalitionspartner in Frage.

Rechtswesen

Bundesverfassungsrecht



Der Verfassungsgerichtshof und der Verwaltungsgerichtshof Österreichs befinden sich in der Böhmischen Hofkanzlei am Wiener Judenplatz



Der Oberste Gerichtshof befindet sich im Justizpalast



Das Palais Trautson, Sitz des Justizministeriums

Das österreichische Bundesverfassungsrecht ist zersplittert, da es im Gegensatz zu anderen Staaten kein Inkorporationsgebot gibt, demzufolge sämtliche nach In-Kraft-Treten der Verfassung beschlossenen Änderungen oder Ergänzungen ausschließlich direkt in die Verfassung selbst aufzunehmen sind und nicht in gesonderten Verfassungsgesetzen erlassen werden dürfen. Verfassungsregeln finden sich daher in Österreich nicht nur im Verfassungstext selbst, sondern auch in vielen anderen Verfassungsgesetzen und in einfachen Gesetzen enthaltenen Verfassungsbestimmungen.

Vom 1. Juli 2003 bis 31. Jänner 2005 tagte ein Verfassungskonvent („*Österreich-Konvent*“), der Vorschläge für eine Reform der österreichischen Bundesverfassung erarbeitete. Der Vorsitzende Franz Fiedler erarbeitete einen eigenen Schlussbericht, da über die zukünftige Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern keine Einigung erzielt wurde.

Zentrales Verfassungsdokument ist

- das *Bundes-Verfassungsgesetz* (vom 1. Oktober 1920) in der Fassung von 1929 (B-VG) mit den seither ergangenen Novellen, das den „Kern“ des Bundesverfassungsrechts bildet.

Ein Grundrechtskatalog fehlt im B-VG. Er wird durch mehrere in Verfassungsrang stehende Rechtstexte gebildet:

- das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger vom 21. Dezember 1867, RGBl. 142/1867, in Verfassungsrang gemäß Art. 149 Abs. 1 B-VG,^[56] und
- die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) vom 4. November 1950, ratifiziert 1958 (BGBl. 210/1958), in Verfassungsrang seit 1964 (BGBl. 59/1964).^[57]

Weitere wichtige Bundesverfassungsgesetze (BVG; zur Unterscheidung von der ursprünglichen Verfassung, dem B-VG, ohne Bindestrich geschrieben!) sind:

- das Verbotsgesetz 1947, das nationalsozialistische „Wiederbetätigung“ gerichtlich strafbar macht (am 8. Mai 1945, BGBl. 13/1945, erstmals publiziert),^[58]
- das Finanz-Verfassungsgesetz vom 21. Jänner 1948, BGBl. 45/1948, in der geltenden Fassung, das den Finanzausgleich zwischen „dem Bund und den übrigen Gebietskörperschaften“ (Originaltitel) regelt,^[59]
- das Neutralitätsgesetz vom 26. Oktober 1955, BGBl. 211/1955,^[60]
- der per 1. Jänner 1995 vom Parlament genehmigte EU-Beitrittsvertrag (BGBl. 45/1995),^[61]
- weitere Ratifizierungen von EU-Verträgen.

Daneben bestehen noch mehr als 1.300 rein formelle Verfassungsgesetze und in einfachen Gesetzen als Verfassungsbestimmung bezeichnete Rechtsregeln (diese sichern sonst verfassungswidrige Ausnahmeregelungen ab) sowie Staatsverträge in Verfassungsrang. Am 4. Jänner 2008 wurde das Erste Bundesverfassungsrechtsbereinigungsgesetz (BVRBG), BGBl. I Nr. 2/2008^[62] publiziert. Damit wurden 71 Bundesverfassungsgesetze, 167 Verfassungsbestimmungen und 6 verfassungsändernde Staatsverträge außer Kraft gesetzt oder als nicht mehr geltend festgestellt, außerdem 24 Bundesverfassungsgesetze zu einfachen Bundesgesetzen heruntergestuft und 225 weitere Bestimmungen ihres Verfassungsranges entkleidet.

Privatrecht

Die zentrale Privatrechtskodifikation Österreichs, das *Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch* (ABGB) vom 1. Juni 1811 (in Kraft getreten am 1. Jänner 1812), ist eine Naturrechtskodifikation, die 1914–1916 unter Einfluss der Historischen Rechtsschule tiefgreifend novelliert wurde. Weit reichende Änderungen erfolgten dann erst wieder ab 1970, insbesondere im Familienrecht. Große Bereiche des Privatrechts sind

allerdings außerhalb des ABGB geregelt, wobei viele dieser Sondergesetze im Zuge des „Anschlusses“ an Deutschland 1938 in Österreich eingeführt wurden und nach 1945 in gegebenenfalls entnazifizierter Fassung beibehalten wurden; so etwa das Ehegesetz (EheG), das Unternehmensgesetzbuch (UGB) und das Aktiengesetz (AktG).

Europarecht

1995 erfolgte die Übernahme des *Acquis communautaire*, des gemeinsamen Rechtsbestandes der EU, der durch die seit dem EU-Beitritt unter Mitwirkung Österreichs erlassenen EG-Richtlinien (Rahmengesetze) und EU-Verordnungen (direkt anwendbare Gesetze) sowie durch Letztentscheidungen des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) ständig weiterentwickelt wird. Im Zweifelsfall hat das Gemeinschaftsrecht Vorrang. Betroffen sind insbesondere Wirtschafts-, Unternehmens- und Kapitalrecht, lediglich bei den Baugesetzen der Verfassung, zu deren Änderung eine Volksabstimmung notwendig ist, wird von einer Höherrangigkeit österreichischen Rechts ausgegangen. Österreich hat – wie insgesamt 17 von 27 Mitgliedstaaten – den EU-Verfassungsvertrag ratifiziert; da die nötige Einstimmigkeit aller Mitgliedsstaaten dafür nicht zu erreichen war, wurde im Herbst 2007 der *Vertrag von Lissabon* abgeschlossen, der die wesentlichsten „Verfassungsbestimmungen“ enthält, ohne sie als solche zu bezeichnen, und der auf Symbole der Staatlichkeit der EU verzichtet. Auch diesen hat Österreich ratifiziert; Ende 2008 waren nur mehr die Entscheidungen in Irland (2. Referendum) und Tschechien ausständig.

Gerichtsbarkeit

Die Gerichtsbarkeit ist in Österreich ausschließlich Angelegenheit des Bundes. Sie wird in Zivilrechts- und Strafrechtssachen von *Bezirksgerichten*, *Landesgerichten*, *Oberlandesgerichten* und dem *Obersten Gerichtshof* als höchste Instanz wahrgenommen. Die Gerichtsbarkeit des öffentlichen Rechts wird vom Verwaltungsgerichtshof (VwGH) und vom Verfassungsgerichtshof (VfGH) wahrgenommen. 2008 wurde ein eigener Asylgerichtshof zur Entlastung des VwGH eingerichtet (BGBl. I Nr. 2/2008, Art. 129).^[62] Soweit zu den Kompetenzen der EU zählende Materien betroffen sind, ist laut EU-Beitrittsvertrag der Europäische Gerichtshof (EuGH) die Letztinstanz über den österreichischen Gerichten; in menschenrechtlichen Fragen laut Menschenrechtskonvention der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR).

Außen- und Sicherheitspolitik



Österreichisches Außenministerium am Wiener Minoritenplatz

Österreich ist, ausgenommen die Schweiz und Liechtenstein, seit 2004 nur von Staaten umgeben, die,

wie Österreich selbst seit 1995, Mitglieder der Europäischen Union sind. Das sicherheitspolitische Szenario konzentriert sich daher auf Terrorabwehr und auf internationale Einsätze des Heeres im Rahmen der EU und der UNO.

Im Kalten Krieg sah Österreich sich an der Schnittstelle zweier einander gegenüberstehender Machtblöcke – der Westmächte und des Ostblocks. Wie es der militärischen Neutralität entsprach, die der Sowjetunion zur Erlangung des Österreichischen Staatsvertrages 1955 versprochen worden war, verhielt sich Österreich beiden Machtblöcken gegenüber formell neutral, obwohl es der Sowjetunion gegenüber von Anfang an seine westliche Form von Demokratie, Wirtschaft und Politik betont hatte.

Die Außenpolitik des Landes bestand oft darin, zur Stabilität der Region und zur kooperativen Neugestaltung der Ost-West-Beziehungen beizutragen. Wien wurde als internationaler Konferenzort attraktiv, da man weder in einem NATO-Land noch im Gebiet des Warschauer Paktes tagte. Dieses Konzept wurde allerdings mit dem Fall des Eisernen Vorhanges 1989 obsolet.

Österreich trat 1995 der EU bei; innenpolitisch wurde das Argument verwendet, man gehe „als neutrales Land in die EU“. (Dass man gegenüber anderen EU-Mitgliedstaaten schwerlich neutral sein kann, wurde öffentlich nicht erörtert.) Später hat sich Österreich dazu entschlossen, die Petersberg-Aufgaben und weitere Beschlüsse im Rahmen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) sowie der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU mitzutragen und lediglich explizit militärische Bündnisse zu vermeiden.

2008 wurde daher mit dem neuen Artikel 23 f, seit 2010: Artikel 23 j Bundes-Verfassungsgesetz eine rechtliche Grundlage zur Teilnahme an friedenserhaltenden Maßnahmen beschlossen. Das 1955 wieder eingerichtete Bundesheer nimmt somit am NATO-Programm Partnerschaft für den Frieden teil, das keine Beistandspflicht enthält. In der Westeuropäischen Union (dem militärischen Beistandspakt der EU) hat Österreich wie das bündnisfreie Schweden Beobachterstatus. Die weiteren Entwicklungen rund um ESVP und GASP in der EU sind offen und könnten zu weiteren Herausforderungen an bündnisfreie EU-Staaten wie Österreich oder Schweden führen.

Österreich trat 1955 den Vereinten Nationen bei. Wien wurde 1980 nach New York und Genf dritter Amtssitz des Sekretariats der Vereinten Nationen (ein weiterer Sitz wurde später in Nairobi, Kenia, errichtet) und misst diesem außenpolitischen Element traditionell großen Stellenwert bei. 1972–1981 war der später umstrittene österreichische Ex-Außenminister Kurt Waldheim Generalsekretär der Vereinten Nationen. 2009 und 2010 hatte Österreich einen nicht-ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat inne. Insgesamt dienten bisher über 50.000 Österreicher unter der UN-Flagge als Soldaten, Militärbeobachter, Zivilpolizisten und zivile Experten in aller Welt. Neben den UN-Dienststellen bestehen in Wien Amtssitze weiterer internationaler

Organisationen. Dazu gehören die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO, seit 1957 in Wien), die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der Sitz der 1960 in Bagdad gegründeten OPEC (Organization of the Petroleum Exporting Countries) sowie diverse Nichtregierungsorganisationen (NGOs).

Die formelle Aufhebung des 1955 beschlossenen Bundesverfassungsgesetzes über die immerwährende Neutralität erfordert eine Zweidrittelmehrheit im Nationalrat, deren Zustandekommen als generell unwahrscheinlich gilt, da das Neutralitätsgesetz aus historischen Gründen Symbolcharakter hat. Im In- wie im Ausland ist daher vielen Beobachtern nicht klar, dass Österreich heute zwar nach wie vor militärisch bündnisfrei ist und Stützpunkte fremder Armeen auf seinem Gebiet nicht zulässt, die klassische Neutralität aber nicht mehr besteht. Die Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte wählten nämlich den Weg, Einschränkungen der Neutralitätsbestimmungen nicht im Neutralitätsgesetz vorzunehmen, sondern dazu andere, unauffälligere Bundesverfassungsgesetze beschließen zu lassen.

Die Ressortzuständigkeit für die Außenpolitik liegt in der österreichischen Regierung beim Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten. Derzeitiger Amtsinhaber ist Michael Spindelegger.

Regionale Zusammenarbeit



Die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino ist ein erfolgreiches Beispiel regionaler Zusammenarbeit

Die regionale Zusammenarbeit der Europaregionen ist eine länderübergreifende Kooperation mit den Nachbarstaaten, vor allem auf wirtschaftlicher Ebene. Die Europäische Union sowie die österreichische Bundesregierung und die jeweiligen Landesregierungen erhoffen sich neben dem Aspekt der

länderübergreifenden Zusammenarbeit auch eine Stärkung der potenziell schwächeren Randregionen.

Europaregionen mit österreichischer Beteiligung sind: Euregio Bodensee, Raetia Nova euroregion/Nova Raetia, Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino, Europaregion Adria-Alpe-Pannonia, Euregio Steiermark-Slowenien/Graz-Maribor, Euregio West/Nyugat Pannónia, Centrope, Euregio Weinviertel-Südmähren-Westslowakei/Pomoraví-Záhorie-Weinviertel euroregion, Euroregion Silva Nortica, Europaregion Donau-Moldau, Euregio Bayerischer Wald – Böhmerwald – Unterer Inn/Euroregion Šumava-Bavorský les, Euregio Unterer Inn, Inn-Salzach-Euregio, Euregio Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein, Euregio Inntal, Euregio Zugspitze-Wetterstein-Karwendel und die Euregio via salina.

Politische Persönlichkeiten

Bekannte österreichische Staatsmänner und Politiker sind unter anderem Metternich, beim Wiener Kongress 1814/15 „Kutscher Europas“, Franz Joseph I., als Kaiser von Österreich und König von Ungarn langjähriges Oberhaupt der Donaumonarchie, sein kurzzeitiger Nachfolger, Karl I., mit dem die Monarchie zu Ende ging, Karl Renner, bei den Republikgründungen 1918 und 1945 in führender Position, die Nachkriegsbundeskanzler Leopold Figl und Julius Raab, Bruno Kreisky, bei Staatsmännern in aller Welt angesehen, und UN-Generalsekretär Kurt Waldheim, später als Bundespräsident wegen seiner früheren Nähe zum Nationalsozialismus international isoliert.

Traurige Bekanntheit erlangte der gebürtige Österreicher und 1933 zum nationalsozialistischen Diktator des Deutschen Reiches aufgestiegene Adolf Hitler. Friedenspolitisch intensiv tätig war Bertha von Suttner, die als erste Frau 1905 Friedensnobelpreisträgerin wurde. Für die Einigung Europas setzte sich Richard Coudenhove-Kalergi ein, 1924 Gründer der Paneuropa-Union.



Die Exekutive der Schweiz – der Bundesrat (offizielles Foto des Bundesrates 2012)

Die Politik der Schweiz ist durch das Selbstverständnis als *Willensnation* geprägt – die nationale Identität basiert nicht auf einer gemeinsamen Sprache und Kultur, sondern unter anderem auf

der gemeinsamen Geschichte, gemeinsamen Mythen, der freiheitlichen, basisdemokratischen und föderalistischen Tradition sowie zum Teil aus dem Gefühl, als neutraler und mehrsprachiger, auf sich selbst gestellter «Kleinstaat» in Europa einen «Sonderfall» zu bilden.

Diese Voraussetzungen haben sich in einem in seiner Gesamtheit einzigartigen politischen System niedergeschlagen, in dem der Föderalismus, erweiterte politische Volksrechte bzw. Elemente der direkten Demokratie, die aussenpolitische Neutralität und innenpolitischer Konsens im Vordergrund stehen.

Politisches System



Bundeshaus mit Bundesplatz in Bern



Urform der schweizerischen Basisdemokratie: die jährlich stattfindende Landsgemeinde im «Ring» stehend (hier im Kanton Glarus). Nur die Kantone Glarus und Appenzell Innerrhoden kennen heute noch diese Form der Demokratie.



Die Judikative der Schweiz – das Bundesgericht in Lausanne (VD)

Die Schweiz ist ein republikanisch verfasster Bundesstaat. Sie unterscheidet sich von anderen Republiken durch

- Elemente der direkten Demokratie: Das Volk kann über Initiativen und Referenden direkten Einfluss auf die Regierungstätigkeit nehmen. In zwei Kantonen, Appenzell Innerrhoden und Glarus, gibt es noch eine Urform der schweizerischen Basisdemokratie: die Landsgemeinde.
- den ausgeprägten Föderalismus: Die Kantone sind neben dem Volk der Verfassungsgeber des Bundes und behalten alle Aufgaben, die in der Bundesverfassung nicht explizit dem Bund zugeordnet werden. Ausserdem starke Beteiligung der Kantone in allen Phasen der politischen Willensbildung (Vernehmlassung, Ständerat, Ständemehr)
- die Konkordanzdemokratie
- ihre selbstdeklarierte Neutralität

Wie in Demokratien üblich ist die Staatsgewalt, gestützt auf die Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, in drei Säulen gegliedert:

- Die Legislative (Bundesversammlung) besteht aus zwei Kammern, dem Nationalrat mit 200 Mitgliedern als Vertreter des Volks sowie dem Ständerat mit 46 Mitgliedern als Vertreter der Kantone. Das schweizerische Parlament ist ein sogenanntes Milizparlament: Die National- und Ständeräte üben ihr Mandat (wenigstens nominell) nebenberuflich aus.
- Die Exekutive ist der Bundesrat mit der Verwaltung. Er besteht aus sieben gleichberechtigten Mitgliedern (Kollegialitätsprinzip), den so genannten «Bundesräten» (Ministern), die je einem Departement der Bundesverwaltung vorstehen. Die Bundesräte werden vom Parlament gewählt. Für jeweils ein Jahr

wird ein Mitglied des Bundesrates von der Bundesversammlung zum Bundespräsidenten gewählt. Er leitet die Sitzungen des Bundesrates und nimmt repräsentative Aufgaben im In- und Ausland wahr, hat aber keine Vorrechte gegenüber dem Restbundesrat. Für gewöhnlich rotiert der Vorsitz auf Grundlage des Alters, die eigentliche Wahl gilt allgemein als Formsache zu dessen Bestätigung; eine Ablehnung durch das Parlament ist dabei allerdings theoretisch möglich. Der Bundespräsident wird während dieses Jahres in der Öffentlichkeit in der Regel als *Herr Bundespräsident*, *Frau Bundespräsidentin* angesprochen, nicht mehr als *Herr Bundesrat* bzw. *Frau Bundesrätin*. Während des Präsidialjahres nimmt ein Bundesrat seine üblichen Regierungsaufgaben voll wahr.

- Die Judikative besteht auf Bundesebene aus dem Bundesgericht mit Sitz in Lausanne und zwei sozialrechtlichen Abteilungen des Bundesgerichts in Luzern (bis 2006: Eidgenössisches Versicherungsgericht) als oberste gerichtliche Instanz. Als untere eidgenössische Instanzen sind das Bundesstrafgericht in Bellinzona sowie das Bundesverwaltungsgericht und das Bundespatentgericht in St. Gallen tätig. Gewählt werden die Bundesrichter, die meistens einer Partei angehören, von der Bundesversammlung. Das Strafgericht hat die Arbeit 2004 aufgenommen; das Verwaltungsgericht tat dies 2007. Ein besonderer Verfassungsgerichtshof wie in anderen Ländern existiert in der Schweiz nicht, doch können alle Gerichte eine (beschränkte) Verfassungsgerichtsbarkeit ausüben

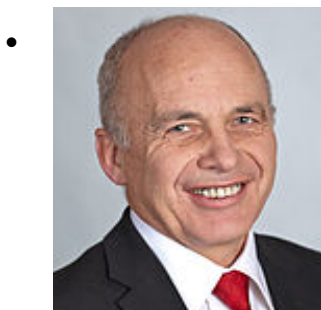
- Der siebenköpfige Bundesrat mit Bundeskanzlerin



Bundespräsidentin
Eveline

BDP,
Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)

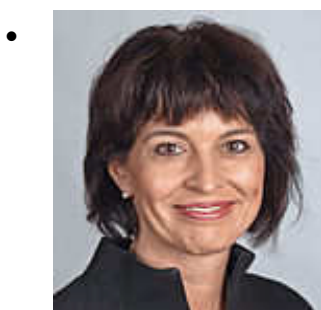
2012
Widmer-Schlumpf
 Graubünden



Vizepräsident
Ueli

SVP,
Eidgenössisches Departement für
Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

2012
Maurer
 Zürich
Verteidigung,



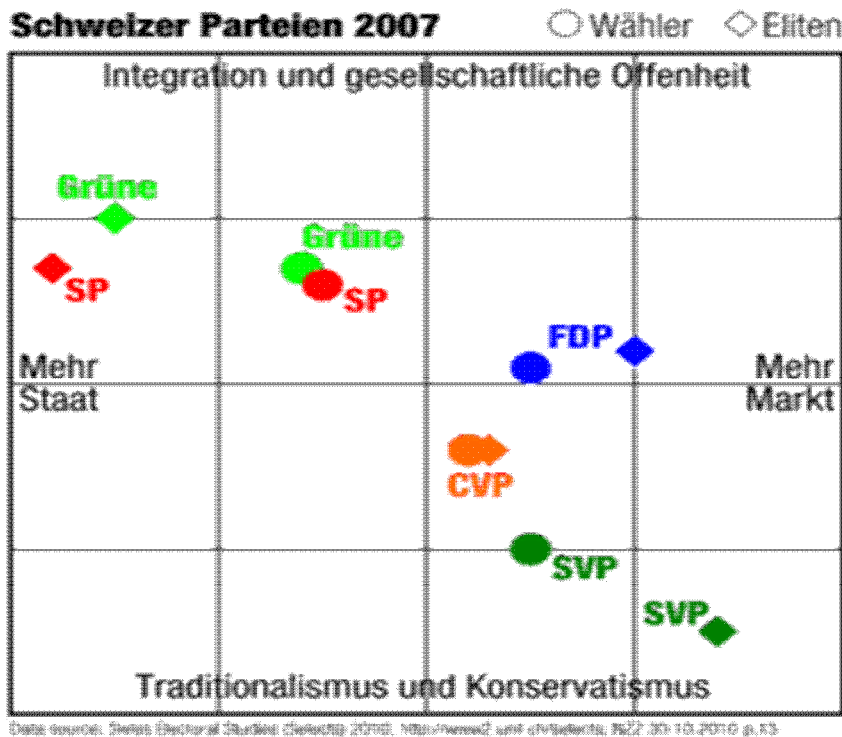
Doris
CVP,

Leuthard
 Aargau

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)

-  **Didier Burkhalter**
FDP, Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)
-  **Simonetta Sommaruga**
SP, Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
-  **Johann Schneider-Ammann**
FDP, Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (EVD)
-  **Alain Berset**
SP, Eidgenössisches Departement des Innern (EDI)
-  **Corina Casanova**
CVP, Schweizerische Bundeskanzlei (BK)

Politische Parteien



Die Positionen der fünf wählerstärksten Parteien im politischen Spektrum der Schweiz (2007)

Politische Parteien mit Vertretern im Bundesrat (Bundesratsparteien) lauten wie folgt:

Politische Partei	Abk.	Spektrum	Ausrichtung	Wähleranteil 2011
Schweizerische Volkspartei	SVP	rechts	nationalkonservativ	26,6 %
Sozialdemokratische Partei der Schweiz	SP	links	sozialdemokratisch	18,7 %
FDP.Die Liberalen	FDP	Mitte-rechts	liberal	15,1 %
Christlichdemokratische Volkspartei	CVP	Mitte	christdemokratisch	12,3 %
Bürgerlich-Demokratische Partei	BDP	Mitte-rechts	liberal-konservativ	5,4 %

FDP und SP stellen je zwei Bundesratsmitglieder, die BDP, CVP und SVP jeweils eines (siehe auch Zauberformel).

Laut einer Meinungsumfrage der deutschen Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) aus dem Jahr 2008 haben 21 Prozent der Schweizer Vertrauen in ihre Politiker. Im

Vergleich zu anderen Berufsgruppen ist das zwar ein geringer Wert, doch das Vertrauen ist wesentlich höher als im westeuropäischen Durchschnitt mit 13 Prozent.

Politik



Politisches System

Schloss Vaduz

Liechtenstein definiert sich nach seiner Verfassung als «konstitutionelle Erbmonarchie auf demokratisch-parlamentarischer Grundlage». Die demokratisch-parlamentarische Grundlage

ergibt sich aus der vom Volk gewählten und abwählbaren Legislativen und der direkt-demokratischen Möglichkeiten des Volkes, sich unmittelbar im Politalltag einzubinden.

Die Staatsgewalt ist nach Art. 2 der Verfassung «... im Fürsten und im Volke verankert und wird von beiden nach Massgabe der Bestimmungen dieser Verfassung ausgeübt.» Der Landesfürst kann als Staatsoberhaupt den Landtag auflösen, schliessen und vertagen, die Volkswahl der Parlamentsmitglieder obliegt einer Angelobung des Fürsten, die Staatsregierung wird auf Vorschlag des Landtages vom Fürsten ernannt und er kann durch die Sanktionsrechte vom Parlament und vom Volk beschlossene Gesetze widerrufen. Das aktuelle Staatsoberhaupt Liechtensteins ist seit 1989 der Fürst Hans Adam II. von und zu Liechtenstein. Die Staatsgeschäfte obliegen seit August 2004 dem Erbprinzen Alois von und zu Liechtenstein.

Legislative



Das 2008 eröffnete Landtagsgebäude in Vaduz

Die gesetzgebende Gewalt liegt beim Landesfürsten und dem Liechtensteinischen Landtag. Der Landtag besteht aus 25 Abgeordneten, die nach dem Proporzwahlrecht für vier Jahre vom Volk gewählt werden. Das Volk wählt dabei in zwei Wahlkreisen, wobei im Unterland 10 und im Oberland 15 Abgeordnete gewählt werden. Die Gesetzgebung wird durch den 65. Verfassungsartikel definiert. Nach diesem dürfen ohne die Mitwirkung des Landtages keine Gesetze beschlossen oder abgeändert werden. Nachdem ein Gesetz vom Landtag beschlossen wurde, muss es noch vom Fürsten sanktioniert, vom

Regierungschef gegengezeichnet sowie im Landesgesetzblatt bekanntgegeben werden, bevor es endgültig in Kraft tritt. Wird ein Gesetz nicht innerhalb von sechs Monaten vom Landesfürsten sanktioniert, gilt es als verweigert.

In der politischen Landschaft Liechtensteins spielen zwei Parteien die Hauptrolle, nämlich die beiden konservativen Parteien Vaterländische Union und Fortschrittliche Bürgerpartei. Sie stehen in einer Koalition und stellen die Regierung. Die Vaterländische Union ist im Oberland stärker vertreten und gilt gemeinhin als eher der Schweiz zugewandt und liberaler, während die Fortschrittliche Bürgerpartei im Unterland überwiegt und als fürstentreu und österreichfreundlich gilt. Davon abgesehen gibt es keine grösseren ideologischen Unterschiede zwischen den beiden grossen Parteien. Die grün-sozialistische Freie Liste nimmt die Rolle der Opposition ein.

Bei den Landtagswahlen 2009 errang die Bürgerpartei elf Sitze, die Vaterländische Union dreizehn und mithin die absolute Mehrheit, hinzu die Freie Liste mit einem Sitz von Pepo Frick.

Exekutive



Die liechtensteinische Regierung

Die fünfköpfige Regierung – der Regierungsrat – stellt die Exekutive. Sie besteht aus dem Regierungschef und den vier Regierungsräten und ihren jeweiligen der 15 Ressorts. Der Regierungschef ist seit dem 25. März 2009 Klaus Tschütscher, der für die Ressorts Präsidium, Finanzen, Familien und Chancengleichheit in der Regierung verantwortlich ist. Auf Vorschlag des Landtages werden sie vom Landesfürsten ernannt. Mit der umstrittenen Verfassungsänderung 2003 erhielt der Landesfürst mit dem 80. Verfassungsartikel die Möglichkeit, die Regierung oder einzelne Regierungsräte jederzeit und ohne Angabe von Gründen zu entlassen.

Als Stellvertreter des Regierungschefs sitzt Martin Meyer in der Regierung und führt die Dossiers Wirtschaft, Verkehr und Bau. Weitere Regierungsratsmitglieder sind Renate Müssner (mit den Ressorts Gesundheit, Soziales, Umwelt, Raum, Land- und Waldwirtschaft), Hugo Quaderer (Ressorts Inneres, Bildung, Sport) und Aurelia Frick (Ressorts Äusseres, Justiz, Kultur).

Judikative

Die Judikative bildet ein mit fünf Richtern besetzter Oberster Gerichtshof; die Richter werden von einem Gremium mit dem Fürsten als Vorsitz bestellt (Artikel 95 ff.

Landesverfassung). Haftstrafen bis zu zwei Jahren werden im landeseigenen Gefängnis in Vaduz verbüsst, höhere Strafen müssen in österreichischen Gefängnissen abgesessen werden; dies ist durch ein bilaterales Abkommen beider Länder möglich.

Direkte Demokratie

Es gibt ein stark direktdemokratisches Element im liechtensteinischen System. So können mindestens 1000 Bürger den Landtag einberufen (Art. 48(2) der liechtensteinischen Verfassung) und mindestens 1500 können eine Volksabstimmung über seine Auflösung beantragen (Art. 48(3) der liechtensteinischen Verfassung). Ebenfalls können 1000 Bürger den Begehrt auf Erlass, Abänderung oder Aufhebung eines Gesetzes an den Landtag stellen. Jedes Gesetz unterliegt einer Volksabstimmung, sofern dies der Landtag beschliesst oder mindestens 1000 Bürger oder vergleichsweise drei Gemeinden dies verlangen (Art. 64 der liechtensteinischen Verfassung). Für Verfassungsänderungen oder Staatsverträge sind mindestens 1500 Bürger oder vier Gemeinden notwendig. Die Verfassung vom März 2003 hat die direktdemokratischen Rechte der Landesbürger in grundlegenden Aspekten erweitert.

Das Frauenstimmrecht wurde erst mit dem dritten Anlauf im Jahr 1984 eingeführt. Eine vom Landtag 1976 beschlossene Verfassungsänderung ermöglichte den Gemeinden, das Frauenstimmrecht schon vorher auf Gemeindeebene einzuführen.

In Krisenzeiten kann sich der Fürst auf ein Notrecht berufen (Artikel 10 der liechtensteinischen Verfassung).

Administrative

Die Verwaltung in Liechtenstein hat ein modernes und breit gefächertes Angebot. Sie umfasst 46 Einrichtungen, die im Allgemeinen direkt der Regierung unterstellt sind:

- 1 Administration (Bau)
- 19 Ämter, von Auswärtigen Angelegenheiten bis Volkswirtschaft und Zivilstand
- 1 Agentur (Internationale Bildung)
- 1 Dienst (Rechte der Regierung und Ämter)
- 1 Dienststelle (Sport), 1 Fachstelle (E-Gouvernement), 1 Hilfsstelle (Opfer), 8 Stabsstellen (von EWR bis öffentliches Auftragswesen), 1 sonstige Stelle (Datenschutz)
- 1 Abteilung Information und Kommunikation mit der Regierung
- 2 Kontrollorgane (Finanzen und Motorfahrzeuge)
- 1 Pensionsversicherung
- 1 Steuerverwaltung
- 1 Regierungskanzlei
- 1 Staatsanwaltschaft
- je 1 Landesarchiv, Landeskasse und Landespolizei

Aussenpolitik und diplomatische Beziehungen

Mangels politischer oder militärischer Macht hat Liechtenstein die Erhaltung seiner Eigenstaatlichkeit in den vergangenen 200 Jahren durch die Mitgliedschaft in Rechtsgemeinschaften gesucht. Internationale Kooperation und europäische Integration sind deshalb Konstanten der liechtensteinischen Aussenpolitik, die darauf abzielen, die völkerrechtlich anerkannte Souveränität des Landes weiterhin abzusichern. Entscheidend für die innenpolitische Legitimation und Nachhaltigkeit dieser Aussenpolitik waren und sind dabei starke direkt-demokratische und bürgernahe Entscheidungsmechanismen, die in Liechtenstein in der Verfassung von 1921 verankert sind.



Die «offene» Grenze zwischen Liechtenstein und der Schweiz

Wichtige historische Etappen der Integrations- und Kooperationspolitik Liechtensteins waren der Beitritt zum Rheinbund 1806, zum Deutschen Bund 1815, der Abschluss bilateraler Zoll- und Währungsabkommen mit der Donaumonarchie 1852 und schliesslich

des Zollvertrags mit der Schweiz im Jahr 1923, dem eine ganze Reihe von weiteren wichtigen bilateralen Verträgen folgte.

Nach dem wirtschaftlichen Wiederaufbau der Nachkriegszeit folgte 1950 der Beitritt zum Statut des Internationalen Gerichtshofs, 1975 unterzeichnete Liechtenstein zusammen mit 34 weiteren Staaten die KSZE-Schlussakte von Helsinki (heutige OSZE), 1978 trat Liechtenstein dem Europarat bei und 1990 wurde Liechtenstein in die Vereinten Nationen (UNO) aufgenommen. 1991 trat Liechtenstein der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) als Vollmitglied bei und seit 1995 ist Liechtenstein Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) sowie der Welthandelsorganisation (WTO). 2008 unterzeichnete Liechtenstein das Schengen/Dublin-Abkommen. Die Beziehungen im Rahmen des EWR und der EU nehmen aus wirtschafts- und integrationspolitischer Sicht eine besondere Stellung in der liechtensteinischen Aussenpolitik ein (siehe Liechtenstein und die Europäische Union).

Die konsularische Vertretung Liechtensteins wird seit dem Zollvertrag mit der Schweiz 1923 zumeist von der Schweiz wahrgenommen. Liechtenstein hält direkte diplomatische Vertretungen in Wien, Bern, Berlin, Brüssel, Strassburg und Washington, D.C. sowie Ständige Missionen in New York und Genf bei den Vereinten

Nationen. Derzeit sind diplomatische Vertretungen von 78 Ländern in Liechtenstein akkreditiert, residieren jedoch meist in Bern.

Die Botschaft in Brüssel koordiniert die Kontakte zur Europäischen Union, zu Belgien und auch zum Heiligen Stuhl. Die Beziehungen zur Schweiz sind wegen der engen Zusammenarbeit in vielen Bereichen besonders umfangreich; die Schweiz erfüllt an einigen Stellen Aufgaben, die für das Fürstentum aufgrund seiner Grösse schwer selbst zu bewältigen wären. Seit dem Jahr 2000 hat die Schweiz einen Botschafter gegenüber Liechtenstein ernannt, der allerdings in Bern residiert.



Aussenministerin Aurelia Frick zu Besuch bei Michelle und Barack Obama in New York, 2009

Die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland wurden lange Zeit über einen nichtresidierenden Botschafter unterhalten; also über eine Kontaktperson, die nicht dauerhaft in Deutschland ansässig war. Seit

2002 hat Liechtenstein jedoch einen festen Botschafter in Berlin, während die deutsche Botschaft in der Schweiz auch für das Fürstentum zuständig ist. Das Aussenministerium Liechtensteins sieht die Kontakte besonders auf wirtschaftlicher Ebene als überaus fruchtbar und wichtig für die Entwicklung des Landes an. Konflikte über den Umgang mit Bank- und Steuerdaten haben die Beziehungen jedoch immer wieder belastet. Am 2. September 2009 haben Liechtenstein und Deutschland ein Abkommen über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch in Steuersachen unterzeichnet. Der Abkommenstext folgte dem OECD-Musterabkommen und sieht ab dem Steuerjahr 2010 einen Informationsaustausch in Steuerfragen auf Anfrage vor. Darüber hinaus begreift Liechtenstein die Bundesrepublik als wichtigen Partner bei der Wahrnehmung seiner Interessen bei der europäischen Integration. Auf kultureller Ebene spielt besonders die Projektförderung eine Rolle, so finanzierte etwa die Hilti-Stiftung die Ausstellung «Ägyptens versunkene Schätze» in Berlin, und der Staat spendete 20'000 Euro nach dem Brand der *Herzogin Anna Amalia Bibliothek* in Weimar.

Die Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum sah im Prinzip die volle Personenfreizügigkeit vor. Weil allerdings absehbar war, dass zahlreiche EU-Bürger im steuergünstigen Fürstentum ihren Wohnsitz nehmen würden, was weder in deren Heimatländern (die Steuerausfälle befürchteten) noch in Liechtenstein (wo steigende Immobilienpreise befürchtet wurden) erwünscht war, wurde eine Sondervereinbarung getroffen, wonach Liechtenstein pro Jahr 64 neue Aufenthaltsbewilligungen vergibt, davon 56 an Berufstätige und acht an Nichtberufstätige. Von den erstgenannten wird die Hälfte nach unklaren Kriterien von der Regierung «nach den Bedürfnissen der

Wirtschaft», die andere Hälfte und die Bewilligungen für Nichtberufstätige auf Drängen der EU in einem Losverfahren vergeben. In jedem Fall ist der Nachzug von Familienangehörigen möglich. Am 28. Februar 2008 unterzeichnete das Fürstentum seinen Beitritt zum Schengenraum, der Beitritt erfolgte am 19. Dezember 2011.

Landesverteidigung

Am 12. Februar 1868 beschloss Johann Fürst von Liechtenstein, «bei den dermaligen geänderten Verhältnissen im staatlichen Organismus Deutschlands» sei es «im Interesse meines Fürstentums gelegen, von der Unterhaltung eines Militärkontingents abzusehen», und löste die liechtensteinischen Streitkräfte auf. Das Fürstentum besitzt seither keine eigene Armee mehr, jedoch ist in der Verfassung die allgemeine Wehrpflicht nach wie vor verankert. Für die innere Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung ist die Landespolizei zuständig. Einige Gemeinden unterhalten eine eigene Gemeindepolizei.

Während des Zweiten Weltkriegs wollte die Schweiz das Territorium des Fürstentums Liechtenstein in ihre Landesverteidigung einbeziehen, da die liechtensteinische Topographie günstige Voraussetzungen für einen Angriff auf die schweizerische Landesgrenze im Rheintal bot. Liechtenstein lehnte dies jedoch ab, da es fürchtete, dies würde seine Beziehungen zum nationalsozialistischen Deutschland übermässig belasten. Die Schweiz drängte auch nach Kriegsende auf eine Lösung des Problems. Schliesslich trat Liechtenstein in mehreren Etappen – jeweils gegen finanzielle und territoriale Entschädigung – militärisch wichtige Punkte an die Schweiz ab, zuletzt 1955 mit dem Ellhorn.

Bis heute existiert kein Vertrag, der eine Interventionspflicht oder ein Interventionsrecht der Schweiz für den Fall eines Angriffs auf liechtensteinisches Territorium regeln würde.

Dreizehnte Vorlesung

Bildungswesen

Gliederung:

I. Schulsystem

1. Grundschule
2. Gesamtschule
3. Hauptschule
4. Realschule
5. Gymnasium

Berufsausbildung (duale System)

- a). Fachschule
- b). Fachoberschule

II. Studium. Hochschule.

1. Organisation der Hochschule
2. Volkshochschulen
3. **Große Universitäten**
 1. Wissenschaft und Forschung
 2. Forschungseinrichtungen

Grundbegriffe:

Emigration, die – Auswanderung; (-ant) – Flüchtling
Abitur, das – Reifeprüfung
Modell, das – Muster, Typ, Vorbild, Entwurf, Nachbildung
Etablieren – festsetzen, gründen, begründen
Palette, die – Kunstmalergerät, Stapelplatte
Mobilität, die – Beweglichkeit
Tertiär – die 3te Stelle in einer Reihenfolge einnehmend
Föderalismus, der – System der Staatenverbindung, bei der beteiligten Staaten mehr oder weniger ihre Selbstständigkeit bewahren
Gradual – den Grad oder den Rang betreffend
Explosion, - Zerknall; Sprengschlag gewaltsamer plötzl. Ausbruch
Profil, das – Seitenansicht
Impuls, der – Antrieb, Anregung, Anstoß
Integrität, die Ganzheit; Unversehrtheit; Unbescholtenheit
Panik, die – plötzl. Schrecken; Verwirrung einer Menschenmassen
Trimester, das – Zeit von drei Monaten
Kapazität, die – Aufnahme; Fähigkeit

Studienland Deutschland

Zusammen mit den USA und Großbritannien gehört Deutschland zu den beliebtesten Studienländer Die beliebtesten Studienländer für Deutsche sind Großbritannien, die USA, die Schweiz, Frankreich und Österreich Dass heute die USA die wichtigste Wissenschaftsnation der Erde sind, haben sie auch deutschen

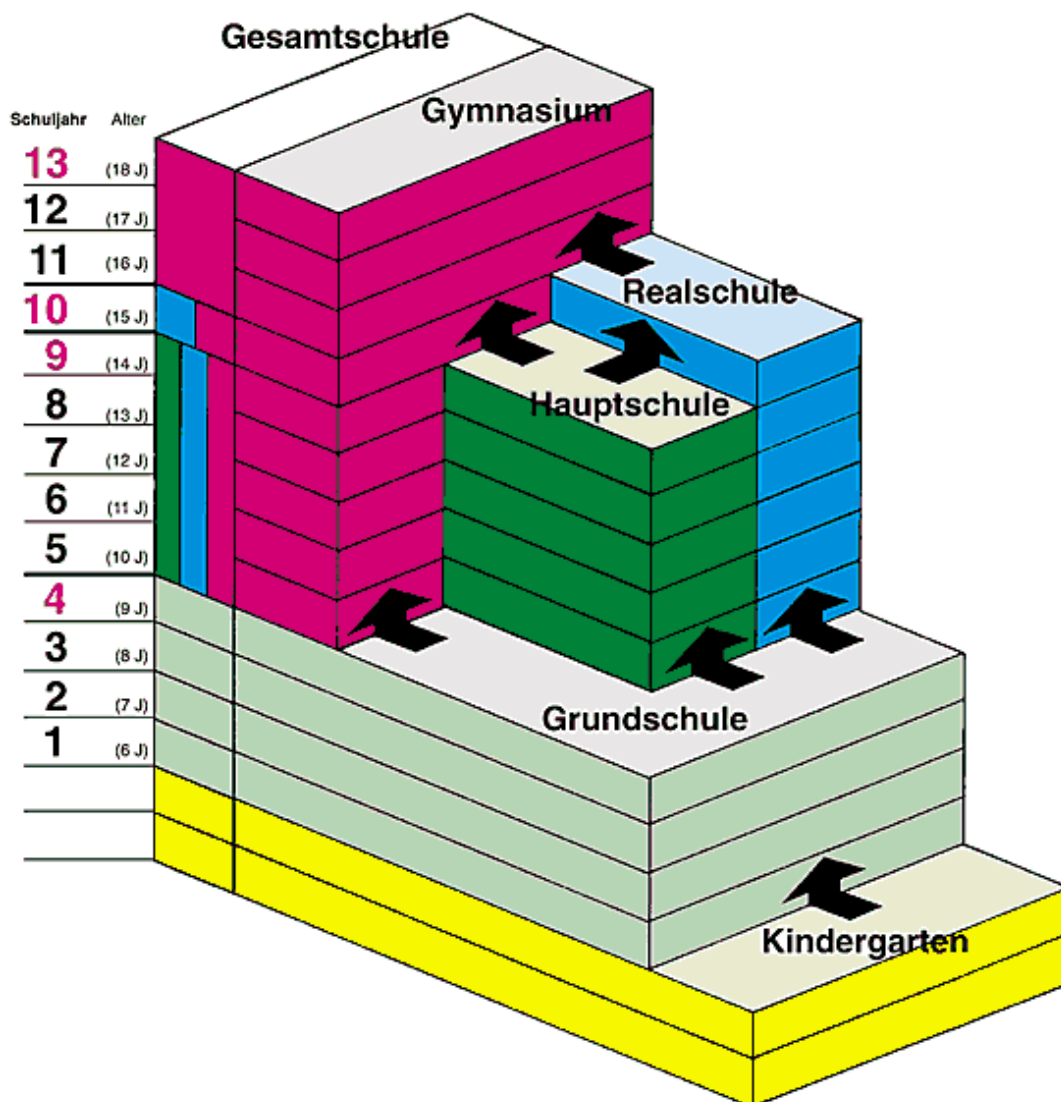
Forschern zu verdanken. Hunderte Gelehrte, viele von Ihnen wie Albert Einstein Juden waren, fanden auf der Flucht vor dem Hitlerregime eine neue Heimat an einer amerikanischen Universität oder einem Forschungsinstitut. Für die deutsche Forschung dagegen war ihre Emigration.

Das deutsche Schulsystem

In Deutschland können die Kinder ab 3 Jahren einen Kindergarten besuchen.

Danach gehen sie mit 6 oder 7 Jahren auf eine Grundschule, die 4 Jahre dauert.

Ihren Noten entsprechend gehen sie dann entweder auf das Gymnasium, die Realschule oder die Hauptschule.



Das Gymnasium dauert 9 Jahre, davon sind die letzten beiden Jahre das "Abitur". Mit dem "Abitur" hat man dann die Möglichkeit eine Universität zu besuchen.

Die Realschule geht 6 Jahre lang, die man mit der "Mittlere Reife" abschließt. Hier hat man jetzt die Möglichkeit entweder eine Ausbildung zu machen, eine Berufsschule zu besuchen oder doch noch das "Abitur" zu machen.

Auf der Hauptschule verbringt man nur 5 Jahre, nach denen die meisten eine Lehre beginnen. Man hat aber auch die Möglichkeit weiterhin auf die Schule zu gehen.

Eine Unterrichtsstunde dauert nur 45 Minuten und normalerweise findet der Unterricht nur morgens statt, es gibt natürlich auch Ausnahmen.

Die Notenskala geht von 1 bis 6, wobei 1 die beste Note ist

Schule ist, weil sie nicht im Grundgesetz als Aufgabe oder mögliche Aufgabe des Bundes genannt, eine der 16 Bundesländer. Auf die Hochschulen hat der Bund Einfluss, z.B. durch Rahmenvorgaben und finanzielle Förderung. In den Ländern gibt es zum Teil Kultusminister, die für Schule und Hochschule zuständig sind. Häufig jedoch gibt es eine Trennung in Kultusminister – hauptsächlich für Schule zuständig – und Wissenschaftsminister (unterschiedliche Bezeichnungen) – zuständig für Fachhochschulen, Kunsthochschulen, Universitäten und weitere wissenschaftliche Einrichtungen. Alle diese Ministerinnen und Minister aus den Bundesländern kommen regelmäßig in der ständigen Einrichtung Kultusministerkonferenz (KMK) zusammen und legen in Beschlossen Grundlinien fest, die dann allerdings in den einzelnen Ländern erst durch entsprechende Gesetze Wirkung erlangen. So soll die Einheitlichkeit des Bildungswesens in Deutschland gesichert werden.

Der Grundaufbau des Schulwesens in Deutschland ist so weit einheitlich, dass ein Wechsel von einem Bundesland in ein anderes Bundesland möglich ist. Dabei kann es allerdings zu Schwierigkeiten wie bei jedem Schulwechsel kommen.

Ab dem Alter von 3 Jahren können die Kinder, die in Deutschland leben, in einen Kindergarten gehen. Die gesetzliche Verpflichtung für jedes Kind einen Kindergartenplatz bereit zu halten, ist in den westlichen – im Gegensatz zu den östlichen – Bundesländern noch nicht erreicht. Der Kindergarten wird in Westdeutschland von den Kindern meist nur vormittags besucht, in Ostdeutschland überwiegend den ganzen Tag eine Regelung, die noch aus der DDR stimmt. Die Kindergärten haben einen allgemeinen Erziehungsauftrag, d.h. es geht um Sprachförderung, musische Förderung, Förderung für Kreativität, soziale Erziehung, d.h. insgesamt die Entwicklung der Kinder. Der Kindergarten gehört nicht zum staatlichen Schulsystem, sondern zum Bereich der Jugendhilfe. Träger der Kindergärten sind weit überwiegend Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Gemeinden, manchmal auch Betriebe und Vereine.

Im Mittelpunkt der erzieherischen Arbeit steht das soziale Lernen mit dem Ziel einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit. Die Kinder lernen vor allem spielerisch.

In vier Bundesländern besteht ein Rechtsanspruch auf Besuch des Kindergartens. Von 1996 an gilt dieses Recht im gesamten Bundesgebiet. Jedoch bleibt der Besuch des Kindergartens freiwillig. Neben Ländern, Gemeinden und Trägern leisten Eltern einen Beitrag zur Finanzierung des Kindergartens. Heute besuchen rund 80 % aller Kinder zwischen drei und sechs Jahren einen Kindergarten.

Mit 6 Jahren beginnt die Schulpflicht für Kinder. Sie besuchen zunächst gemeinsam die **Grundschule**. In den meisten Bundesländern geht die Grundstufe von 1 Klasse bis Klasse 4, in einigen bis Klasse 6. In einigen Ländern wird auch eine Förder- oder Orientierungsstufe für die Klassen 5 und 6 angeboten. Danach trennen sich zumeist die Wege der Kinder, es sei denn sie besuchen eine **Gesamtschule**, in der alle Schülerinnen und Schüler noch bis zur 10. Klasse zusammenbleiben. Gesamtschulen gibt es einmal in additiver Form, d.h., dass Hauptschule, Realschule und Gymnasium unter einem Dach sind. Häufig sind es aber integrierte Gesamtschulen, in denen die Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs gemeinsam unterrichtet werden und nur in einige Fächern – meist Englisch und Mathematik – Leistungskurse besuchen.

Die meist übliche Trennung sieht Hauptschule, Realschule und Gymnasium vor. Sie ist eine frühe Verteilung unterschiedlicher Lebenschancen. Sie fördert drei „Schichten“ der Bildung. Vor allem in den neuen Ländern versucht man zum Teil andere Wege mit lediglich einer Zweileitung, z.B. in eine Regelschule bis zum 9. oder 10. Schuljahr und Gymnasium.

Die Hauptschule – wie der Name sagt, ursprünglich gedacht für die meisten Schülerinnen und Schüler – vermittelt eine allgemeine Bildung. Ihr Abschluss berechtigt zur Aufnahme aller Lehrberufe, kann jedoch auch Ausgangspunkt für Fachschulen sein. Der Trend geht zu Realschule und Gymnasium. So besuchen in manchen Gemeinden nur noch wenige Schülerinnen und Schüler, oft weniger als ein Viertel, die Hauptschule. Rund ein Drittel der Kinder besucht im Anschluss an die Grundschule die Hauptschule. Wer diese nach neun oder zehn Jahren verläßt, tritt meist in die Berufsausbildung ein (und besucht daneben mindestens bis zum 18. Lebensjahr eine Berufsschule). Der erfolgreiche Abschluss der Hauptschule öffnet den Weg zu vielen Ausbildungsberufen in Handwerk und Industrie. Das Lehrangebot der Hauptschule ist zunehmend anspruchsvoller geworden: So erhält beispielsweise heute fast jeder Hauptschüler Unterricht in einer Fremdsprache (meist Englisch) und in Arbeitslehre, um ihm den Weg in die Berufsausbildung zu erleichtern.

In manchen Städten mit vielen Menschen anderer Kultur sind mehr Kinder nichtdeutscher Abstammung in den Klassen der Hauptschulen als Kinder deutscher Abstammung.

Im Regelfall endet die Hauptschule nach der 9. Klasse, es gibt jedoch auch Möglichkeiten, den erweiterten Hauptabschluss nach 10. Schuljahren zu erreichen.

Die Realschule steht zwischen Hauptschule und höherer Schule. Sie umfasst in der Regel sechs Jahre von der 5. bis zur 10. Klasse und endet mit dem Realschulabschluss, auch Mittlere Reife genannt. Mit diesem Abschluss können

Fachschulen, Fachoberschulen oder auch Gymnasien in Aufbauzügen besucht werden. Die meisten Abgänger nehmen jedoch eine Berufsausbildung auf. Für viele Lehrberufe erwartet man heute diesen mittleren Schulabschluss. Er gilt als Voraussetzung für eine mittlere Laufbahn in der Wirtschaft oder im öffentlichen Dienst. Ein Drittel aller Schüler erreicht den mittleren Abschluss.

Das Gymnasium wird mit dem Abitur abgeschlossen. In allen westdeutschen Ländern, dazu in Berlin und Brandenburg, kann das Abitur nach 13 Schuljahren erworben werden, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen bereits nach 12 Jahren. Es gibt Bestrebungen, in allen Ländern die Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Schuljahre festzulegen. Das Gymnasium ist die traditionelle höhere Schule in Deutschland. Ihre frühere Gliederung in altsprachliches, neusprachliches und mathematisch-naturwissenschaftliches Gymnasium gibt es heute kaum noch. Die Regel ist heute in den Gymnasien der alten Bundesländer die reformierte Oberstufe (11. bis 13. Schuljahr), in der ein Kernsystem die herkömmlichen Klassen verbände abgelöst hat. In den Kursen sollen sich die Schüler neben bestimmten Pflichtgebieten hauptsächlich mit den Fächern beschäftigen, die sie besonders interessieren und welche ihren Neigungen entsprechen. Durch diese Wahlmöglichkeiten wird ihnen der Übergang zur Hochschule erleichtert. Neben den Gymnasien mit reformierter Oberstufe gibt es noch Sonderformen wie z.B. das Wirtschaftsgymnasium, oder das Technische Gymnasium. Zur Zeit wird darüber diskutiert, ob die Dauer der Schulzeit bis zum Erreichen der allgemeinen Hochschulreife bundeseinheitlich auf 12 Jahre verkürzt werden soll. Die Entscheidung der Ministerpräsidentenkonferenz darüber ist vorgesehen.

Das Abitur ist im Regelfall Voraussetzung für ein Universitätsstudium und bietet auch für qualifizierte Ausbildungsberufe eine gute Grundlage. Nach 12 erfolgreichen Schuljahren wird in Westdeutschland, Berlin und Brandenburg die Fachhochschulreife erlangt, ein Abschluss, der auch qualifizierte Ausbildungsgänge ermöglicht und zum Studium an den Fachhochschulen berechtigt.

An allen Schulen ist ab dem 5. Schuljahr eine Fremdsprache Pflicht, im Regelfall Englisch. In großen oder im Grenzgebiet zwischen Bundesländern besteht eine große Auswahl an weiterführenden Schulen, was von den Eltern dort auch entsprechend genutzt wird.

Allerdings hat die Zahl der Abiturienten gegenwärtig so stark zugenommen, dass es nicht für alle, die studieren wollen, einen Studienplatz nach Wunsch gibt. Aus diesem Grund gelten in besonders gefragten Studiengängen Aufnahmebeschränkungen, die eine Verteilung der zur Verfügung stehenden Studienplätze nach Abiturnote und Eignungstests notwendig machen.

Ein weiteres Modell ist die Gesamtschule, welche die drei traditionellen Schulreformen zusammenfasst. Bei dieser Schulform werden die Kinder in der Regel von der 5. bis zur 10. Klasse betreut. Einige Gesamtschulen haben eine eigene Oberstufe, die wie die gymnasiale Oberstufe gestaltet ist. Der Schüler kann je nach Fähigkeit Kurse mit höheren oder einfacheren Anforderungen belegen. Berufskundlicher Unterricht wird in den Lehrplan einbezogen. Die Abschlüsse an Gesamtschulen sind in allen Bundesländern anerkannt. Die Gesamtschule hat sich im Laufe der letzten Jahre als Fortsetzung der Tradition der alten Volksschule neben dem

immer öfter angestrebten Gymnasium als zweite starke Säule in der Schullandschaft etabliert; die Haupt- und Realschule mussten demgegenüber Einbussen an Beliebtheit bei den Schülern und Eltern hinnehmen.

In den neuen Ländern gibt es als weitere Schultypen die „Regelschule“ (Thüringen), „Mittelschule“ (Sachsen), und „Sekundarschule“ (Sachsen-Anhalt). Dabei sind die Bildungsgänge der Haupt- und Realschule zusammengefasst, ab Klasse 7 wird in abschlussbezogenen Klassen (Kursen) unterrichtet. Die Abschlüsse gleichen denen in den alten Ländern.

Kinder und Jugendliche, die wegen einer Behinderung in den allgemeinen Schulen nicht ausreichend gefördert werden können, werden an Sonderschulen unterrichtet.

Der zweite Bildungsweg bietet die Möglichkeit, während der Schulzeit Versäumtes nachzuholen. Abendgymnasien geben Berufstätigen die Möglichkeit, sich neben ihrer täglichen Arbeit auf die Reifeprüfung vorzubereiten.

Fast alle Schulen in Deutschland sind Halbtagschulen. Der Unterricht beginnt in der Regel morgens um 8.00 Uhr und endet gegen 13.00 Uhr oder 13.30 Uhr. Höchstens an einem Nachmittag gibt es noch einmal Unterricht. Die Zahl der Versuche mit Ganztagschulen, die ein Angebot bis gegen 15.00 Uhr oder 16.00 machen, ist steigend. Außerdem entwickelt sich ein Angebot an betreuten Schulen, wo die Möglichkeit besteht, schon vor 8.00 Uhr oder nach dem üblichen Unterrichtsschluss noch Betreuung oder Angebote zu bekommen.

Deutschland war vor 1933 ein Land mit besonders vielen Schulreformansätzen. Sie wurden alle 1933 gestoppt. Besonders nach 1970 hat sich in Westdeutschland wieder eine etwas breitere Palette von reformerischen Schulen entwickelt. In der DDR wurde als Einheitsschule eine Polytechnische Oberschule entwickelt, in der starken Verbindungen zur sozialistischen Produktion gesucht wurden. Zur Hochschulreife führte danach die Erweiterte Oberschule.

Seit 1970 hat sich in Westdeutschland der Unterricht nach und nach verändert. In den Grundschulen wird zumeist nicht nur streng im Klassenverband gearbeitet, sondern auch einzeln oder in Gruppen. Es gibt von den Kindern selbst organisierte Lernphasen, Gesprächskreise und andere Versuche, Lernprozesse bei den Kindern zu unterstützen und Kreativität und Kooperationsfähigkeit zu fördern. Der Unterricht in den darauf folgenden Jahrgängen wird dagegen oft noch relativ streng unter Führung des Lehrers oder der Lehrerin gegeben. Es gibt aber eine Vielzahl von Ansätzen, auch diesen Unterricht zu reformieren, damit die Kinder bzw. Jugendlichen lernen, ihre Lernprozesse selbst zu organisieren, ihre Interessen und Fähigkeiten gefördert werden. Qualifikationen wie Kreativität, Kooperationsfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit gestärkt werden. Auch in ostdeutschen Schulen werden inzwischen Ansätze für einen „neuen“ Unterricht aufgegriffen, die stark von Lehrer und Lehrerin geführte Unterrichtsformen abgebaut.

In der Oberstufe der Gymnasien wird vor allem in Kursen gearbeitet. Die Schülerinnen und Schüler können sich spezialisieren, um sich so z.B. auf ein bestimmtes Studium vorzubereiten.

Die Notenskala reicht 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend). In der Oberstufe des Gymnasiums gibt es ein 15-Punkte-System. In einigen Grundschulen und Schulen mit

Versuchscharakter gibt es keine Wiederholung von Klassen. Sonst ist eine Wiederholung bei schlechten Leistungen vorgesehen. Die Zahl der privaten Schulen ist in Deutschland sehr gering. Von Bedeutung sind nur Schule in kirchlicher Trägerschaft und Waldorfschulen (Schulen nach der anthroposophischen Lehre von Rudolf Steiner, gefördert von der Zigarettenfabrik Waldorf-Astoria).

Berufsausbildung. Die meisten Absolventen von Haupt- und Realschulen oder entsprechenden Schulen in ostdeutschland Bundesländern, aber auch einige aus Gymnasien, suchen sich nach der Schule einen Ausbildungsplatz in einem Betrieb. In Deutschland gibt es das duale System der Berufsausbildung: Der oder die Auszubildende ist in einem Betrieb tätig und besucht daneben ein oder zwei Tage die Berufsschule. Auf diese Weise soll eine praktische und theoretische Qualifikation erreicht werden. Im Unterricht wird neben allgemeinbildenden Fächern jener Teil der vorwiegend fach-theoretische Kenntnisse vermittelt, die der Jugendliche hier besser und in breitem Umfang als im Betrieb lernen kann. Die Leistungen werden in einem Abschlusszeugnis bescheinigt. Die Berufsschule ist auch Pflichtschule für alle Jugendlichen, die noch nicht 18 Jahre alt sind und keine andere Schule besuchen. Im sogenannten Berufsvorbereitungsjahr eignen sich diese Schüler ein theoretisches Berufswissen an und können sich so leichter für eine Ausbildungsrichtung entschließen.

In dem umfangreichen System der beruflichen Schulen gibt es neben der Berufsschule noch viele andere auf Berufe vorbereitende Angebote, z.B. **Fachschulen**, die mit einem Beruf oder der Vorbereitung auf einen Beruf enden, **Fachoberschulen**, die zur **Fachhochschulreife** führen. Außerdem gibt es berufliche Gymnasien, die auf spezielle Studiengänge vorbereiten. In einigen Versuchen wird auch gleichzeitig Berufsausbildung und Abitur angeboten.

Zwei Beispiele: Die Berufsfachschule bereitet als Vollzeitschule auf eine berufliche Tätigkeit vor und dauert zwischen einem und drei Jahren. Sie kann auf die Lehre angerechnet werden oder diese ganz ersetzen. Die Fachoberschule nimmt Schüler mit Realabschluss auf und führt sie in zwei Jahren zur Fachhochschulreife; bei abgeschlossener Berufsausbildung dauert sie ein Jahr. Zum Unterricht gehören neben der Theorie auch Lehrwerkstätten und Praktikantenzeiten. Für die individuelle Förderung der beruflichen Rehabilitation lernbehinderter junger Menschen stellt das Berufsförderungswerk jährlich 4,3 Millionen DM zur Verfügung. So sind auch die Betriebe verpflichtet, mindestens 6% ihrer Gesamtarbeitsplätze mit Behinderten zu besetzen. Die Nichtbeachtung dieser Bestimmung zieht eine finanzielle Strafe nach sich.

Die praktische Ausbildung im Betrieb, die „Lehre“, dauert je nach Beruf zwei bis dreieinhalb Jahre, im Durchschnitt jedoch drei Jahre. Eine Ausbildung ist für Jugendliche nur in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen zugelassen. Wer im Besitz des Abiturs ist, kann die Lehrzeit um ein halbes Jahr verkürzen. Bei besonders guter Leistung während der Ausbildungszeit kann die Verkürzung ein weiteres halbes Jahr betragen. Der Lehrling erhält eine jährlich steigende Ausbildungsvergütung. Die Ausbildungsordnungen werden zusammen mit den Wirtschaftsverbänden, den Unternehmerorganisationen und den Gewerkschaften vorbereitet und von den

zuständigen Bundesministern erlassen. Sie legen fest, welche Malerie gelernt und geprüft werden muss. Die Prüfung erfolgt durch Ausschüsse der Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft (Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer) und ähnliche Stellen.

Im Prüfungsausschuss sitzen Vertreter der Arbeitsgeber, Arbeitnehmer und Berufsschullehrer.

Über 500 000 Betriebe aus allen Wirtschaftszweigen sowie die freien Berufe und der öffentliche Dienst bilden Lehrlinge aus. Die Ausbildung findet in größeren Unternehmen in eigenen Lehrwerkstätten und am Arbeitsplatz statt. Die Auszubildenden in kleineren Betrieben werden direkt am Arbeitsplatz ausgebildet. Sind die Betriebe zu spezialisiert, um alle notwendigen Kenntnisse vermitteln zu können, werden sie von überbetrieblichen Ausbildungsstätten unterstützt. Hier können die jungen Menschen ihr berufliches Wissen erweitern.

Die Schulpflicht endet mit dem 18. Lebensjahr oder mit dem Abschluss einer Ausbildung. Jugendliche, die keine Ausbildung machen, sondern gleich als (Hilfs-) Arbeiter/Arbeiterinnen tätig werden, müssen dennoch bis zu Vollendung des 18. Lebensjahres an einem Tag die Berufsschule besuchen.

Die Zahl der Ausbildungsplätze ist zur Zeit – insbesondere in den neuen Bundesländern – zu gering, so dass viele junge Menschen auf weitere schulische Ausbildung ausweichen, ohne damit die Sicherheit zu haben, einen Beruf erlernen zu können.

Ein Problem der dualen Berufsausbildung ist die „Verteilung“ auf die Lehrberufe. Das Angebot an Ausbildungsstellen für bestimmte Berufe und die spätere Nachfrage nach Fachkräften stimmen nicht überein. Die Nachfrage von Jungen und Mädchen in Ausbildungsbetrieben konzentriert sich auf wenige Berufe. Besonders kritisch ist die Wahl der Ausbildungsberufe bei Mädchen, weil sie häufig nach der Lehre keine angemessene Stelle bekommen. Die Ausbildung entspricht nicht der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Auch ihr geringer Anteil im Handwerk – außer Friseurin – wirkt sich nachteilig aus, weil im Handwerk größere Berufschancen bestehen. Allerdings bieten Handwerksbetriebe wenige Ausbildungsplätze für Mädchen an, trotz Initiativen wie „Mädchen in Männerberufe“.

Ausbildungsberufe Frauen (Rangfolge).

Arzthelferin –	51 385
Büroberufe -	48 788
Kauffrau -	43 965
Zahnarzthelferin –	41 755
Friseurin -	38 452
Bankkauffrau -	32 322

Vergleich einiger Ausbildungsberufe

		Männer	Frauen
Elektroberufe	-	137 771	3 911
Büroberufe	-	50 302	152 365
Berufe im Gesundheitswesen	-	140	95231

Grundsätzlich soll in der Bundesrepublik kein Jugendlicher ohne Ausbildung ins Arbeitsleben eintreten. Die Zahl der ungelernten Arbeitskräfte nimmt beständig ab. Hier hat sich das duale System der beruflichen Bildung bewährt. Eine Reihe anderer Länder ist deshalb an diesem System interessiert und bereit, Elemente zu übernehmen. In den achtziger Jahren war die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen wegen der starken Jahrgänge sehr hoch. In den letzten Jahren dagegen lag in den alten Bundesländern das Angebot von Ausbildungsplätzen (1992, alte Bundesländer: 623 000/neue Bundesländer:98 000) über der Nachfrage (1992, alte Bundesländer:512 000/neue Bundesländer: 96 000). Möglich wurde dies durch eine massive Anstrengung aller Beteiligten – von Wirtschaft, Bund, Ländern, der Bundesanstalt für Arbeit und der Treuhandanstalt. Überbetriebliche Ausbildungsstätten gehören mittlerweile auch in den neuen Bundesländern zur Ausbildungslandschaft. Im deutschen Einigungsvertrag wurden die Abschlüsse in der beruflichen Bildung gegenseitig anerkannt um den jungen Menschen die berufliche Mobilität zu erleichtern.

Ausländische Jugendliche in Deutschland haben es schwerer als ihre deutschen Altersgenossen. Ihre Schulbildung wird oft mit der Hauptschule beendet, nur wenige erreichen das Gymnasium. Ihre Chancen bei der Berufswahl sind deshalb weniger gut, zumal sich viele Jugendliche zwischen zwei Kulturen bewegen. Sie entscheiden sich für eine noch engere Palette von Berufen als die deutschen Jugendlichen (die Jungen z.B. für den Kfz-Mechaniker, die Mädchen für den Beruf der Arzthelferin, der Schneiderin oder der Bürohilfe.)

Ausschlagend für die Berufswahl ist das Ziel, eine unabhängige Existenz aufzubauen und den Lebensstandard, auch der Familie, dauerhaft zu verbessern.

In der EU werden Berufsprofile für Facharbeiter und Fachangestellte aufgelistet, die Europaweit gelten sollen; europäische Förderprogramme zur Berufsbildung wurden ins Leben gerufen. Aber der Hang der Berufsanfänger, ins Ausland zu gehen, ist nicht groß. Die notwendigen Sach- und Sprachkenntnisse fehlen nur zu oft. Wichtiger erscheint deshalb der Austausch von Erfahrungen und der Ausbau von Netzwerken zu neuen Technologien und zur Förderung des Sprachenlernens.

Hochschulsystem in Deutschland

Hochschulranking

Welche Hochschule in Deutschland ist die Beste? Für über 30 beliebte Fächer finden Sie darauf die Antwort im **Hochschulranking** von CHE und DIE ZEIT (auf Englisch).



"Wer die Wahl hat, hat die Qual." So lautet ein deutsches Sprichwort. Und es beschreibt Ihre Lage – angesichts der vielfältigen Studienmöglichkeiten in Deutschland – vielleicht ganz gut. In Deutschland gibt es 409 staatlich anerkannte Hochschulen, an 165 Orten in der ganzen Bundesrepublik verteilt. Alle Hochschulen zusammen bieten mehr als 13.500 Studiengänge an. Damit Ihre Wahl nicht zu einer ganz schlimmen Qual wird, haben wir hier für Sie ein paar Entscheidungshilfen zusammengestellt.

Welche Arten von Hochschulen gibt es?

Etwas übersichtlicher wird das Angebot bereits, wenn man sich für eine Hochschulart entscheidet. In Deutschland gibt

es drei Arten von Hochschulen:

1. Universitäten,
2. Fachhochschulen sowie
3. Kunst-, Film- und Musikhochschulen.

An Universitäten sind Sie richtig aufgehoben, wenn Sie sich für ein wissenschaftlich ausgeprägtes Studium interessieren. Universitäten bieten ein sehr breites Fächerspektrum an. Manche Universitäten haben sich auf bestimmte Fachgebiete spezialisiert. Beispiele dafür sind Technische Hochschulen, Medizinische Hochschulen oder Pädagogische Hochschulen. Auch wenn Sie in Deutschland promovieren (also den Dokortitel machen) möchten, sind Sie an den Universitäten genau richtig.

Fachhochschulen sind die richtige Lösung, wenn Sie ein sehr praxisorientiertes Studium bevorzugen. Hier erhalten Sie eine wissenschaftlich fundierte Ausbildung, die auf die konkreten Anforderungen im Berufsleben zugeschnitten ist. Zum Studium gehören Praktika und Praxissemester. Dort haben die Studierenden die Gelegenheit, ihre Kenntnisse in Unternehmen und Betrieben zu erproben.

Kunst-, Film- und Musikhochschulen sind die richtige Wahl, wenn Sie ein künstlerisch-gestalterisches Fach studieren möchten. Diese Hochschulen bieten Fächer an wie Bildende Kunst, Industrie- und Mode-Design, Grafik, Instrumentalmusik oder Gesang. An Hochschulen für moderne Medien werden Regisseure, Kameralleute, Drehbuchautoren sowie andere Film- und Fernsehschaffende ausgebildet. Die Voraussetzung für ein solches Studium ist ein besonderes künstlerisches Talent, das Sie in einem Eignungstest unter Beweis stellen müssen. Für die Kunst-, Film- und Musikhochschulen gelten also besondere Zulassungsbedingungen.

Studium statistisch

Im Wintersemester 2009/2010 waren an den 409 staatlich anerkannten Hochschulen insgesamt 2,12 Millionen Studierende eingeschrieben.

- 1.392.556 Studierende an den 104 Universitäten,
- 644.778 Studierende an den 203 Fachhochschulen und
- 32.237 Studierende an den 51 Kunst-, Film- und Musikhochschulen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand: Wintersemester 2009/2010.

Wie unterscheiden sich staatliche und private Hochschulen?

Die meisten Hochschulen in Deutschland werden vom Staat finanziert. Einige wenige Hochschulen werden von der protestantischen oder der katholischen Kirche unterhalten. Daneben gibt es mittlerweile über 100 private Hochschulen, deren Studienabschlüsse vom Staat anerkannt werden. Ein Großteil davon sind Fachhochschulen.

Die weitaus meisten Studierenden in Deutschland sind allerdings an staatlichen Hochschulen eingeschrieben. Nur drei Prozent besuchen eine private Hochschule. Das liegt daran, dass an privaten Hochschulen zum Teil hohe Studiengebühren verlangt werden. Die Qualität der Lehre ist an beiden Hochschultypen vergleichbar gut.

Wichtig zu wissen: Das Bildungswesen in Deutschland wird nicht zentral geregelt. Jedes der 16 Bundesländer* hat seine eigenen Hochschulgesetze und Richtlinien. Außerdem sind die Hochschulen in Deutschland weitgehend selbstständig. Vieles ist deshalb nicht für alle Hochschulen einheitlich geregelt. Darum gilt: Fragen Sie immer nach, welche Bestimmungen an der Hochschule Ihrer Wahl gelten.

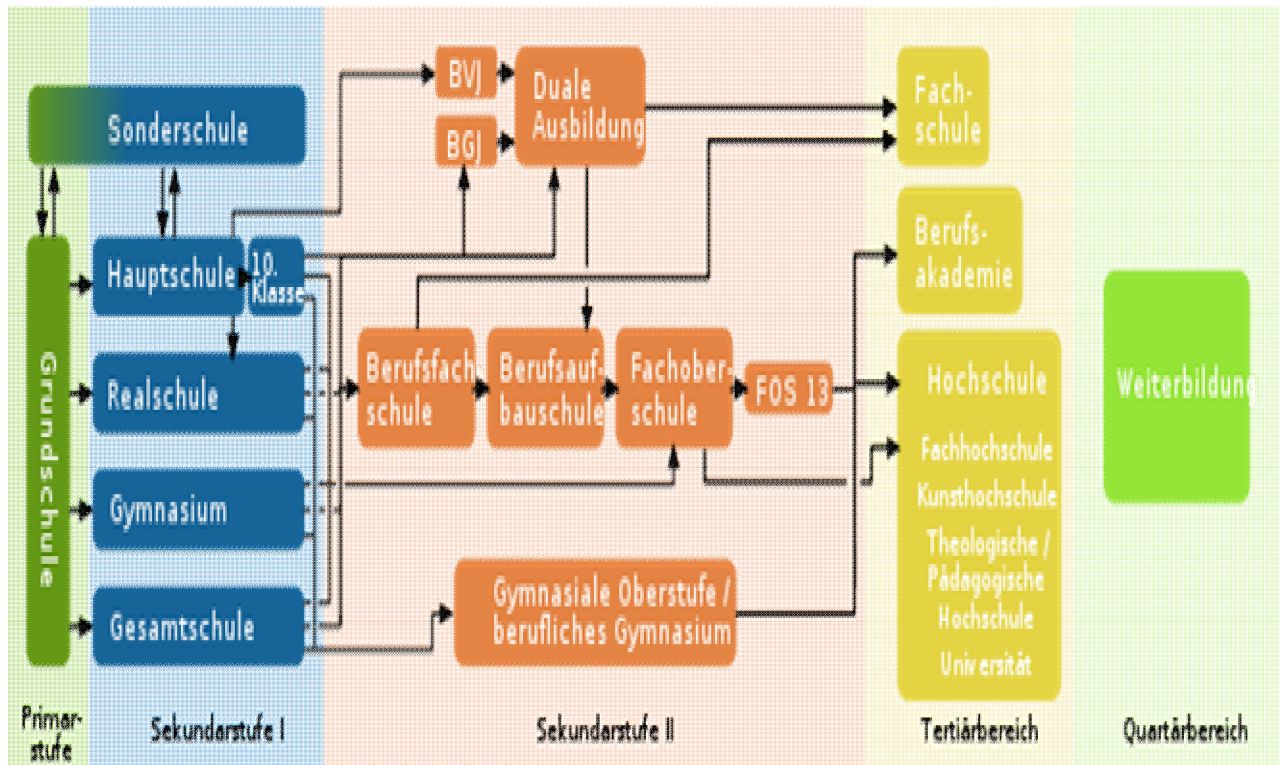
Das Hochschulsystem in Deutschland besteht aus zwei Bereichen:

Universitäten und **Fachhochschulen** (University of Applied Sciences). Zwischen diesen zwei Hochschulen gibt es einige Unterschiede, die du wissen solltest, wenn du planst, in Deutschland zu studieren.

Eine **Fachhochschule** (FH) ist eine Hochschule für natur-, sozial-, wirtschaftswissenschaftliche, technische und künstlerische Fächer. Dieser Typ Hochschule ist neuer und besteht erst seit 1970. Das typische für diese Hochschule ist die praxisbezogene Lehre und Forschung, vor allem in den Fachrichtungen Ingenieurwesen, Wirtschaft, Verwaltung, Sozialwesen und Design. Eine FH kannst du mit einer "allgemeinen Hochschulreife" oder einer "fachgebundenen Hochschulreife" besuchen.

An den **Universitäten** gilt seit dem Hochschulreformer Wilhelm von Humboldt (1767-1835) das Prinzip der "Einheit von Forschung und Lehre". Deutsche Universitäten sind also keine reinen Ausbildungsstätten, sondern immer auch Orte unabhängiger Grundlagenforschung und angewandter Forschung. Universitäten verleihen akademische Grade sowie den Doktorgrad. Sie haben das Habilitationsrecht und können zum Hochschullehrer qualifizieren.

Hochschule



Hochschule ist ein Oberbegriff für verschiedene wissenschaftliche, wissenschaftlich-anwendungsorientierte, künstlerisch-wissenschaftliche oder künstlerische Einrichtungen des tertiären Bildungsbereichs zur beruflichen Ausbildung, Pflege der Wissenschaften und Künste durch Forschung und Lehre.

Viele Fachhochschulen bezeichnen sich seit einigen Jahren nur noch als *Hochschule*.

Andere Einrichtungen des **tertiären Bildungsbereichs**, aber dennoch keine Hochschulen, sind:

- Berufsakademien
- Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien
- Fachakademien bzw. Fachschulen

Im engeren Sinn bezeichnet eine Hochschule eine Einrichtung, die Forschung betreibt und damit neues Wissen schafft, wissenschaftliche Lehre (Studium und Wissenschaftliche Weiterbildung) vermittelt und akademische Grade als Studienabschlüsse verleiht. Im Rahmen des Bologna-Prozesses werden an den Hochschulen gestufte Studiengänge mit den Abschlüssen Bachelor und Master angeboten, die überwiegend die bisherigen Abschlüsse Diplom und Magister ersetzen.

Eine besondere Form der Hochschulausbildung kennzeichnet eine Fernuniversität oder Fernhochschule. Neben staatlichen Hochschulen gibt es auch nichtstaatliche Hochschulen. Diese werden zumeist von Kirchen, Gemeinden, aber auch von Stiftungen und in neuerer Zeit auch von Privatunternehmen getragen.

Die rechtliche Stellung der Hochschulen wird in den meisten Staaten durch ein spezielles Hochschulgesetz geregelt. In Deutschland ist das Hochschulsystem Ländersache und wird durch deren Hochschulgesetze geregelt. Das Hochschulrahmengesetz des Bundes, das bisher Rahmenvorgaben für die Länder gegeben hat, läuft im Rahmen der Föderalismusreform aus.

Hochschulen haben sich im Laufe der Zeit (in entsprechender Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Bundesland) zusammengeschlossen, sich spezialisiert oder umbenannt. Ein Beispiel hierfür sind Technische Hochschulen, die fast alle in technische Universität umbenannt wurden, wie erstmalig 1946 die Technische Universität Berlin. Ausnahmen sind beispielsweise die RWTH Aachen oder die ETH Zürich.

Viele Fachhochschulen bezeichnen sich seit einigen Jahren kürzer als *Hochschule*, meist zusammen mit dem Fachgebiet, beispielsweise 'Hochschule für Wirtschaft'. Zudem führen sie die englische Bezeichnung *University*^[1] oder *University of Applied Sciences* (wörtlich übersetzt *Universität für angewandte Wissenschaften*). Dies begründet sich darin, dass der Begriff *University* in angloamerikanisch geprägten Bildungssystemen diejenigen Institutionen bezeichnet, die postgraduale Studiengänge anbieten, was in Deutschland den Hochschulen entspricht und nicht nur speziell den Universitäten. Der englische Begriff *High School* als wörtliche Übersetzung ist dagegen dem Schulbereich zuzuordnen.

Eine Besonderheit in Deutschland ist die Pädagogische Hochschule (PH) mit dem Vorgänger *Pädagogische Akademie* (PA). Die PH wurden in den 1960/70er Jahren in den meisten bundesdeutschen Ländern in die Universitäten eingegliedert, um die Volksschullehrerausbildung wissenschaftlich zu vereinheitlichen. Heute bestehen nur noch in Baden-Württemberg die Pädagogischen Hochschulen, die erst Ende der 1990er Jahre das Habilitationsrecht erhielten. Dieses Recht war bislang auf die an der PH gelehrteten Fachgebiete, also Lehrerausbildung für Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen und allgemeine Pädagogik, beschränkt. Erst das neue Landeshochschulgesetz Baden-Württemberg von 2005 brachte den Pädagogischen Hochschulen hier das uneingeschränkte Habilitationsrecht.

Nach einer Prognose der Kultusministerkonferenz aus dem Jahr 2005 kommt auf die Hochschulen in Deutschland in den nächsten Jahren eine Lawine neuer Studienanfänger zu. Demnach soll die Zahl der Studierenden von gegenwärtig rund 1,9 Millionen auf 2,2 bis 2,4 Millionen Studenten im Jahr 2011 anwachsen. Zur Bewältigung dieses Bildungsansturms müssten die Hochschulen mit zusätzlichen Planstellen für Professoren ausgestattet werden.¹ An deutschen Hochschulen betreut derzeit im Fächerdurchschnitt statistisch ein einzelner Professor etwa 52 Studenten. Genauer sind dies an Universitäten etwa 60, an Fachhochschulen etwa 38 Studenten. Die Anzahl der Studierenden ist von 1972 bis 2005 um das dreifache angestiegen (auf 1.953.504), die Anzahl der Professoren jedoch nur um das 1,8-fache (auf 37.364).¹ Nach diesen Zahlen sieht der Wissenschaftsrat einen Verbesserungsbedarf bei der

Lehre an den Hochschulen, insbesondere an den Universitäten. Im Vergleich dazu stehen die US-amerikanischen Eliteinstitutionen wie Harvard oder Stanford mit einem Betreuungsverhältnis von 1:10 oder besser wesentlich günstiger dar.

Liste deutscher Hochschulen



Universität Heidelberg – die älteste Universität in Deutschland

der Studierenden.

Die **Liste deutscher Hochschulen** enthält staatliche und staatlich anerkannte **Hochschulen** in Deutschland (insbesondere Universitäten, Fachhochschulen und Kunsthochschulen) mit Angaben zu Träger, Promotionsrecht, Gründungsjahr und Anzahl

Es gab insgesamt 410 Hochschulen in Deutschland. Davon waren 105 Universitäten, 6 Pädagogische Hochschulen, 16 Theologische Hochschulen, 51 Kunsthochschulen, 203 Fachhochschulen und 29 Verwaltungsfachhochschulen.



I

Fernuniversität in Hagen – die größte Universität Deutschlands

Die älteste deutsche Hochschule, die Universität Heidelberg, wurde 1386 gegründet. Mehrere andere Universitäten haben bereits ihre Fünfhundertjahrfeier hinter sich, darunter die traditionsreichen Universitäten von Leipzig (1409) und Rostock (1419). Daneben bestehen auch ganz junge Universitäten – mehr als 20 sind erst nach 1960 gegründet worden.

Im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war für die Universitäten das Bildungsideal bestimmend, das Wilhelm von Humboldt in der 1810 gegründeten Universität Berlin zu verwirklichen suchte. Die Hochschule Humboldtscher Prägung war für eine kleine Zahl von Studenten gedacht. Sie sollte vor allem eine Stätte reiner Wissenschaft, zweckfreier Forschung und Lehre sein. Dieses Ideal entsprach zunehmend nicht mehr den Erfordernissen der modernen Industriegesellschaft. Neben den sich nur langsam entwickelnden Universitäten entstanden Technische Hochschulen, Pädagogische Hochschulen und – insbesondere in den 70er und 80er

Jahren des 20. Jahrhunderts – Fachhochschulen. Auch die Bildungspolitik wandelte sich: Die Öffnung der Hochschulen grundsätzlich für alle jungen Menschen wurde allgemein anerkanntes Ziel der Hochschulpolitik.

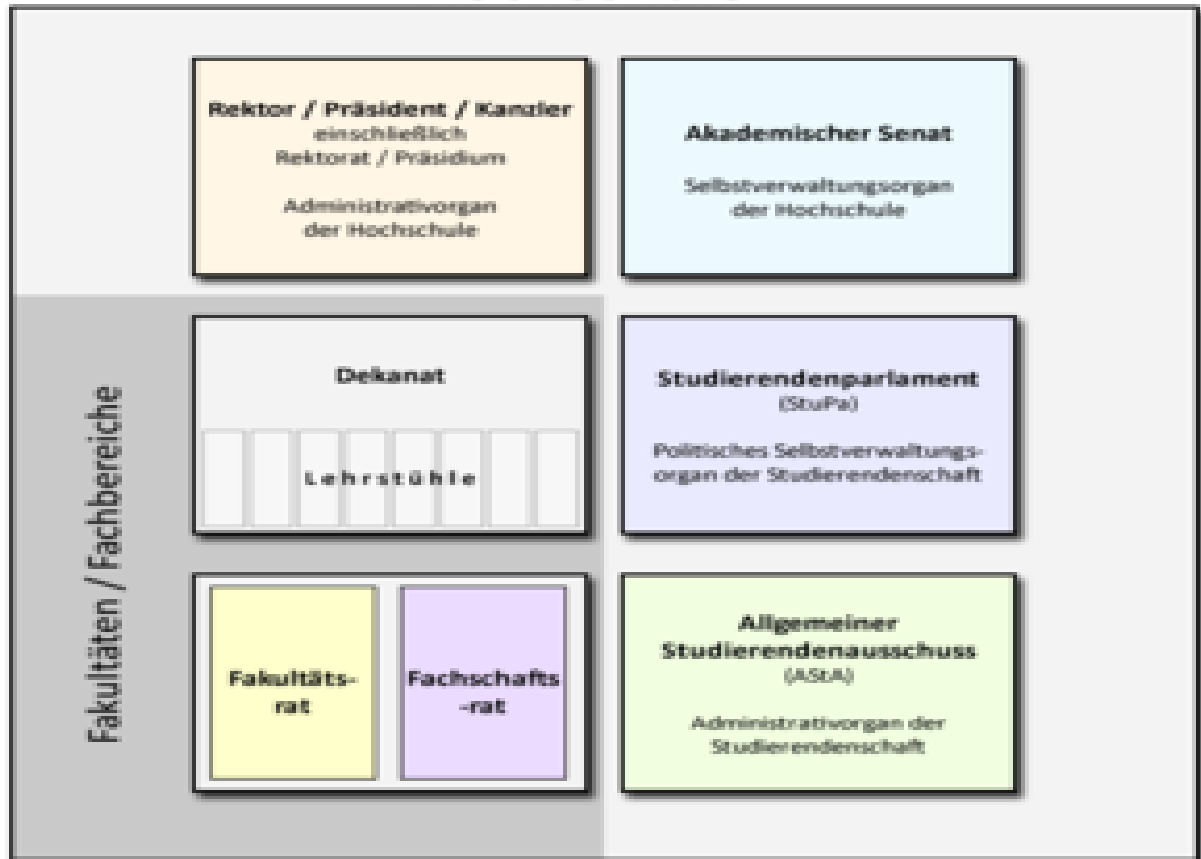
1960 begannen nur 8% eines Altersjahrganges ein Studium, heute bewirbt sich etwa jeder Dritte um einen Studienplatz. Die Zahl der Studierenden hat sich in Deutschland auf rund 1,8 Millionen im Wintersemester 1992/93 erhöht. Im Studienjahr 1992/93 begannen über 290 000 Personen ein Studium. Die Zahl der Studienanfänger ist damit weiterhin gegenüber den Vorjahren leicht gesunken. Der Staat suchte dem Andrang seit Beginn der Bildungsexpansion in den 60er Jahren Rechnung zu tragen – durch Aus- und Neubau von Hochschulen, durch eine Aufstockung des Lehrpersonals, durch eine Vervielfachung der finanziellen Mittel. Neue Studiengänge wurden eingeführt und das Studium stärker auf die spätere berufliche Praxis hin orientiert. Der Aufbau konnte allerdings mit dem Anstieg der Studentenzahl nicht Schritt halten, so dass sich die Studiensituation an den deutschen Hochschulen in den letzten Jahren ungünstig entwickelt hat. Auch die durchschnittlichen Studienzeiten sind zu lang. Bund und Länder beraten daher zur Zeit darüber, wie durch eine Studienstrukturreform die Leistungsfähigkeit und die Effizienz der Hochschulen verbessert werden können.

Neben ihren Aufgaben in der Lehre bilden die Hochschulen in Deutschland das Fundament der Forschung. Durch ihre Arbeit im Bereich der Grundlagenforschung tragen sie maßgeblich zum hohen Leistungsniveau der Forschung in Deutschland bei.

Organisation der Hochschulen.

Die Hochschulen sind (mit Ausnahme einiger privater, insbesondere kirchlicher Hochschulen, der Universitäten der Bundeswehr und der Verwaltungshochschule des Bundes) Einrichtungen der Länder. Der Bund regelt die allgemeinen Grundsätze des Hochschulwesens und beteiligt sich insbesondere an der Finanzierung des Hochschulbaus und der Hochschulforschung.

Hochschule



Die Hochschule hingegen hat das Recht der Selbstverwaltung. Sie gibt sich im Rahmen der Gesetze eine eigene Verfassung.

Geleitet wird die Hochschule von einem hauptamtlichen Rektor oder Präsidenten, der auf mehrere Jahre gewählt wird. In der Selbstverwaltung gilt das Prinzip einer funktionsgerecht abgestuften Mitwirkung aller Hochschulmitglieder nach dem Modell der „Gruppenuniversität“. Für die Beteiligung an der Willensbildung der Hochschule bilden entsprechend ihrer Qualifikation, Funktion, Verantwortung und Betroffenheit die Professoren, die Studierenden, das weitere wissenschaftliche und künstlerische Personal sowie die sonstigen Mitarbeiter grundsätzlich je eine Gruppe. In den meisten Bundesländern verwaltet die Studienschaft ihre Angelegenheiten selbst.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es ca. 300 staatliche bzw. staatlich anerkannte Hochschulen. Man unterscheidet Universitäten, Technische Universitäten (TU) und Hochschulen einer bestimmten Fachrichtung (z.B. Theologie, Medizin), Pädagogische Hochschulen, Kunst- und Musikhochschulen, Gesamthochschulen (Universität mit Fachhochschulen, nur in Hessen und Nordrhein-Westfalen) und Fachhochschulen. Fachhochschulen bieten kürzere Studiengänge und eine praxisbezogene Ausbildung während des Studiums. Eine weitere Studienmöglichkeit ist das Fernstudium. Die Studentinnen und Studenten werden hierbei über schriftliche und audiovisuelle Medien angeleitet.

Seit den sechziger Jahren erleben die westdeutschen Hochschulen einen ständig wachsenden Zustrom an Studenten. Für die Jahre ab 2000 sagen Bildungspolitiker einen Anstieg der Schülerzahlen voraus, der zu weiter wachsenden Studentenzahlen führen werde. Zur Zeit beginnen in Westdeutschland ca. 30% eines Altersjahrgangs, in

Ostdeutschland etwa 10% mit dem Studium an einer Fachhochschule oder Universität. Oft sind es Zukunftsängste oder Stellenmangel in dem angestrebten Beruf, die eine schnelle Berufsentscheidung verhindern. Hinzu kommt, dass der Stellenwert mittlerer Berufsabschlüsse, vor allem der des Hauptschulabschlusses, stark gesunken ist und die Anforderungen für den Berufseintritt oft unnötig nach oben geschraubt werden. Die Hochschulen sind somit zu den wichtigsten Ausbildungsstätten für junge Leute geworden.

Diese Entwicklung spiegelt auch einen Wandel der industriellen Gesellschaft wider: sie legt mehr Wert auf planerisches und konzeptionelles Arbeiten als auf handwerkliches Können. Bildungspolitiker warnen vor einer ungebremsten Hochschulexplosion, die mehr Akademiker produziert, als die Wirtschaft gebrauchen kann. Sie beurteilen den „Run“ auf die Hochschulen auf Kosten einer berufsspezifischen Fachausbildung als eine deutliche Fehlenentwicklung. Es gibt auch Stimmen, die lediglich kritisieren, dass es die Hochschulpolitik versäumt habe, sich rechtzeitig auf die steigende Zahl von Studenten einzustellen. Man verweist darauf, dass im internationalen Vergleich in der Bundesrepublik sogar weniger Akademiker ausgebildet werden als anderswo. Tatsache ist, dass der Staat beim Ausbau und beim Hochschulbau fast unverantwortlich spart.

Die Hörsäle in den Hochschulen der alten Bundesländer sind überfüllt; 1,69 Millionen Studenten drängten 1992/93 in die Hochschulen. Die Studienbedingungen in den Massenuniversitäten sind nicht gut: wenige Praktikumsplätze, zu wenig Geld für Bibliotheken, zu wenige Studentenwohnungen, Numerus clausus in wichtigen Fächern (d.h. nur eine bestimmte Zahl von Studenten wird für ein Fach zugelassen). Die Folge ist, dass fast ein Drittel der Studenten vorzeitig aufgeben.

Seit 1971 gibt es das Bafög (=Bundes-Ausbildungsförderungs-Gesetz). Ungefähr 30% der Studenten in den alten Bundesländern (und 90% in den neuen) können es aufgrund ihrer finanziellen Lage beanspruchen. Die Befög-Beträge reichen aber nicht aus; viele bekommen Geld von Zuhause oder jobben neben dem Studium. Dadurch verlängert sich die zum Teil schon geregelte Studienzeit.

In den alten Bundesländern konzentrieren sich die Studierenden bei der Wahl ihres Studienortes auf nur 10 von insgesamt 60 Universitäten: auf die Ludwig-Maximilians-Universität München (663 400), die Freie Universität Berlin (61 000), die Universitäten in Köln (50 400), Münster (43 800) und Hamburg (50 400). Es folgen Bonn, Aachen mit den größten Technischen Hochschule, Bochum, Frankfurt am Main und die TU (Berlin). Die 123 Fachhochschulen mit insgesamt 372 200 Studierenden sind gleichmäßiger belegt als die Universitäten und Hochschulen. (Zahlen nach: Statistisches Jahrbuch 1993 und Jahrbuch der BRD 92/93).

70% der Studenten streben derzeit eine berufsspezifische Ausbildung außerhalb der Forschung an. Darum nehmen heute die Hochschulen Abschied von der Tradition der Einheit von Forschung und Lehre, wie es von Anfang an das Bildungsideal war. Eine grundlegende Bildungsreform wird damit unausweichlich: erstens die Auswertung der Fachhochschulen gegenüber den Universitäten, also der beruflichen Bildung (Ingenieurwesen, Wirtschaft, Sozialwesen), und zweitens die zeitliche und inhaltliche Straffung des Studiums.

Nach der Wende gestaltete man das ostdeutsche Hochschulsystem völlig um und „wickelte“ politisch belastete Fachbereiche „ab“, vor allem die Geistes- Wirtschafts- und Rechtswissenschaften, d.h. man löste sie auf und gründete sie meist mit Hilfe westlicher Professoren neu. Kommissionen überprüften die Hochschullehrer auf ihre moralische Integrität und besetzten Lehrstühle neu. Ehemalige DDR-Hochschulen wurden zusammengefasst. Fachhochschulen entstanden nach der Wende aus bestehenden Hochschulen.

Es gibt auch andere Neugründungen. Mit einem einmaligen Konzept tritt die neue Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder an: neben deutschem Steuerrecht werden EG- und Völkerrecht gelehrt, im Studiengang Betriebswirtschaft stehen auch Wirtschaftsfragen der osteuropäischen Länder auf dem Programm.

Die Umgestaltung war insgesamt ein noch nie da gewesener Kraftakt, der Unsicherheit, teilweise Panik, aber auch Zuversicht für einen Neuanfang mit sich brachte. Inzwischen ist nicht nur die Wirtschaft, sondern auch das Bildungssystem auf dem Weg der Erneuerung ziemlich weit gekommen. Insgesamt bekommen die Ost-Hochschulen heute gute Noten: keine überfüllten Hörsäle, gute Studienbedingungen, persönliche Kontakte zu Professoren und Kommilitonen sowie vielfach komplett neu angeschaffte Geräte, Rechner und Einrichtungen.

Studium und Studierende.

Die Jugendlichen mit Fachhochschulreife oder Hochschulreife, die nicht in eine Ausbildung gehen oder gleich beruflich tätig werden, studieren zum größten Teil. Fachhochschulen führen nach 3 Jahren zu einem an der Praxis orientierten höheren Berufsabschluss. Absolventen und Absolventinnen bekommen nach erfolgreichem Studium ein Diplom mit der entsprechenden Fachbezeichnung z.B. Dipl.- Ingenieur. Zur Unterscheidung von Universitätsabsolventen soll dahinter in Klammern FH=Fachhochschule geführt werden.

An 90 Universitäten in Deutschland kann ein Universitätsstudium absolviert werden. Fast alle Universitäten sind staatlich, d.h. werden von den jeweiligen Bundesländern finanziert. An diesen staatlichen Universitäten besteht eine starke Selbstverwaltung, d.h. Professorinnen und Professoren, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Studentinnen und Studenten und die übrigen an der Universität tätigen, bilden Gremien, in denen Beschlüsse gefasst werden, die zum Teil sofort in Kraft treten, zum Teil staatlicher Genehmigung bedürfen. In den 16 Bundesländern ist die Organisation der Universitäten unterschiedlich. Es gibt Universitäten unter Leitung von Professorinnen und Professoren, die auf 2 oder 3 Jahre zum Rektor oder Rektorin gewählt werden, andere haben einen auf 5 oder mehr Jahre gewählten Präsidenten oder Präsidentin mit größeren Vollmachten. Die Bundeswehr unterhält auch Hochschulen, das Studium gehört dort mit zur Ausbildung der Offiziere. Alle Universitäten haben Aufgaben der Forschung und der Lehre. Beides gehört zum Wesen deutscher Universitäten.

Das Universitätsstudium wird entweder

- mit dem Magistergrad, der schriftlichen und mündlichen Prüfung in zwei Hauptfächern oder einem Hauptfach und zwei Nebenfächern, die relativ beliebig kombinierbar sind, oder

- einem Diplom (z.B. Dipl.-Politologe/in, Dipl.-Soziologe/in, Dipl.-Volkswirt/in) nach einem etwas stärker auf den Abschluss hin ausgerichteten Studium oder
- mit einem Staatsexamen (z.B. für Juristen/innen, Ärzte/innen, Lehrer/innen, Apotheker/innen) abgeschlossen.

Das Studium dauert einschließlich Prüfungssemester bei

Lehramtsstudiengängen für Grundschule, Haupt- und Realschule 7 Semester, sonst 9 oder mehr Semester. Ein Semester ist ein Halbjahr, in dem im Regelfall etwa 4 Monate Vorlesungen, Seminare, Übungen usw. angeboten werden, der Rest des Jahres für Praktika, eigene Studien oder Ferien genutzt wird. An den Hochschulen der Bundeswehr gibt es Trimester – 3 Phasen in einem Jahr.

In manchen Studiengängen wird ziemlich streng vorgeschrieben, welche Veranstaltungen zur Erlandung des Studienziels besucht werden müssen. In anderen Studiengängen – besonders in den Sozial- und Geisteswissenschaften (Soziologie, Philosophie, Philologie u.a.) bauen die Veranstaltungen weniger aufeinander auf.

In der Gestaltung ihres Studiums sind die Studenten vor allem in den Sprach- und Kulturwissenschaften weitgehend frei. Für fast alle Studenten werden Lehrpläne empfohlen und Zwischenprüfungen verlangt, doch können die Studenten in vielen Studiengängen selbst entscheiden, welche Fächer und Lehrveranstaltungen sie wählen. Studiengebühren werden in der Erstausbildung nicht erhoben. Wenn die Studenten oder ihre Eltern die Kosten für den Lebensunterhalt nicht aufbringen können, bleibt die Möglichkeit, nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) Förderungsbeträge zu erhalten. Die Hälfte des Förderungsbetrages wird als Stipendium gewährt, die andere Hälfte als zinsloses Darlehen, das in der Regel fünf Jahre nach Ablauf der Förderungshöchstdauer zurückzuzahlen ist,

Schätzungsweise sind rund 33% der Studierenden in den alten und rund 90% der Studierenden in den neuen Bundesländern nach dem BAföG gefördert worden. Für die soziale Betreuung der Studenten bestehen bei den Hochschulen Studentenwerke, die mit staatlichen Zuschüssen z.B. Studentenwohnheime und Studentenrestaurants (Mensa) unterhalten. Heute steht in den alten Bundesländern etwa jedem zehnten Studenten ein Wohnheimplatz zu einer verhältnismässig preisgünstigen Miete zu Verfügung.

In den neuen Bundesländern sind derzeit noch knapp 70% aller Studierenden im Internat untergebracht. Rund 40% der Studienanfänger wohnen bei den Eltern. Die Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt stellen viele Studenten vor erhebliche Probleme. Günstige Bedingungen bestehen dagegen beim Versicherungsschutz: Die Studenten gehören der gesetzlichen Unfallversicherung an und sind gegen einen ermäßigten Beitrag in den gesetzlichen Krankenkassen versichert.

Das Studium an der deutschen Hochschule setzt sich fast immer aus zwei großen Teilen zusammen: einerseits aus dem **Grundstudium**, andererseits aus dem **Hauptstudium**. In den meisten Fakultäten sind den beiden Studienabschnitten bestimmte Lehrveranstaltungstypen zugeordnet, die jeweils ein Semester lang dauern.

Im Grundstudium besucht man zunächst Einführungs- oder Orientierungsveranstaltungen. Sie werden von einem Dozenten oder dem Assistenten eines Professors geleitet und vermitteln als erstes einen Überblick über den Verlauf des Studiums. Danach behandeln sie Probleme des Studienbeginns wie etwa die

Literaturschließung zu einem bestimmten Thema oder die Anfertigung von Seminararbeiten.

Auf dieser Grundlage ist es dann möglich, fachbezogene Proseminare zu belegen. Das Ziel der Proseminare besteht darin, fachwissenschaftliches Grundlagenwissen zu vermitteln und in selbständiges wissenschaftliches Arbeiten einzuführen. Die erfolgreiche Teilnahme an einem Proseminar wird durch einen „Schein“ nachgewiesen, den man aufgrund von guten Referaten, Hausarbeiten oder bestandenen Klausuren erhält. Ein Teil der Proseminarscheine dient – vor allem in den naturwissenschaftlichen Fächern – dem Nachweis von Beteiligungen an Grundpraktika oder Exkursionen und ist für den Abschluss des Grundstudiums notwendig.

Nach ungefähr der Hälfte der gesamten Studienzeit kann eine Zwischenprüfung oder ein Vordiplom absolviert werden. Das Bestehen berechtigt zum Beginn des Hauptstudiums.

Das Hauptstudium dient sowohl zur Erweiterung der Kenntnisse des Grundstudiums als auch zur Vorbereitung auf das Examen. Es beinhaltet die Teilnahme an den Seminaren für Fortgeschrittene, den zumeist von Professoren durchgeführten Haupt- und Oberseminaren.

Außer den genannten, auf bestimmte Studienabschnitte bezogene Veranstaltungstypen gibt es auch solche, die man während des gesamten Studiums wählen kann. Hierzu zählen u.a. Übungen, in denen theoretisch erarbeitetes Wissen anhand von praktischen Beispielen erläutert wird, und Vorlesungen, bei denen ein Professor zu einem bestimmten Thema vorträgt.

Der gewaltige Andrang zu den Hochschulen hat trotz aller Ausbaumaßnahmen dazu geführt, dass für eine zunehmende Zahl auch großer Fächer bundesweite Zulassungsbeschränkungen, der Numerus Clausus, eingeführt werden musste, da die Studienkapazität nicht ausreicht. Bei nur örtlichen Zulassungsbeschränkungen werden die Studienplätze unmittelbar durch die Hochschule, bei Bundesweiten Zulassungsbeschränkungen durch die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in Dortmund vergeben. In der Regel entscheiden die Durchschnittsnoten des Abiturzeugnisses und die Wartezeit über die Zulassung. Bei bundesweit besonders gefragten Studiengängen – zur Zeit Medizin, Zahn- und Terminmedizin – gibt es ein sogenanntes besonderes Auswahlverfahren. Danach sind für die Zulassung neben der Durchschnittsnote des Abiturzeugnisses und der Wartezeit Tests und Auswahlgespräche maßgeblich. Härtefälle können berücksichtigt werden.

Große Universitäten sind u.a. :

München	58 504 Studierende
Köln	57 464 Studierende
FU Berlin	49 534 Studierende
Münster	44 227 Studierende
Hamburg	41 389 Studierende
Frankfurt	35 914 Studierende
Hannover	31 541 Studierende
Kiel	22 630 Studierende
TU Dresden	20 105 Studierende

In allen Ländern gibt es Bestrebungen, die Universitäten – besonders die Studiengänge – zu reformieren. Die z.T. sehr langen Studienzeiten – vorgesehen z.B. 9 Semester, tatsächlich studiert werden meist 13 – 16 Semester – sollen durch

- klare Studienziele und Studieninhalte,
- didaktisch begründbare Lehrverfahren,
- neue Prüfungsverfahren

verkürzt werden. Voraussetzung wäre allerdings auch, dass

die die Überfüllung vieler Seminarveranstaltungen abgebaut würde. Wegen eines ungünstigen Verhältnisses der Zahlen von (zuwenig) Lehrenden und (im Verhältnis dazu zuvielen) Studierenden leidet nicht nur die Lehre, sondern auch die Forschung.

Neue Studiengänge – oder/und frühere Studienabschlüsse – wie der in vielen anderen Ländern übliche Bachelor-Grad-sollen erprobt werden.

Es gibt auch wieder neue Universitäten mit einem besonderen Profil. Hier sind besonders Erfurt und Frankfurt/Oder zu nennen. In Erfurt, der Universität, an der Martin Luther studierte, die 1814 geschlossen wurde, soll eine neue Universität für Geisteswissenschaften entstehen. In Frankfurt/Oder, wo früher Ulrich von Hutten und die Brüder Humboldt studierten, ist eine deutsch-polnische Universität gegründet worden, die vor allem auch die Verbindung zu Ost-Europa sucht.

Für die Ausländer, die in Deutschland studieren wollen, gibt es spezielle Zulassungsbedingungen. Das Abschlusszeugnis muss dem deutschen Abitur entsprechen oder es müssen schon entsprechenden Studienleistungen vorliegen. Sie müssen ferner nachweisen, dass sie genügend Deutschkenntnisse haben (PNDS=Prüfung zum Nachweis Deutscher Sprachkenntnisse).

Weiterbildung.

Der dritte Bildungssektor ist der Bereich der Erwachsenenbildung und der beruflichen Weiterbildung, der in einer sich ständig verändernden Welt immer wichtiger wird. „Lebenslanges Lernen“ ist das Stichwort, ohne das heute kaum ein Beruf mehr auskommt. Die technische Ausstattung der Arbeitsplätze fordert Einarbeitung und neues Lernen. Weiterbildung ist auch ein wichtiger Faktor der Freizeitgestaltung, und sie hat schließlich auch eine politische Funktion: Der Bürger kann nur, mitentscheiden, wenn er aufvielen Gebieten urteilsfähig ist.

Volkshochschulen.

Die Volkshochschulen wurden Ende des 19.Jahrhunderts nach skandinavischem Vorbild gegründet. Sie vermitteln praktische, aber auch theoretische Kenntnisse. Das heutige Angebot reicht von der Astronomie über Fremdsprachen, Kunst- und Kunstverständniskursen bis hin zur Zen-Meditation. In der Bundesrepublik gibt es rund 1500 Volkshochschulen mit zahlreichen Außenstellen. Träger sind im allgemeinen die Gemeinden, der Kreis oder ein eingetragener Verein; die Länder geben Zuschüsse. Volkshochschulen sind über parteilich und über konfessionell. Die meisten sind Abendvolkshochschulen, ergänzt durch Heimvolkshochschule, die mehrtägige und längere Kurse anbieten. Allein 1991 hielten die Volkshochschulen fast 450 000 Kurse ab, die von rund 6 Millionen Hörer besucht wurden (1965 waren es 78 000

Kurse mit 1,7 Millionen Hörern). 3 Millionen Hörer nahmen an 80 000 Einzelveranstaltungen teil.

Besonders gefragt sind die Sprachkurse, Gesundheitsbildung sowie künstlerisches und handwerkliches Gestalten. Seit einigen Jahren werden in Gebieten wie Sprachen, Mathematik, Naturwissenschaften oder Technik Zertifikate verliehen auch kann man in der Schulzeit versäumte Schulabschlüsse nachholen. 1991 erreichten knapp 4 300 Teilnehmer den Hauptschulabschluss, 3 000 den Realschulabschluss und gut 2 700 schlossen mit dem Abitur ab. Diese Bildungsarbeit wird von rund 5 600 hauptamtlichen Mitarbeitern und fast 130 000 nebenberuflichen Kursleitern geleistet.

Aus- und Fortbildung im Beruf. Beiden Fort- und Weiterbildungsaktivitäten ist ein bemerkenswerter Anstieg zu verzeichnen. Jeder 3. Arbeitnehmer hat in den letzten Jahren an Kursen und Lehrgängen teilgenommen, in den neuen Bundesländern liegt der Anteil bei über 40%. Es gibt 11 überregionale Bildungswerke der Wirtschaft und 30 Weiterbildungsinstitute. Großunternehmen veranstalten zusätzlich eigene Kurse für ihre Mitarbeiter. Die Teilnehmer sollen entweder eine höhere berufliche Qualifikation erreichen, ihre Fertigkeiten im erlernten Beruf auffrischen oder im Zuge der Umschulung einen ganz neuen Beruf erlernen. Die Bereitschaft zur Umschulung vor allem im Computersektor nimmt ständig zu. Umschulungen laufen in der Regel über einen Zeitraum von 2 Jahren, wobei sich ganz tätiger Unterricht und Praktika abwechseln. Drei Viertel aller Teilnehmer an Weiterbildungsveranstaltungen haben sich beruflich verbessert. Die öffentliche Hand unterstützt die berufliche Weiterbildung durch finanzielle Zuwendungen. Während einer Weiterbildungsmaßnahme erhalten die Teilnehmer Zuwendungen in Form von Zuschüssen oder Darlehen. Die Kosten für Kurse und Lehrmittel können ganz oder teilweise übernommen werden. Vor allem Arbeitslose nutzen immer stärker die berufliche Weiterbildung, um ihre Beschäftigungschance zu verbessern. 75% aller arbeitslosen Teilnehmer, die einen Lehrgang erfolgreich abgeschlossen haben, finden innerhalb eines halben Jahres einen Arbeitsplatz. Die Arbeitsverwaltung zählt bis zu 12 Monaten einen Einarbeitungszuschuss an Unternehmen, wenn diese danach einen Dauerarbeitsplatz anbieten. Auch die Bundeswehr bildet ihre Soldaten in eigenen Bundeswehrfachschulen beruflich fort. Sie können dort die verschiedensten Schulabschlüsse bis zum Abitur nachholen. Der Berufsförderungsdienst der Bundeswehr vermittelt darüber hinaus Erstausbildungen. Umschulungen und Fortbildung.

Vielfältiges Bildungsangebot.

Das Weiterbildungsprogramm der Gewerkschaften ist ebenfalls vielfältig. Die Volkshochschulen und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) sind durch die Arbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben“ miteinander verbunden. Hier können Arbeitnehmer Kurse über Wirtschafts- und Sozialpolitik, Betriebsverfassung, Versicherungs- und Arbeitsrecht sowie vieles andere belegen. Für Betriebsräte, Personalräte und andere Funktionäre ist ein Studium an speziellen Akademien möglich.

Auch die Kirchen sind auf dem Gebiet der Weiterbildung aktiv. Die evangelische Kirche veranstaltet in ihren 15 Akademien Tagungen zu aktuellen

Themen. Im Vordergrund der katholischen Weiterbildungsarbeit stehen Ehe- und Familienfragen, theologische und kulturelle Themen.

Stiftungen, die politischen Parteien nahe stehen, zählen die Weiterbildung ebenfalls zu ihren Aufgaben. Es sind die Konrad Adenauer-Stiftung (CDU), Friedrich Ebert-Stiftung (SPD), Friedrich Naumann-Stiftung (FDP), Hanns Seidel-Stiftung (CSU) und die Heinrich Böll-Stiftung (die Grünen).

Zur Weiterbildung tragen auch die privaten Fernlehrinstitute mit rund 1 000 Kursen bei. 1992 beteiligten sich daran rund 180 000 Menschen, darunter 26 000 aus den neuen Bundesländern, wo der Aufbau der verschiedensten Weiterbildungseinrichtungen in vollen Gänge ist.

Wissenschaft und Forschung.

Früher galt Deutschland als Land der Wissenschaft. Die deutschen Universitäten waren in vielen Disziplinen der Natur und Geisteswissenschaften führend. Bis zum 2. Weltkrieg fielen 10 von 45 Physik-Nobelpreisen und 16 von 40 Chemie-Nobelpreisen an Deutsche. Die nationalsozialistische Diktatur trieb ab 1933 jedoch viele der besten Köpfe außer Landes. Manche gingen in die USA, wo sie der dortigen Wissenschaft unschätzbare Impulse gaben. Diesen Anderlass verkraftete Deutschland nach 1945 nur langsam und mit großen Anstrengungen. Der Weg zurück auf das wissenschaftliche Weltniveau war lang. Heute stellt sich der deutschen Forschung ein neues Problem, aber auch eine neue Chance: Wissenschaft und Forschung, der ehemaligen DDR müssen in eine gesamtdeutsche Forschungslandschaft integriert werden. Bis 1992 sind mehr als 100 neue außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern geschaffen worden mit einem Arbeitspotential für 12 500 Personen. Sie stellen eine wertvolle Ergänzung für die Forschungslandschaft der früheren Bundesrepublik Deutschland dar. Der strukturelle Wandel, den vor allem die Hochschulen und die Hochschulforschung zu bewältigen hatten, war tief greifend. Die inhaltliche und personelle Erneuerung ist aber weitgehend abgeschlossen.

Trotzdem ist sich die Bundesregierung bewusst, dass zur Herstellung einer einheitlichen Forschungslandschaft weitere Anstrengungen unternommen werden müssen. So werden z.B. durch die Finanzierung von „Innovationskollegs“ an Hochschulen der neuen Länder innovative, disziplinübergreifende Kooperationsansätze von Hochschulen untereinander sowie mit externen Fachleuten, auch aus der Wirtschaft, angestoßen. Durch eine „Gemeinschaftsinitiative Produkterneuerung“ wird die Lücke zwischen Investitionsförderung und notwendiger vermarktbarer Produkte zur Auslastung von Investitionen geschlossen und ein selbsttragender wirtschaftlicher Entwicklungsprozess in den neuen Ländern in Gang gesetzt.

Forschungseinrichtungen.

In der BRD wird Forschung in drei unterschiedlichen Sektoren betrieben: in den Hochschulen, in öffentlichen und privaten außeruniversitären, nicht-industriellen Forschungseinrichtungen und in den Forschungsabteilungen der Wirtschaft.

Dass an Hochschulen geforscht wird, ist alte deutsche Tradition. Die „Einheit von Forschung und Lehre“ ist seit Wilhelm von Humboldt, der Anfang des 19.

Jahrhunderts die preussischen Universitäten reformierte, ein fest verankertes Prinzip des Hochschullebens. Die Hochschulen sind das Fundament der Forschung in der BRD. Sie sind die einzige Institution, deren Forschung alle Wissenschaftsdisziplinen umfasst. Der Schwerpunkt der Grundlagenforschung liegt in den Hochschulen, die die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und damit die beständige personelle Erneuerung in der Forschung sichern. Die außeruniversitäre Forschung baut in erster Linie auf der Hochschulforschung auf; z.B. haben aufwendige Forschungsprojekte, vor allem in den Naturwissenschaften, die nur in großen Teams, mit teurer Technik und mit außerordentlich hohem Finanzbedarf zu realisieren sind, ihren Platz außerhalb der Hochschulen, vor allem in den hauptsächlich von Bund und den Ländern gemeinsam unterhaltenen Forschungseinrichtungen für physikalische Grundlagen, neue Energiequellen (wie z.B. Fusion), Luft- und Raumfahrt, Medizin und Molekularbiologie. Umwelt- und Polarforschung. Das bewährte System der gemeinsamen Forschungsförderung durch Bund und Länder war gerade nach dem politischen Umbruch in der ehemaligen DDR und auf dem Weg zu einer einheitlichen Forschungslandschaft ein stabilisierender Faktor und zugleich ein rasch handlungsfähiges Instrumentarium.

Insgesamt sind in der BRD rund 475 000 Menschen in Forschung und Entwicklung tätig. Mehr als Drittel davon sind Wissenschaftler und Ingenieure: die übrigen entfallen etwa je zur Hälfte auf das technische und das sonstige Personal. Deutschland nimmt weltweit hinter Japan und den USA den dritten Rang ein. Zum Vergleich: Japan kam 1992 auf gut 3%, die USA wendeten knapp 2,8 % des Bruttoinlandsproduktes für die Forschung und Entwicklung auf.

Die Hochschulen sind in vielen Gebieten, insbesondere in den meisten Gebieten der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung und in den Geisteswissenschaften, die fachlich wichtigsten Träger der Forschung; sie sind der häufig entscheidende Nährboden für neue Forschung. Wachsende Bedeutung kommt an den Hochschulen der anwendungsorientierten Grundlagenforschung zu. In der angewandten Forschung und Entwicklung arbeiten die Hochschulen mit anderen Forschungseinrichtungen und Industrielabors zusammen.

Eng mit der Hochschularbeit verbunden sind die **sieben Akademien** der Wissenschaften in Düsseldorf, Göttingen, Heidelberg, Leipzig, Mainz und München sowie die erst kürzlich neugegründete Berlin-Brandenburgische Akademie der Künste.

Die **Max-Planck-Gesellschaft** zur Förderung der Wissenschaften (MPG), die größte Forschungsorganisation außerhalb der Universitäten, wird größtenteils aus öffentlichen Mitteln von Beruf und Ländern finanziert und unterhält in den alten Ländern über 60 Einrichtungen der Spitzenforschung.

Ein wichtiges Bindeglied zwischen der Forschung und der Anwendung ihrer Ergebnisse in der Wirtschaft stellt die **Frauenhofer-Gesellschaft** zur Förderung der angewandten Forschung dar. Eine bedeutende Rolle spielen auch die großen Wissenschaftsstiftungen der Bundesrepublik.

Staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft orientiert sich am Grundsatz der Subsidiarität. Nur dann, wenn Unternehmen nicht oder nicht in ausreichendem Umfang bestimmte Technologien von erheblicher

gesamtwirtschaftlicher Bedeutung entwickeln, kann der Staat Anreize für die Forschung geben, etwa durch Steuervorteile oder Zuschüsse.

Schwerpunkte in der Forschungspolitik der nächsten Jahre sind neben der Forschung der sogenannten Technologien des 21. Jahrhunderts insbesondere die Bereiche Verkehrsforschung, Umwelt- und Gesundheitsforschung, Informationstechnik sowie die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen.

International Programmes in Germany 2012

Mit Hilfe dieser Datenbank finden Sie international ausgerichtete Bachelor-, Master- oder strukturierte Promotions-Programme in Deutschland.



Wichtig für Sie zu wissen: Alle vorgestellten Studiengänge wurden von uns einer **Auswahl** unterzogen und zeichnen sich in der Regel durch folgende Merkmale aus:

- sie bieten **international anerkannte Abschlüsse**,
- sie sind **akkreditiert** oder zur Akkreditierung angemeldet
- sie werden ganz oder überwiegend **auf Englisch** (oder einer anderen großen Fremdsprache) durchgeführt,
- sie beinhalten **internationale Bezüge** im Curriculum, Auslandsaufenthalte und/oder die Einbindung von ausländischen Gastdozenten,
- sie gewährleisten eine **spezielle fachliche und außerfachliche Betreuung** internationaler Studierender bzw. Promovenden

Bitte beachten Sie: alle weiteren Informationen bieten wir nur auf Englisch an.

Hochschulen

Es gibt in Usbekistan zwei Arten von Hochschulen.

Zum Einen die Universitäten (66 an der Zahl), die den deutschen hinsichtlich Aufgabe und Struktur entsprechen und Promotionsrecht besitzen. Zum Anderen so genannte Institute (40), die in etwa mit deutschen Fachhochschulen vergleichbar sind mit einer beschränkten Auswahl an Fachrichtungen und in der Regel nicht mit dem Promotionsrecht ausgestattet sind.

- | | |
|--|--|
| 1. Andijan Engineering and Economical Institute | 6. National University of Uzbekistan |
| 2. Ferghana Politechnical Institute | 7. Nukus State Teachers Training Institute |
| 3. International Business School Kelajak ILMI | 8. Samarkand State University |
| 4. Kokand State Pedagogical Institute | 9. Tashkent Automobile and Roads Institute |
| 5. Management Development Institute of Singapore, Tashkent | 10. Tashkent Institute of Irrigation and Melioration |
| | 11. Tashkent Islam University |
| | 12. Tashkent Medical Academy |

- | | |
|---------------------------------------|-------------------------------------|
| 13. Tashkent Pharmaceutical Institute | 18. Tashkent University of |
| 14. Tashkent School of Finance | Information Technologies |
| 15. Tashkent State Technical | 19. Turin Polytechnic University In |
| University | Tashkent |
| 16. Tashkent State University of | 20. Uzbek State World Languages |
| Economics | University |
| 17. Tashkent State University of | 21. Westminster International |
| Oriental Studies | University in Tashkent |

Vierzehnte Vorlesung

Bildungswesen

(Österreich, Schweiz, Lichtenstein)

1. Schulen und Hochschulen
2. Wissenschaft und Forschung

Schule und Ausbildung



Öffentliches Gymnasium der Stiftung
Theresianische Akademie



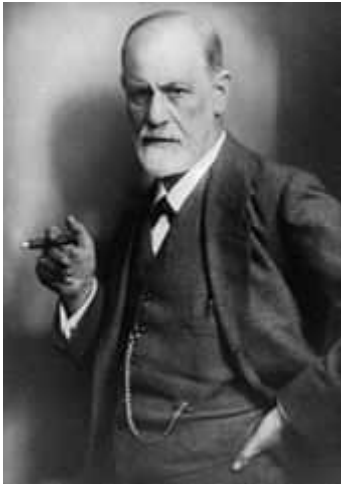
Hauptgebäude der
Universität Wien

In Österreich wird das Schulwesen größtenteils durch den Bund geregelt. Abgesehen von Schulversuchen sind deshalb sowohl Schultypen als auch Lehrpläne österreichweit einheitlich. In Österreich besteht Unterrichtspflicht für alle Kinder, die sich in Österreich dauernd aufhalten. Diese beginnt mit dem auf die Vollendung des sechsten Lebensjahres folgenden September. Die allgemeine Unterrichtspflicht dauert neun Schuljahre. Es existiert eine im Verhältnis zur Zahl öffentlicher Schulen geringe Anzahl an Privatschulen. Jene mit Öffentlichkeitsrecht stellen staatsgültige Zeugnisse aus, die Schüler der Schulen ohne Öffentlichkeitsrecht legen Prüfungen vor staatlichen Prüfungskommissionen ab.

Auf die vierjährige Grundschule, die in Österreich Volksschule heißt, folgt – was in den letzten Jahren gelegentlich als unvorteilhaft kritisiert wird – bereits für zehnjährige Schüler eine wesentliche Entscheidung. Sie besuchen entweder die vierjährige Hauptschule oder das achtjährige Gymnasium mit abschließender Matura. Nach der achten Schulstufe kann jedoch in eine Berufsbildende höhere Schule (BHS) oder in einen einjährigen Polytechnischen Lehrgang gewechselt bzw. von der Hauptschule kommend fortgesetzt werden.

Staatliche Universitäten gibt es in Österreich in der Bundeshauptstadt Wien (8), in den Landeshauptstädten Graz (4), Linz (4), Salzburg (3), Innsbruck (3) und Klagenfurt am Wörthersee sowie in Leoben und Krems. Seit einigen Jahren sind außerdem Privatuniversitäten mit z. T. großer Spezialisierung auch an anderen Orten lizenziert worden. Die Fachhochschule ist eine alternative akademische Ausbildungsform, die in Österreich seit 1994 existiert. Im internationalen Vergleich bildet Österreich zu wenige Akademiker aus.

Wissenschaft und Technik



Sigmund Freud, der Begründer der Psychoanalyse

(1983)



Erwin Schrödinger auf der
1000-Schilling Banknote

Österreich war in den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts eine bedeutende Wissenschaftsnation. Es brachte Denker und Forscher hervor wie die Begründer der Quantenphysik Wolfgang Pauli und Erwin Schrödinger, den Mathematiker Kurt Gödel, den Begründer der Psychoanalyse Sigmund Freud, die Philosophen des Wiener Kreises und Ludwig Wittgenstein, den Begründer der modernen empirischen Sozialforschung Paul Felix Lazarsfeld, den Vater der Tierpsychologie Konrad Lorenz, den Philosophen Karl Popper, den Automobilbauer Ferdinand Porsche, die Erfinder Viktor Kaplan und Josef Ressel, die Wegbereiter der Thermodynamik Josef Stefan und Ludwig Boltzmann, den Entdecker der Benzol-Struktur Johann Josef Loschmidt, den Entdecker der Blutgruppen Karl Landsteiner, den *Retter der Mütter* Ignaz Semmelweis sowie die Ökonomen Carl Menger, Friedrich August von Hayek und Eugen Böhm von Bawerk. 1874 entdeckte der Astronom Johann Palisa und benannte einen Asteroid Austria nach seinem Heimatland. Die Kernphysikerin Lise Meitner entwickelte gemeinsam mit Otto Frisch die erste theoretische Erklärung der Kernspaltung.

Das wissenschaftliche Niveau dieser Zeit wurde im Nationalsozialismus zerstört. Nach 1945 wurden nur sehr wenige exilierte Wissenschaftler, später als Koryphäen ihrer Fächer anerkannt, zur Rückkehr nach Österreich eingeladen. Das Begabtenreservoir in Böhmen, Mähren und Ungarn, das der österreichischen Wissenschaft lang zur Verfügung gestanden war, wurde wegen des Eisernen Vorhangs nicht mehr nutzbar.

In den 1950er Jahren wurde von den Ingenieuren der voestalpine das so genannte Linz-Donawitz-Verfahren entwickelt, das die Stahlproduktion weltweit revolutionierte. Hervorzuheben sind auch die Geländefahrzeuge Haflinger und Pinzgauer, die in der Steyr Daimler Puch AG konstruiert wurden, sowie das Steyr

AUG, ein Sturmgewehr, das in vielen Armeen der Welt und sogar vom US-Heimatschutzministerium eingesetzt wird. Die in Österreich entwickelte Glock-Pistole ist eine weltweit verbreitete Polizeipistole (Österreich, Deutschland, USA)

Wirtschaftlich sehr erfolgreich haben sich Unternehmen in der produkt- bzw. anwendungsbezogenen Forschung stark spezialisiert und sind heute in der Technik weltweit erfolgreich, z. B. Glock, Rosenbauer und Wienerberger.

Seit 1971 besteht in Österreich ein eigenes Wissenschaftsministerium. Die Österreichische Akademie der Wissenschaften, das Austrian Institute of Technology, die Forschungsgesellschaft Joanneum Research und andere vom Staat geförderte Institutionen stimulieren und koordinieren wissenschaftliche Forschung. Seit den neunziger Jahren sind private Universitäten zugelassen. Der Politik ist die große Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für Österreichs wirtschaftliche Zukunft bekannt; die dem Bereich gewidmeten Budgetmittel sind aber nach wie vor unzureichend.

Schulsystem



Hauptgebäude der Universität Genf

Das Schweizer Schulsystem ist ein komplexes Gebilde. Die Obhut des Schulwesens liegt nicht ausschliesslich beim Bund, sondern ist aufgrund des Föderalismus vorwiegend Sache der Kantone.

Der Bund und die Kantone teilen sich die Verantwortung für das Bildungswesen, wobei die Kantone weitgehende Autonomie haben. Auf Bundesebene definiert ist die Garantie auf freie Schulbildung, der Beginn eines Schuljahres im August und die Sicherstellung der Qualitätsanforderungen. In anderen Bereichen haben die Kantone die alleinige Kompetenz in der obligatorischen Schule.

In den weiterführenden Schulen hat der Bund etwas grössere Kompetenzen. Die Kantone sind jedoch weiterhin für die Ausführung zuständig und ihnen obliegt die Verantwortung.

In der Tertiärstufe sind die Kompetenzen ebenfalls verteilt. Dem Bund obliegt die Regelungskompetenz für die Fachhochschulen (FH) und die beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH) in Zürich (ETHZ) und Lausanne (EPFL). Bei den Universitäten liegt die Obhut wiederum bei den Kantonen.

Aufgrund dieser Tatsachen kann man entsprechend der Anzahl der Kantone von 26 verschiedenen Schulsystemen in der Schweiz sprechen.

Die Dauer der Primarschule, der Sekundarstufe I sowie die Anzahl der Ebenen (Leistungsniveau) in der Sekundarstufe I variiert von Kanton zu Kanton, insgesamt sind es meist neun Jahre. Es gibt auch grosse Differenzen im Schulstoff. Die Lehrmittel, Schulbücher werden von den Kantonen meistens in eigener Regie erstellt und vertrieben. Nach dem Ende des Obligatoriums sind jedoch alle auf einem ähnlichen Niveau. Nach dem Schulobligatorium hat man die Wahl zwischen einer weiterführenden Schule, die zur Matura führt, oder der Beginn einer Berufsausbildung, einer Lehre. Die Lehre wird begleitet von einem regelmässigen Besuch einer Berufsschule. Freiwillig ist der parallele Besuch einer Berufsmittelschule (BMS), die mit der Berufsmaturität abgeschlossen wird. Die meisten Schweizer Schüler wählen den Weg einer Lehre. Über die BMS ist der Zugang für ein Studium an einer Fachhochschule möglich. Mit der neuen sogenannten «Passerelle» wird ausserdem, nach Erwerb des Berufsmaturitätszeugnisses (BM-Zeugnis), durch ein zusätzliches Schuljahr und eine Zusatzprüfung der prüfungsfreie Zugang an eine universitäre Hochschule ermöglicht.

Wissenschaft

Die erste Universität in der Schweiz wurde 1460 in Basel gegründet. Hervorzuheben ist das Wirken des Arztes und Mystikers Paracelsus (Theophrastus Bombastus von Hohenheim). Auf ihn geht die lange Tradition der chemischen und medizinischen Forschung in der Schweiz zurück. Weitere Forschungsschwerpunkte für die Zukunft liegen insbesondere in den Bereichen Nanotechnologie, Informatik, Weltraumforschung und Klimaforschung. Die Wichtigkeit der Wissenschaft für die Schweiz ergibt sich besonders daraus, dass die Schweiz ein rohstoffarmes Land ist.

In der Schweiz haben zahlreiche Nobelpreisträger geforscht, so zum Beispiel der weltbekannte Physiker Albert Einstein.

Ein internationaler Forschungsstandort ist die Europäische Organisation für Kernforschung (CERN) im Kanton Genf.

Dem Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) zugeordnet, jedoch nicht unterstellt, sind die beiden technischen Hochschulen ETH in Zürich und EPF in Lausanne. Den technischen Hochschulen über den ETH-Bereich angeschlossen sind das Paul Scherrer Institut (PSI), die Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa), die Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) und die Eawag. Dem EDI angegliedert sind die Swissmedic und das Nationalmuseum. Über das Bundesamt für Kultur (BAK) untersteht dem EDI die Schweizerische Nationalbibliothek.

Innerhalb des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) betreibt das Bundesamt für Veterinärwesen (BVET) das Institut für Viruskrankheiten und Immunprophylaxe (IVI). Das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) betreibt die drei Forschungsinstitute der Agroscope.

Das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) betreibt über das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) das Labor Spiez.

Die meisten übrigen Universitäten und Fachhochschulen werden von den Kantonen, einige Fachhochschulen auch privat betrieben. Für die Koordination zwischen Bund und Kantonen sorgt die Schweizerische Universitätskonferenz. Die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten vertritt die Interessen der Universitäten gegenüber den Behörden der Kantone und des Bundes.

In der Schweiz existieren diverse Einrichtungen und Stiftungen zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung. Insbesondere zu erwähnen ist dabei der Schweizerische Nationalfonds (SNF).

Liechtenstein besitzt eine Schulpflicht von neun Jahren. Gegliedert wird das Schulobligatorium in die Bereiche Primarschule (fünf Jahre) und Sekundarstufe (mindestens vier Jahre), wobei zuvor eine Vorschule (Kindergarten) auf freiwilliger Basis besucht werden kann. Die Sekundarstufe selbst ist in drei verschiedene Niveaus geteilt, in welche die Schüler je nach Leistungsvermögen eingeteilt sind. Die Oberschule und Realschule werden nach vier Jahren abgeschlossen, während beim Gymnasium nach sieben Jahren die Maturität erlangt werden kann.

Liechtenstein besitzt mit der Universität Liechtenstein eine eigene staatliche Universität. Daneben gibt es weitere private Hochschulen. Dazu zählt das Liechtenstein-Institut, die Internationale Akademie für Philosophie und die Private Universität im Fürstentum Liechtenstein.

Fünfzehn Vorlesung

Epochen der Kunst und Architektur

- I. Vom 800 – 1650
- II. Vom 1650 – 21 Jahrhundert.
Plan :
 - 1. Zeit Karls des Großen – Romanik
 - 2. Gotik – Renaissance
 - 3. Barock und Rokoko – Klassizismus
 - 4. Romantik und Historismus – Biedermeier und Gründerzeit
 - 5. Die wichtigsten Schauplätze der Kunst und Architektur.

Grundbegriffe:

Apsis, die – ein Punkt der ellipt. Bahn eines Himmelskörpers

Ornamentik, die – Verziehl

Rungskunst

Pilaster, der – Wandpfeiler

Kapitell, das – oberer Säulenabschluss, Pfeilerabschluss

Isolation, die – Absonderung, Vereinzelung; Absperrung aus starken Gemütsbewegungen resultierende

Hysterie, die – abnorme seelische Reaktionsformen, meist mit krankhaften körperlichen Begleiterscheinung

Manierismus, der- gewollt übertreibender, gespreister Kunststil

Dogma, das – festgelegte, starre Lehrmeinung; Behauptung ohne Beweis

Illusion – Selbsttäuschung; auf Einbildung beruhende Vorstellung von der Wirklichkeit

Monumentalität, die – Großartigkeit, Bedeutsamkeit; Unvergänglichkeit

Pathos, das – Leidenschaft, Schwung nichtchristl. Kultbau, geweihter Raum

Tempel, der – Heiligtum

Palladium, das – schützendes Heiligtum Schutzbild

Rationalismus, der – Richtung, die Vernunft u. begriff. Denken als Hauptquelle der Erkenntnis betrachtet

Elend – in fremdem Land

Zeit Karls des Großen. Die Römer schufen die erste Hochkultur auf deutschem Boden. Ihre Zentren waren die Städte Köln, Trier, Mainz, Augsburg und Regensburg, in denen heute noch Zeugnisse dieser Kultur besichtigt werden können. Mit Beginn der Regierungszeit Karls des Großen (800 bis 950 n. Chr.) gab es eine große Gelehrsamkeit und eine Blüte verschiedenster Handwerkskünste, wie zB. Die Buchmalerei, die Elfenbeinschnitzerei und das Goldschmiedehandwerk. Wissenschaften und Handwerkskunst wurden in den Klosterschulen und Klosterwerkstätten ausgeübt.

Romanik (800-1250). **Die Romanische Kunst** entsteht in West- und Mitteleuropa ab Beginn des 11. Jahrhunderts bis zum Aufkommen der Gotik -in Frankreich 1144, in England 1174 und in Deutschland 1209. Der Begriff „romanisch“ stammt aus dem Französischen und ist eine philologische Begriffsschöpfung des frühen 19. Jahrhunderts.

Romanischer	Kirchenbau: Kreuzgratgewölbe
gebundenes	System
Umgangs-	bzw. Staffelchor
Krypta Wandmalerei figürliche	Plastik an den Fassaden Berührung mit islamischem und byzantinischem Kulturraum



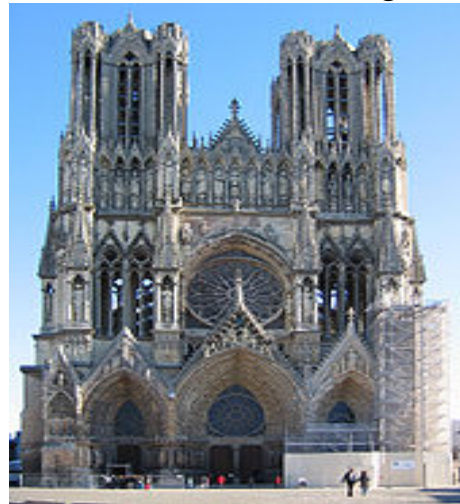
Spätromanik: Limburger Dom **Romanik** (vor 1000, in Deutschland ab 1020–1250): Als „typisches Erkennungsmerkmal“ romanischer Bauten gilt der Rundbogen, häufig in Verbindung mit wichtigen, wehrhaften Steinmassen. Die frühe Romanik hat ihren Ausgang im westliche Europa, vor allem im Reich der Franken. Die Entwürfe für Kirchen als Basilika waren einfach: Das Mittelschiff mit einer Apsis wird von zwei Seitenschiffen flankiert und überwölbt von Tonnengewölbe oder später von Kreuzgratgewölbe.

Die Kultur des Mittelalters ist eng mit der christlichen Religion verbunden. Die kunsthistorische Epoche von 800 bis 1250 bezeichnet man als Romanik. Der Höhepunkt romanischer Bautätigkeit in Deutschland ist das 11. Jahrhundert. Sankt Michael in Hildesheim und die Klosterkirche Maria Laach und Corvey gehören zu den frühen Beispielen romanischer Kunst. Um die Mitte des 11. Jahrhunderts werden auf kaiserliche Initiative hin die Dome zu Speyer, Worms und Mainz gebaut. Sie gehören zu den größten und prächtigen Kirche der Romanik. Die Architektur, die malerei und Plastik der Romanuk dienen fast ausschließlich der christlichen Religion. Die Kunst, die vorwiegend von Mönchen gemacht wurde, hatte die Aufgabe, Bibelgeschichten und Inhalte christlichen lebens zu veranschaulichen. In der Malerei, von der nur wenig erhalten ist, sind die Figuren

stilisiert und wurden frontal ohne jegliche Bewegung dargestellt. Ihre Ausdruckslosigkeit soll zu das Jenseits erinnern. Grundtenor der Romanik ist die Weltabgewandtheit des Glaubens.



Gotik (1250-1500). **Die Gotik** ist die eigenständigste Stilepoche in der europäischen Kunstgeschichte seit der Antike, entstanden in Frankreich (Île-de-France). Die Gotik dauerte von etwa 1130 bis zum Anfang des 16. Jahrhunderts an.



Gotik:
Notre-Dame de Reims **Gotik**
(um 1140 in Frankreich bis 1520, in England bis 1550): Als gotischer

„typisches Erkennungsmerkmal“
Bauten gilt das
Kreuzrippengewölbe, die

aufgebrochenen, hohen Wände mit großen Fenstern, der Strebepfeiler, die Betonung der Vertikalen und die zunehmende Ornamentik u. a. im Maßwerk.

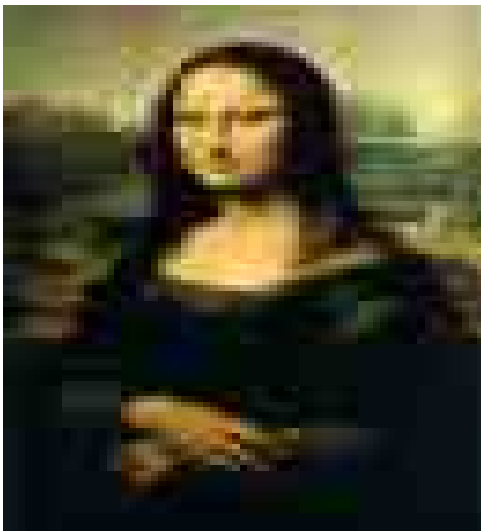
Die Phase gotischer Architektur begann um 1130 mit dem Bau der Abteikirche von Saint-Denis am Rand von Paris. Der Bau stand unter Aufsicht des **Abtes Surger**, St. Denis, 1144

Die Epoche von 1250 bis 1500 wird als Gotik bezeichnet. Wichtigster Ausdruck bleibt auch in dieser Epoche der Kirchenbau. Aber er macht einen ganz anderen Eindruck auf den Besucher als die romanischen Kirchen: das Dunkle, Schwere ist einem hellbeleuchteten Raum gewichen. Dieser Eindruck wird durch die Spitzbogenfenster mit ihrer bunten Verglasung, die vertikalen Linien und die schmalen Pfeiler unterstrichen. Grundtenor dieser Epoche ist die größere Weltzugewandtheit der christlichen Religion. Als erste rein gotische Kirche wurde die **Elisabethkirche in Marburg** an der Lahn gebaut (1235-83), die berühmteste gotische Kirche ist der **Kölner Dom**, an dem mehrere Jahrhunderte gebaut wurde. Eine Besonderheit ist die schon erwähnte Backsteingotik in den norddeutschen Bundesländern, weil ein geeigneter Stein in diesen Gebieten fehlte. Im 14. und 15. Jahrhundert entwickelt sich die Kunst der Tafelmalerei, d.h. Altäre, oft Flügelaltäre werden geschnitten und bemalt. Am bekanntesten ist der Altar von Riemenschneider in Graiglingen. Die Figuren sind realistischer und ausdrucksvoller gemalt, zunächst auf Goldgrund, später mit Landschaften im Hintergrund. Jegliche Perspektive fehlt.

Renaissance (1500-1650). **Die Wiedergeburt der Antike** Renaissance (1420–1620): In der Architektur der Renaissance als "Wiedergeburt der Werte"

wurde die Formensprache der Antike in klassischer Strenge wieder belebt, durch einfache, geometrischen Formen sowie durch klassische Bauelemente wie Säulen, Pilaster, Kapitelle und Dreiecksgiebel

In Folge der Wiederentdeckung und des Studiums der Antike entstanden mit der klassischen Philologie und der Archäologie neue Wissenschaften. In der Kunst vollzog sich der entscheidende Bruch mit der Tradition des Mittelalters um 1420 in Florenz, als die lineare Perspektive entwickelt wurde und somit dreidimensionaler Raum auf flachem Untergrund überzeugend wiedergegeben werden konnte. Beispiele dieser Technik sind die Werke des Architekten Filippo Brunelleschi und des Malers Masaccio. Der Bildhauer Donatello, der nachhaltigen Einfluss auf die Kunst der Renaissance ausübte, schuf den bronzenen David, die erste lebensgroße nackte Statue seit der Antike. Motive aus der antiken Mythologie treten neben die christlichen Motive. Piero della Francesca, Andrea Mantegna und Sandro Botticelli schufen Porträts bekannter Personen, die deren individuelle Erscheinung betonten. Die Ideale von Harmonie und Proportion fanden in den Werken von Raffael, Leonardo da Vinci und Michelangelo ihre Umsetzung.) Brunelleschi entdeckt die Zentralperspektive.



Mona Lisa, Leonardo da Vinci (1452-1519)

Michelangelo (1475-1564), Die Erschaffung Adams



Raffael





Michelangelo Buonarroti in einem Porträt von Jacopino del Conte

Im 15. und 16. Jahrhundert erlebte die katholische Kirche in Deutschland eine Krise. Es begann die Zeit der Reformation und die Zeit der Renaissance (Renaissance bedeutet „Wiedergeburt“). Während das Mittelalter den Menschen als ständiges Wesen betrachtet hatte, das erst im Glauben seine Erlösung finden konnte, stellte die Renaissance – zuerst in Italien – den Eigenwert des Menschen als Individuum in der Vordergrund. Die Wissenschaften wurden nicht mehr in der Isolation der Klöster ausgeführt, sondern in der städtischen Gemeinschaft. Neue Handelswege wurden erschlossen, es gab große Fortschritte in der Technik z.B. Der Buchdruck. Eine Blütezeit in Kunst und Literatur, vor allem in Italien, brach an.

Das Zeitalter der Wissenschaften hatte begonnen. Trotzdem herrschten noch Aberglaube und religiöse Hysterie. Für den Laien war die Forschertätigkeit unergründlich und der Gedanke, der Teufel könnte seine Hand bei den Neuentdeckungen im Spiel haben, lag nahe. So entstand auch in dieser Zeit die Legende vom Doktor Faustus, der seine Seele dem Teufel verkauft, um Wissen und Macht zu bekommen. Auch die Hexenverfolgungen, die im 16. und 17. Jahrhundert zunahm, müssen auf diesem Hintergrund der Verunsicherung der Menschen verstanden werden.

Barock und Rokoko (1650-1800). **Barock** (etwa 1600–1780): Als Kunstform des Absolutismus und der Gegenreformation ist der Barock (Portugiesisch: *Unregelmäßig geformte Perlen*) durch üppige Prachtentfaltung gekennzeichnet. Ornament und Plastizität nahmen zu. Zuerst entwickelte sich der Stil in Italien bevor er sich in Europa und in der Neuen Welt durchsetzte.
Schloss Belvedere



Der Frühbarock hatte seine Wurzeln in der italienischen Kunst der Hochrenaissance vor allem in der Stadt Rom im ausgehenden 16. Jahrhundert. Im Wunsch nach mehr Klarheit und Vereinfachung wandte man sich gegen den Manierismus. Annibale Carracci und Michelangelo Merisi, genannt Caravaggio, waren die beiden

führenden Vertreter der Malerei des Frühbarock. Caravaggios Kunst stand besonders unter dem Einfluss von Michelangelo und der Hochrenaissance. Seine Bilder zeigen Personen aus dem Volksleben, aber auch heroische und einfühlsame Darstellungen religiöser und mythologischer Themen. Ausgehend von Italien kam der Barockstil als Ausdrucksmittel eines gegenreformatorischen und absolutistischen Repräsentationsbedürfnisses von katholischer Kirche und Feudaladel besonders in den katholischen Ländern Europas zur vollen Entfaltung, während er in den nordeuropäischen Ländern in Form eines barocken Klassizismus eine eigenständige Ausprägung erfuhr. Im Zuge der Missionsbestrebungen des Jesuitenordens gelangte er bis nach Lateinamerika, wo mit Salvador de Bahia in Brasilien eine ganze Barockstadt entstand.

Die Anatomiestunde des Dr. Nicolaes Tulp

Obwohl die Religion nun scheinbar wieder ganz im Vordergrund der gesellschaftlichen Aktivität stand, bedeutete dies jedoch keine Rückkehr zum mystisch-religiösen Weltbild des Mittelalters. Es entstand vielmehr ein ungelöstes Spannungsverhältnis zwischen kirchlichen Dogmen auf der einen Seite und den neuen



Erkenntnissen der Wissenschaft auf der anderen.

In der Kunst und Architektur wird der Eindruck von Masse und Schwere immer wieder mit der Illusion von Leichtigkeit konfrontiert“. Im deutschen Sprachraum sind die schönsten Beispiele barocker Kunst und Architektur im katholischen Süden zu sehen, wie z.B. **Kloster Melk** an der Donau, Kloster Einsiedeln in der Schweiz oder die Weiskirche in Oberbayern, die Schloß- und Parkanlagen Versailles, **Würzburg**, **Dresdner Zwinger** und **Sanssouci bei Potsdam**.

Spätbarock (ca. 1720–1770) oder Rokoko (1735–1780) ist eine Weiterentwicklung in der Spätphase des Barocks.

Das Rokoko zeichnet sich durch Kleinteiligkeit, Zierlichkeit und durch verfeinerte Ornamentierung aus und setzt sich damit von Monumentalität und Pathos des Barock ab. Das Wort (französisch rococo) ist abgeleitet von rocaille (Grotten- und Muschelwerk), nach einem immer wieder auftretenden Ornamentmotiv. Das Rokoko lässt sich etwa auf die Zeit der Regentschaft (1715–1774) Ludwigs XV. von Frankreich eingrenzen. Die überragenden Maler des Rokoko waren François Boucher und Jean-Honoré Fragonard.

Klassizismus (1750–1840) ist eine Stilepoche, in der die Nachahmung der Bauformen der Antike (vorrangig der griechische Tempelbau) erfolgte. Auch die Baukunst Palladios (1508 bis 1580) in der Renaissance wird öfters als Klassizismus bezeichnet.



Klassizismus: Fridericianum in Kassel, 1779

Klassizismus (18. Jahrhundert). **Der Klassizismus** war eine in Europa und Nordamerika vorherrschende Stilepoche zwischen 1750 und 1830, zu der Biedermeier, Directoire, Empire und Louis-seize gehören. Ziel dieser Strömung war es, die intime Verspieltheit des Rokoko und die Überladenheit des Spätbarock zugunsten einer „klassischen“ Formstrenge zu

überwinden. Dieser Klassizismus steht mit den revolutionären Ereignissen in Frankreich (Französische Revolution) und Nordamerika in Zusammenhang. Er hatte somit auch eine ideologische Funktion, indem er das demokratische Ideal der griechischen Antike, welches man in der antiken Kunst reflektiert sah, zum

Ausdruck bringen sollte. Ausgrabungen von **Johann Joachim Winckelmann** (1717-1768)



Jacques-Louis David
(1748-1825): Schwur der Horatier



Plastik: Antonio Canova (1757-1822): **Amor und Psyche**

Ab 1800 gab es in der Kunst und Architektur eine Bewegung, die sich auf die Antike richtete. Zu den allgemeinen Bildungsinhalten des 18. Jahrhunderts gehörte die Mythologie und Literatur der Griechen und Römer. Einer der bedeutendsten Kenner der antiken Kunst war Johann Joachim Winckelmann (1717-68). Das Wesen der klassischen Kunst war für Winckelmann die Harmonie, Das demokratische Athen und das republikanische Rom galten als das Leitbild der Französischen Revolution. Am sichtbarsten ist die Hinwendung zur neuen Klassik in der Architektur. Die bürgerliche Gesellschaft brauchte nun neben Kirchen und Schlössern Gebäude für die Verwaltung und für Erholungszwecke, Ende des Jahrhunderts auch Theater und Museen. **Das Fridericianum in Kassel** (1769-79), in dem die Dokumenta-Ausstellungen stattfinden, ist ein Beispiel für einen Klassizistischen Zweckbau. Das berühmteste klassizistische Bauwerk ist das **Brandenburger Tor** (1788-91).

Romantik und Historismus (19. Jahrhundert). **Die Romantik** bezeichnet verschiedene europäische Kunstströmungen der Zeit zwischen etwa 1790 und 1840. Die Romantik bezeichnet keinen eigentlichen Kunststil, der eine allgemein verbindliche Formensprache ausbildete, eher eine geistige Grundhaltung, die als Oppositionsbewegung gegen den Rationalismus auf vergleichbare antirational-



gefühlsbetonte Bestrebungen in Literatur und Philosophie auftrat.-umfangreiches kunsttheoretisches Schrifttum. Die Romantiker wollen die formale Strenge und Beherrschtheit des Klassizismus überwinden, und statt dessen Phantasie und individuelles Naturerlebnis zur zentralen künstlerischen Aussage erheben

Caspar David Friedrich (1774-1849), Riesengebirge

Caspar David Friedrich



Frühes Selbstporträt, um 1800, schwarze Kreide auf Velin, 42 x 27,6 cm, Staatliches Kunstmuseum Kopenhagen





Portrait (von Georg Friedrich Kersting):
Caspar David Friedrich in seinem Atelier

Die Romantiker waren beeindruckt vom Gegensatz der wirklichen Welt und der Welt der Phantasie. In der Malerei gewinnt die perspektivische Darstellung der Landschaft an Bedeutung. Ihr wichtigster Vertreter ist Caspar David Friedrich (1774-1840).

Die Fortführung des Klassizismus in der Architektur war der Historismus. Welcher Stil gewählt wurde, lag an der Zweckbestimmung des Gebäudes. Karl Schinkel entwarf sowohl Bauten im griechischen Stil (Nehe Wache und altes Museum in Berlin) als auch in der Neugotik (Werdersche Kirche, Berlin). Das größte Bauprojekt romantisch nationaler Gesinnung war die Vollendung des Kölner Doms.

Historismus (1840–1900) ist die Stilepoche bei der man auf verschiedene (Stilpluralismus) ältere Stilrichtungen zurückgriff und diese nachahmte. Die Untergruppen sind keine zeitlichen, sondern stilistische Abgrenzungen, für die ihre Hauptzeiten angegeben sind

- Neugotik (1840–1900, mit früheren Ansätzen)
- Neorenaissance (1850–1885)
- Neuromanik (1870, bis in die 1920er)
- Neobarock (1880, bis in die 1920er), in der Innenarchitektur auch als Neurokoko
- Neoklassizismus (ab etwa 1890, hält sich über das Ende des eigentlichen Historismus hinaus („Neohistorismus“) bis in die 1930er, in den USA und im Ostblock bis in die 1950er)
- Im Eklektizismus (von griech. *eklektós* = *ausgewählt*) des Historismus wurden verschiedene Stile bei einem Bauwerk verwendet.

Biedermeier und Gründerzeit (2. Hälfte des 19. Jahrhunderts). Nach den Karlsbader Beschlüssen wird in Europa die Restauration eingeleitet. Nach der politischen Desillusionierung des Bürgertums in den deutschen Ländern, flüchtet sich das Kleinbürgertum in das Private Glück.

Moritz	von	Schwind
Ludwig		Richter
Carl	Spitzweg	(1808-1885)
Ferdinand	Georg	Waldmüller
Franz	Krüger	(1793-1865)
Wilhelm Busch		(1797-1857)
(1832-1908)		

Die ersten Jahre des Preußischen Kaiserreiches (1871-1918) kennzeichneten wirtschaftliches Wachstum und die doch recht autoritäre Verfassung wurde nicht in dem Sinne wahrgenommen. **Diese ersten Jahre** bezeichnet man als **Gründerjahre**. Firmen wie z.B. Krupp in Essen wurden zu großen Konzernen ausgebaut. Mit der Industrialisierung nahm die Bevölkerung ständig zu, vor allem in Berlin und an der Ruhr. Landschaft und Städte veränderten sich in ihrem Bild. In Berlin entstanden die Hinterhofwohnungen der Arbeiter (Je weiter man von der Straße wohnte, umso elender und billiger wohnte man) und die Margaretenhöhe in Essen, eine Mustersiedlung für die Arbeiter der Firma Krupp.

Ein neuer Stil wurde nicht angestrebt und konnte sich in der kurzen Zeit auch nicht entwickeln. Nur im Bau von Hallen wurde Neuland betreten. Prachtvolle Bahnhöfe entstanden in Berlin, Leipzig, Frankfurt, Köln und Kiel.

Was die Malerei betrifft, so ist die deutsche Kunstgeschichte des 19. Jahrhunderts eine Geschichte der deutschen Kunstakademien in Wien, Berlin, München, Dresden und Düsseldorf. Alle Stilrichtungen des 19. Jahrhunderts waren in den Kunstakademien vorhanden: „**Der Klassizismus** idealisierte den Gegenstand und schuf vorbildliche menschliche Gestalten in harmonischer Umgebung. **Die Romantik** idealisierte die Natur und die Geschichte. **Das Biedermeier** erzählt im Bild kleine Anekdote, die dem Bild einen „Sinn“ geben, der das Visuelle ebenfalls übersteigt“

Der Jugendstil markiert einen weiteren Bruch mit der Tradition.



Egon Schiele: *Gustav Klimt im blauen Malerkittel*, 1913

Gustav Klimt

1897 trennte sich eine Gruppe junger Künstler von der Akademie und nannte sich „Wiener Secession“. **Hauptinitiator** war der Maler

Gustav Klimt (1862-1918), der einen sehr persönlichen Malstil entwickelte. Klimt wollte nicht die Schönheit der Natur darstellen, sondern eine „eigene Schönheit im Bild“.



Selbstportrait, 1912

Der zweite Vertreter dieser Stilrichtung in der Malerei ist Egon Schiele (1890-1918). Schiele zeichnete und malte mit Vorliebe nackte Menschen. Die Nacktheit galt in der Kunst als Ausdruck klassischer Reinheit, während sie im Leben weitenhin als unmoralisch verpönt war. Diese Doppelmoral wird von der Kunst des Jugendstils thematisiert.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entwickelte sich eine gegenstandsfreie Malerei,

das „**Informel**“. Diese auf Automatismus und frei erfundenen Zeichen beruhende Kunst ist bis heute nicht veraltet. Bildende Kunst wurde bei Informel zur Aktion, verwendete neue, ungewohnte Materialien. Die Farbe wurde dick aufgetragen, und bisweilen sprengten Künstler auch das herkömmliche Flächenviereck eines Bildes. Die Folge waren Happenings, der kritische Realismus, die „neuen Wilden“, die sich im Neo-Expressionismus auslebten. Hinzu kamen Lichtballetten, rotierende Strukturen, **Collagen**, **Plakate** und vor allem die Aktionskunst, die zumeist außerhalb des Ateliers stattfindet. Joseph Beuys (1921-1986) setzte hier die entscheidenden Akzente, indem er nicht länger Wert auf „unvergängliche“ Werke legte, sondern Kunst als Aktion inszenierte. So ließ er sich beispielsweise in einem Einbaum über den Rhein setzen. Um „Kunst in die Gesellschaft“ zu bringen, scheute er keinen Aufwand.

Gegenwärtig ist bei aller Vielfalt der Stile ein Hang zum Überproportionalen auszumachen. Anselm Kiefer (geb. 1945) formt in seinen Ateliers, die wie Fabrikhallen aussehen, riesige Kunstwerke vor allem aus Blei, darunter auch Flugzeuge in Originalgröße. „Zweistromland“ heißt seine 32 Tonnen schwere Skulptur.

Jörg Immendorf (geb. 1945) ist eine Art moderner Historienmaler. Auf seinem Bild „Cafe Deutschland“ fegt der Sturm der Geschichte die Berliner Mauer hinweg.

Die wichtigsten Schauplätze der Kunst sind die Ausstellungen in den Museen und Kunsthallen der größeren Städte. Maler wie Max Ernst, Otto Dix, Pablo Picasso, Salvador Dalí oder andere „Klassiker“ locken nach wie vor Tausende in Ausstellungen. Die Avantgarde stellt besonders in Köln und Düsseldorf aus, wo sich die experimentierfreudigsten Künstler zusammengefunden haben.

Deutsche Architektur war im 20. Jahrhundert richtungsweisend. Die stärksten Impulse gingen von Weimar und Dessau aus, wo in den zwanziger Jahren

das Bauhaus begründet und der nach ihm benannte Stil entwickelt wurde. Meisterwerke dieser Synthese von Kunst und Technik sind heute in allen Erdteilen zu finden.

Geschichte der Architektur umfasst die technische, funktionale und ästhetische Entwicklung der Architektur und der Bauwerke über alle historischen Epochen vom Beginn menschlicher Bautätigkeit bis heute. Lange Zeit prägten sich dabei in zeitlicher Abfolge bestimmte Stilepochen aus, auch *Baustil* oder *Architekturstil* genannt. Die Entwicklung war dabei abhängig von klimatischen, technischen, religiösen und kulturellen Randparametern.

Von der Steinzeit bis zur Eisenzeit:

Die Neolithische Architektur der Jungsteinzeit: 10.000 v. Chr–3.300 v. Chr, in Mitteleuropa ab 5.500 v. Chr–2.200 v. Chr.

Die Bronzezeitliche Architektur in der Bronzezeit: Ab 3.300 v. Chr, 2.200 v. Chr in Mitteleuropa – um 1.000 v. Chr

Die Eisenzeitliche Architektur in der Eisenzeit: Im vorderen Orient 1.200 v. Chr–6. Jh. v. Chr., in Mitteleuropa 800 v. Chr – bis 6. Jh. n. Chr.

Westliche Welt

In der Antike war das die griechische- und dann die römische Architektur.

Im Mittelalter war das der romanische und dann der gotische Stil.

In der frühen Neuzeit war das die Renaissance und dann das Barock.

In der dann folgenden Neuzeit war das der Klassizismus und dann der Historismus.

Die heutige "Moderne" als Stilrichtung kann hinsichtlich seiner Entwicklung noch nicht beurteilt werden.

Griechische Antike

Griechische Architektur ist in erster Linie eine städtische Architektur geprägt durch Tempel, Torbauten (Propylon), Theater, Versammlungsräume, Memorial- und Kleinarchitektur, Mausoleen, Grabarchitekturen, Stoen und Peristyle (Hofgebäude), Palästen, Gymnasien, Brunnen, Befestigungsbauten, Leuchttürme, Hafenanlagen, Bibliotheken, Schatzhäuser, Gästehäuser und Wohnbauten. Prägnantes Beispiel für die Stilentwicklung war die griechische Säule und die Säulenordnung als wichtigstes Wesen griechischer Tektonik.

Römische
geprägt durch
Übernahme
griechischen



Architektur
die
der

Säulenordnungen, und städtische Bauten wie Atrium, Basilika, Thermen, Amphitheater, Römische Theater, Triumphbogen, Straßen-, Brücken- und Wasserleitungsbauten, konstruiert mit Bögen, Tonnengewölbe und Kuppeln.

Beginnendes Mittelalter

Frühe Epoche Mittlere Epoche Karolinger Zeit

Die Übergangszeit oder Zwischenzeit von der Römischen Antike bis zur Romanik wird unterteilt in:

- **Byzantinische Architektur** als Fortsetzung der Römischen Architektur

Diese Epoche lässt sich in drei Phasen einteilen:

- Frühe Epoche (4.–6. Jh.),
- Mittlere Epoche (8.–11. Jh.)
- Späte (komnenische und palaiologische) Epoche

Vorromanik

(5.–10. Jh.)

die Weiterführung der antiken Vorbilder, die sich dann zur Romanik weiterentwickelten:

Frühchristliche Architektur

Merowingische Architektur (6.–8. Jh.)

Langobardische Architektur

Westgotische Architektur (6.–8. Jh.),

Karolingische Architektur (8.–10. Jh.):

Asturische Architektur (8.–10. Jh.),

Mozarabische Architektur (9.–11. Jh.),

Altkroatische Präromanik

Romanik

in Deutschland ab 1020–1250

Als „typisches Erkennungsmerkmal“ romanischer Bauten gilt der **Rundbogen**, häufig in Verbindung mit wichtigen, wehrhaften Steinmassen.

Die frühe Romanik hat ihren Ausgang im westliche Europa, vor allem im Reich der Franken.

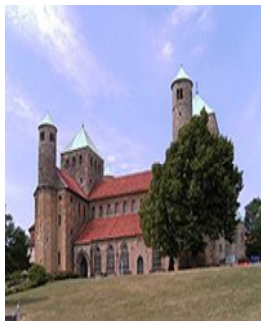
Die Entwürfe für Kirchen als **Basilika** waren einfach: Das **Mittelschiff** mit einer **Apsis** wird von zwei Seitenschiffen flankiert und überwölbt von **Tonnengewölbe** oder später von **Kreuzgratgewölbe**.

Es wird unterschieden in

- [Frühromanik](#) (950–1050) und die [Ottonische Architektur](#): u.a. [Michaeliskirche Hildesheim](#), Ostbau des [Mainzer Dom](#) ([ottonischer Bauwerke](#))
- [Hochromanik](#) (1050–1150) und die Salische Architektur zur Zeit der [salischen](#) Kaiser, mit stärkerem Bauschmuck und Bildwerken u.a. beim [Speyerer Dom](#),
- [Spätromanik](#) (1150–1250) mit der [Staufischen Architektur](#) u. a. mit dem [Limburger Dom](#) (1190–1235) als Übergangsstil zur Gotik mit deren ersten Bauformen (z. B. Spitzbögen).

Mittelalter vom 10. bis 16. Jahrhundert

- Frühromanik: [St. Michael \(Hildesheim\)](#)
- Hochromanik: [Speyerer Dom](#)
- Spätromanik: [Limburger Dom](#)



Gotik

Als „typisches Erkennungsmerkmal“ gotischer Bauten gilt das [Kreuzrippengewölbe](#), die aufgebrochenen, hohen Wände mit großen Fenstern, der [Strebebfeiler](#), die Betonung der Vertikalen und die zunehmende [Ornamentik](#) u. a. im [Maßwerk](#).

Es wird unterschieden in

- [Frühgotik](#) (1140, in Deutschland 1220–1250),
- [Hochgotik](#) (1200 in Frankreich, 1250 in Deutschland
- [Backsteingotik](#) war eine besondere Entwicklung der Gotik an der Ostsee von Norddeutschland bis Estland, bei der mit [Backsteinen](#) gebaut wurde. Die [Marienkirche](#) in [Lübeck](#) (1250–1350) oder die [St.-Nikolai-Kirche](#) in [Stralsund](#) (um 1270) sind Beispiele aus der Hochgotik.
- [Spätgotik](#), (1350–1550) kennzeichnet die Zeit der Gotik, bei der die Hallenkirche die [Basilika](#) als Kirchenbauform verdrängte.

Neuzeit im 15. bis 18. Jahrhundert

[Renaissance](#) (1420–1620)

In der Architektur der Renaissance als "Wiedergeburt der Werte" wurde die Formensprache **der Antike in klassischer Strenge wieder belebt**, durch einfache, **geometrischen Formen** sowie durch klassische Bauelemente wie [Säulen](#), [Pilaster](#), [Kapitelle](#) und [Dreiecksgiebel](#).

Es wird zeitlich unterschieden in

- [Frührenaissance](#) von 1420 bis 1500 mit Bauwerken von [Filippo Brunelleschi](#)
- [Hochrenaissance](#) von 1500 bis 1550 ausgelöst von Donato Bramante (1444–1514) und den Neubau des [Petersdoms](#) in [Rom](#). Auch [Michelangelo Buonarroti](#) zählt zu den bedeutendsten Repräsentanten der italienischen Hochrenaissance (Kuppel Petersdom).
- [Spätrenaissance](#) oder [Manierismus](#) von 1520 bis 1610 ausgelöst durch die späten Werke Michelangelos mit seiner Plastizität, Expressivität, Kraft und Bewegung.

Barock

Als Kunstform des Absolutismus und der Gegenreformation ist **der Barock** ([Portugiesisch](#): **Unregelmäßig geformte Perlen**) durch üppige Prachtentfaltung gekennzeichnet.

Ornament und Plastizität nahmen zu.

Zuerst entwickelte sich der Stil in Italien bevor er sich in Europa und in der [Neuen Welt](#) durchsetzte.

Kunstgeschichtlich wird unterteilt in

Frühbarock (ca. 1600–1650) mit u. a. dem [Palazzo Barberini](#) in [Rom](#)

Hochbarock (ca. 1650–1720) mit u. a. dem Palazzo Pesaro in [Venedig](#), und dem [Invalidendom](#) in [Paris](#),

Spätbarock (ca. 1720–1770) oder [Rokoko](#) mit u. a. dem [Schloss Belvedere](#) in Wien dem [Winterpalast](#) in [Sankt Petersburg](#) und dem [Stift Melk](#).

Rokoko (franz.: [Rocaille](#) = *Muschel*) (1735–1780) ist eine Weiterentwicklung in der Spätphase des Barocks.

Neuzeit im 18. und 19. Jahrhundert

- Klassizismus: [Fridericianum](#) in [Kassel](#), 1779



Klassizismus (1750–1840)

ist eine Stilepoche, in der die Nachahmung der Bauformen der Antike (vorrangig der griechische Tempelbau) erfolgte.

Auch die Baukunst [Palladios](#) (1508 bis 1580) in der Renaissance wird öfters als Klassizismus bezeichnet.

Es wird unterschieden in

Frühklassizismus (in Frankreich auch als *goût grec* bezeichnet) (1750–1770).

[Revolutionsarchitektur](#) (1750–1790) als Teil der Stilepoche.

Klassizismus (1770–1840)

Der [Federal Style](#) in den [USA](#) von 1780 bis 1830; verschiedene Capitolgebäude in den Hauptstädten der [US-Bundesstaaten](#) sind Beispiele dieser Richtung.

Historismus (1840–1900)

ist die Stilepoche bei der man auf verschiedene ([Stilpluralismus](#)) ältere Stilrichtungen zurückgriff und diese nachahmte.

Die Untergruppen sind keine zeitlichen, sondern stilistische Abgrenzungen.

Für Historismus sind die Hauptzeiten angegeben

[Neugotik](#) (1840–1900, mit früheren Ansätzen)

[Neorenaissance](#) (1850–1885)

[Neuromanik](#) (1870, bis in die 1920er)

[Neobarock](#) (1880, bis in die 1920er), in der Innenarchitektur auch als [Neurokoko](#)

[Neoklassizismus](#) (ab etwa 1890, hält sich über das Ende des eigentlichen Historismus hinaus („Neohistorismus“))

Im [Eklektizismus](#) (von griech. *eklektós* = *ausgewählt*) des Historismus wurden verschiedene Stile bei einem Bauwerk verwendet.

Moderne

■ Beginnende Moderne

- [Jugendstil](#) (um 1880–1914), kennzeichnet sich durch **dekorativ geschwungene Linien** sowie flächenhafte, [florale Ornamente](#) und durch die Aufgabe von [Symmetrien](#).

- In der [Heimatschutzarchitektur](#) (ca. 1904–1945) in Deutschland fanden ortsübliche Baumaterialien (**Backstein, Holz**) aber auch Formen Verwendung.

Organische Architektur

- bezeichnet seit der Wende zum 20. Jahrhundert das [ganzheitliche](#) Bauen, welches die Harmonie von Gebäuden und Landschaft sowie Baumaterialien anstrebt, als eine organische, aus der Funktion heraus entwickelte Form für eine biologische, psychologische und soziale Zweckmäßigkeit.
- Als typisches Beispiel gilt das [Goetheanum](#) in [Dornach](#) bei [Basel](#) von [Rudolf Steiner](#) (1928).
- Stilelement des Jugendstils, des Expressionismus aber auch der Modernen können dabei durchaus im Einklang mit dieser Richtung stehen.

Die anderen Stile der modernen Architektur

- **Reformstil** oder *Prämoderne* (ab ca. 1905).
- **Futurismus** (1909 bis in die 40er-Jahre) war eine aus [Italien](#) stammende [avantgardistische](#) Kunstbewegung.
- **Konstruktivismus** (um 1910 bis in die 40er) war vornehmlich eine **russische Denkrichtung in der Kunst**, die nur wenige Spuren in der Architektur hinterlassen hat.
- **De Stijl** (1917 bis in die 30er) war eine [niederländische](#) Stilrichtung benannt nach einer Künstlervereinigung und deren Zeitschrift in [Leiden](#), geprägt durch **geometrisch-abstrakte, asketische und funktionale Architektur, ähnlich dem Bauhaus in Deutschland**.
- **Art Déco** (ca. 1920 bis in die 40er) war ein Baustil der verzierenden Formgebung. Das [Renaissance-Theater](#) in [Berlin](#) entspricht dieser Stilrichtung.
- **Expressionismus** (1918 bis Ende der 20er) vornehmlich in Deutschland vertretende Stilrichtung, als moderne Nachfolge des Jugendstils. Der [Einsteinurm](#) von [Erich Mendelsohn](#) in [Potsdam](#), das [Anzeiger-Hochhaus](#) von [Fritz Höger](#) in [Hannover](#) und das [Chilehaus](#) von Fritz Höger in [Hamburg](#) sind Beispiel dieser Architektur.

Klassische Moderne ca. 1920 bis heute.

Sie beginnt zunächst mit minimalistischen und funktionalen Tendenzen.

Der [Erste Weltkrieg](#) verzögert noch diese Entwicklung in der Architektur.

Danach setzt sich diese Stilrichtung immer mehr durch.

Die nachfolgenden Begriffe sind **Strömungen der klassischen modernen Architektur**.

Heute gibt es in Deutschland immer mehr Beispiele einer modernen, experimentierfreudigen und doch menschengerechten Architektur. Manches gelungene Bauwerk verdankt seine Entstehung noch immer dem Stil und Denken des Bauhauses. Deutsche Architekten sind in aller Welt erfolgreich. Interessant variiert wurde der Baustil Dreischeiben- Hochhaus (Thyssenhaus) in Düsseldorf (Helmut Hentrich, 1960). Ein Beispiel unkonventionellen, dynamischen Bauens ist die Hauptverwaltung der Autofirma BMW in München mit ihrer auffälligen Zylinderform (Karl Schwanzer, 1972). Einen besonderen städtebaulichen Akzent setzt der Fernsehturm hoch über Stuttgart mit Restaurant und Aussichtsplattform (Fritz Leonhardt, 1956) Seit 1945 sind in Deutschland eine große Zahl Kirchen gebaut worden. Dabei hatten die Architekten vielfach Spielraum für ihre Experimentierfreude.

Die anderen Bezeichnungen für die neue Stilrichtung:

- Neue Sachlichkeit wurde als Abkehr vom **Expressionismus** und **Jugendstil** der ersten Nachkriegsjahre der neue Stil genannt.
- Neues Bauen war in Rahme der *Neuen Sachlichkeit* eine Bewegung in der Architektur und im Städtebau in Deutschland (1907–1933)
- Das Bauhaus war im eigentlichen Sinne eine deutsche Bauschule, die von 1919 bis 1933 bestand; als Stilrichtung fand der Begriff eine erweiterte Anwendung für eine Architektur der *Neuen Sachlichkeit*
- Als Funktionalismus (auch Rationalismus) wurde ein Stil bezeichnet für das Zurücktreten rein ästhetischer Gestaltungsprinzipien hinter dem die Form bestimmenden Verwendungszweck
- Im 19. Jahrhunderts bereits vorgedacht entwickelte sich diese Denkrichtung in Deutschland erst mit der Gründung des Deutschen Werkbundes von 1907, die in die Baustile der *Neuen Sachlichkeit*, des *Bauhauses* und des *Funktionalismus* mündeten.

Internationaler Stil

- ist schließlich eine allgemeine Bezeichnung der Baustile der Modernen, welche sich ab 1922 in Europa und dann in der ganzen Welt durchsetzt hat.
- Das Gebäude der Vereinten Nationen(UNO) in New York ist ein Repräsentant dieses Stils.

Späteres 20. Jh. und Zeitgenössische Architektur

- **Brutalismus** (*béton brut* = Sichtbeton) wurde eine Stilrichtung in den 1950er bis 1970er Jahren des 20. Jahrhunderts benannt, bei der u. a. [Sichtbeton](#), Stahl und Glas sowie reine [geometrische Körper](#) dominierten.
- **Strukturalismus** ist eine Mitte des 20. Jahrhunderts aufgekommene Strömung in Architektur und Städtebau als Reaktion auf einen eher sterilen Städtebau der Nachkriegszeit, bei der eine Architektur der Vielfalt in einer geordneten Struktur beabsichtigt ist.
- **Kritischer Regionalismus** Bezeichnet das Aufgreifen regionaler Besonderheiten. Anders als die folgende Postmoderne wird Tradition nicht oberflächlich zitiert, sondern in den Mittelpunkt der Ausführung gerückt.
- **Postmoderne Architektur** (*Nachmoderne*) ist die Bezeichnung für eine Tendenz in der Architektur seit den 1970er Jahren, bei der ein [Paradigmenwechsel](#) in der Architektur gegen die *Moderne* angestrebt wurde mit einer Architektur der Erinnerung und Tradition.
- Bauwerke, vor allem Fassaden, wurden zum Zitatenspiel vergangener Architekturepochen.
- Als Beispiele gelten die *Hochschule für Musik und Darstellende Kunst* von [James Stirling](#) in [Stuttgart](#) und der [Friedrichstadtpalast](#) in Berlin.
- Die Postmoderne konnte sich als neue Stilrichtung nicht allgemein durchsetzen.

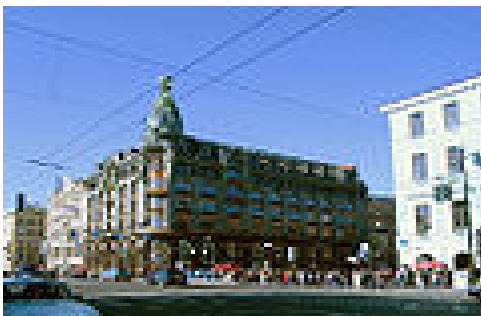
Dekonstruktivismus

ist eine Stilrichtung der Architektur ab den 1980er Jahren, bei der **reine geometrische, konstruierte Formen verändert und neu interpretiert werden**, um u. a. Instabilitäten aufzuspüren und sichtbar zu machen.

Der Begriff wurde geprägt durch eine Ausstellung "**Deconstructivist Architecture**" [Daniel Libeskind](#) (u. a.: [Jüdisches Museum Berlin](#)), [Rem Koolhaas](#) (u. a.: [Niederländische Botschaft in Berlin](#)), [Peter Eisenman](#), [Zaha Hadid](#) (u. a.: [phäno](#) in [Wolfsburg](#)) gelten als Vertreter dieser Stilrichtung.

- **Minimalismus** ist ein Architekturstil der einfachen Formensprache und der Verzicht auf Dekorationselemente im Gegensatz zur Postmodernen, der Organischen Architektur und zum Dekonstruktivismus.
- **Ökologisches Bauen** soll ressourcenschonend sein; als Stilrichtung kann noch keine besondere Ausprägung erkannt werden.
- **Supermodernismus** soll eine Stiltendenz beschreiben, die im Gegensatz zur Postmodernen und zum Dekonstruktivismus steht und sich auf die klassische Moderne bezieht. Es ist fraglich, ob sich der Begriff durchsetzen kann.
- **Blob-Architektur** bezeichnet Bauwerke und Entwürfe, die komplexe, fließende, oft **gerundete** und **biomorphe** Formen aufweisen.
- **Zeitgenössische Architektur**, ein Oberbegriff für aktuelle Trends und Tendenzen.

Galerie



Jugendstil/Art Nouveau: Haus *Singer* in Sankt Petersburg, 1904
Heimatschutzstil:
Rathaus von Wiehl



Organisches Bauen: Robie House (1908) im Oak Park bei Chicago von Frank Lloyd Wright





Walter Gropius

(1912)

Funktionalistische Moderne: Fagus-Werk in Alfeld von



Royal National Theatre in London

Expressionismus: Einsteinurm von 1919/21



Brutalismus:



Piazza d'Italia in New Orleans von Charles Willard Moore (1990)

Strukturalismus: Raumfahrtzentrum ESTEC in Noordwijk von Aldo van Eyck (1989)



ESTEC in

Postmodern:



osmanische Selimiye-Moschee (1568–1575) in Edirne/Türkei



Kaiserpalast (Chinesische Architektur)

Sechszehnte Vorlesung

Bildende Kunst und Architektur

(Österreich, Schweiz Lichtenstein)

Bildende Kunst



„Der Kuß“ von Gustav Klimt ist eines der bekanntesten Werke eines österreichischen Künstlers

Bedeutende Maler oder Graphiker sind Ferdinand Georg Waldmüller, Gustav Klimt, Koloman Moser, Oskar Kokoschka, Egon Schiele, Alfred Kubin, Raoul Hausmann, Arnulf Rainer, Gottfried Helnwein, Franz

West. Einen Höhepunkt erreichte die Malerei in Österreich um 1900, als Wien ein Zentrum des Jugendstils wurde.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstand die Wiener Schule des Phantastischen Realismus als eine späte Strömung des Surrealismus. In dieses Umfeld gehört auch Friedensreich Hundertwasser mit seinen eher abstrakt-dekorativen Bildern. Ein eigenständiges Phänomen ist der Aktionismus der 1960er Jahre, der sich im Grenzbereich von Theater und Malerei entwickelt hat. Wichtige Vertreter dieser Bewegung sind Günter Brus, Otto Muehl, Rudolf Schwarzkogler und Hermann Nitsch.

Bedeutende Bildhauer oder Skulptoren waren Niclas Gerhaert van Leyden, Franz Xaver Messerschmidt, Fritz Wotruba, Alfred Hrdlicka und Bruno Gironcoli.



Architektur

Museum Tinguely, Basel,
Architekt: Mario Botta

Da die neutrale Schweiz von den grossen Kriegen der Neuzeit kaum betroffen war, ist im ganzen Land bis heute viel historische Bausubstanz erhalten geblieben.

Der Stil der Romanik des 12. Jahrhundert zeigt sich im Basler Münster, in den Kathedralen von Sion, Chur, Genf und Lausanne. Dieser opulente Stil findet sich auch in vielen Schlössern und Burgen, die oft gut erhalten sind. Die Stadtkirchen von Schaffhausen, Zug und Zürich sind im Stil der Gotik, die Klosterkirche von Einsiedeln, die Kathedralen in St. Gallen und Solothurn im Barock erbaut.

In der Zeit der Renaissance gab es viele Architekten, vor allem aus dem Kanton Tessin, die in Italien und Osteuropa wichtige Gebäude schufen.

Der bekannteste und bedeutendste Schweizer Architekt ist Le Corbusier. Atelier 5, Mario Botta und Diener & Diener sind weitere bekannte Schweizer Architekten der Gegenwart, die die moderne Architektur im Ausland mitgeprägt haben. Die Architekten Jacques Herzog und Pierre de Meuron (Herzog & de Meuron) haben sich in den vergangenen Jahren unter anderem mit dem Gebäude der Tate Modern in London oder dem Nationalstadion («Vogelnest») in Peking einen Namen gemacht und den Pritzker-Preis erhalten. Peter Zumthor, dessen bekanntester Bau das Thermalbad in Vals ist, ist ebenfalls Pritzker-Preis-Träger. Im Jahr 1928 entstand in Dornach bei Basel das Goetheanum, einer der ersten Stahlbetonbauten, der mit seiner skulpturalen Gestalt bis heute zu den bekannten Bauten des Expressionismus und der Organischen Architektur gezählt wird.

Bildkunst

Im 16. Jahrhundert hat der Protestantismus die Bildkunst der Schweiz stark beeinflusst. Seither konnten sich einige Schweizer Künstler international durchsetzen. Johann Heinrich Füssli erlangte im 18. Jahrhundert in England unter dem Namen Henry Fuseli beachtlichen Ruhm mit seinen grotesk-fantastischen Bildern. Aus dem 19. Jahrhundert sind unter anderem Arnold Böcklin, Albert Anker und Ferdinand Hodler zu nennen. Alberto Giacometti wurde im 20. Jahrhundert international bekannt. Jean Tinguely hat Menschen mit komplexen bewegendenden Skulpturen aus Altmetall fasziniert. Paul Klee wird manchmal als der

bedeutendste Maler der Schweiz gefeiert. Die Farbenlehre von Johannes Itten gilt als herausragendes Standardwerk.

Siebzehnte Vorlesung

Kulturelles Leben

- I. Literatur. Das Musikleben. Theater.**
- II. Museen. Sammlungen. Ausstellungen.**

Plan:

1. Das Land der Dichter und Denker
2. Das Land der Musiker
3. Museen, Bibliotheken
4. Kunstgalerien, Kunstsammlungen
5. Kulturelle Vielfalt

Grundbegriffe:

Humanität, die – voll entfaltete edle Menschlichkeit
Despotismus, der – System der Gewalt u. Willkürherrschaft
Drama, das – Schauspiel, Bühnendichtung; aufregendes od. trauriges Geschehnis
Tragödie, die – Trauerspiel; erschütterendes Ereignis
Egoismus, der – Ichsucht; Selbstsucht; Eigensucht, Eigennutz
Depression – Niedergeschlagenheit, Verstimmung; gedrückte Marktlage
Triumph, der – Sieg, Siegespiel, -feier
Intrige, die – Verwicklung, Ränkespiel
Existenz, die – Dasein; Auskommen, Unterhalt, Person
Satire, die – Spottschrift, -gedicht; witziger Spott.
Iphigenie, - Tochter Agamemnons
Komplex, der – Zusammenfassung; Inbegriff, Gesamtumfang, Vereinigung, Gruppe
Amüsant – unterhaltsam; belustigend
Palette, die – Kunstmalergerät; Stapelplatte
Mäzen, der – Kunstfreund, Kunstgönner
Spektrum, das – durch Lichtzerlegung entstehendes Farbenbüd.
Deportation – Zwangsverschickung, Verbannung

Deutschland gilt als das Land der Dichter und Denker, aber auch der Musiker. Theater, Opernhäuser, Orchester, Museen, Bibliotheken, Kunstgalerien und Kunstsammlungen sind auch heute – wie in den meisten anderen Ländern – an vielen Orten zu finden.

Die Kultur jedes Volkes trägt Literatur, Musik, Malerei, Theater- und Filmkunst, Wissenschaft.

Die Literatur. Als ältestes Zeugnis deutscher Literatur gilt das Hildebrands-Lied. Es erzählt die Geschichte Hildebrands, der seinen Sohn Hadubrand im Zweikampf erschlägt, erschlagen muss, weil es die Ehe gebietet. Das Hildebrandslied wurde an den Höfen von fahrenden Sängern vorgetragen. Namentlich bekannt sind die Autoren vom 12. Jahrhundert an: Wolfram von Eschenbach, Walther von der Vogelweide, Gottfried von Straßburg schrieben Verse und Epen, häufig französischen Vorbildern folgend.

Immer hat die deutsche Literatur Anstöße von außen aufgenommen, Anleihen gemacht – die Humanisten der Renaissance entdeckten die griechische und die römische Literatur. Martin Luther übersetzte die Bibel in die Volkssprache und machte sie so allen Deutschsprechenden zugänglich. Damit wurde er zum Bahnbrecher einer allgemeinen deutschen Hochsprache. Erst im 17. Jahrhundert bemühen sich Dichter wie Martin Opitz, eine deutsche Nationalliteratur zu schaffen. Doch lässt sich deutsche Nationalliteratur auch in der Folge nicht in die engen Bereiche der Nationalliteraturen eingrenzen; ihr Medium, die deutsche Sprache, war nie an Staatsgrenzen gebunden. Die Frage, ob ein Autor deutscher Sprache Österreicher, Schweizer oder Deutscher ist, kümmert den Leser wenig. Für Österreicher, Schweizer und Deutsche ist sie die Muttersprache; für Autoren anderer Herkunft ist sie Literatursprache. Die Dichter Rainer Marie Rilke, geboren in Prag, und Hugo von Hofmannsthal, geboren in Wien, und die Erzähler Robert Musil aus Klagenfurt, Thomas Mann aus Lüneburg und Franz Kafka aus Prag gehören gleichermassen zur deutschen Literatur. Ohne die Schweizer Gottfried Keller oder Max Frisch, ohne die Österreicher Adalbert Stifter oder Thomas Bernhard, ohne den in Rumänien geborenen Lyriker Paul Celan und ohne Elisa Canetti, der in Bulgarien zur Welt kam, wäre die deutsche Literatur nicht vorstellbar. Die Werke aller dieser Autoren sind wesentliche Beiträge zur deutschen Literatur. Der folgende kurze Überblick wird sich jedoch weitgehend auf die Literatur im Westen und Osten Deutschlands beschränken.



Gotthold Ephraim Lessing, Gemälde von Anna Rosina de Gasc (Lisiewska) 1767/1768

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'G. E. Lessing'.

Lessings Unterschrift

Gotthold Ephraim Lessing ließ zum erstenmal bürgerliche Menschen in einem Trauerspiel auftreten und die Ideale der Humanität preisen.



Johann Wolfgang von Goethe, Ölgemälde von Joseph Karl Stieler, 1828^[1]



Friedrich Schiller
(von Ludovike
Simanowiz, 1794)

sich die „Stürmer und
und Friedrich Schiller gelten
Klassiker.

Sturm und Drang hieß
vor der Klassik. Das Erlebnis
moralisch geführte Kampf
waren ihr Programm. Das
angemessene Form dieser Dichtung. Programm war auch der Kampf für
persönliche Freiheit, auch für die Freiheit der Liebe gegen den Standesunterschied.
In dem Briefroman „Die Leiden des jungen Werthers“ von Goethe ist die tragische
Liebe Werthers zu einer verheirateten Frau niedergeschrieben, die mit dem
Selbstmord des jungen Mannes endet. Werther trägt autobiographische Züge.

Die Tragödie „Faust“ gilt als das eigentliche Hauptwerk Goethes, an dem er
bis zu seinem Tode gearbeitet hat. Es ist das Drama eines nach Erkenntnis und
Erfüllung sterbenden Menschen, der für sogar den Pakt mit dem Teufel wagt.

Schillers Dramen thematisieren die Spannung zwischen Ideal und das
Bemühen um Freiheit und Menschenwürde. In „Don Carlos“ tritt Marquis Posa für
Freiheit und Menschlichkeit ein, ist jedoch in der Realität zum Scheitern verurteilt.
Schillers tragische Weltsicht wird Gestalt in „Wallenstein“, „Maria Stuart“,
„Wilhelm Tell“, oder „Die Jungfrau von Orleans“. Diese Dramen übten im 19.
Jahrhundert einen nachhaltigen Einfluss aus, nicht nur auf das geistige Leben in
Deutschland, auch auf die Literatur in den romanischen und angelsächsischen
Ländern.

Die Dichter der Romantik strebten ganz unterschiedlichen Idealen nach.
Viele waren erfüllt von patriotischen Streben. Die Jenaer und Heidelberger
Romantiker schworen den Idealen der Aufklärung ab – sie wollten die Welt nicht
verbessern, sondern vergeistigen, poetisieren. So entstanden die Sammlungen
heimischen Volksgutes wie Lieder, Märchen und Sagen durch Clemens Brentano,
Achim von Arnim und die Brüder Grimm; ihr Widerhall war groß und wirkte lange

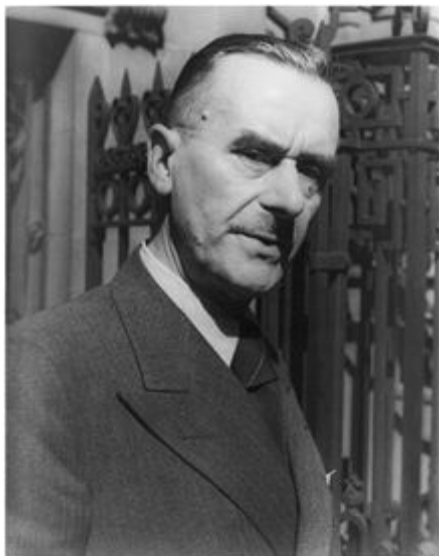


nach : Noch Georg Büchner nimmt in seine ironisch-realistischen Dramen Märchenerzählungen auf, und Heinrich Heines in Deutschland meistzitiertes Gedicht „Lorelei“, er zählt ein sagenhaftes Motiv vom Rhein. Berühmt wurden die Übersetzungen von Shakespeare und Cervantes durch Ludwig Tieck und die Brüder Schlegel.



Teodor Storm (1886)

Theodor Fontane, 1883 (Gemälde von Carl Breitbach)



Thomas

Mann,

1937



Die deutschen Erzähler des 19. Jahrhunderts werden auch heute noch gelesen: Theodor Storm, Wilhelm Raabe, Theodor Fontane, Thomas und Heinrich Mann gehören im 20. Jahrhundert zu den großen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte die deutsche Literatur einen Neubeginn. In den fünfziger und frühen sechziger Jahren wich diese Haltung weitgehend einem anderen Ansatz. Zwar übten manche Autoren moralisch begründete Sozialkritik; das Unbehagen an den Schattenseiten des wirtschaftlichen Aufstiegs, am Egoismus und Materialismus der Wohlstandsgesellschaft, zeigt sich zum Beispiel in Romanen wie „Das Treibhaus“ von Wolfgang Koeppen oder „Billars um halbzehn“ von Heinrich Böll, der sich gleichzeitig in seinen Kurzgeschichten mit dem Erbe des Nationalsozialismus beschäftigt.

In den siebziger Jahren machten viele deutschsprachige Autoren ihr persönliches Dasein zum Inhalt ihrer Publikation (Max Fisch: „Tagebuch“, Wolfgang Koeppen: „Jugend“, Thomas Bernhard „Die Ursache“, Elias Canetti: „Die gerettete Zunge“). Seit Mitte der siebziger Jahre gibt es eine eigene Frauenliteratur (Karin Struck: „Klassenliebe“, Verena Stephan: „Häutungen“, Brigitta Schweiger „Wie kommt das Salz ins Meer“), die sich bis heute zu behaupten versucht.. Stärker als der Roman sind Lyrik und Dramatik dieser Jahre durch ihre Hinwendung zum Alltag geprägt.

Der Fall der Berliner Mauer – sie war das Thema vieler Romane, Erzählungen, Gedichte . hat über Nacht die deutsche Wirklichkeit verändert, und damit das „Weltbild“ mancher Künstler. Mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit wird auch die deutsche Literatur in eine neue Phase ihrer Entwicklung eintreten. Noch sind viele Autoren, vor allem aus der früheren DDR, mit der Aufarbeitung der Vergangenheit, auch ihrer ganz persönlichen, beschäftigt, die einen als Opfer, die anderen als Mitläufer - , waren sie doch trotz ihrer Opposition in vielfältiger Weise in das Machtgefüge ihres Staates verstrickt.

Das Musikleben. Von Beethoven bis Stockhause, von Claudio Abbado bis Marius Müller-Westernhagen, von der „Zauberflöte“ bis zu „Cats“, von großen Konzertsaal bis zum Konzert in der Scheune: Musik liegt in Deutschland immer in der Luft. Viele Großstädte verfügen über eigene Orchester und Opernhäuser. Im meist jährlichen Turnus finden über 100 lokale oder regionale Musikfestspiele statt. Dirigenten, Orchester und Solisten aus aller Welt schätzen die deutschen Musikszene nicht nur wegen ihrer besonderen Experimentierfreudigkeit.

Das älteste Opernhaus steht in Hamburg und wurde 1678 erbaut. Die modernsten Opernhäuser finden sich in Köln und Frankfurt am Main. Berlin hat allein drei Opernhäuser. Architektonische Kostbarkeiten sind das Nationaltheater in München und die Semper-Oper in Dresden, beides Gebäude im Stil der italienischen Hochrenaissance.

Viele große Namen der Musikgeschichte sind besonders eng mit zwei Städten verbunden: mit Leipzig (Sachsen) und Wien (Österreich). Leipzigs Tradition als Musikstadt gründet sich auf drei Einrichtungen: auf das Gewandhausorchester, den Thomanerchor, die älteste musikalische Einrichtung der Stadt, und auf die Hochschule für Musik und Theater. Sie war auf Initiative des Gewandhauskapellmeisters Mendelssohn Bartholdy gegründet worden.



Johann Sebastian Bach

In Leipzig war **Johann Sebastian Bach** (1685-1750) ab 1723 Kantor an der Thomaskirche und Musikdirektor an beiden Hauptkirchen. Er lehrte, leitete den Thomanerchor und war zu seiner Zeit auch ein berühmter Organist. Ein Kantor leitet übrigens auch heute noch den berühmten Chor, der die bedeutendste Pflegestätte Bachscher Kirchenmusik ist.

Die Mitte des 18. Jahrhunderts war gleichzeitig eine Zeitenwende; der Traum von den unbegrenzten Möglichkeiten menschlicher Vernunft begann. Bach geriet in Vergessenheit, und sein Vermächtnis wurde zunächst wenig beachtet. Erst 1827 setzte mit der Aufführung der Matthäus-Passion in Berlin unter Mendelssohn Bartholdy eine Bach-Bewegung ein. 1850, genau hundert Jahre nach seinem Tode, gründeten Robert Schumann und Franz List die Bach-Gesellschaft.



Robert Schumann (1810-1856), Sohn eines Buchhändlers und Verlegers in Zwickau, war Romantiker durch und durch: eine unruhige, zwispältige Natur, die sich zwischen rauschhaftem Schaffendrang und abgrundtiefer Depression bewegte. Sein großes Vorbild war Franz Schubert.

Wien war gegen Ende des 18. Jahrhunderts Sammelpunkt der großen Komponisten der

Epoche („Wiener Klassik“).

Joseph Haydn (Ölgemälde von Hardy, 1791)

Di me Giuseppe Haydn

Hier lebten Joseph Haydn, Wolfgang Amadeus Mozart und Ludwig van Beethoven und schrieben ihre großen Sinfonien.



Thomas



W. A. Mozart, Silberstiftzeichnung von Dora Stock (1789)

Wolfgang Amadeus Mozart

Wolfgang Amadeus Mozart, vollständiger Taufname:

Wolfgang Amadeus Mozart wurde 1756 in Salzburg geboren. Bereits mit 5 Jahren begann er zu komponieren, als 6jähriger machte er Konzertreisen nach München und an den kaiserlichen Hof in Wien, ein Jahr später nach Paris und London, und mit 12 war er Konzertmeister des Salzburger Erzbischofs. Ab 1781 lebte er in Wien, wo sich nach den Jahren der musikalischen Triumphe seine Lebenskurve zu neigen begann. Eine unvorstellbare Kreativität ging einher mit banalen Geldsorgen. Mozart war abhängig von den Aufträgen des Hofes und des Adels, war Intrigen ausgesetzt, stieß auf Jubel und Ablehnung und konnte trotz verzweifelter Bemühungen auf keine gesicherte Existenz hoffen. Er starb mit 36 Jahren in Wien in großer Armut.



Beethoven (1770-1827 Wien) verfasste 1802 in Wien sein „Heiligenstädter Testament“. Verzweiflung und Trotz gegen die beginnende Taubheit sprechen aus den Zeilen. Er dachte an den Tod, aber der Künstler Beethoven gewann und nahm das Schicksal an. Goethe lernte ihn 1812 kennen und bewunderte seine Musik. Als Mann des Hofes war der Dichter aber abgestossen von dem ungestümen – heute würde man sagen unangepassten – Wesen des Meisters.

Mozart und Haydn, zusammen mit Beethoven, waren bestimmend für die Instrumentalmusik in der Welt auf die Dauer von über hundert Jahren.



Der in Wien geborene **Franz Schubert** (1797-1828) war nicht nur Symphoniker und Vertreter der Klaviermusik, sondern auch Schöpfer eines neuen Liedstils, der das 19. Jahrhundert wesentlich beeinflusste. Die Tradition der Wiener Klassik führte Anton Bruckner (1824-1896), Johannes Brahms (1833-1897) und Hugo Wolf (1860-1903) fort.

Die Musik der großen Klassiker wird vielerorts gepflegt, auch im Rahmen schon traditioneller Festspiele, die den Werken einzelner

Komponisten gewidmet sind. So Ludwig van Beethoven beim Internationalen Beethovenfest in Bonn oder Georg Friedrich Händel in Göttingen und Halle.

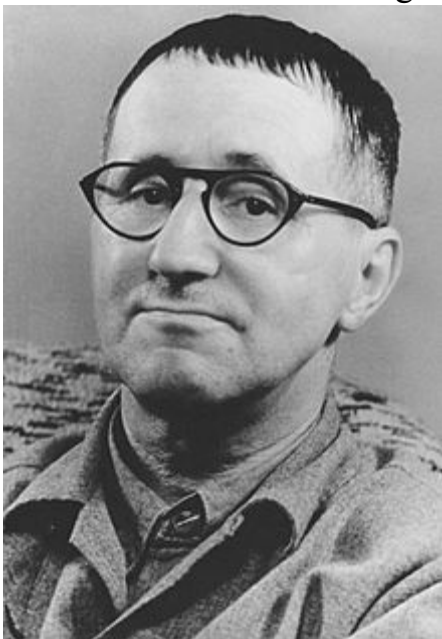
Im Bereich der modernen populären Musik wurde der deutschen Musikszene lange Zeit wenig zugetraut. In den 80-er Jahren erlebte die „Neue deutsche Welle“ mit oft skurrilen Songs in deutscher Sprache ihren Höhepunkt. Klaus Doldinger sucht mit seiner Gruppe „Passport“ die Verbindung zwischen Rock und Jazz. Die Kölner Gruppe BAP fällt mit ihren Dialekttexten auf. Bekannte Gruppen von heute sind „The Scorpions“ und „Die Prinzen“.

Das Theater. Berlin, München und Hamburg gehören zu den Städten, die man ohne einen Theaterbesuch nicht „gesehen hat“ – allein Berlin hat über 150 Theater und Bühnen, darunter das „Deutsche Theater“ und die „Schaubühne am Lehniner Platz“.

Die Theaterlandschaften in Deutschland sind außergewöhnlich reichhaltig, da auch in der Provinz Theater gespielt wird: in Veitshöchheim in Bayern oder in Memmingen, in Maßbach in Franken oder in Meinungen in Thüringen. Die Vielfalt hat Tradition: Im 17. und 18. Jahrhundert legte jeder Landesfürst Wert auf sein eigenes Hoftheater und ließ sich dieses Vergnügen gerne etwas kosten. Im 19. Jahrhundert machten die vom erstarkten Bürgertum geprägten Städte das Theater zur öffentlichen Einrichtung.

Der Zweite Weltkrieg hat über 70 Theaterbauten zerstört. Über hundert wurden seitdem restauriert und neu gebaut. Gespielt wird heute an fast 300 Bühnen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs regte sich trotz Zerstörung und Mangel zuerst das Theaterleben. Kleinere und größere Theater entstanden aus dem Nichts, man spielte in Turnhallen und Kellern. Die größten Erfolge in den vierziger Jahren hatten Dramen, die das Vergangene zu bewältigen versuchten. „Draußen vor der Tür“ von Wolfgang Borchert, das Drama von der Heimkehr des Soldaten, wurde 1947 in Hamburg uraufgeführt. Sein Thema und das Schicksal des Autors machten es zu einem nachhaltigen Ereignis. Der Kriegsheimkehrer Borchert starb einen vor der Uraufführung.



Bertolt Brecht (1898-1956) war 1949 aus dem amerikanischen Exil über Zürich nach Ost-Berlin zurückgekehrt. Kurz danach wurde sein Stück „Mutter Courage und ihre Kinder“ aufgeführt, im gleichen Jahr gründete er das Berliner Ensemble in Ost-Berlin. Seine Haltung gegenüber den politisch Mächtigen war zwiespältig. Seine Stücke wurden zu einem festen Bestandteil des Bühnenreperitoires in Ost und West.

Rolf Hochhuths Dokumentarstück „Der Stellvertreter“ (1963) schokierte die Öffentlichkeit. Der Autor beschuldigte Papst Pius XII., zur Ausrottung der Juden unter Hitler aus Staatsrason

geschwiegen zu haben.

Unter prominenten Regisseuren entstanden seit den achtziger Jahren neue, ungewöhnliche Klassiker-Aufführungen; man sprach von „Regie-Theater“. Die Berliner Schaubühne – geleitet bis 1984 von Peter Stein – war das glänzende Zentrum dieser Neuerer. Der 1944 geborene Botho Strauß hat neben dem Regisseur Peter Stein durch seine dramatische Mitarbeit an der Schaubühne Berlin (West) das deutsche Theater maßgeblich mitgeprägt. Er schrieb Stücke, die in Hunderten von Aufführungen in über 30 Ländern geueigt wurden, wie z.B. die „Trilogie des Wiedersehens“ (1976) oder „Groß und klein“ (1978), die Menschen in Vereinsamung und seelischer Deformation zeigen. Er mischt zeitkritische Satire und mythische Verspieltheit. Mit seinem Theaterstück „Schlusschor“ von 1991 hat er seinen Beitrag zum Thema deutsche Einheit geleistet. In Einzelszenen zeigt er kritisch-satirisch den Zusammenprall von Ost und West.

In die Zeit nach der Wende gehören weitere Stücke, die das Zeitgenössische in den Vordergrund rücken. Dazu gehören „Wessis in Weimar“ (Untertitel: „Szene aus einem besetzten Land“) von Rolf Hochhuth, das u.a. auf die Rolle der Treuhandanstalt Bezug nimmt; dann „Iphigenie in Freiheit“ von Volker Braun, das in der Theatertradition der ehemaligen DDR steht und die Probleme in Mythen verpackt.

Theaterregisseure wie der provokante Frank Castorf oder Thomas Langhoff oder die heutige Leiterin des Berliner Ensembles Ruth Berghaus stehen in Rampenlicht. Sie machen progressives Theater, indem sie bei ihren Inszenierungen die Bezüge zur Gegenwart deutlich herausarbeiten. Dieter Dorn, Regisseur an den Münchener Kammerspielen, hat seinem Haus internationale Anerkennung verschafft.

Um den führenden Rang in der Theaterkunst wetteifern heute nicht nur Berlin, München, Hamburg und Köln. Nicht zurückstehen möchten Theaterstädte wie Frankfurt am Main, Stuttgart, Bochum, Ulm, Wuppertal, Düsseldorf und Bremen. Hinzugekommen sind Dresden, Leipzig, Chemnitz, Cottbus...

Das Jugend- und Kindertheater ist eine der wichtigsten Entdeckungen. Die Stücke stellen die Komplexität des kindlichen Alltags dar. Soziale Mißstände, Intoleranz und Gewalt, Probleme in der Familie und in der Schule sind wichtige Themen, die ernst oder ämusan verpackt dargestellt werden.

Vielfalt der Museen. Es gibt über 3000 Landes-, Vereins-, Heimat- und Privatismuseen, dazu Schatzkammern, Diözesan-, Dom-, Residenz-, Burg-, Schliss- und Freilichtmuseen. Im Laufe der Jahrhunderte sind die Museen aus fürstlichen, kirchlichen und später bürgerlichen Sammlungen entstanden. Zur Bildung und Unterhaltung der Allgemeinheit waren die Sammlungen allerdings nicht gedacht. Vielmehr sollten sie den Reichtum an Kostbarkeiten und Schätzen der Herrscher vor Augen führen. München war beispielweise schon im 16. Jahrhundert ein internationales Kunstzentrum. Die bayerischen Herzöge sammelten nicht nur Kunstwerke, sondern auch Automaten, Handwerksgeräte, Musikinstrumente, Mineralien und Exotika aus fernen Ländern.

Vor allem größere Museen zeigen sich bemüht, eine möglichst breite Palette ihrer Objekte zu präsentieren, so dass zwischen den Museen häufig ein furchtbarer Wettstreit entsteht.



 *Selbstporträt*, 1660, Kenwood House in London

Rembrandt Harmenszoon van Rijn (* 15. Juli 1606 in



 Pablo Picasso im Jahr 1962

Picasso

Pablo Picasso, eigentlich Pablo Ruiz Picasso, (* 25.

Oktober

Von Rembrandt und Picasso bis Tapeten (Kassel), von Geräten zur Weinherstellung (Koblenz) bis zu Meteoriten (Marburg), von Mumien aus dem Moor (Schleswig) bis zu optischen Geräten (Oberkochen) oder dem ältesten aus Originalteilen rekonstruierten Wasserfahrzeug der Welt (Bremerhafen) – die Vielfalt der Ausstellungen scheint unbegrenzt.

Das Museum wird heute zum Ort der Begegnung und Diskussion, wobei das Ausstellungsgut in einen Bezug zur Gegenwart rückt. Das Ergebnis: Die Deutschen gehen heute so zwanglos ins Museum wie früher ins Kino. Wie früher wirken auch wohlhabende Bürger als Mäzene am Museumsboom mit.

Im Zentrum Berlins, auf der Museuminsel, ist in den vergangenen 150 Jahren ein Ensemble von Museen entstanden, die eine perfekte Einheit bilden: das Alte Museum, im klassizistischen Stil erbaut, die Nationalgalerie, das Bodemuseum und das Pergamonmuseum zeigen die Entwicklung vorderasiatischer, ägyptischer, antiker und christlicher Hochkulturen.

Berlin hat eine beeindruckende Zahl von Gedenkstätten. In der Gedenkstätte Deutscher Widerstand wird das gesamte Spektrum des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus dokumentiert: Widerstand aus christlichem Glauben, Widerstand aus der Arbeiterbewegung, in Kunst und Wissenschaft, im Exil, im Kriegsalltag, die militärische Verschwörung des 20. Juli 1944, die Weiße Rose, Jugendorganisation. In der Gedenkstätte Plötzensee wird der hier ermordeten Opfer der Hitler-Diktatur gedacht. Drei sowjetische Ehrenmale erinnern an die im Kampf um Berlin gefallenen Soldaten der Roten Armee. Anfang 1993 beschloss die Bundesregierung, die Neue Wache Unter den Linden in Berlin zur „Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland“ unzugestallten. Die Villa am

Wannsee, in der 1942 die Deportation und Ermordung der Juden Europas beschlossen wurde, ist seit 1992 eine Gedenk- und Bildungsstätte.

Dresden von Raffael bis Richter: Die Gemäldegalerie Alte Meister im Zwinger zeigt Hauptwerke der italienischen Renaissance. Die Galerie Neue Meister besitzt den weltweit größten Bestand an Werken Gerhard Richters und gehört zu den wichtigsten deutschen Museen der Moderne.

Das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg ist die größte Sammlung deutscher Kultur von der Vorzeit bis ins 20. Jahrhundert. Es wurde 1852 durch eine Initiative des Freiherrn von und zu Aufseß gegründet, der den gesamten deutschen Sprachraum in Denkmälern der Kunst, Literatur und Geschichte museal darstellen wollte. Das Museum entstand, als noch kein einheitlicher deutscher Staat existierte; es sollte demzufolge wie ein Auftrag zur nationalen Einheit wirken. Das Konzept ist geprägt von einer romantischen Geschichtsauffassung, die auf die Gegenstände des Mittelalters als einheitsstiftend zurückgriff. Den Namen „Germanisches Nationalmuseum“ wählte der Gründer in Anlehnung an das Wort „Germanistik“.

Der heutige Museumskomplex umfasst neben den Sammlungen und der Galerie eine Bibliothek, die Restaurierungswerkstätten sowie das Kunstpädagogische Zentrum mit Arbeits- und Unterrichtsräumen.

München ist berühmt für seine Gemäldesammlungen der Alten und Neuen Pinakothek mit altdeutschen und niederländischen Meistern, Gemälden der italienischen Malerei und des 19. Jahrhunderts.

Einzig ist das Deutsche Museum, das die Entwicklung der Technik und der Naturwissenschaften von den Ursprüngen bis heute zeigt. Vor dem allgemeinen kulturgeschichtlichen Hintergrund versucht es, Höchstleistungen der Forschung, Erfindung und Gestaltung darzustellen und deren Bedeutung und Wirkung zu erklären. Im Planetarium simulieren Projektionsgeräte die Bewegung der Gestirne. In den Filmsälen gibt es Filme über den Bergbau und das Hüttenwesen. In einer Abteilung ist ein komplettes Bergwerk zu besichtigen. Das Museum besitzt wertvolle historische Unikate, so das erste Automobil und den ersten Dieselmotor. Es bietet auch Experimente und Demonstrationen, die der Besucher selbst von Hand oder durch Knopfdruck durchführen kann.

Eines der jüngsten Museen mit internationalem Profil ist das Museum Ludwig in Köln, hervorgegangen aus einer Stiftung des Kunstsammlers und Fabrikanten Peter Ludwig, das Teil des Museumskomplexes zwischen Dom und Altstadt ist. Hier befindet sich auch das Wallraf-Richartz-Museum (mittelalterliche und neuzeitliche Gemäldesammlungen), die Kölner Philharmonie, eine Cinemathek, die Kunst- und Museumbibliothek und in unmittelbarer Nachbarschaft das Römisch-Germanische Museum.

Zu den bedeutendsten kulturgeschichtlichen Museen auch gehören das Rheinische Landesmuseum in Bonn, das Gutenberg-Museum und das Römisch-Germanische Zentralmuseum in Mainz und das Mainfränkische Museum in Würzburg.

Sehenswürdigkeiten Deutschlands. Kulturelle Vielfalt.

Deutschland liegt im Herzen Europas. Es ist durch seine wunderschönen Landschaften, Flüsse, Berge, Täler und Seen bekannt. Einmalig ist der Rhein, an dessen Ufern sagenumwobene Burgen und Schlösser emporragen. Wer kennt nicht die Sage von der Lorelei, das Loreleilied gehört zu den schönsten Volksliedern. Schön ist der Schwarzwald mit seinen malerischen Dörfern, Seen und bewaldeten Bergen, den berühmten Kurorten, wie Baden–Baden.

Viele Großstädte sind durch ihre historischen Baudenkmäler, Museen und Galerien weltbekannt.



Brühlsche Terrasse



Elbflorenz

Dresden gehört zu den schönsten Städten Europas. Es wird auch oft “Elbflorenz” genannt, da sich hier so viele Kunstschatze wie in der italienischen Stadt Florenz befinden.



Blick vom Innenhof des Zwingers auf die Sempergalerie

Die Sempergalerie

Im berühmten Zwinger, in der Sempergalerie, befindet sich die Dresdener Gemäldegalerie mit den Bildern der großen Maler Dürer, Rembrandt, Rubens, Raffael und vieler anderer berühmter Maler. Wer träumt

nicht davon, Weimar, München, Potsdam, Hamburg oder Köln zu besuchen? In Köln kann man den Kölner Dom bewundern, der ein Wunderwerk gotischer Architektur ist.

DIE POTSDAMER PARKLANDSCHAFT



Die Gärten und Schlösser im Park Sanssouci in Potsdam üben auf die Besucher einen unauslöschlichen Eindruck aus. “Tor zur Welt”, so wird Hamburg genannt, ist bekannt durch den größten und wichtigsten Seehafen Deutschlands. Dieser Hafen ist schon 807 Jahre alt und genießt in der Welt den Ruf eines schnellen Hafens. Nicht vergessen dürfen wir die Sehenswürdigkeiten der Hauptstadt Berlin. Berlin ist durch seine historischen Bauten, Museen, herrlichen Seen, aber auch durch moderne Bauten, wie zum Beispiel den Fernsehturm am Alexanderplatz, bekannt.

Das Schauspielhaus, die Staatsoper, die an der historischen Straße “Unter den Linden” stehen und die Museumsinsel bieten jedem Besucher unvergessliche Eindrücke an. Deutschland ist mit seinen Sehenswürdigkeiten zu jeder Jahreszeit einer Reise wert.

Berlin als Hauptstadt, Regierungssitz und politisches Zentrum spielt nach wie vor kulturell eine bedeutende Rolle. Der föderale Bundesstaat gewährleistet, dass die kulturelle Vielfalt in den einzelnen Bundesländern weiterhin bestehen bleibt. Die deutsche Bibliothek hat Standorte in Frankfurt am Main, Leipzig und Berlin. Das Bundesarchiv in Koblenz hat Außenstellen in Berlin, Potsdam, Freiburg in der Breisgau und Bayreuth. Die größte Konzentration von Medien liegt in Hamburg. Die drei Zentren des modernen Kunstlebens sind Köln, Düsseldorf und Kassel. Die Akademien der Wissenschaften haben ihren Sitz in Berlin, Düsseldorf, Göttingen, Heidelberg, Leipzig, Mainz und München. Die bedeutendsten Museen befinden sich in Berlin, Hildesheim, Frankfurt am Main, München, Nürnberg, Köln und Stuttgart.

Achtzehnte Vorlesung

Kulturelles Leben

1. Literarisches Schaffen.
2. Museen.Theater.
Musik.
4. Film

Literatur



Bertha Freifrau von Suttner war die erste weibliche Friedensnobelpreisträgerin

Namhafte Autorinnen und Autoren des 19. und 20. Jahrhunderts waren Franz Grillparzer, Ferdinand Raimund, Johann Nestroy, Adalbert Stifter, die 1905 mit dem Friedensnobelpreis geehrte Bertha von Suttner, Marie von Ebner-Eschenbach, Peter Rosegger, Peter Altenberg, Hugo von Hofmannsthal, Rainer Maria Rilke, Georg Trakl, Franz Kafka, Karl Kraus, Ödön von Horvath, Joseph Roth, Stefan Zweig, Robert Musil, Gustav Meyrink, Franz Werfel, Egon Erwin Kisch, Alfred Kubin, Fritz von Herzmanovsky-Orlando, Leo Perutz, Alfred Polgar, Vicki Baum, Alexander Lernet-Holenia, Heimito von Doderer, Franz Theodor Csokor, Ingeborg Bachmann, Christine Lavant, Friedrich Torberg, Fritz Hochwälder, Jörg Mauthe, Thomas Bernhard, Ernst Jandl, H. C. Artmann, Hilde Spiel, Albert Drach, Wolfgang Bauer, Johannes Mario Simmel, Gert Jonke, Gertrud Fussenegger, Gernot Wolfgruber und Franz Innerhofer.

Wichtige lebende Schriftsteller sind die 2004 mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnete Elfriede Jelinek, Peter Handke, Felix Mitterer, Friederike Mayröcker (Büchnerpreis 2001), Christoph Ransmayr, Barbara Frischmuth, Alois Brandstetter, Peter Rosei, Norbert Gstrein, Eva Menasse, Wolf Haas, Bettina Baläka, Arno Geiger, Josef Winkler (Büchnerpreis 2008), Gerhard Roth und Daniel Kehlmann. Auf Slowenisch schreiben u. a. Gustav Januš, Janko Ferk und Florjan Lipuš, der von Peter Handke ins Deutsche übersetzt wurde.

Theater



Das Burgtheater in Wien ist eine der ersten deutschsprachigen

Bühnen



Bregenzer Festspiele für Tosca 2007/2008

Das Theater als Kunstform findet in Österreich viel Anklang und auch viel öffentliche Förderung: von der Wiener Staatsoper, einem der angesehensten Musiktheater der Welt, und vom Burgtheater, als eine der besten deutschsprachigen Bühnen bezeichnet, bis zum Bauerntheater im Dorf. Zu den ständig bespielten Bühnen in Wien, Salzburg, Graz, Innsbruck, Linz, Klagenfurt,

Bregenz und St. Pölten kommen Theater- und Opernfestivals von den Bregenzer Festspielen und den Salzburger Festspielen bis zu den Seespielen in Mörbisch im Burgenland. In Wien besteht dazu eine vielfältige Szene an Kabaretts, Kleinbühnen, Kellertheatern und der Alternativkultur gewidmeten Spielstätten.

In St. Pölten wurde, nachdem es 1986 zur Landeshauptstadt erhoben worden war, ebenfalls ein Theater, das Festspielhaus St. Pölten errichtet. In Wien wurde die Musicalbühne Theater an der Wien aus Anlass des Mozartjahrs 2006 zum Operntheater umgestaltet und ist seither das dritte große Opernhaus in der Stadt; weiters wurde bis 2008 das Ronacher-Theater zur Musicalbühne ausgebaut. In Linz ist ein neues Musiktheater in Bau.

Die österreichische Theaterliteratur der letzten Jahrzehnte umfasst u. a. Peter Handkes mittlerweile legendäre „Publikumsbeschimpfung“, Wolfgang Bauers Aufreger „Silvester oder das Massaker im Hotel Sacher“, Fritz Hochwälders NS-Aufarbeitung „Der Himbeerpflücker“ und Thomas Bernhards Drama „Heldenplatz“, in dem er katholisch-reaktionäre Züge des Österreich von 1988 mit dem enthusiastischen Empfang Hitlers auf dem Wiener Heldenplatz 1938 vergleicht. Als dieses Stück 1988 unter der Regie von Claus Peymann am Burgtheater Premiere hatte, inszenierten konservative Kreise den bis heute größten Theaterskandal seit 1945.

Aus Österreich stamm(t)en international bekannte Schauspieler/innen: Romy Schneider, Oskar Werner, Curd Jürgens, Maria Schell, O. W. Fischer, Paula Wessely und ihre Tochter Christiane Hörbiger, Maximilian Schell, Senta Berger und Klaus Maria Brandauer. Unter den auch im Ausland geschätzten Regisseuren sind Max Reinhardt und Martin Kušej zu nennen. Als Kabarettisten wurden Karl Farkas und Helmut Qualtinger zu „Klassikern“.

Eine für das Theater in Österreich sehr wesentliche Gegebenheit ist der ständige personelle und kulturelle Austausch unter den Theatern des deutschsprachigen Raumes, insbesondere mit Deutschland. Dadurch werden für die großen Talente Österreichs die beschränkten Karrierechancen im Heimatland kompensiert.

Musik



Wolfgang Amadeus



Mozart

Johann
Strauss
(Sohn)

Gustav Mahler

Komponisten der klassischen und der romantischen Epoche sind etwa Wolfgang Amadeus Mozart aus Salzburg und der aus Bonn gebürtige Ludwig van Beethoven, die beide in Wien wirkten, außerdem Joseph Haydn, Franz Schubert, Anton Bruckner, Franz Liszt oder der als „Walzerkönig“ titulierte Johann Strauß (Sohn). Die Musik des 20. Jahrhunderts revolutionierten Gustav Mahler und die Komponisten der „Neuen Wiener Schule“ Arnold Schönberg, Alban Berg und Anton Webern, aber auch Josef Matthias Hauer, der die tatsächliche Erfindung der 12-Ton-Musik für sich in Anspruch nimmt, sowie Ernst Krenek oder Egon Wellesz. Dieser Tradition großer Komponisten aus dem Gebiet der k. u. k. Monarchie folgten international bedeutende Dirigenten wie Arthur Nikisch, Felix Weingartner, Franz Schalk, Erich Kleiber, Karl Böhm, Hans Rosbaud, Herbert von Karajan, Michael Gielen, Nikolaus Harnoncourt und Franz Welser-Möst. Auf dem Gebiet der zeitgenössischen Musik konnten sich György Ligeti, Friedrich Cerha oder Georg Friedrich Haas, H.K. Gruber und Bernhard Lang etablieren.

In der „leichten Muse“ hat das Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker lange Tradition. Es wird im Rundfunk in 44 Staaten übertragen; gespielt werden dabei Walzer, Polkas und Märsche, regelmäßig solche von Johann Strauß (Sohn).

Die Operette ist eine in Österreich sehr ernst genommene Kunstform, und die k. u. k. Monarchie mit ihren Nachfolgestaaten hat die Mehrzahl ihrer bekanntesten Vertreter hervorgebracht: Johann Strauß, Karl Millöcker, Oscar Straus, Edmund Eysler, Nico Dostal, Fred Raymond, Robert Stolz stammen aus dem Territorium des heutigen Österreich, Franz von Suppé, Franz Lehár, Emmerich Kálmán, Leo Fall, Paul Abraham, Ralph Benatzky aus anderen Teilen der ehemaligen Monarchie.

Im populären Musiksektor sind Bands und Einzelinterpreten aus dem speziellen österreichischen Genre Austropop äußerst erfolgreich, dabei besonders Interpreten wie Wolfgang Ambros, Georg Danzer, Rainhard Fendrich und Stefanie Werger sowie die Band S.T.S. International sehr erfolgreich war Falco (bürgerlich: Johann Hölzel) unter anderem mit *Rock Me Amadeus*. Derzeit erfolgreichste Österreicherin auf dem Chartsektor ist Christina Stürmer. Udo Jürgens gilt als Ikone auf dem Gebiet des deutschsprachigen Chansons.



Joe Zawinul (Freiburg im Breisgau, 2007)

Joe Zawinul, der gemeinsam mit dem US-Amerikaner Miles Davis die Stilrichtung des Electric Jazz entwickelte, gilt als der bislang einzige europäische Musiker, der in der Geschichte des Jazz von stilprägender Bedeutung war. Seine Gruppe

Weather Report zählte in Fachkreisen und beim Publikum als die bedeutendste Jazzformation der 1970er und 1980er Jahre.

Großer Beliebtheit erfreut sich sowohl die Volksmusik mit ihren regionalen Formen als auch die volkstümliche Musik. Vertreter des letzteren Genres finden in der erfolgreichen TV-Produktion „Musikantenstadel“ ein internationales Publikum.

Neben dem Mainstream entwickelten sich im populären Musikbereich auch zahlreiche alternative Musikgruppen, die auch europaweit szenebekannt sind. Dazu zählen beispielsweise die Linzer Electroswing-Band Parovoz, die Linzer Hip-Hopper Texta, das Downtempo-Duo Kruder & Dorfmeister, die Songwriterin Soap&Skin oder die Metal-Bands Belphegor aus Salzburg, L'Âme Immortelle oder Summoning.

Kabarett

Film

Filmregisseure aus Österreich sind Barbara Albert, Franz Antel, Ruth Beckermann, Dieter Berner, Robert Dornhelm, Florian Flicker, Nikolaus Geyrhalter, Michael Glawogger, Wolfgang Glück, Michael Haneke, Jessica Hausner, Michael Kreihsl, Fritz Lang, Bady Minck, Franz Novotny, Peter Patzak, Otto Preminger, Stefan Ruzowitzky, Anja Salomonowitz, Hubert Sauper, Ulrich Seidl, Götz Spielmann, Josef von Sternberg, Erich von Stroheim, Hans Weingartner, Virgil Widrich, Billy Wilder.

herausragendes Standardwerk.



Theater

Das Stadttheater Bern

Das Schauspielhaus Zürich gilt als eines der bedeutendsten deutschsprachigen Theater. Zahlreiche Stücke von Bertolt Brecht erlebten hier ihre Uraufführung. Auch die meisten Stücke von Max Frisch

und Friedrich Dürrenmatt wurden hier uraufgeführt. In den Jahren 2002 und 2003 wurde es von den Kritikern der Zeitschrift Theater heute zum Theater des Jahres gewählt.

Das 1891 eröffnete Opernhaus Zürich ist ebenfalls Ort vieler Erst- und Uraufführungen. So sind internationale Opernstars regelmässig Gast auf der

Zürcher Opernbühne. Anfänglich wurden auch Sprech- und Musiktheater aufgeführt. Nach der Eröffnung des Schauspielhauses beschränkte sich das Opernhaus jedoch auf Oper, Operette und Ballett.

Weitere Theater von Bedeutung sind das Theater Basel, das Stadttheater Bern sowie das Cabaret Voltaire, der Geburtsort des Dadaismus.

Musik



Das *Freddie Mercury Memorial* in Montreux (VD)

Die Schweiz wird gemeinhin nicht als eine der grossen Musiknationen betrachtet. Im 20. Jahrhundert jedoch hat sie eine Anzahl von bekannten Komponisten hervorgebracht. Arthur Honegger, Othmar Schoeck und Frank Martin

haben es alle zu internationalem Ruhm gebracht. In Luzern findet jährlich ein internationales Musikfestival statt, das *Lucerne Festival*. Auch in anderen Orten gibt es ähnliche Veranstaltungen. Das *Montreux Jazz Festival* ist besonders bekannt. Zudem ist die Schweiz das Land mit den meisten Open-Air-Veranstaltungen der Welt. Daneben existiert seit den 1950er-Jahren eine lebendige Musikszene aus dem Pop- und Rockbereich. Vor allem seit den späten Siebzigerjahren etablierte sich in der Deutschschweiz mehr und mehr die Pop-/Rockmusik mit Dialekttexten (Mundartrock). Heute finden sich Mundarttexte in allen Bereichen der Musik. Besonders erfolgreiche Pop- und Rockmusiker sind etwa DJ BoBo, Polo Hofer, Patrick Nuo, Stephan Eicher, Krokus, Yello, The Young Gods, Gotthard, Sina und Andreas Vollenweider. Viele davon haben in mehreren Ländern Erfolg, einige wie zum Beispiel Polo Hofer, Züri West, Patent Ochsner, Stiller Has und Sina sind aufgrund der Dialekttexte quasi an die Schweiz gebunden. Nur wenige Mundart-Interpretationen wie *Hemmige* von Stephan Eicher oder *Bärengiburibubuland* von Roland Zoss wurden auch international bekannt. Den Eurovision Song Contest gewann die Schweiz zweimal: bei der Erstausgabe 1956 sowie 1988 mit Céline Dion. Zudem ist eine breite Palette an Volksmusik und Volksliedern in allen Sprachregionen bekannt. Im Hip-Hop erfolgreich sind zum Beispiel die schweizerdeutsch rappenden Greis, Gimma, Bligg, Wurzel 5 und Sektion Kuchikäschtli, oder die Westschweizer Stress und Sens Unik mit französischen Texten.

Bekannt ist die Schweiz des Weiteren für die Zürcher Street Parade – die weltweit grösste Techno-Veranstaltung (gegen eine Million Besucher).

Film

Die Schweiz kann auf eine der jüngsten Filmgeschichten in Europa zurückblicken. Erst in den 1930er Jahren, und nur durch Einwanderung von ambitionierten Künstlern und Unternehmern konnte eine Schweizer Filmszene überhaupt erst entstehen. Am bedeutsamsten waren in der frühen Tonfilmära bis etwa 1950 die aus Österreich stammenden Lazar Wechsler, der die Praesens-Film gründete, die damals einzige bedeutende Filmproduktionsgesellschaft, und Leopold Lindtberg, der produktivster und erfolgreichster Regisseur der Praesens-Film war, die insgesamt vier Oscars und Auszeichnungen an allen international bedeutsamen Festivals einheimen konnte.



Die Piazza Grande von Locarno (TI) während der Filmfestspiele

Wie in allen europäischen Ländern ist auch das Schweizer Filmschaffen heute auf staatliche Filmförderung angewiesen. Die Fördermittel reichen jedoch nur für einen geringen jährlichen Filmausstoss. In der jüngeren Geschichte schafften es daher nur wenige Schweizer Filme zu internationaler Bekanntheit. Mangels konkurrenzfähiger Alternativen sind in allen Sprachgebieten der Schweiz US-amerikanische Filme und Fernsehserien stark verbreitet. Im Kino überwiegen die US-amerikanischen Produktionen. Die Eintrittspreise zählen zu den höchsten Europas.

Der vermutlich bekannteste Film aus Schweizer Produktion ist *Die Schweizermacher*. Weitere Komödien, die viel Beachtung fanden, sind *Beresina oder Die letzten Tage der Schweiz* von Daniel Schmid und *Gekauftes Glück* von Urs Odermatt. Im Gegensatz dazu ist das Werk *Höhenfeuer* von Fredi M. Murer sehr viel ernster: Es handelt von Inzest in abgelegenen Bergregionen. Ebenfalls in ländlicher Umgebung spielen *Kleine Fluchten* von Yves Yersin. Einen Oscar gewann 1991 die *Reise der Hoffnung* von Xavier Koller. Dieser Film handelt von einer kurdischen Familie, die auf der Suche nach einem besseren Leben in die Schweiz flieht. Weitere Erfolge konnten auch verschiedene Filme mit Schweizer Beteiligung verzeichnen. So erhielt die Hauptdarstellerin (Halle Berry) des Films *Monster's Ball* des Schweizer Regisseurs Marc Forster für ihre Rolle einen Oscar. Jüngste Erfolge konnte das Schweizer Filmwesen etwa mit «*Achtung, fertig, Charlie!*», «*Mein Name ist Eugen*» und «*Grounding – Die letzten Tage der Swissair*» erzielen.

Der erfolgreichste Schweizer im internationalen Filmgeschäft ist der Produzent Arthur Cohn, der bereits vier mal für einen Oscar nominiert war und dabei drei Oscars in der Kategorie *Bester Dokumentarfilm* gewonnen hat.

Der Schweizer Filmpreis wird jeweils an den Solothurner Filmtagen Ende Januar verliehen. Alljährlich im August findet zudem das Internationale Filmfestival von Locarno statt, eines der bedeutendsten internationalen Filmfestivals weltweit. Das jüngste Festival ist das Zurich Film Festival, das 2005 zum ersten Mal stattfand.

Literarisches Schaffen



Friedrich Dürrenmatt

Da die Schweiz vier Landessprachen besitzt, unterscheidet man oft vier Bereiche: die Literatur der deutschsprachigen, französischsprachigen, italienischsprachigen und rätoromanischen Schweiz. Schon im Mittelalter gab es literarisches Schaffen in verschiedenen Klöstern: Im Kloster Muri entstand um 1250 das älteste deutschsprachige Osterspiel und das erste Weihnachtsspiel etwas später in St. Gallen. Obwohl die deutschsprachige Schweizer Literatur immer im Schatten Deutschlands stand, gibt es trotzdem einige Werke, die im ganzen deutschen Sprachraum bekannt sind, darunter jene von Friedrich Glauser, Johanna Spyri, Friedrich Dürrenmatt, Max Frisch, Hermann Hesse, Adolf Muschg, Jeremias Gotthelf, Gottfried Keller und Conrad Ferdinand Meyer.

Geschrieben wird, im Gegensatz zur Musik, wo oft in Mundart gesungen wird, fast ausschliesslich im Schweizer Hochdeutsch.

Bedeutende Literaturveranstaltungen in der Schweiz sind die Solothurner Literaturtage und das Buch- und Literaturfestival Basel.

Museen



Das Schweizerische Landesmuseum in Zürich

Das Schweizerische Landesmuseum hat seinen Hauptsitz in Zürich und beherbergt die grösste kulturgeschichtliche Sammlung der

Schweiz. Sie umfasst sämtliche Epochen von der Urgeschichte bis zum 21. Jahrhundert. Das zweitgrösste historische Museum der Schweiz ist das Historische Museum Bern mit 250'000 Objekten verschiedenster Herkunft. Erwähnenswert sind insbesondere die Burgunderteppiche, die während der Burgunderkriege dem burgundischen Herzog Karl dem Kühnen abgenommen wurden.

Das Kunstmuseum Basel ist das älteste öffentliche Museum in Europa. Seinen Ursprung hat es im Kabinett der Familie Amerbach im 16. Jahrhundert. Dieses umfasste eine Sammlung weltberühmter Gemälde, sowie den Nachlass von Erasmus von Rotterdam. Das Kunsthaus Zürich besitzt die bedeutendste Sammlung von Werken Alberto Giacomettis, dazu die grösste Munch-Sammlung ausserhalb Norwegens. Das Kunstmuseum Bern ist das älteste Kunstmuseum der Schweiz mit einer permanenten Sammlung und beherbergt Werke aus acht Jahrhunderten.

Ein weiteres Museum von Bedeutung ist das Anatomische Museum Basel. Dieses zeigt Originalpräparate und Wachsmodelle von menschlichen Körperbereichen und Organen. Darunter befindet sich das älteste anatomische Präparat der Welt, ein 1543 präpariertes Skelett.

Das meistbesuchte Museum der Schweiz ist aber das Verkehrshaus in Luzern. Es besitzt eine sehr grosse Sammlung an Lokomotiven, Autos, Schiffen und Flugzeugen.

Das Technorama in Winterthur ist das Science Center der Schweiz. Es führt zahlreiche Experimente vor, die den Besuchern technische und naturwissenschaftliche Zusammenhänge näher bringen, und ist deshalb vor allem bei Schulklassen beliebt.

In der Westschweiz befinden sich einige Museen, die internationale Organisationen thematisieren. Das Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondmuseum in Genf dokumentiert die Geschichte der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung und das Olympische Museum in Lausanne dokumentiert die neuzeitliche olympische Bewegung seit 1896.

Kunst und Kultur Lichtenstein

Das enge Nebeneinander von dörflichen Traditionen und einem intensiven internationalen Austausch bildet die Grundlage für das Liechtensteiner Kulturleben.

Theater und Musik

Träger von Theater und Musik sind in erster Linie verschiedene Vereine. Die bedeutendsten Vertreter davon sind die *Operettenbühne Balzers*, die *Operettenbühne Vaduz*, die *Liechtenstein Musical Company* und der *Opern Verein*

Vaduz. Alle vier genannten Vereine führen in der Regel jeweils im Zweijahresrhythmus eine neue Produktion auf.



Das Kunstmuseum Liechtenstein ist das staatliche Museum für internationale moderne und zeitgenössische Kunst in Vaduz.



Das Liechtensteinische Landesmuseum in Vaduz

Das *Theater am Kirchplatz* (TaK) in Schaan ist das bedeutendste Theater in Liechtenstein. Seit Oktober 2003 gibt es in Vaduz ausserdem das Theater *Schlösslekeller*, wo das «Liechtenstein

Gabarett» (LiGa) jährlich ein neues Programm aufführt.

Museen

Das Kunstmuseum Liechtenstein ist das staatliche Museum für moderne und zeitgenössische Kunst in Vaduz. Das Gebäude wurde im Jahr 2000 vollendet und von den Architekten Meinrad Morger, Heinrich Degelo und Christian Kerez entworfen. Die Sammlung des Museums umfasst dabei internationale moderne und zeitgenössische Kunst aus dem Zeitraum vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Ausserdem werden regelmässig Sonderausstellungen mit Werken aus den Sammlungen des Fürsten von Liechtenstein gezeigt.

Grosse Bedeutung besitzt ausserdem das Liechtensteinische Landesmuseum, das im Jahre 2003 nach umfassender Renovation neu eröffnet wurde und die Geschichte sowie die Landes- und Naturkunde Liechtensteins präsentiert.

Weitere Museen sind das „Skimuseum“ und das „Postmuseum“, sowie verschiedene Ortsmuseen, darunter beispielsweise der Gasometer, einem Kulturzentrum der Gemeinde Triesen.